

Marcel Huber

Zäsuren

Was nach Inkrafttreten der Kapitulation
des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945
im Laufe von 81 Jahren für Aufsehen sorgte

Eine Chronik in fünf Bänden
Dritter Band: 1980 bis 1999

Vorbemerkungen

- Dieses Nachschlagewerk listet markante Ereignisse vom 8. Mai 1945 bis 8. Mai 2026 auf.
- Der Rückblick dient als Gedankenstütze im wertfreien Nachrichtenstil.
- Als Quellen dienten hauptsächlich Tageszeitungen.
- Massgebend ist die Ortszeit des Ereignisses.
- Als Orientierungshilfe dienen die einleitenden Stichwörter.
- Empfohlen wird die Benutzung der Suchfelder.
- Schreibweisen und Akzente: Die Akzente in Fremdsprachen – französisch, italienisch, spanisch, portugiesisch, serbo-kroatisch, polnisch, ungarisch, rumänisch, tschechisch, slowakisch, türkisch, isländisch usw. – werden so weit wie möglich berücksichtigt.
Beispiel: Milošević (*Milosevic*).
- In Suchfeldern werden Eintragungen ohne Akzente empfohlen. Beispiel Milosevic statt Milošević.
- Bei japanischen Namen steht der Familienname an erster Stelle. Beispiel: Abe Shinzo

Der Chronist: Marcel Huber*

14.05.2026

* Marcel Huber, geboren 1945, war von 1979 bis 2010
Auslandredaktor der «Berner Zeitung».

1980

Portugal

Francisco de Sá Carneiro (*Sa Carneiro*), Gründer des Partido Popular Democrata – Vorgängerin des Partido Social Democrata (PPD/PSD) – wird neuer portugiesischer Ministerpräsident (**3.1.1980**).

Indien

Comeback von Indira Gandhi: In Indien geht die Kongresspartei (Indian National Congress/INC) als überragende Siegerin aus der Parlamentswahl (3.1.1989 bis **6.1.1980**) hervor und kehrt nach rund dreijährigem Unterbruch an die Macht zurück. Die Kongresspartei gewinnt 353 der 541 Mandate. Die bisher regierende Janata-Allianz verliert 264 Sitze. Indira Gandhi wird erneut Premierministerin (14.1.1980)

Grossbritannien/Nordirland

Nordirlandkonflikt/

In Nordirland, in der Nähe von Dunmurry, kommen bei einem Sprengstoffattentat auf einen Zug drei Menschen ums Leben (**17.1.1980**).

Philippinen

Auf den Philippinen wird das 1972 von Staatspräsident Ferdinand Marcos verhängte Kriegsrecht aufgehoben (**17.1.1980**).

Iran

Das iranische Parlament wählt Abolhassan Bani-Sadr zum Präsidenten der Islamischen Republik. Der Präsident ist Leiter der Exekutive, hat aber nur beschränkte Vollmachten. Das letzte Sagen hat Revolutionsführer Ayatollah Ruhollah Khomeiny (**25.1.1980**).

Tunesien

In der tunesischen Bergbaustadt Gafa besetzen bewaffnete Oppositionelle öffentliche Gebäude und rufen zum Aufstand gegen die Regierung auf (**26.1.1980**). Das Vorhaben scheitert. Die tunesische Regierung bezeichnet Libyen als Drahtzieher.

Guatemala/Spanien

Indigene Landarbeiter besetzen die spanische Botschaft in der Hauptstadt Guatemalas, um gegen ihre Unterdrückung durch das Regime zu protestieren. Sicherheitskräfte dringen in die Botschaft ein. Nach Ausbruch eines Brandes verhindern die Sicherheitskräfte die Flucht der Besatzer. 37 Menschen kommen ums Leben (**31.1.1980**).

USA

Olympische Spiele

In Lake Placid, im US-Staat New York, finden die XIII. Olympischen Winterspiele statt (**13.2.1980**).

Kanada

In Kanada wird nach nur neun Monaten das Parlament neu gewählt. Zuvor hatte die Minderheitsregierung von Premierminister Joe Clark eine Budgetabstimmung verloren. Pierre Trudeau und seine Liberal Party kehren an die Macht zurück. Die Liberal Party gewinnt mit 147 (plus 33) der 282 Mandate knapp die absolute Mehrheit. Die Progressive Conservative Party von Joe Clark erhält 103 (minus 33) Sitze (**18.2.1980**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichische Maler und Grafiker Oskar Kokoschka stirbt im Alter von 93 Jahren (**22.2.1980**).

Suriname

Sergeantencoup in Suriname (**25.2.1980**). Eine Gruppe von linksnationalistischen Unteroffizieren unter Führung von Sergeant Major Desiré „Desi“ Bouterse setzt Ministerpräsident Henck Arron ab. Ein Militärrat (National Military Council/NMC) übernimmt die Macht, ernennt Henk Chin A Sen zum neuen Regierungschef (15.3.1980), entmachtet Staatspräsident Johan Ferrier (13.8.1980), verhängt den Ausnahmezustand, setzt die Verfassung ausser Kraft und löst das Parlament auf.

In einem im Mai 1981 veröffentlichten „revolutionären Manifest“ bezeichnen die neuen Machthaber den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft als eines der Hauptanliegen. Sie gründen eine Revolutionäre Front (Revolutionary Front) und knüpfen enge Beziehungen zu Kuba.

Kolumbien

Ein Kommando der kolumbianischen Guerillaorganisation M-19 (Movimiento 19 de Abril) überfällt in der Hauptstadt Bogotá die Botschaft der Dominikanischen Republik während eines Diplomatenempfangs und hält die Gäste, unter ihnen 14 Botschafter (auch der Schweizer Botschafter Jean Bourgeois), als Geiseln fest (**27.2.1980**). Gefordert werden die Freilassung von über 300 politischen Häftlingen und 5 Millionen Dollar. Nach und nach werden die Geiseln freigelassen. Nach 57 Tagen, am 25. April, werden die Geiselnehmer zusammen mit den noch verbliebenen Entführten nach Kuba ausgeflogen. Die Geiselnehmer erhalten Asyl und die Entführten werden

freigelassen. Unerfüllt bleibt die Forderung des Movimiento nach der Freilassung politischer Häftlinge. Nach unbestätigten Berichten wurden ein oder zwei Millionen Dollar bezahlt.

Thailand

General Prem Tinsulanonda wird neuer thailändischer Regierungschef von (**3.3.1980**). Er tritt die Nachfolge von Kriangsak Chamanan an, der freiwillig sein Amt zur Verfügung stellt. Prem Tinsulanonda bleibt acht Jahre an der Macht.

Simbabwe (Simbabwe-Rhodesien)

Rund sechs Wochen vor der formellen Unabhängigkeit von Simbabwe finden Parlamentswahlen statt (**4.3.1980**). 57 der 100 Mandate gewinnt die Zimbabwe African National Union-Patriotic Front (Zanu-PF) von Robert Mugabe. 20 Mandate erhält die von Joshua Nkomo geführte Zimbabwe African People's Union (Zapu). Die für die weisse Bevölkerungsminderheit reservierten 20 Mandate gewinnt die Rhodesian Front.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Psychoanalytiker und Philosoph Erich Fromm stirbt im Alter von 79 Jahren (**18.3.1980**).

Tschad/Libyen

Der 1965 in Tschad ausgebrochene Bürgerkrieg tritt in eine neue Phase: Die Forces armées populaires (FAP) von Präsident Goukouni Oueddei und die Forces armées du Nord (FAN) von Verteidigungsminister Hissène Habré liefern sich schwere Kämpfe um die Hauptstadt Njamena (ab **20. März 1980**). Libysche Truppen unterstützen Goukouni Oueddei. Hissène Habré verliert den Kampf um die Hauptstadt und flüchtet ins Ausland (15.12.1980). Danach (6.1.1981) strebt Libyen den Zusammenschluss mit Tschad an, doch die Fusionspläne scheitern.

Schweden

Die schwedische Bevölkerung spricht sich in einem Referendum für den grundsätzlichen Ausstieg aus der Atomenergie aus (**23.3.1980**). Den höchsten Stimmenanteil mit 39,1 Prozent erhält die Vorlage 2 (maximal 12 Atomkraftwerke in Betrieb nehmen, innert 25 Jahren abbauen und durch andere Energiequellen ersetzen). Da keine Vorlage die absolute Mehrheit erhält, beschliesst der Reichstag, den Bau der angefangenen Atomkraftwerke zu vollenden und die bestehenden bis 2010 stillzulegen.

El Salvador

Der regimiekritische Erzbischof von San Salvador, Óscar Romero, wird während eines Gottesdienstes erschossen (**24.3.1980**). Als Drahtzieher des Anschlags gilt Roberto D'Aubuisson, ein antikommunistische Hardliner und ehemaliger Geheimdienstoffizier mit engen Verbindungen zu den berüchtigten Todesschwadronen. Erzbischof Romero war ein Verfechter der Befreiungstheologie, setzte sich für die verarmte Landbevölkerung ein und sparte nicht mit Kritik an den Herrschenden. 2018 wird er heiliggesprochen.

El Salvador versinkt in einen Bürgerkrieg zwischen Anhängern des von Oligarchen beherrschten Regimes, der Armee und paramilitärischen Milizen auf der einen und verarmten Bauern und linken Guerillas auf der anderen Seite. Der Bürgerkrieg endet nach 12 Jahren am 16. Januar 1992 mit einem Friedensabkommen (Abkommen von Chapultepec). Der Krieg fordert nach Schätzungen 75 000 Tote.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Leichtathlet Jesse Owens, Gewinner von vier Goldmedaillen bei den Olympischen Spielen 1936 in Berlin, stirbt im Alter von 66 Jahren (**31.3.1980**).

Kuba/USA/Peru

Sechs Kubaner dringen in die peruanische Botschaft in Havanna ein und ersuchen um Asyl (**1.4.1980**). Nach dem Abzug des Wachpersonals strömen Tausende ausreisewilliger Kubaner auf das Botschaftsgelände. Die kubanische Führung verkündet, dass alle Kubaner, die in die USA auswandern möchten, das Land über den Hafen Mariel verlassen können (20.4.1980). Zwischen Mai und Oktober 1980 gelangen etwa 125 000 Kubaner mit Booten nach Florida.

Liberia

In Liberia übernimmt die Armee unter Führung von Samuel K. Doe die Macht (12.4.1980). Der bisherige Staatschef William Tolbert wird ermordet (**12.4.1980**). Dem Putsch waren Unruhen wegen der kritischen Versorgungslage mit Reis (Reis-Unruhen) vorausgegangen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Philosoph Jean-Paul Sartre stirbt im Alter von 74 Jahren (**15.4.1980**).

Rhodesien/Simbabwe/Grossbritannien

Nach jahrelangem Guerillakrieg gegen die weisse Vorherrschaft feiert Simbabwe, die ehemalige britische Kolonie Rhodesien, auf der Grundlage des Lancaster-House-Agreement formell seine auch international anerkannte Unabhängigkeit (**18.4.1980**). An der Spitze der Regierung steht Robert Mugabe, Führer der Befreiungsbewegung Zimbabwe African National Union (Zanu), die als Siegerin aus der Parlamentswahl vom 4. März. hervorging. Staatschef von Simbabwe wird Canaan Banana.

Nicaragua

Wegen ideologischen Differenzen mit der sandinistischen Führung erklären Violeta Chamorro, Witwe des 1978 des ermordeten Verlegers Pedro Joaquín Chamorro, und der sozialdemokratische Geschäftsmann Alfonso Robelo ihren Rücktritt aus der nicaraguanischen Übergangsregierung, der Junta de Gobierno de Reconstrucción (**19.4.** bzw. **22.4.1980**).

Iran/USA

Der Versuch von US-Militärs, die seit Anfang November 1979 nach der Besetzung der US-Botschaft in Teheran festgehaltenen Geiseln zu befreien, scheitert (**25.4.1980**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Filmregisseur und Filmproduzent Alfred Hitchcock stirbt im Alter von 80 Jahren (**29.4.1980**).

Niederlande

Die niederländische Königin Juliane dankt ab (**30.4.1980**). Nachfolgerin wird ihre Tochter Beatrix.

Jugoslawien

Der jugoslawische Staatspräsident Marschall Josip Broz Tito stirbt im Alter von 87 Jahren (**4.5.1980**). Ein Staatspräsidium wird eingeführt, an dessen Spitze für die Dauer eines Jahres ein Vertreter der sechs Teilrepubliken Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien sowie der autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo stehen soll. Auch der Vorsitzende des Bundes der Kommunisten ist Präsidiumsmitglied.

USA

Edward Muskie wird neuer US-Aussenminister (**8.5.1980**). Er ist Nachfolger von Cyrus Vance, der nach dem gescheiterten Versuch, die Geiseln in der besetzten US-Botschaft in Teheran zu befreien (vgl. 25.4.1980), zurücktrat.

Griechenland

Der frühere griechische Ministerpräsident Konstantinos Karamanlis wird Staatspräsident (**15.5.1980**).

Peru

In Peru nimmt der „Partido Comunista del Perú – por el Sendero Luminoso de José Carlos Mariátegui“ den bewaffneten Kampf gegen die Regierung auf (**17.5.1980**). Bekannt wird die vom Philosophieprofessor Abimael Guzmán (*Guzman*) gegründete maoistische Bewegung unter dem Namen Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad). Am Vorabend der Präsidenten- und Parlamentswahl werden in der kleinen Gemeinde Chuschi in der Region Ayacucho Wahlurnen verbrannt und ein Volkskrieg (guerra popular) verkündet. Während des 20 Jahre dauernden Terrors der Guerillaorganisation und des Anti-Terror-Kampfes von Sicherheitskräften kommen schätzungsweise 70 000 Menschen ums Leben.

USA

In Miami (Florida) löst der Freispruch von vier weissen Polizisten, die beschuldigt waren, den schwarzen Versicherungsvertreter Arthur McDuffie erschlagen zu haben, schwere Unruhen aus (**17.5.1980**). 18 Menschen kommen ums Leben und Hunderte werden verletzt.

Peru

Nach zwölf Jahren endet in Peru die Militärherrschaft. Fernando Belaúnde Terry (*Belaunde Terry*) von der reformistischen Partei Acción Popular geht mit einem Stimmenanteil von 44,93 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**18.5.1980**). Es sind die ersten freien Wahlen seit 1963. Belaúnde Terry war damals zum Staatschef gewählt worden, wurde jedoch 1968 durch einen Armeeputsch gestürzt. Im neuen Abgeordnetenhaus ist die Partei des Präsidenten mit 98 der 180 Sitze stärkste Kraft vor der Apristen-Partei (Apra), die 58 Mandate erlangt.

Korea (Südkorea)

In der südkoreanischen Stadt Gwangju (Kwangju) kommt es zu Massenprotesten gegen das Militärregime von Machthaber Chun Doo Hwan (**18.5. bis 27.5.1980**). Die Revolte wird von den Sicherheitskräften niedergeschlagen. Offiziell ist von rund 200 Toten die Rede, andere Quellen sprechen von Hunderten Toten (bis zu 2000) und Tausenden Verletzten.

USA

Katastrophen/Vulkanausbruch

Der Vulkan Mount St. Helens im Süden des US-Staates Washington bricht aus (**18.5.1980**). Dabei wird die Bergspitze weggerissen. Der Vulkan verliert 400 Meter an Höhe. Eine Schutt- und SchlammLawine verwüstet hunderte Quadratkilometer Wald. Eine Aschewolke schiesst über 20 Kilometer in den Himmel. Der Vulkanausbruch fordert 57 Tote.

Österreich

Der österreichische Bundespräsident Rudolf Kirchschläger wird mit einem Rekordergebnis von 79,9 Prozent vom Volk im Amt bestätigt (**18.5.1980**).

Kanada/Quebec

Die Stimmberechtigten der kanadischen Provinz Quebec lehnen mit 59,56 Prozent Nein-Stimmen den Vorschlag für Verhandlungen über die Souveränität ihres Gebiets im Rahmen einer wirtschaftlichen Assoziation ab (**20.5.1980**).

Jamaika

Katastrophen/Brandkatastrophen

Bei einem Brand in einem Altersheim in der jamaikanischen Hauptstadt Kingston kommen 157 Menschen ums Leben (**20.5.1980**).

Japan

Der japanische Ministerpräsident Ohira Masayoshi stirbt im Alter von 70 Jahren (**12.6.1980**). Sein Nachfolger wird Suzuki Zenko.

Italien/Libyen

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Eine DC-9 der italienischen Fluggesellschaft Itavia stürzt nahe der Insel Ustica ab, wobei alle 81 Insassen ums Leben kommen (**27.6.1980**). Nach jahrelangen Ermittlungen erachten es die italienischen Justizbehörden als erwiesen, dass der Absturz durch eine Rakete verursacht wurde – dies während eines Luftkampfes zwischen zwei libyschen MiG-23 und Nato-Militärflugzeugen.

Island

Vigdís Finnbogadóttir (*Vigdís Finnbogadóttir*) geht als Siegerin aus der Präsidentenwahl in Island hervor. Sie ist die erste Frau an der Spitze des Staates (**29.6.1980**).

Botswana

Botswana trauert um seinen ersten Staatspräsidenten seit Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1966. Seretse Khama stirbt 59-jährig (**13.7.1980**). Die Nachfolge tritt sein Stellvertreter Quett Masire an.

Bolivien

In Bolivien putscht sich General Luis García Meza (*García Meza*) an die Macht, stürzt die Übergangspräsidentin Lidia Gueiler – die erste Frau an der Spitze des Staates – und verhindert den Amtsantritt des im Monat zuvor (**29.6.1980**) gewählten Präsidenten Hernán Siles Zuazo (**17.7.1980**). In den 12 Monaten seines brutalen Regimes kommen Tausende Menschen ums Leben. Wegen seiner Verbindungen zur Drogenmafia wird García Meza auch Narko-Diktator genannt. 1993 wird er wegen Menschenrechtsverletzungen zu 30 Jahren Haft verurteilt.

Sowjetunion

Olympische Spiele

In Moskau finden die XXII. Olympischen Sommerspiele statt (**19.7.1980**). Wegen der sowjetischen Invasion in Afghanistan werden die Spiele von zahlreichen Staaten boykottiert.

Dominica

Eugenia Charles wird Premierministerin des karibischen Inselstaates Dominica (**21.7.1980**). Ihre Dominica Freedom Party ist als klare Siegerin aus der Parlamentswahl hervorgegangen. Eugenia Charles bleibt fast 15 Jahre lang Regierungschefin. Sie gilt als „Eiserne Lady“ der Karibik.

Nahost-Konflikt/Israel/Jerusalem

In einem vom israelischen Parlament verabschiedeten Gesetz wird ganz Jerusalem (auch der Ostteil) zur Hauptstadt Israels erklärt (**30.7.1980**).

Neue Hebriden/Vanuatu/Grossbritannien/Frankreich/Papua-Neuguinea

Die pazifische Inselgruppe Neue Hebriden, ein von Grossbritannien und Frankreich verwaltetes Kondominium, wird in die Unabhängigkeit entlassen. Der Inselstaat nennt sich Vanuatu (**30.7.1980**). Erster Staatspräsident wird Ati George Sokomanu und erster Premierminister der anglikanische Geistliche Walter Lini. Beide Politiker gehören der Vanua'aku Pati an.

Überschattet wird der Schritt in die Unabhängigkeit durch Abspaltungsversuche. Jimmy Stevens von der Bewegung Na-Griamel proklamiert auf der Hauptinsel Espiritu Santo die Republik Vemerana (1.6.1980). Mit Unterstützung von Sicherheitskräften aus Papua-Neuguinea wird der Aufstand – coconut war bzw guerre de la noix du coco – nach 12 Wochen beendet. Stevens ergibt sich (1.9.1980) und wird zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Westsahara/Marokko

Marokko beginnt in der Westsahara mit dem Bau eines über 2500 Kilometer langen Verteidigungswalls, um das Einsickern von sahrauischen Widerstandskämpfern der Befreiungsbewegung Polisario zu verhindern (**August 1980**).

Italien

Bei einem Bombenanschlag im Bahnhof der italienischen Stadt Bologna kommen 85 Menschen ums Leben (**2.8.1980**). Hinter dem Attentat wird die rechtsradikale Organisation Ordine Nuovo vermutet.

Salomonen

Auf den Salomonen finden die ersten Parlamentswahlen seit Erlangung der Unabhängigkeit statt. Stärkste Kraft mit 16 von 38 Mandaten ist die United Party (SIUP) von Premierminister Peter Kenilorea (**6.8.1980**).

Lateinamerikanische Integrationsvereinigung (Aladi)

Lateinamerikanische Freihandelsassoziation (Alalc)

Aus der 1960 gegründeten Lateinamerikanischen Freihandelsassoziation – Asociación Latinoamericana de Libre Comercio/Alalc – wird die Lateinamerikanische Integrationsvereinigung – Asociación Latinoamericana de Integración/Aladi (**12.8.1980**). Der neuen Organisation gehören Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Kuba, Ecuador, Mexiko, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay und Venezuela an.

Polen

Streik- und Protestwelle in Polen nach massiver Erhöhung der Fleischpreise: Auch in der Danziger Lenin-Werft wird gestreikt (ab **14.8.1980**). Sprecher der Streikenden ist Lech Wałęsa (*Walesa*). Verlangt werden höhere Löhne und die Bildung freier Gewerkschaften.

Saudiarabien

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Ein Feuer im Frachtraum einer Lockheed TriStar der Saudi Arabian Airlines zwingt den Piloten zu einer Notlandung in Riad. Da das Flugzeug nicht schnell genug evakuiert werden kann, kommen alle 301 Insassen ums Leben (**19.8.1980**).

Polen

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In der Nähe des polnischen Dorfes Orlęcyn stossen ein Güter- und ein Personenzug frontal zusammen. 67 Menschen werden getötet (**19.8.1980**).

Nahost-Konflikt/Israel/Jerusalem

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat bezeichnet das am 30. Juli 1989 vom israelischen Parlament verabschiedete Jerusalem-Gesetz, das ganz Jerusalem zur Hauptstadt Israels erklärt, als nichtig (**20.8.1980**).

Polen

Nach einer zwei Wochen dauernden Streik- und Protestwelle in Polen geht die Regierung auf die Forderungen der Streikenden ein. Lech Wałęsa (*Walesa*), der Sprecher der Streikenden der Danziger Lenin-Werft, und der stellvertretende Ministerpräsident Mieczysław Jagielski unterzeichnen ein entsprechendes Abkommen (**31.8.1980**). Kernpunkte des Danziger Abkommens sind: Bildung freier Gewerkschaften, Einführung des Streikrechts, Lohnerhöhungen, bessere Versorgung mit Lebensmitteln, Abschaffung der Zensur. Der Streik wird für beendet erklärt. Polen ist das erste Ostblockland, das freie Gewerkschaften erlaubt.

Gotthard-Strassentunnel

Schweiz

Nach elf Jahren Bauzeit wird der rund 17 Kilometer lange Gotthard-Strassentunnel – der längste Strassentunnel der Alpen – dem Verkehr übergeben (**5.9.1980**).

Polen

Der Vorsitzende der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR), Edward Gierek, wird abgesetzt (**6.9.1980**). Sein Nachfolger ist Stanisław Kania.

China

Der chinesische Parteivorsitzende und Ministerpräsident Hua Guofeng gibt sein Amt als Regierungschef auf. Neuer Ministerpräsident wird Zhao Ziyang (**10.9.1980**).

Chile

Die Bevölkerung Chiles heisst mit 67 Prozent Ja-Stimmen die neue Verfassung gut. Übergangsbestimmungen sehen vor, dass die Militärjunta und Staatspräsident Augusto Pinochet weitere acht Jahre im Amt bleiben (**11.9.1980**).

Türkei

Militärputsch in der Türkei (**12.9.1980**): Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Gruppen veranlassen die Armee unter Führung von General Kenan Evren zur Übernahme der Macht. Das Kriegsrecht wird verhängt und das Parlament aufgelöst. Alle Parteien und Gewerkschaften werden verboten. Nach dem Putsch werden mehr als 650 000 Menschen inhaftiert, über 500 zum Tode verurteilt und 50 von ihnen hingerichtet. Zahlreiche Häftlinge sterben an Folter und Misshandlungen.

Polen

In Polen wird die unabhängige Gewerkschaft Solidarność (*Solidarnosc*) gegründet (**17.9.1980**). Ihr Anführer ist Lech Wałęsa (*Walesa*).

Korea (Südkorea)

Der südkoreanische Oppositionspolitiker Kim Dae Jung wird wegen angeblicher Umsturzvorbereitungen zum Tode verurteilt (**17.9.1980**). Auf internationalen Druck wird das Urteil in eine Gefängnisstrafe umgewandelt.

Nicaragua

Der letzte Somoza-Machthaber von Nicaragua, Anastasio Somoza Debayle, wird in der paraguayischen Hauptstadt Asunción von argentinischen Untergrundkämpfern erschossen (17.9.1980).

Erster Golfkrieg

Iran/Irak

Irakische Truppen rücken in die erdölreiche iranische Provinz Khuzestan vor (22.9.1980). Es beginnt ein achtjähriger Krieg zwischen dem Irak und Iran (Erster Golfkrieg). Vordergründig geht es um den Grenzverlauf im Mündungsgebiet des Shatt al-Arab.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Bei einem Sprengstoffanschlag auf das Münchner Oktoberfest kommen 13 Menschen ums Leben und über 200 werden verletzt (**26.9.1980**). Der Bombenleger, ein 21-jähriger Student, hatte Verbindungen zu rechtsextremen Kreisen.

Belgien

In Belgien werden im Rahmen einer zweiten Staatsreform die Kulturgemeinschaften in Gemeinschaften umgewandelt: die Flämische Gemeinschaft, die Französische Gemeinschaft und die Deutschsprachige Gemeinschaft. Die Gemeinschaften erhalten ein Parlament und eine Regierung. Gleichzeitig werden auch zwei Regionen gegründet: die Flämische Region (Flandern) und die Wallonische Region (Wallonie). Auch sie haben ein Parlament und eine Regierung (**1.10.1980**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Die regierenden Sozialdemokraten (SPD) und Freien Demokraten (FDP) behaupten sich bei der Bundestagswahl in Deutschland mit Stimmenanteilen von 42,9 bzw. 10,6 Prozent. Die Sozialdemokraten gewinnen 228 der 519 Mandate und die Freien Demokraten 54 Sitze. Verluste gibt es für die Unionsparteien CDU/CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union – die mit Franz Josef Strauss als Kanzlerkandidat antraten: Sie erhalten 44,5 Prozent der Stimmen (minus 4,1 Prozentpunkte) und 237 Abgeordnetensitze (5.10.1980).

Portugal

Bei der Parlamentswahl in Portugal gewinnt die Aliança Democrática 134 der 250 Mandate. Zur Aliança Democrática gehören die liberal-konservative Sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata/PSD) und das Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP). Das Bündnis Frente Republicana e Socialiste erhält 74 und die Linksallianz Vereintes Volk (Aliança Povo Unido/APU) 41 Mandate (**5.10.1980**).

Guyana

Guyana hat eine neue Verfassung (**6.10.1980**). Der Staatspräsident erhält Exekutivvollmachten. Forbes Burnham wird Executive President. Ihm untergeordnet ist ein Premierminister, der gleichzeitig Erster Stellvertretender Staatspräsident ist.

Algerien

Katastrophen/Erdbeben

Die algerische Stadt El Asnam wird durch ein Erdbeben verwüstet. Etwa 5000 Menschen kommen dabei ums Leben (**10.10.1980**).

Rüstungskontrolle

UNO-Waffenkonvention

In Genf wird eine UNO-Konvention über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen vereinbart (**10.10.1980**).

El Salvador

In El Salvador gründen mehrere linke Untergrundorganisationen den Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional/FMLN (**10.10.1980**). Drei Monate später (Januar 1981) startet der FMLN seine erste Grossoffensive.

Niederlande

In den Niederlanden schliessen sich drei konfessionelle Parteien zusammen (**11.10.1980**): Die Katholische Volkspartei (Katholieke Volkspartij/KVP) und die beiden protestantischen Parteien Anti-Revolutionäre Partei (Anti-Revolutionaire Partij/ARP) und Christlich-Historische Union (Christlijk-Historische Unie/CHU). Die neue Partei nennt sich Christlich-Demokratischer Appell (Christen Democratisch Appèl/CDA).

Italien

Der Christdemokrat Arnaldo Forlani wird neuer italienischer Ministerpräsident (**19.10.1980**).

Sowjetunion

Der langjährige sowjetische Ministerpräsident Aleksei Kossygin tritt zurück (**22.10.1980**). Sein Nachfolger wird Nikolai Tichonow.

Spanien

Katastrophen/Explosionskatastrophen

In der baskischen Ortschaft Ortuella kommen bei einer Gasexplosion in einer Schule 50 Kinder ums Leben. Über 100 Menschen werden verletzt (**23.10.2025**).

Jamaika

Überschattet von Gewalt, Kriminalität und Bandenkriegen, die Hunderte von Toten fordern, finden in Jamaika Parlamentswahlen statt (**30.10.1980**). Die Bevölkerung leidet unter steigender Armut, ausgelöst durch eine schwere Wirtschaftskrise und massive Teuerung. Die bisher regierende linke People's National Party von Premierminister Michael Manley verliert die Macht an die konservative Jamaica Labour Party. Die People's National Party hat nur noch 9 (minus 38) Sitze im Abgeordnetenhaus. Die Jamaica Labour Party gewinnt 38 Sitze hinzu und stellt mit Edward Seaga den neuen Premierminister.

USA

Der Republikaner Ronald Reagan, ehemaliger Gouverneur von Kalifornien, wird zum neuen US-Präsidenten gewählt (**4.11.1980**). Das Nachsehen hat der amtierende Präsident Jimmy Carter. Reagan erhält 489 Elektorenstimmen und 50,7 Prozent der Wählerstimmen. Carter muss sich mit 49 Elektorenstimmen begnügen. Er erhält 41,0 Prozent der Stimmen. George H.W. Bush wird neuer Vizepräsident.

Bei den Kongresswahlen verlieren die Demokraten die 1954 errungene Mehrheit im Senat an die Republikaner. Die neue Sitzverteilung lautet: 53 Republikaner (plus 12) und 46 Demokraten (minus 12). Hinzu kommt ein Unabhängiger. Im Repräsentantenhaus sind die Demokraten mit 243 Abgeordneten (minus 34) und die Republikaner mit 192 (plus 34) vertreten.

Guinea-Bissau/Kap Verde

Putsch in Guinea-Bissau: Luís Cabral, der erste Präsident seit der Unabhängigkeit des Landes, wird abgesetzt. Die Macht übernimmt der bisherige Regierungschef João Vieira (**14.11.1980**). Nach dem Umsturz wird der Plan für einen gemeinsamen Staat mit Kap Verde aufgegeben. João Vieira ist bis 1999 Machthaber von Guinea-Bissau. In seiner Amtszeit werden das Einparteiensystem abgeschafft und 1994 die ersten freien Wahlen durchgeführt.

Italien

Katastrophen/Erdbeben

Süditalien wird von einem schweren Erdbeben heimgesucht (23.11.1980). Das Epizentrum liegt bei Neapel. Etwa 3000 Menschen kommen dabei ums Leben.

Uruguay

Die Bevölkerung Uruguays lehnt eine Verfassungsreform mit 57 Prozent Nein-Stimmen ab (**30.11.1980**). Mit der neuen Verfassung wäre das Militärregime legitimiert worden. Die Niederlage der Machthaber ebnet den Weg für Bemühungen zur Wiederherstellung der Demokratie.

Portugal

Der portugiesische Regierungschef Francisco de Sá Carneiro (*Sa Carneiro*) kommt bei einem Flugzeugabsturz auf dem Flug von Lissabon nach Porto ums Leben (**4.12.1980**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Musiker John Lennon, Mitgründer der Rockband The Beatles, stirbt im Alter von 40 Jahren (**8.12.1980**).

Friedensnobelpreis

Argentinien

Der argentinische Architekt und Bürgerrechtler Alfonso Pérez Esquivel (Perez Esquivel) wird für seinen Einsatz für Menschenrechte mit dem Friedensnobelpreis geehrt (**10.12.1980**).

Literaturnobelpreis

Polen

Der polnische Dichter Czesław Miłosz (Milosz) wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1980**).

Uganda

Comeback des 1971 gestürzten ugandischen Präsidenten Milton Obote. Nach einer umstrittenen Parlamentswahl, der ersten seit dem Unabhängigkeitsjahr 1962, wird er als Staatspräsident vereidigt (**15.12.1980**). Die erneute Machtübernahme durch Obote löst massiven Widerstand durch die National Resistance Army (NRA) unter Führung von Yoweri Museveni und einen Bürgerkrieg aus.

Saint Kitts-Nevis-Anguilla/Grossbritannien

Anguilla trennt sich vom karibischen Inselverbund Saint Kitts-Nevis-Anguilla und erhält den Status eines britischen Überseegebiets (**19.12.1980**).

Zentralafrikanische Republik

Der 1979 entmachtete Herrscher des Zentralafrikanischen Kaiserreichs, Jean Bedel Bokassa, wird in Abwesenheit wegen Mordes, Korruption und Kannibalismus zum Tode verurteilt (**26.12.1980**). Das zweite Todesurteil (12.6.1987) folgt nach seiner Rückkehr aus französischem Exil, doch die Strafe wird im folgenden Jahr (29.2.1988) in lebenslange Zwangsarbeit umgewandelt.

Senegal

Der senegalesische Staatspräsident Léopold Sédar Senghor tritt zurück und übergibt sein Amt an Ministerpräsident Abdou Diouf (**31.12.1980**). Senghor war der erste Präsident seit Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1960. Auch als Dichter und Mitbegründer der Négritude-Bewegung genießt er weltweit grosses Ansehen.

1981

EG

Griechenland

Griechenland wird zehntes Mitglied der Europäischen Gemeinschaften (1.1.1981).

Palau/USA/Trust Territory of the Pacific Islands (TTPI)

Die zum Trust Territory of the Pacific Islands (TTPI) gehörenden Palau-Inseln werden eine autonome Republik (1.1.1981). Die USA verwalten die Palau-Inseln seit 1947 als UNO-Treuhandgebiet. Den Anschluss an die Föderierten Staaten von Mikronesien lehnten die Inselbewohner ab. Erster Präsident von Palau wird Harvo Remeliik. 1985 wird er erschossen.

EG

Luxemburg

Der frühere luxemburgische Ministerpräsident Gaston Thorn wird neuer Kommissionspräsident der Europäischen Gemeinschaften (6.1.1981).

Portugal

Neuer Ministerpräsident in Portugal (9.1.1981): Francisco Pinto Balsemão (*Pinto Balsemao*) von der liberal-konservativen Sozialdemokratischen Partei (Partido Social Democrata/PSD) wird Nachfolger des bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommenen Francisco de Sá Carneiro (*Sa Carneiro*).

Iran/USA

Nach 444 Tagen Geiselhaft werden die von Iran festgehaltenen Mitarbeiter der US-Botschaft in Teheran freigelassen (20.1.1981).

USA

Alexander Haig, ehemaliger Nato-Oberbefehlshaber in Europa, wird neuer US-Aussenminister (22.1.1981). Nach 18 Monaten (25.6.1982) tritt er zurück.

China

Der Oberste Volksgerichtshof Chinas fällt die Urteile im Schauprozess gegen die sogenannte „Vierbande“: Die beiden Hauptangeklagten, die Mao-Witwe Jiang Qing und Zang Chunqiao, werden wegen „konterrevolutionärer Verbrechen“ zum Tode verurteilt. Das Gericht setzt die Vollstreckung jedoch auf zwei Jahre zur Bewährung aus (25.1.1981). Die Todesurteile werden später in lebenslange Haft umgewandelt. Die beiden anderen Angeklagten, Wang Hongwen und Yao Wenyuan, werden zu lebenslanger Haft bzw. zu einer 20-jährigen Freiheitsstrafe verurteilt.

Indonesien

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Das indonesische Fährschiff „Tampomas 2“ gerät in der Javasee in Brand und sinkt. Mindestens 500 Menschen kommen dabei ums Leben (27.1.1981).

Spanien

Der spanische Ministerpräsident Adolfo Suárez (*Suarez*) tritt überraschend zurück und legt auch den Parteivorsitz der Unión de Centro Democrático (UCD) nieder (29.1.1981). Suárez vollzog den schwierigen Wandel von der Franco-Diktatur zur Demokratie. Parteiinterne Spannungen, Konflikte mit der Armeeführung, Wirtschaftsprobleme und anhaltender Terror der baskischen Untergrundorganisation ETA gelten als Gründe für den Rücktritt. Neuer Regierungschef wird ab 25. Februar 1981 Leopoldo Calvo-Sotelo von der Unión de Centro Democrático (UCD)

Norwegen

Mit Gro Harlem Brundtland, Vorsitzende der Arbeiterpartei, erhält Norwegen erstmals eine Ministerpräsidentin (4.2.1981).

Polen

General Wojciech Jaruzelski wird neuer polnischer Ministerpräsident (11.2.1981).

Dominica

Putschversuch auf Dominica. Die Premierministerin des karibischen Inselstaates, Eugenia Charles, verhängt den Ausnahmezustand (13.2.1981). Der ehemalige Premierminister Patrick John und der frühere Armeechef Frederick Newton werden verhaftet. Die Armee, Dominica Defense Force, wird aufgelöst. Ein zweiter Putschversuch auf der Insel (18.12.1981) scheitert ebenfalls. Patrick John wird 1985 zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt und Frederick Newton wird 1986 hingerichtet.

Nicaragua

Die Autonomieforderungen der indigenen Bevölkerung Nicaraguas stoßen auf klare Ablehnung des sandinistischen Regimes. Die Festnahme von Anführern der Organisation Misurasata verschärft den Konflikt (18.2.1981). Misurasata

vertritt die Interessen der Miskito, Sumo, Rama und anderer Völker. Die Organisation spaltet sich. Rebellische Miskito schliessen sich dem bewaffneten Widerstand gegen das Regime an.

Spanien

Putschversuch konservativer Militärs in Spanien: Oberstleutnant Antonio Tejero stürmt mit bewaffneten Angehörigen der Guardia Civil das Parlament (**23.2.1981**). Der Umsturzversuch (auch F23 genannt) scheitert: König Juan Carlos stellt sich hinter den Demokratisierungsprozess und befiehlt den Aufständischen, in die Kasernen zurückzukehren. In einer nächtlichen Fernsehansprache sagt der Monarch: „Die Krone, Symbol der Einheit Spaniens, kann auf keinen Fall Aktionen oder Handlungsweisen von Personen dulden, die mit Gewalt den Demokratisierungsprozess zu unterbrechen versuchen, der in der Verfassung bestimmt wurde, über die das spanische Volk in einem Referendum entschieden hat.“

Die Drahtzieher des Putschversuchs, Generalleutnant Jaime Milans del Bosch, General Alfonso Armada und der Guardia Civil-Oberstleutnant Antonio Tejero, werden 1983 zu je 30 Jahren Gefängnis verurteilt. 29 Militärs werden vom Obersten Militärgericht verurteilt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichische Schauspieler Paul Hörbiger stirbt im Alter von 86 Jahren (**5.3.1981**).

Jugoslawien/Serbien/Kosovo

In der zur jugoslawischen Teilrepublik Serbien gehörenden Provinz Kosovo brechen Unruhen aus (**11.3.1981**). Die Kosovo-Albaner fordern die Bildung einer eigenen Republik innerhalb der jugoslawischen Föderation. Die Proteste von Studenten und Arbeitern werden von Ordnungskräften niedergeschlagen. Über Kosovo wird der Ausnahmezustand verhängt (2.4.1981).

Zentralafrikanische Republik

Zum ersten Mal seit 1964 finden in der Zentralafrikanischen Republik Wahlen statt (**15.3.1981**). Die Präsidentschaftswahl gewinnt mit rund 51 Prozent der amtierende Staatschef David Dacko.

Argentinien

Wechsel an der Spitze der argentinischen Militärjunta: General Roberto Eduardo Viola ersetzt General Jorge Rafael Videla (**29.3.1981**). Videla bleibt nur für kurze Zeit im Amt. Ende Dezember (22.12.1981) wird General Leopoldo Galtieri Anführer der Junta.

USA

US-Präsident Ronald Reagan wird bei einem Anschlag vor einem Hotel in Washington verletzt (**30.3.1981**).

Trinidad und Tobago

In Trinidad und Tobago übernimmt George Chambers die Nachfolge des nach 18-jähriger Amtszeit verstorbenen Premierministers Eric Williams (**30.3.1981**).

USA/Nicaragua

Die USA stellen ihre Wirtschaftshilfe an Nicaragua ein (**1.4.1981**). Das sandinistische Regime ist für die US-Regierung ein rotes Tuch.

Belgien

Wechsel an der Spitze der belgischen Regierung: Der Christdemokrat Mark Eyskens, Sohn des früheren Premierministers Gaston Eyskens, übernimmt die Führung des Kabinetts anstelle von Wilfried Martens. Seiner Koalition gehören Christdemokraten und Sozialisten an (**6.4.1981**).

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt

USA

Erster Flug der US-Raumfähre „Columbia“ (**12.4.1981**): Das wiederverwendbare Raumfahrzeug kreist mit zwei Astronauten an Bord zwei Tage um die Erde. Es handelt sich um den ersten Shuttle-Flug in der Geschichte der Raumfahrt.

Dominica/USA

In New Orleans wird eine Gruppe von Ku-Klux-Klan-Anhängern und Neonazis verhaftet, die im karibischen Inselstaat Dominica die Macht übernehmen wollten. Die Rechtsradikalen bezeichnen ihre Mission als Operation Red Dog (**27.4.1981**).

Grossbritannien/Nordirland

Nordirland-Konflikt

Tödliche Hungerstreiks in nordirischem Gefängnis: Bobby Sands stirbt nach 66 Tagen Hungerstreik im berühmten Maze-Gefängnis als erster von zehn Häftlingen der als Terrororganisation eingestuften Provisional Irish Republican Army (**5.5.1981**). Bobby Sands hatte im Monat zuvor für die republikanisch-katholische Partei Sinn Féin eine Nachwahl ins britische Unterhaus gewonnen. Mit mehreren Protestaktionen Blanket Protest, Dirty Protest und Hungerstreiks – forderten die Häftlinge einen Sonderstatus als politische Häftlinge.

Frankreich

Linksrutsch in Frankreich: Der Sozialist François Mitterrand wird zum neuen Staatspräsidenten gewählt – der bürgerliche Amtsinhaber Valéry Giscard d'Estaing abgewählt (**10.5.1981**). Mitterrand erhält 51,76 Prozent der Stimmen, Giscard d'Estaing 48,24 Prozent.

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Papst Johannes Paul II. wird auf dem Weg zu einer Generalaudienz von einem türkischen Ultranationalisten – Mehmet Ali Ağca (*Agca*) – angeschossen und dabei schwer verletzt (**13.5.1981**).

Indonesien

Katastrophen/Vulkanausbruch

Der Ausbruch des Vulkans Semeru auf der indonesischen Insel Java löst eine Schlammlawine aus. Dabei kommen über 300 Menschen ums Leben (**14.5.1981**).

Frankreich

Der Sozialist Pierre Mauroy wird neuer französischer Premierminister (**21.5.1981**).

Zypern

Bei der Parlamentswahl in Zypern erhält die kommunistische Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (Akel) mit 32,79 Prozent den höchsten Stimmenanteil (**24.5.1981**). Sie erobert 12 der 35 Mandate. Ebenfalls 12 Sitze erhält die konservative Demokratische Sammlung (Disy). Dritstärkste Kraft mit 8 Sitzen ist die liberale Demokratische Partei (Diko).

Ecuador

Der ecuadorianische Staatspräsident Jaime Roldós (*Roldos*) Aguilera kommt bei einem Flugzeugabsturz ums Leben (**24.5.1981**). Es zirkulieren Gerüchte über ein Attentat. Roldós war vor zwei Jahren (vgl. 29.4.1979) zum Staatsoberhaupt gewählt worden.

Neuer Staatsschef wird der bisherige Vizepräsident Osvaldo Hurtado Larrea von der Democracia Popular-Unión Demócrata Cristiana.

Golf-Kooperationsrat

Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudiarabien und die Vereinigten Arabischen Emirate gründen den Golf-Kooperationsrat – Gulf Cooperation Council/GCC (**25.5.1981**).

Niederlande

Die Christdemokraten (Christlich-Demokratischer Appell/Christen Democratisch Appèl/CDA) gehen als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in den Niederlanden hervor (**26.5.1981**). Auf sie entfallen 48 der 150 Sitze der Zweiten Kammer. Die bisher stärkste Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA) verliert neun Mandate und hat noch 44 Sitze. An dritter Stelle folgt die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) mit 26 Mandaten.

Bangladesh

In Bangladesh wird Machthaber Ziaur Rahman ermordet (**30.5.1981**).

Krankheiten/Seuchen/Epidemien

Aids

Eine US-amerikanische Fachzeitschrift berichtet über eine rätselhafte Immunschwächekrankheit (**5.6.1981**). Sie erhält 1982 die Bezeichnung Aids. 1983 identifizieren Forscher den Auslöser: das HI-Virus. Von 1981 bis 2011 sterben etwa 25 Millionen Menschen an den Folgen von Aids.

Indien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Im indischen Unionsstaat Bihar, bei Mansi, stürzt ein Zug nach der Notbremsung auf einer Brücke mit Hunderten Passagieren in den Fluss Bagmati (**6.6.1981**). Von bis zu 750 Toten ist die Rede (Quelle: India TV). Offizielle Opferzahlen liegen nicht vor. Viele Opfer wurden vom Hochwasser weggeschwemmt.

Irak/Israel

Die israelische Luftwaffe zerstört die irakische Atomanlage Osirak (**7.6.1981**).

Irland

Bei der Parlamentswahl in Irland bleibt die Partei Fianna Fáil von Ministerpräsident Charles Haughey zwar stärkste Kraft, muss jedoch Verluste hinnehmen (**11.6.1981**). Die oppositionelle Fine Gael übernimmt das Ruder. Neuer Ministerpräsident wird Garret Fitzgerald (30.6.1981). Er bildet eine Koalitionsregierung mit der Labour Party.

Schweiz

Die Gleichstellung von Mann und Frau wird in der Schweizer Verfassung verankert. Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die Vorlage mit 60,3 Prozent Ja-Stimmen gut (**14.6.1981**).

Philippinen

Der philippinische Präsident Ferdinand Marcos wird mit einem Stimmenanteil von 88 Prozent wiedergewählt (**16.6.1981**). Es ist der höchste Stimmenanteil, der je bei Präsidentschaftswahlen registriert wurde.

Organisation Ostkaribischer Staaten/Organisation of Eastern Caribbean States (OECS)

Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, Montserrat, Saint Kitts und Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent und die Grenadinen gründen die Organisation Ostkaribischer Staaten/Organisation of Eastern Caribbean States/OECS (**18.6.1981**).

Frankreich

Frankreich erlebt auch bei der Parlamentswahl einen Linksrutsch (14.6. und **21.6.1981**): Die Sozialisten und ihre Verbündeten – Mouvement des radicaux de gauche (MRG) und divers gauche – erobern mit 289 Mandaten 58 Prozent der 491 Sitze. Zusammen mit den Kommunisten (44 Sitze) erhalten die Linksparteien 333 Mandate. Das neogaullistische Rassemblement pour la République (RPR) muss sich mit 85 und die giscardistische Union pour la démocratie française (UDF) mit 62 Mandaten begnügen.

Iran

Das iranische Parlament setzt Präsident Abolhassan Bani-Sadr ab. Ihm wird Unfähigkeit vorgeworfen (**21.6.1981**). Bani-Sadr flüchtet nach Frankreich. Sein Nachfolger wird Mohammed Ali Rajai.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die schwedische Schauspielerin und Sängerin Zarah Leander stirbt im Alter von 74 Jahren (**23.6.1981**).

Italien

Italien erhält zum ersten Mal seit Ende 1945 einen Ministerpräsidenten, der nicht der Democrazia Cristiana angehört (**28.6.1981**). Neuer Regierungschef wird der Republikaner Giovanni Spadolini. Er bildet ein Mitte-links-Regierungsbündnis aus Republikanern (Partito Repubblicano Italiano/PRI), Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC), Sozialisten (Partito Socialista Italiano/PS), Sozialdemokraten (Partito Socialista Democratico Italiano/PSDI) und Liberalen (Partito Liberale Italiano/PLI).

China:

Hu Yaobang wird neuer chinesischer Parteivorsitzender (**29.6.1981**).

China

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In der chinesischen Provinz Sichuan zerstört eine Schlammlawine die Liziyida-Bücke. Ein Zug stürzt in die Tiefe. Über 200 Menschen kommen ums Leben (**9.7.1981**). Es handelt sich um die bisher schwerste Eisenbahnkatastrophe in China.

Malaysia

Neuer Regierungschef in Malaysia (**16.7.1981**): Premierminister Hussein Onn tritt aus gesundheitlichen Gründen zurück und übergibt das Amt seinem Stellvertreter Mahathir Mohamad. Der neue Regierungschef ist gleichzeitig Vorsitzender der herrschenden United Malays National Organisation (UMNO). Mahathir wird ein Langzeitherrscher Malaysias.

Panama

Panamas Machthaber General Omar Torrijos kommt bei einem Flugzeugabsturz in der Provinz Coclé ums Leben (**31.7.1981**).

Bolivien

In Bolivien wird der diktatorisch herrschende General Luis García Meza (*García Meza*) von der Armee abgesetzt (**4.8.1981**). Noch ein weiteres Jahr, bis Oktober 1982, wird das Land von Militärs regiert.

Nicaragua

Gegner des sandinistischen Regimes in Nicaragua, unter ihnen ehemalige Mitglieder der Nationalgarde und andere Anhänger des gestürzten Somoza-Clans, bilden die Fuerza Democrática Nicaragüense/FDN (**11.8.1981**). Die antisandinistischen Widerstandskämpfer sowohl der FDN als auch anderer Gruppierungen werden als Contras bezeichnet,

Libyen/USA

Die US-Luftwaffe schießt bei einem Luftkampf über der Grossen Syrte zwei libysche Kampfflugzeuge ab (**19.8.1981**). Libyen hat 1973 einen Grossteil der Grossen Syrte zu seinen Hoheitsgewässern erklärt. Die USA anerkennen die einseitige Erweiterung der Hoheitsgewässer nicht und führen in der Grossen Syrte Militärmanöver durch.

Iran

Der iranische Präsident Mohammed Ali Rajai kommt bei einem Anschlag ums Leben (**30.8.1981**).

Zentralafrikanische Republik

Putsch in der Zentralafrikanischen Republik. Staatspräsident David Dacko wird von der Armeeführung abgesetzt (**1.9.1981**). Die Macht übernimmt das Comité militaire de redressement national (CMRN) mit General André Kolingba an der Spitze.

Tschechoslowakei

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

Bei einer Bergbaukatastrophe in der Tschechoslowakei kommen 65 Menschen ums Leben (**3.9.1981**).

Norwegen

Bei der Parlamentswahl in Norwegen erobern die bürgerlichen Parteien die Mehrheit der Sitze. Nach acht Jahren muss die Arbeiterpartei in die Opposition (**14.9.1981**). Die konservative Høyre erreicht mit einem Stimmenanteil von 31,7 Prozent ihr bestes Ergebnis seit 1924. Sie gewinnt 53 Sitze im Storting (plus 12). Die Arbeiterpartei verliert 10 Mandate, bleibt aber mit 66 Abgeordneten stärkste Kraft. Neuer Ministerpräsident wird Kåre Willoch von der konservativen Høyre (14.10.1981).

Belize (Britisch-Honduras)/Grossbritannien/Guatemala

Die britische Kronkolonie Belize, früher Britisch-Honduras, wird unabhängig mit Queen Elizabeth II. als Staatsoberhaupt (**21.9.1981**). Premierminister ist George Cadle Price von der Mitte-links orientierten People's United Party. Er war bereits unter britischer Herrschaft seit 1961 Regierungschef. Da sich Guatemala weigert, die Unabhängigkeit von Belize anzuerkennen, verbleiben britische Truppen im Land.

USA

Mit Sandra Day O'Connor wird erstmals eine Frau Mitglied des Obersten Gerichts der USA (**25.9.1981**).

El Salvador

In El Salvador gründet der antikommunistische Hardliner Roberto D'Aubuisson die Alianza Republicana Nacionalista/Arena (**30.9.1981**). Zwischen 1989 und 2009 stellt die konservative Alianza vier Staatspräsidenten.

Iran

Ayatollah Ali Khamenei wird zum neuen iranischen Präsidenten gewählt (**2.10.1981**). Er ist Nachfolger des bei einem Anschlag ums Leben gekommenen Präsidenten Mohammad Ali Rajai.

Ägypten

Der ägyptische Staatspräsident Anwar es-Sadat fällt während einer Militärparade in Kairo einem Attentat zum Opfer (**6.10.1981**). Sein Nachfolger wird Hosni Mubarak.

Frankreich

Frankreich schafft die Todesstrafe ab (**9.10.1981**). Justizminister Robert Badinter hatte sich für die Abschaffung stark gemacht.

Griechenland

In Griechenland geht die Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) als klare Siegerin und mit absoluter Mehrheit aus der Parlamentswahl hervor und verdrängt die bisher regierende konservative Nea Dimokratie in die Opposition (**18.10.1981**). Mit Andreas Papandreou erhält Griechenland erstmals einen sozialistischen Ministerpräsidenten.

Polen

Wechsel an der Spitze der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR): Ministerpräsident Wojciech Jaruzelski übernimmt von Stanisław Kania die Führung der kommunistischen Partei (**18.10.1981**).

Finnland:

Der 81 Jahre alte finnische Staatspräsident Urho Kekkonen, seit 1956 Staatsoberhaupt, gibt wegen Erkrankung seinen Rücktritt bekannt (**26.10.1981**). Er übergibt die Amtsgeschäfte an Ministerpräsident Mauno Koivisto.

Schweden/Sowjetunion

Ein sowjetisches U-Boot strandet in schwedischen Gewässern (**27.10.1981**). Nach mehreren Befragungen der Mannschaft wird das U-Boot freigegeben. Die sowjetische Führung spricht von einem Navigationsfehler.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Chansonnier Georges Brassens stirbt im Alter von 60 Jahren (**29.10.1981**).

Antigua und Barbuda/Grossbritannien

Die Karibikinseln Antigua und Barbuda erhalten von Grossbritannien die Unabhängigkeit mit Queen Elizabeth als Staatsoberhaupt (**1.11.1981**). Die Regierung wird von Steve Bird von der Antigua Labour Party geleitet.

Belgien

Bei der Parlamentswahl in Belgien müssen die Christdemokraten deutliche Verluste hinnehmen. Die Christelijke Volkspartij (CVP) bleibt mit 43 Mandaten stärkste Kraft in der Abgeordnetenkammer, verliert aber 14 Sitze. Der Parti Socialiste (PS) gewinnt 35 und die Socialistische Partij (SP) 26 Mandate. Die liberale Partij voor Vrijheid en Vooruitgang (PVV) entsendet 28 und der Parti Réformateur Libéral (PRL) 24 Abgeordnete. Die Volksunie gewinnt 20 und der frankophone Parti Social Chrétien (PSC) 18 Sitze. Erstmals vertreten sind – mit je zwei Sitzen – die flämischen und wallonischen Grünen: Anders Gaan Leven (Agalev) und Ecolo (**8.11.1981**).

Nach den Wahlen wird der Christdemokrat Wilfried Martens nach achtmonatigem Unterbruch wieder Premierminister (17.12.1981). Dieses Amt behält er bis März 1992 mit verschiedenen Koalitionspartnern.

Nicaragua/USA

US-Präsident Ronald Reagan gibt dem Geheimdienst CIA grünes Licht zur Unterstützung der gegen das sandinistische Regime in Nicaragua kämpfenden Contras (**23.11.1981**). In Honduras werden Ausbildungslager für die Contras errichtet.

Seychellen/Südafrika

Im Inselstaat Seychellen wird ein Putschversuch von Söldnern gegen Machthaber France-Albert René verhindert (**25.11.1981**). Als Drahtzieher des Putschversuchs gilt Südafrika.

Honduras/USA/Nicaragua

In Honduras geht Roberto Suazo Córdova (*Suazo Cordova*) vom Partido Liberal als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Er erhält 53,93 Prozent der Stimmen. Der Partido Liberal ist mit 44 von 82 Sitzen die stärkste Kraft im Parlament (**29.11.1981**).

Damit endet die Ära der Militärs im Präsidentenamt, doch übt die Armee durch seinen Oberkommandierenden Gustavo Álvarez Martínez (Alvarez Martinez) nach wie vor grossen Einfluss aus. General Álvarez Martínez gilt als eigentlicher Machthaber des Landes. Todesschwadronen (Batallón 316) verfolgen, foltern und ermorden Regimegegner.

Mit Unterstützung der USA werden in Honduras Guerillas gegen das sandinistische Regime in Nicaragua – sogenannte Contras – ausgebildet und für den Kampfeinsatz vorbereitet,

Abrüstung/Rüstungskontrolle

USA/Sowjetunion

Die USA und die Sowjetunion beginnen in Genf Verhandlungen über den Verzicht auf atomare Mittelstreckenraketen (**30.11.1981**).

Guatemala

Guatemaltekkische Soldaten richten im Dorf El Mozote ein Massaker an: Fast 1000 Männer, Frauen und Kinder werden ermordet (**10.12.1981**).

Friedensnobelpreis

UNO-Flüchtlingshochkommissariat

Zum zweiten Mal wird das UNO-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1981**).

Literaturnobelpreis

Elias Canetti, in Bulgarien geborener Schriftsteller deutscher Sprache mit britischer Staatsbürgerschaft, wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1981**).

El Salvador

Massaker von Armeemitgliedern in El Salvador: Bei einem Überfall einer Sondereinheit der Armee auf El Mozote und benachbarte Dörfer kommen über 900 Menschen ums Leben, unter ihnen über 500 Kinder (10. bis **12. 12. 1981**).

Polen/Sowjetunion

Über Polen wird unter massivem Druck der Sowjetunion das Kriegsrecht verhängt und der politische Reformprozess gestoppt. Ein „Militärrat der nationalen Errettung“ wird eingesetzt. An seiner Spitze steht Partei- und Regierungschef General Wojciech Jaruzelski (**13.12.1981**). Die Gewerkschaft Solidarność (Solidarnosc) wird verboten und Tausende Regimegegner werden verhaftet und interniert. Solidarność-Anführer Lech Wałęsa (Walesa) wird unter Hausarrest gestellt.

Nicaragua

Die nicaraguanische Regierung beschliesst, 42 von indigenen Misikito bewohnte Dörfer entlang des Río Coco im Grenzgebiet zu Honduras zwangsweise umzusiedeln (**28.12.1981**). Etwa 8500 Menschen werden umgesiedelt. Abertausende flüchten in den Nachbarstaat Honduras. Im Gebiet entlang des Río Coco kämpfen Contras gegen das sandinistische Regime.

Ghana

In Ghana nimmt nach einem Armeeputsch gegen Präsident Hilla Limann Fliegerleutnant Jerry Rawlings die Macht (**31.12.1981**). Es ist Rawlings zweiter Putsch. Er bleibt bis Anfang 2001 an der Macht: zuerst als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates und ab 1993 als gewählter Staatspräsident.

1982

UNO

Peru

Der peruanische Diplomat Javier Pérez de Cuéllar wird neuer UNO-Generalsekretär (**1.1.1982**).

Andorra

Andorra erhält erstmals einen Ministerpräsidenten (**8.1.1982**). Der Generalrat – Consell General de les Valls – bestimmt Óscar Ribis Reis zum Regierungschef.

Finnland

In Finnland wird der Sozialdemokrat Mauno Koivisto, bisher Ministerpräsident, von einem Elektorenkollegium zum Nachfolger des verstorbenen Staatspräsidenten Urho Kekkonen gewählt (**18.1.1982**). Das Amt des Regierungschefs übernimmt der frühere sozialdemokratische Ministerpräsident Kalevi Sorsa.

Algerien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Im Bahnhof von Bouhalouane, im Verwaltungsbezirk Chlef, fordert eine Zugkollision 131 Tote. Ein liegengebliebener Zug von Oran nach Algier rollt bergab und prallt auf einen Güterzug (**27.1.1982**).

Senegal/Gambia/Senegambia

Senegal und Gambia bilden eine Konföderation mit dem Namen Senegambia (**1.2.1982**). Die Konföderation wird nach sieben Jahren wieder aufgelöst.

Syrien

Die syrische Armee greift die Stadt Hama an, um einen Aufstand der Muslimbrüder niederschlagen (**2.2.1982**). In den folgenden Wochen kommen laut Schätzungen zwischen 10 000 und 40 000 Menschen ums Leben.

Suriname

In Suriname wird Staats- und Regierungschef Henk Chin A Sen vom National Military Council (NMC) abgesetzt (**4.2.1982**). Das Präsidentenamt übernimmt – bis Januar 1988 – Fred Ramdat Misier. Neuer Regierungschef wird Henry Neijhorst. Auf ihn folgen bis zum Inkrafttreten einer neuen Verfassung im Jahr 1987 vier weitere Regierungschefs. Desiré „Desi“ Bouterse bleibt De-facto-Machthaber des Landes.

Guatemala

In Guatemala schliessen sich vier Widerstandsorganisationen zur Unidad Revolucionaria Nacional Guetemalteca (URNG) zusammen (**8.2.1982**).

Malta

Mit Agatha Barbara erhält Malta die erste Staatspräsidentin (**15.2.1982**). Die Labour-Politikerin war Erziehungsministerin und später auch Arbeitsministerin.

Simbabwe

Der Premierminister von Simbabwe, Robert Mugabe, entlässt seinen Innenminister und politischen Rivalen Joshua Nkomo, Gründer der Zimbabwe African People's Union (Zapu), wegen angeblicher Verschwörung (**17.2.1982**). Das Zerwürfnis zwischen Mugabe und Nkomo bzw. zwischen dem Mehrheitsvolk der Shona und der Minderheit der Ndebele (auch Matabele genannt) mündet in einen Bürgerkrieg. Machthaber Mugabe setzt in den Ndebele-Provinzen Nord- und Südmatabeleland die von Nordkorea ausgebildete Fünfte Brigade ein, der zahlreiche Massaker zur Last gelegt werden. Der Bürgerkrieg dauert bis Ende 1987. Er fordert zwischen 10 000 und 20 000 Tote.

Grönland/Dänemark

EG

Die Bevölkerung Grönlands will nicht mehr der Europäischen Gemeinschaft (EG) angehören und befürwortet mit 52 Prozent Ja-Stimmen den Austritt aus der EG (**23.2.1982**). Grönland bleibt aufgrund des Autonomieabkommens aussen-, währungs- und verteidigungspolitischer Bestandteil Dänemarks.

Peru

In Peru wird die marxistisch-leninistische Widerstandsbewegung Túpac Amaru (Movimiento Revolucionario Túpac Amaru/MRTA) gegründet (**1.3.1982**). Ihr Anführer ist Víctor Polay Campos. Ihre erste Aktion ist ein Banküberfall in Lima (31.5.1982).

Suriname

In Suriname versuchen rebellierende Armeeeingehörige unter Führung von Leutnant Surendre Rambocus die Militärmachthaber zu stürzen, um das Land vom Kommunismus zu retten (**11.3.1982**). Der Putsch scheitert.

Guatemala

In Guatemala verüben Sicherheitskräfte ein Massaker an der indigenen Bevölkerung des Dorfes Cuarto Pueblo. Dabei werden über 300 Menschen ermordet (**14.3.1982**).

Nicaragua/Honduras

Nach Attacken antisandinistischer Contras von Honduras aus verhängt die nicaraguanische Regierungsjunta den Notstand (**15.3.1982**). Auch in den eigenen Reihen stossen die Sandinisten auf Widerstand. Der Guerillaführer Edén Pastora (Comandante Cero), ehemaliger stellvertretender Innenminister, übt Kritik am politischen Kurs der neuen Machthaber und wechselt ins gegnerische Lager. Er gründet die Alianza Revolucionaria Democrática (ARDE), der sich auch Alfonso Robelo, ehemaliges Mitglied der Junta de Gobierno de Reconstrucción, anschliesst. Die ARDE-Contras eröffnen eine Front im Süden Nicaraguas.

Vietnam

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In der vietnamesischen Provinz Dong Nai entgleist auf der Bahnstrecke Hanoi-Ho-Chi-Minh-Stadt ein Zug wegen überhöhter Geschwindigkeit. Dabei kommen über 200 Menschen ums Leben (**17.3.1982**).

Guatemala

In Guatemala wird Staatspräsident Romeo Lucas García (*García*) von der Armee abgesetzt (**23.3.1982**). Eine Junta unter Führung von General Efraín Ríos Montt (*Ríos Montt*) – ein evangelikaler Eiferer – übernimmt die Macht. Seine kurze Herrschaft (bis August 1983) gilt als die blutigste Phase des 36 Jahre dauernden Bürgerkrieges. Er verfolgt eine Strategie der Verbrannten Erde. Der brutalen Aufstandsbekämpfung, die sich vor allem gegen die indigene Volksgruppe der Maya-Ixil richtet, fallen Tausende Menschen zum Opfer, Dutzende Dörfer werden verwüstet. Zehntausende Menschen flüchten in den Süden von Mexiko.

Bangladesh

In Bangladesh übernimmt General Hussein Muhammad Ershad in einem unblutigen Putsch die Macht (**24.3.1982**).

Frankreich

„Carlos“

Ein Sprengstoffanschlag auf den Schnellzug Paris-Toulouse fordert 5 Tote und über 20 Verletzte. Der Sprengstoff explodiert in der Nähe von Ambazac (**29.3.1982**). Als Drahtzieher gilt venezolanische Terrorist Ilich Ramírez Sánchez alias „Carlos“.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Komponist und Musikpädagoge Carl Orff stirbt im Alter von 86 Jahren (**29.3.1982**).

Falklandkrieg

Falkland-Inseln (Islas Malvinas)

Argentinien/Grossbritannien

Argentinische Truppen besetzen die im Südatlantik gelegenen britischen Falkland-Inseln – Islas Malvinas (**2.4.1982**). Auch die britischen Überseegebiete Südgeorgien und die Südsandwich-Inseln werden annektiert.

- Die Briten versenken den argentinischen Kreuzer „General Belgrano“. Die britische Marine verliert den Zerstörer „Sheffield“.
- Den britischen Streitkräften gelingt die Rückeroberung nach rund 70 Tagen. Am 14. Juni 1982 kapitulieren die Argentinier.
- Der Konflikt fordert auf argentinischer Seite rund 650 und auf britischer Seite über 230 Tote.

Mexiko

Katastrophen/Vulkanausbruch

Der Ausbruch des Vulkans El Chichón in Mexiko hat verheerende Folgen. Mehrere Dörfer werden verwüstet. Rund 2000 Menschen kommen ums Leben (**3.4. und 4.4.1982**).

Kanada/Grossbritannien/Quebec

Kanada wird von Grossbritannien vollständig unabhängig (**17.4.1982**). Mit der Unterzeichnung des Constitution Act durch Königin Elizabeth II. wird Kanada formell die Verfassungshoheit übertragen. Die Queen bleibt als Königin von Kanada Staatsoberhaupt. Das Provinzparlament von Quebec lehnt den Constitution Act ab.

Simbabwe

Die Hauptstadt von Simbabwe nennt sich neu Harare anstelle von Salisbury (**18.4.1982**).

Nahost-Konflikt

Israel/Ägypten/Sinai-Halbinsel

Die Sinai-Halbinsel gehört wieder zu Ägypten. Israel schliesst den Rückzug aus dem 1967 eroberten Gebiet ab (**25.4.1982**).

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Korea (Südkorea)

Bei einem Amoklauf eines südkoreanischen Polizisten durch fünf Dörfer kommen 58 Menschen ums Leben (27.4.1982).

El Salvador

Die Verfassungsgebende Versammlung von El Salvador wählt den bisherigen Direktor der Staatsbank Banco Hipotecario, Álvaro Magaña (*Magana*), zum Übergangspräsidenten (2.5.1982).

Dominikanische Republik

Salvador Jorge Blanco vom Partido Revolucionario Dominicano (PRD) geht mit einem Stimmenanteil von 46,7 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in der Dominikanischen Republik hervor. Joaquín Balaguer scheitert mit dem Versuch, erneut an die Macht zu gelangen (16.5.1982). Antonio Guzmán (*Guzman*), der Vorgänger von Salvador Jorge Blanco hatte auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Er stirbt vermutlich durch Suizid (4.7.1982).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die deutsch-französische Schauspielerin Romy Schneider stirbt im Alter von 43 Jahren (29.5.1982).

Nato

Spanien

Spanien tritt als 16. Mitglied der Nato bei (30.5.1982).

Kolumbien

In Kolumbien gewinnt Belisario Betancur vom Partido Conservador die Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 46,75 Prozent. Expräsident Alfonso López Michelsen vom Partei Liberal schafft das angestrebte Comeback nicht. Er erhält 41,01 Prozent der Stimmen (30.5.1982). Im Abgeordnetenhaus bleiben die Liberalen stärkste Kraft.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Konflikt Israel-Libanon

Erster Libanonkrieg

PLO/Hizbullah

Israelische Truppen marschieren in den Süden Libanons ein (6.6.1982). Ziel der Operation „Frieden für Galiläa“ ist die Zerschlagung der in Libanon erstarkten palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO).

- Die israelische Luftwaffe schießt in den ersten Kriegstagen über 20 syrische MiG-Kampfflugzeuge ab.
- Israelische Truppen belagern Westbeirut und erzwingen Ende August (25. bis 30. August 1982) die Evakuierung Tausender PLO-Kämpfer aus Beirut unter Aufsicht einer multinationalen Friedenstruppe (Multinational Force/MNF).
- Der Multinational Force gehören Truppen aus den USA, Frankreich, Grossbritannien und Italien an. Die Mission der MNF endet 1984
- Die PLO unter Führung von Yassir Arafat verlegt ihren Hauptsitz nach Tunis.
- In Libanon entsteht als Folge der israelischen Invasion die schiitische Widerstandsorganisation Hizbullah. Die „Partei Gottes“ wird von Iran unterstützt.

Tschad/Libyen

Umsturz in Tschad: Für Staatspräsident Goukouni Oueddei hat der im November 1981 vereinbarte Rückzug der libyschen Truppen aus Tschad in den seit 1973 von Libyen besetzten Aouzou-Streifen drastische Folgen. Die Forces armées du Nord (FAN) seines Rivalen Hissène Habré erobern die Hauptstadt Njamena (7.6.1982). Oueddei flüchtet ins Ausland. Hissène Habré wird neuer Machthaber.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Filmregisseur Rainer Werner Fassbinder stirbt im Alter von 37 Jahren (10.6.1982).

Saudiarabien

Der saudische König Khalid stirbt an den Folgen eines Herzinfarkts (13.6.1982). Sein Halbbruder und bisherige Kronprinz Fahd folgt ihm auf den Thron.

Argentinien

Falklandkrieg

Nach dem verlorenen Falklandkrieg (vgl. 2.4.1982) kommt es in Argentinien zu massiven Protesten gegen die Militärjunta. Machthaber Leopoldo Galtieri tritt zurück (17.6.1982). Sein Nachfolger Reynaldo Bignone leitet eine Demokratisierung des Landes ein.

Vatikan/Schweiz

Papst Johannes Paul II. besucht mehrere internationale Organisationen in Genf: Das Bureau International du Travail (BIT), das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und die Europäische Organisation für Kernforschung (Cern) (15.6.1982).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsch-österreichische Schauspieler Curd Jürgens stirbt im Alter von 66 Jahren (18.6.1982).

Kambodscha/Kampuchea

Der Widerstand gegen die vietnamesische Besetzung von Kampuchea (Kambodcha) wächst. Unter Führung von Prinz Norodom Sihanouk bilden Oppositionskräfte eine Exilregierung, die von der UNO anerkannt wird (**21.6.1982**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Psychoanalytiker und Schriftsteller Alexander Mitscherlich stirbt im Alter von 73 Jahren (**26.6.1982**).

Mexiko

In Mexiko wird Miguel de la Madrid Hurtado vom regierenden Partido Revolucionario Institucional (PRI) mit einem Stimmenanteil von 74,31 Prozent zum neuen Präsidenten gewählt (**4.7.1982**).

USA

Der ehemalige US-Finanzminister George Shultz wird neuer Chef des Aussenministeriums (**16.7.1982**).

Guatemala

In Guatemala verüben Sicherheitskräfte ein Massaker im Dorf Plan de Sánchez. Über 260 Indigene, überwiegend Frauen und Kinder, werden misshandelt und ermordet (**18.7.1982**).

Mexiko

Mexiko erklärt sich für zahlungsunfähig. Wirtschaftsminister Jesus Silva Herzog verkündet ein dreimonatiges Moratorium für die Schuldendienstzahlungen seines Landes (**20.8.1982**).

Swasiland

König Sobhuza II. von Swasiland stirbt im Alter von 83 Jahren (**21.8.1982**). Die Regentschaft übernimmt zunächst Königin Dzeliwe.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die schwedische Schauspielerin Ingrid Bergman stirbt im Alter von 67 Jahren (**29.8.1982**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

USA

Westjordanland/Gazastreifen/Jordanien

US-Präsident Ronald Reagan schlägt „volle Autonomie“ für die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten (Westjordanland, Gazastreifen) vor, lehnt aber die Bildung eines palästinensischen Staates ebenso ab wie die Annexion des Westjordanlands und des Gazastreifens durch Israel. Reagan empfiehlt in seinem Friedensplan die Assoziierung der palästinensischen Gebiete mit Jordanien (**1.9.1982**). Israel lehnt den Reagan-Plan ab.

Dänemark

Die dänische Regierung unter Führung des Sozialdemokraten Anker Jørgensen (Jørgensen) tritt wegen Haushaltsproblemen zurück (**3.9.1982**). Neuer Ministerpräsident wird Poul Schlüter von der Konservativen Volkspartei (10.9.1982). Damit erhält Dänemark nach sieben Jahren wieder eine bürgerliche Regierung. Ihr gehören neben der Konservativen Volkspartei, die liberale Venstre, die Zentrumsdemokraten und die Christdemokraten an. Die Konservative Volkspartei (Vorgängerin: Højre) stellt erstmals seit 1901 den Regierungschef.

Schweiz/Polen

Eine Gruppe von vier Exilpolen überfällt die polnische Botschaft in Bern (**6.9.1982**). 13 Personen werden als Geiseln festgehalten. Die Geiselnnehmer fordern unter anderem die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen und drohen mit der Sprengung des Botschaftsgebäudes (6.9.1982). Eine Sondereinheit der Berner Polizei beendet die Besetzung und Geiselnahme (9.9.1982).

Niederlande

Bei der Parlamentswahl in den Niederlanden erobert die sozialdemokratische Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA) die 1981 verlorene Position als stärkste Kraft zurück (**8.9.1982**). Die Sozialdemokraten erhalten 47 Sitze (plus 3). Zweistärkste Kraft sind die Christdemokraten (Christlich-Demokratische Appell/Christen Democratisch Appèl/CDA) mit 45 Sitzen (minus 3). An dritter Stelle folgt die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) mit 36 Mandaten (plus 10).

Libanon

Der libanesische Staatspräsident Shamir Gemayel fällt wenige Tage nach seiner Wahl einem Sprengstoffanschlag zum Opfer (**14.9.1982**). Sein Bruder Amin Gemayel übernimmt das Präsidentenamt.

Monaco

Monaco trauert um Fürstin Grazia Patricia. Die ehemalige US-Schauspielerin Grace Kelly und seit April 1956 Gattin von Fürst Rainier II. erliegt den schweren Verletzungen nach einem Autounfall (**14.9.1982**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Konflikt Israel-Libanon/Erster Libanonkrieg

Libanesische christliche Milizen verüben in den von israelischen Streitkräften umstellten Palästinenserlagern Sabra und Shatila im Süden der libanesischen Hauptstadt Beirut ein Massaker. Hunderte von Menschen werden ermordet. Die israelischen Truppen greifen nicht ein (**16. bis 18.9.1982**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

In der Bundesrepublik Deutschland bricht nach 13-jähriger Zusammenarbeit die sozialliberale Regierung auseinander. Der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt erklärt, dass er das Vertrauen in seinen Koalitionspartner, die Freien Demokraten (FDP), verloren habe. Die vier FDP-Minister treten zurück (**17.9.1982**). Beschleunigt wurde der Koalitionsbruch durch Reformvorschläge des FDP-Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff.

Schweden

In Schweden kehren die Sozialdemokraten nach sechs Jahren Opposition an die Macht zurück. Bei der Reichstagswahl erobern sie 166 (plus 12) der 349 Sitze. Die Mitte-rechts-Parteien – Zentrumsparter, Moderate Sammlungspartei und Volkspartei – gewinnen 163 Mandate. Zweitstärkste Kraft bleibt die Moderate Sammlungspartei mit 86 Mandaten (plus 13). Es folgen die Zentrumsparter mit 56 (minus 8) und die Volkspartei mit 21 Mandaten (minus 17). Die Linkspartei-Kommunisten bleibt bei 20 Mandaten (**19.9.1982**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt wird durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt (**1.10.1982**). Erstmals vollzieht sich in der Bundesrepublik Deutschland ein Kanzlerwechsel durch ein konstruktives Misstrauensvotum. Der Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union (CDU), Helmut Kohl, wird zum neuen Regierungschef gewählt. Er bildet eine Koalitionsregierung mit den abtrünnigen Freien Demokraten/FDP (**4.10.1982**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der kanadische Pianist Glenn Gould stirbt im Alter von 50 Jahren (**4.10.1982**).

Bolivien

In Bolivien endet nach 18 Jahren die Herrschaft der Militärs. Sie waren von kurzen Unterbrüchen abgesehen seit 1964 an der Macht. Das Parlament (Asemblea Legislativa Plurinacional) wählt Hernán Siles Zuazo vom Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) zum Präsidenten (**5.10.1982**). Er war bereits zwischen 1956 und 1960 Staatsoberhaupt. 1980 gewann Siles Zuazo als Kandidat vom Movimiento Nacionalista Revolucionario de Izquierda (MNRI) die Präsidentenwahl, konnte aber sein Amt nach einem Militärputsch nicht antreten.

Schweden

In Schweden wird der Sozialdemokrat Olof Palme nach sechsjährigem Unterbruch erneut Ministerpräsident (**8.10.1982**).

Japan

Der frühere japanische Ministerpräsident Tanaka Kakuei wird im Lockheed-Bestechungsskandal zu vier Jahren Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 500 Millionen Yen verurteilt (**12.10.1983**). Während des Berufungsverfahrens und bis zu seinem Tod befindet er sich auf freiem Fuss.

Sowjetunion

Katastrophen/Massenpanik

Bei einer Massenpanik im Moskauer Luschniki-Stadion kommen nach offiziellen Angaben 66 Menschen ums Leben. Nach anderen Angaben sind es weit mehr (**20.10.1982**).

Spanien:

Erdrutschartiger Sieg der Sozialisten bei der Parlamentswahl in Spanien. Der Partido Socialista Obrero Español (PSOE) unter Führung von Felipe González (Gonzalez) gewinnt mit einem Stimmanteil von rund 48 Prozent 202 der 350 Sitze des Abgeordnetenhauses. Die Sozialisten gewinnen 81 Mandate hinzu. Eine verheerende Niederlage erleidet die Unión de Centro Democrático (UCD). Sie verliert 152 Sitze und ist nur noch mit 11 Parlamentariern vertreten. Zweitstärkste Kraft ist das Bündnis Coalición Popular (Alianza Popular/AP, Partido Demócrata Popular/PDP) mit 107 Sitzen. Der Partido Comunista de España/PCE muss sich mit 4 Mandaten (minus 19) begnügen (**28.10.1982**).

USA

Bei den Kongresswahlen in den USA (Midtermwahlen) verteidigen die Republikaner ihre Mehrheit im Senat. Im Repräsentantenhaus behaupten die Demokraten ihre Führung. Im Senat haben die Republikaner 54 (minus 1) und die Demokraten wie bisher 46 Mandate. Die Unabhängigen verlieren ihr Mandat. Im Repräsentantenhaus sind die Demokraten mit 269 Abgeordneten (plus 26) und die Republikaner mit 166 (minus 26) vertreten (**2.11.1982**).

Niederlande

Der Christdemokrat Ruud Lubbers löst Dries van Agt an der Spitze der niederländischen Regierung ab (**4.11.1982**). Wie sein Vorgänger vertritt Ruud Lubbers den Christlich-Demokratischen Appell (Christen Democratisch Appèl/CDA). Er bildet eine Koalition mit der rechtsliberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vreijheid en Democratie/VVD).

Kamerun

Machtwechsel in Kamerun (**6.11.1982**): Staatspräsident Ahmadou Ahidjo, seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1960 im Amt, tritt aus gesundheitlichen Gründen zurück. Sein Nachfolger wird der bisherige Regierungschef Paul Biya. Er bleibt Langzeitherrscher. Auch über 40 Jahre später, mit 92 Jahren, wird er wiedergewählt (vgl. 12.10.2025).

Türkei

In einer Volksabstimmung wird die vom herrschenden Militär ausgearbeitete neue türkische Verfassung gutgeheissen (**7.11.1982**). General Kenan Evren, Anführer des Militärputsches von 1980, wird Staatspräsident (9.11.1982).

Sowjetunion

Ende der Ära Breschnew nach 18 Jahren. Der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew stirbt im Alter von 75 Jahren (**10.11.1982**). Sein Nachfolger wird der KGB-Chef Yuri Andropow.

Kolumbien

In Kolumbien tritt ein von Staatspräsident Belisario Betancur vorgeschlagenes Amnestiegesetz in Kraft, das den Weg für einen Friedensprozess mit den Guerillabewegungen ebnen soll (**19.11.1982**).

Irland

In Irland finden zum dritten Mal innert 18 Monaten Parlamentswahlen statt (**24.11.1982**). Die Partei Fine Gael gewinnt sieben Sitze hinzu und ist neu mit 70 Mandaten vertreten. Fine Gael liegt nur noch knapp hinter Fianna Fáil (75 Sitze). Fianna Fáil ist seit 1932 die stärkste Kraft im Parlament. Garret FitzGerald von Fine Gael wird einen Monat danach (24.12.1982) zum zweiten Mal Regierungschef (Taoiseach).

Japan

Neuer Ministerpräsident in Japan: Nakasone Yasuhiro wird neuer Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei und neuer Regierungschef (**27.11.1982**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die Volksinitiative „zur Verhinderung missbräuchlicher Preise“ mit 56,1 Prozent Ja-Stimmen gut (**28.11.1982**).

Spanien

Der Sozialist Felipe González (*Gonzalez*) wird neuer spanischer Ministerpräsident (**1.12.1982**). Seine Partei, der Partido Socialista Obrero Español (PSOE), war siegreich aus den Parlamentswahlen (vgl. 28.10.1982) hervorgegangen.

Guatemala

In Guatemala verübt eine Spezialeinheit der Armee ein Massaker im Indio-Dorf Las Dos Erres. Fast alle 250 Dorfbewohner werden umgebracht (**6.12.1982**).

Suriname

„Dezembermorde“ in Suriname: In der Nacht vom 7. auf den **8. Dezember 1982** werden in der Hauptstadt Paramaribo im Fort Zeelandia 15 Regimegegner hingerichtet. 37 Jahre später (29. November 2019) wird Machthaber Desiré „Desi“ Bouterse wegen der „Dezembermorde“ zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Niederlande und die USA verhängen aus Protest gegen die Hinrichtungen Wirtschaftssanktionen. Die Niederlande streichen ihre jährliche Wirtschaftshilfe an Suriname in Höhe von 100 Millionen Dollar. Verschärft werden die wirtschaftlichen Einbussen durch sinkende Bauxit-Preise auf dem Weltmarkt. Der Export von Bauxit sorgt für 70 Prozent der Einkünfte.

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt zwei neue Mitglieder der Landesregierung: den Luzerner christdemokratischen Ständerat Alphons Egli als Nachfolger von Bundesrat Hans Hürlimann sowie den freisinnigen Zürcher Nationalrat Rudolf Friedrich als Nachfolger von Bundesrat Fritz Honegger (**8.12.1982**).

Friedensnobelpreis

Schweden/Mexiko

Die schwedische Abrüstungsdiplomatin Alva Myrdal und der frühere mexikanische Aussenminister Alfonso García Robles (*Garcia Robles*) werden für ihre „zentrale Rolle“ bei den UNO-Abrüstungsverhandlungen mit dem Friedensnobelpreis geehrt (**10.12.1982**).

Literaturnobelpreis

Kolumbien

Der kolumbianische Schriftsteller Gabriel García Márquez (*Garcia Marquez*) erhält den Literaturnobelpreis (10.12.1982).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Der neue deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl stellt im Bundestag die Vertrauensfrage mit der Absicht, nach verllorener Abstimmung Neuwahlen herbeizuführen und seine Machtbasis zu erweitern. Er verliert die Abstimmung wunschgemäss. (17.12.1982).

Venezuela

Der venezolanische Hauptmann Hugo Chávez (*Chavez*) gründet eine Widerstandsorganisation mit dem Namen Ejército Bolivariano Revolucionario – EBR-200 (17.12.1982). Im folgenden Jahr wird die Organisation in Movimiento Bolivariano Revolucionario – MBR-200 umbenannt. Die Ziffer 200 bezieht sich auf den 200. Geburtstag des Revolutionärs Simón Bolívar (*Bolivar*).

Portugal

Regierungskrise in Portugal: Francisco Pinto Balsemão (*Pinto Balsemao*) von der liberal-konservativen Sozialdemokratischen Partei (Partido Social Democrata/PDS) erklärt nach Querelen in seiner Koalitionsregierung und empfindlichen Einbussen seiner Partei bei Kommunalwahlen seinen Rücktritt (20.12.1982).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der polnische Pianist Arthur Rubinstein stirbt im Alter von 95 Jahren (20.12.1982).

Senegal/Casamance

In Casamance, der südlichen Region von Senegal, löst ein Zwischenfall (26.12.1982) bei einem Friedensmarsch von Anhängern des separatistischen Mouvement des forces démocratique de Casamance (MEDC) einen Aufstand aus, der auch nach drei Jahrzehnten trotz Entspannungsbemühungen und Waffenstillstandsvereinbarungen kein Ende findet.

1983

Nigeria/Ghana

Der nigerianische Staatspräsident Shehu Shagari beschliesst unter der Parole «Ghana must go» die Deportation westafrikanischer Migranten (**17.1.1983**). Rund zwei Millionen Staatsangehörige aus Ghana müssen das Land verlassen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Schauspieler Louis de Funès stirbt im Alter von 68 Jahren (**27.1.1983**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schriftsteller Tennessee Williams stirbt im Alter von 71 Jahren (**25.2.1983**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten billigen den Energieartikel in der Bundesverfassung mit 50,9 Prozent Ja-Stimmen, doch die Vorlage scheitert am Ständemehr (**27.2.1983**).

Australien

Die oppositionelle Labor Party geht als Siegerin aus der Parlamentswahl in Australien hervor. Sie gewinnt 75 (plus 24) der 125 Mandate im Repräsentantenhaus. Die bisher regierende Liberal Party und ihre Verbündeten erhalten 50 Mandate. (**5.3.1983**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Die regierenden Unionsparteien CDU/CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union – unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl erreichen bei der vorgezogenen Bundestagswahl in Deutschland einen Stimmenanteil von 48,8 Prozent (plus 4,3 Prozentpunkte) und damit das zweibeste Ergebnis seit Gründung der Bundesrepublik. Die mitregierenden Freien Demokraten (FDP) erhalten 7 Prozent (minus 3,6 Prozentpunkte). Die oppositionellen Sozialdemokraten (SPD) erhalten 38,2 Prozent (minus 4,7 Prozentpunkte). Erstmals ziehen mit 5,6 Prozent Stimmenanteil die Grünen in den Bundestag ein. Damit gibt es erstmals seit 1957 wieder eine vierte Fraktion im Bundestag. Von den 520 Mandaten entfallen 255 auf die Unionsparteien CDU/CSU, 202 auf die Sozialdemokraten, 35 auf die Freien Demokraten und 28 auf die Grünen (**6.3.1983**).

USA/Sowjetunion

In einer Rede vor fundamentalistischen Christen in Florida bezeichnet US-Präsident Ronald Reagan die Sowjetunion als „Reich des Bösen“ (**8.3.1983**).

Australien

Bob (Robert) Hawke, Vorsitzender der Labor Party, wird neuer australischer Premierminister (**11.3.1983**).

Finnland

Bei der Parlamentswahl in Finnland können die regierenden Sozialdemokraten ihre Führungsposition stärken (**20.3. und 21.3.1983**). Sie gewinnen 57 (plus 5) Mandate. Zweistärkste Kraft ist die konservative Nationale Sammlungspartei (KOK) mit 44 Sitzen. Es folgt die Zentrums-Partei (KESK) mit 38 Sitzen. Das linke Parteienbündnis Demokratische Union des Finnischen Volkes (SKDL) hat nur noch 26 Mandate (minus 9). Erfolgreich ist die populistische Finnische Landpartei (SMP). Sie entsendet 17 Abgeordnete (plus 10).

Israel

Chaim Herzog, ehemaliger Generalmajor, wird zum neuen israelischen Staatsoberhaupt gewählt (**22.3.1983**). Er kandidierte für den linken Maarach

USA

US-Präsident Ronald Reagan kündigt eine „Strategische Verteidigungsinitiative (Strategic Defense Initiative/SDI) an (**23.3.1983**). Geplant ist ein weltraumgestützter Abwehrschirm gegen Interkontinentalraketen.

Libanon/USA

Bei einem Selbstmordanschlag auf die US-Botschaft in der libanesischen Hauptstadt Beirut kommen 63 Menschen ums Leben (**18.4.1983**).

Österreich:

In Österreich endet die Ära Kreisky. Die seit 13 Jahren allein regierende Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) verliert bei der Parlamentswahl die absolute Mehrheit. Bundeskanzler Bruno Kreisky tritt zurück (**24.4.1983**). Bei einem Stimmenanteil von 47,6 Prozent (minus 3,4 Prozentpunkte) gewinnen die Sozialisten 90 Sitze (minus 5). Die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) kommt mit 43,2 Prozent Stimmenanteil (plus 1,3 Prozentpunkte) auf 81 Mandate (plus 4). Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) entsendet 12 Abgeordnete (plus 1). Der neue Nationalrat setzt sich wie folgt zusammen: SPÖ: 90 (minus 5), ÖVP: 81 (plus 4), FPÖ: 12 (plus 1).

Portugal

Die Sozialisten (Partido Socialista/PS) gehen als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Portugal hervor (**25.4.1983**). Sie gewinnen 101 (plus 27) der 250 Mandate. Die liberal-konservative Sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata/PSD) erhält 75 Mandate. Drittstärkste Kraft ist die Linksallianz Vereintes Volk (Aliança Povo Unido/APU) mit 44 Sitzen. 30 Mandate gewinnt das Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP).

Chile

Chile steckt in einer Wirtschaftskrise. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wächst. In den Kupferminen wird gestreikt (**11.5.1983**).

Nahost-Konflikt

Konflikt Israel-Libanon

Erster Libanonkrieg

Israel und Libanon schliessen unter Vermittlung der USA ein Abkommen, das den Kriegszustand zwischen beiden Ländern beendet und den Rückzug der israelischen Streitkräfte aus Libanon regelt (**17.5.1983**). Das Abkommen stösst auf arabischen Widerstand. Unter massivem Druck Syriens wird der Vertrag im folgenden Jahr (5.3.1984) gekündigt. Israel zieht sich bis 1985 in Etappen aus Libanon zurück. Im Süden Libanons beansprucht Israel eine rund 10 Kilometer breite Sicherheitszone. Die Kontrolle der Sicherheitszone überlässt Israel der verbündeten Südlibanesischen Armee (SLA).

Österreich

Der bisherige österreichische Vizekanzler Fred Sinowatz wird Nachfolger des zurückgetretenen Regierungschefs Bruno Kreisky (**24.5.1983**). Sinowatz, dessen Sozialistische Partei (SPÖ) bei der Parlamentswahl die absolute Mehrheit der Mandate verlor, bildet eine Koalition mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die deutsche Schriftstellerin Anna Seghers stirbt im Alter von 82 Jahren (**1.6.1983**).

Sudan

Der sudanesische Präsident Jafaar Numeiri hebt die Autonomie der Südregion (Southern Region) auf und kündigt damit das 1972 unterzeichnete Friedensabkommen von Addis Abeba (**5.6.1983**). Ein neuer Bürgerkrieg (Zweiter sudanesischer Bürgerkrieg) beginnt. Gegen die Vorherrschaft des Nordens kämpfen die südsudanesische Volksbefreiungsbewegung (Sudan People's Liberation Movement – SPLM) und ihr bewaffneter Arm, die Sudan People's Liberation Army (SPLA) unter Führung von John Garang.

Grossbritannien

Bei der Unterhauswahl in Grossbritannien erzielen die Konservativen (Conservative Party) den grössten Wahlerfolg seit Kriegsende. Die Partei von Premierministerin Margaret Thatcher gewinnt dank 58 zusätzlichen Mandaten 397 der 650 Mandate. Die Labour Party verbucht ihr schlechtestes Ergebnis seit 1918 und muss sich mit 209 Mandaten (minus 60) begnügen. 23 Abgeordnete entsendet die Social Democratic Party-Liberal Alliance und 11 die Ulster Unionist Party. Auf die übrigen Parteien entfallen 10 Sitze (**9.6.1983**).

Portugal

Wechsel an der Spitze der portugiesischen Regierung (**9.6.1983**). Mário Soares, Gründer des Partido Socialista (PS), wird zum zweiten Mal Ministerpräsident. Er bildet eine Koalitionsregierung mit der liberal-konservativen Sozialdemokratischen Partei (Partido Social Democrata – PPD/PSD). Soares war bereits in den Jahren 1976/1978 Regierungschef.

Italien

Bei den Parlamentswahlen in Italien müssen die Christlichdemokraten erhebliche Verluste in Kauf nehmen. Davon profitieren vor allem die Sozialisten. Die Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana) bleiben trotz 37 Sitzverluste stärkste Partei im Abgeordnetenhaus mit 225 Mandaten. Es folgen die Kommunisten (Partito Comunista Italiano/PCI) mit 198 und die Sozialisten (Partito Socialista Italiano/PSI) mit 73 Sitzen (plus 11). Mit 42 Sitzen (plus 12) ist das neofaschistische Movimento Sociale Italiano (MSI) und mit 29 Mandaten (plus 13) die Republikanische Partei (Partito Repubblicano Italiano/PRI) vertreten (**26.6.1983**).

Sri Lanka/

In Sri Lanka überfallen Rebellen der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) im Distrikt Jaffna eine Armeepatrouille. Dabei kommen 13 Armeeangehörige ums Leben (**23.7.1983**).

- Die Attacke der Tamil Tigers löst landesweit Pogrome gegen die tamilische Minderheit aus. Während der mehrere Tage dauernden Pogrome (Black July) kommen laut Schätzungen bis zu 3000 Menschen ums Leben. Tausende Geschäfte und Häuser werden zerstört, Zehntausende Menschen werden obdachlos.
- Das Land versinkt in einen Bürgerkrieg. Die Tamil Tigers und die sri-lankischen Streitkräfte liefern sich einen über 25 Jahre dauernden Krieg, der über Hunderttausend Tote fordert. Zehntausende Tamilen verlassen nach Ausbruch des Krieges das Land.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

- Der spanisch-mexikanische Filmregisseur Luis Buñuel stirbt im Alter von 83 Jahren (**29.7.1983**).
- Der britische Schauspieler David Niven stirbt im Alter von 73 Jahren (**29.7.1983**).

Italien

Italien erhält mit Bettino Craxi erstmals einen sozialistischen Ministerpräsidenten (**4.8.1983**). Sein Regierungsbündnis setzt sich aus Sozialisten (Partito Socialista Italiano/PSI), Christdemokraten (Democrazia Cristiana (DC)), Sozialdemokraten (Partito Socialista Democratico Italiano/PSDI), Republikanern (Partito Repubblicano/PRI) und Liberalen (Partito Liberale Italiano/PLI) zusammen.

Obervolta

Armeeputsch in Obervolta. Der panafrikanisch-sozialistische Revolutionär Thomas Sankara übernimmt die Macht (**4.8.1983**).

Chile

Wachsende Opposition gegen das Militärregime in Chile: Fünf Parteien – Democracia Cristiana, Partido Social Demócrata, Partido Radical, Unión Socialista Popular und Democracia Republicana – gründen die Alianza Democrática/AD (**6.8.1983**). Die Linksparteien Partido Comunista, Movimiento Izquierda Revolucionario und Partido Socialista-Almeyda gründen das Movimiento Democrático Popular/MDP (20.9.1983).

Guatemala

Guatemalas Machthaber Efraín Ríos Montt (*Ríos Montt*) wird nach kurzer Herrschaft (ab März 1982) von General Óscar Mejía Victores (*Mejía Victores*) abgesetzt (**8.8.1983**).

Tschad/Frankreich/Libyen/USA

Frankreich greift erneut in den Machtkampf in Tschad ein (**11.8.1983**). Nach der Eroberung der Wüstenstadt Faya-Largeau durch Einheiten des von Libyen unterstützten ehemaligen Machthabers Goukouni Oueddei entscheidet sich Frankreich auf Ersuchen von Staatspräsident Hissène Habré für eine militärische Intervention. Mit der Operation „Manta“, die rund 3000 Soldaten umfasst, soll der weitere Vormarsch der Truppen von Goukouni Oueddei und seiner libyschen Unterstützer verhindert werden. Frankreich definiert zum Schutz des Regimes von Hissène Habré eine „Rote Linie“, zunächst am 15. später am 16. Breitengrad, und warnt vor einem Überschreiten und einer Ausdehnung des von Libyen kontrollierten Gebiets. Unterstützung erhält Hissène Habré auch von den USA.

Panama/USA

In Panama wird Manuel Noriega, seit 1969 Chef des Militärgeheimdienstes, Oberbefehlshaber der Streitkräfte (Fuerzas de Defensa, ehemals Nationalgarde) und damit de facto Machthaber des Landes (**12.8.1983**). Er befördert sich zum General. Noriega hat enge Kontakte zum CIA, steht auf der Gehaltsliste des US-Geheimdienstes. Er unterstützt die USA bei der Bewaffnung der Contra-Rebellen in Nicaragua. Seine Verstrickung in den Drogenschmuggel und die engen Beziehungen zur kolumbianischen Drogenmafia werden ihm erst später zum Verhängnis (vgl. 4.2.1988).

Philippinen

Der philippinische Oppositionsführer Benigno Aquino wird bei seiner Rückkehr aus dem Exil in den USA im Flughafen von Manila erschossen (**21.8.1983**). Die Ermordung von Benigno Aquino löst wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung aus.

Korea (Südkorea)/Sowjetunion

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Die sowjetische Luftwaffe schießt einen südkoreanischen Jumbojet mit 269 Menschen an Bord ab (**1.9.1983**). Die Maschine war vom Kurs abgekommen.

Irland

Die irische Bevölkerung spricht sich in einem Referendum für ein rigoroses Abtreibungsverbot aus (**7.9.1983**). Der Schutz des Fötus wird in der Verfassung verankert.

Sudan

Im Sudan wird auf Anordnung von Staatspräsident Numeiri die Scharia eingeführt (**8.9.1983**). Dies verschärft den Konflikt zwischen dem Norden und Süden des Landes. Zu den einflussreichsten Befürwortern der Islamisierungspolitik gehört Hassan al-Turabi, Generalsekretär der National Islamic Front und ehemaliger Generalstaatsanwalt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichisch-schweizerisch-US-amerikanische Physiker Felix Bloch stirbt im Alter von 77 Jahren (**10.9.1983**).

Israel

Nach sechsjähriger Amtszeit tritt der israelische Ministerpräsident und Likud-Politiker Menachem Begin aus gesundheitlichen Gründen zurück (**15.9.1983**).

Saint Kitts und Nevis/Grossbritannien

Die Karibikinseln Saint Kitts und Nevis, bisher britische Kolonie, werden unabhängig mit Queen Elizabeth als Staatsoberhaupt. Erster Premierminister ist Kennedy Simmonds vom People's Action Movement (**19.9.1983**).

Friedensnobelpreis

Polen

Der Friedensnobelpreis wird dem polnischen Gewerkschaftsführer Lech Wałęsa (Walesa), Gründer der Gewerkschaft Solidarność (Solidarnosc) zugesprochen (**5.10.1983**). Seine Frau nimmt am 10. Dezember 1983 den Preis entgegen, da Wałęsa befürchtet, nicht in seine Heimat zurückkehren zu können.

Korea (Südkorea)/Korea (Nordkorea)/Burma

Misslungener Mordanschlag auf den südkoreanischen Machthaber Chun Doo Hwan während eines offiziellen Besuchs in der burmesischen Hauptstadt Rangun (**9.10.1983**). 21 Menschen, darunter mehrere Minister, kommen bei dem Bombenattentat ums Leben. Eine Verspätung rettet Chun Doo Hwan das Leben. Als Urheber des Attentats gilt Nordkorea.

Israel

Der Likud-Politiker Yitzhak Shamir wird neuer israelischer Regierungschef (**10.10.1983**).

Grenada

Dramatischer Machtkampf auf der Karibikinsel Granada: Premierminister Maurice Bishop wird von seinen linksradikalen Kontrahenten unter Führung seines Stellvertreters Bernard Coard unter Hausarrest gestellt (**13.10.1983**). Der Putsch löst heftige Proteste in der Bevölkerung aus. Tausende Anhänger nehmen an einer Protestkundgebung teil und befreien Maurice Bishop (19.10.1983). Im Fort Rupert in der Hauptstadt St. George's endet die Befreiungsaktion. Truppen, die von Bernard Coard befehligt werden, schießen auf die Demonstranten, wobei Dutzende Menschen ums Leben kommen, nehmen Bishop fest und exekutieren ihn und engste Vertraute. Ein Militärrat unter Führung von General Hudson Austin übernimmt die Macht.

Nato

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

In der Bundesrepublik Deutschland protestieren über eine Million Menschen gegen die im Rahmen des Nato-Doppelbeschlusses (vgl. 12.12.1979) geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen (**22.10.1983**). Der Bundestag stimmt einen Monat später (22.11.1983) der Nachrüstung zu. Ähnliche von Friedensbewegungen organisierte Kundgebungen finden auch in den anderen Stationierungsländern statt.

Schweiz

Bei den Nationalratswahlen in der Schweiz werden die Freisinnigen (FDP) dank drei Sitzgewinnen wieder stärkste Partei. Die Sozialdemokraten (SP) müssen vier Sitzverluste in Kauf nehmen. Auf die FDP als stärkste Kraft entfallen 54 und auf die SP 47 Sitze. Es folgen die Christdemokraten (Christlichdemokratische Volkspartei/CVP) mit 42 Sitzen (minus 2), die Schweizerische Volkspartei (SVP) mit 23 (unverändert) sowie der Landesring der Unabhängigen (LdU) und die Liberalen (LPS) mit je 8 Sitzen (unverändert). Die Föderation der Grünen Partei gewinnt 3 Mandate. Auf die übrigen Parteien entfallen 15 Mandate (**23.10.1983**).

Im Ständerat verteilen sich die 46 Mandate wie folgt: Christdemokraten (CVP): 18 unv.), Freisinnige (FDP):

14 (plus 3), Sozialdemokraten (SP): 6 (minus 3), Schweizerische Volkspartei (SVP): 5 (unv.), Liberale Partei (LPS): 3 (unv.)

Libanon/USA/Frankreich

Sprengstoffanschläge auf die in der libanesischen Hauptstadt Beirut stationierte Multinational Force (MFL): Beim Attentat auf ein Quartier der US-Marines am Beirut Flughafen kommen 241 Armeeangehörige ums Leben. Der Anschlag auf eine Truppenunterkunft französischer Truppen fordert 58 Tote (**23.10.1983**). Die Terrorangriffe haben den Rückzug der seit 1982 in Libanon stationierten Multinationalen Friedensstruppe (Multinationale Force in Lebanon/MNF) zur Folge.

Grenada/USA/Kuba

US-Streitkräfte intervenieren in den Machtkampf auf der Karibikinsel Grenada (**25.10.1983**). US-Präsident Ronald Reagan befürchtet, dass Grenada ein sowjetisch-kubanischer Stützpunkt wird. Rund 7000 US-Soldaten beteiligen sich an der Operation Urgent Fury sowie 300 Soldaten aus karibischen Ländern. Nach vier Tagen ist die Operation beendet. Die USA verzeichnen 19 Tote. Die People's Revolutionary Army Grenadas verzeichnet 45 Gefallene. Auch mehrere kubanische Entwicklungshelfer und Bauarbeiter kommen ums Leben. Der Militärrat wird abgesetzt. Paul Scoon wird wieder als Generalgouverneur eingesetzt, Nicholas Brathwaite wird Interimspremier.

Argentinien

Ende der siebenjährigen Militärdiktatur; Argentinien kehrt zur Demokratie zurück. Aus den ersten freien Wahlen seit zehn Jahren geht der Präsidentschaftskandidat der sozial-liberalen Unión Cívica Radical (UCR), Raúl Alfonsín (Alfonsín), mit einem Stimmenanteil von 51,75 Prozent als Sieger hervor. Im Abgeordnetenhaus ist die UCR mit 129 der 254 Sitze stärkste Kraft vor dem peronistischen Partido Justicialista (PJ) mit 111 Mandaten (**30.10.1983**).

Raúl Alfonsín verspricht eine gründliche Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur und ruft die Comisión Nacional sobre la desaparición de Personas (Conadep) ins Leben.

Südafrika

Die weiße Bevölkerung Südafrikas stimmt mit 65,95 Prozent Ja-Stimmen einer neuen Verfassung zu (**2.11.1983**). Mit dem neuen Grundgesetz wird ein Dreikammerparlament eingeführt: House of Assembly für die Weissen, House of Representatives für die Coloureds und House of Delegates für die indischstämmige Bevölkerung. Keine legislative Vertretung gibt es für die Schwarzen. Ausserdem weitet die neue Verfassung die Befugnisse des Staatspräsidenten aus.

Afghanistan/Sowjetunion

Katastrophen/Tunnelkatastrophen

Im Salang-Tunnel in Afghanistan sterben nach einer Explosion, verursacht durch eine Kollision eines Tanklastwagens mit einem sowjetischen Lastwagenkonvoi, Hunderte Menschen. Zuverlässige Opferzahlen liegen nicht vor. Von 700 bis 2000 Toten ist die Rede (**3.11.1983**).

Türkei

In der Türkei findet die erste freie Parlamentswahl nach dem Militärputsch von 1980 statt (**6.11.1983**). Nur drei Parteien sind zugelassen. Die von Turgut Özal gegründete liberal-konservative Mutterlandspartei (Anap) geht als Siegerin aus den Wahlen hervor. Sie erhält 211 der 399 Sitze. Zweistärkste Kraft ist die kemalistische Populistische Partei (HP) mit 117 Mandaten. Die nationalistische Partei der Demokratie erhält 71 Sitze. Özal wird Regierungschef.

Zypern/ „Türkische Republik Nordzypern“/Türkei

Zypern-Konflikt

Nordzypern erklärt sich unabhängig (**15.11.1983**). Die „Türkische Republik Nordzypern“ wird ausser der Türkei von keinem Staat anerkannt. Erster Präsident wird Rauf Denktaş (Denktas).

Uruguay

In der uruguayischen Hauptstadt Montevideo versammeln sich am „Obelisco al los Constituyentes de 1830“ schätzungsweise 400 000 Menschen. Sie fordern eine Ende der Diktatur und demokratische Wahlen. Es handelt sich um die bisher grösste Kundgebung in der Geschichte des Landes (**27.11.1983**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Eine Parteispendenaffäre erschüttert Deutschland: Die Bonner Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen den ehemaligen Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch wegen fortgesetzter Bestechung und gegen den ehemaligen Wirtschaftsminister Hans Friederichs und den amtierenden Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff wegen Bestechlichkeit (**29.11.1983**). Der Flick-Konzern soll „zur Pflege der politischen Landschaft“ mehrere Millionen Mark an Parteien vor allem an die Freien Demokraten (FDP) – gezahlt haben, um Entscheidungen zu beeinflussen. Auslöser der Affäre ist der Wunsch des Flick-Konzerns, Erlöse aus dem Verkauf einer Beteiligung an Daimler-Benz wieder steuerbegünstigt anlegen zu können. Im Verlauf der Flick-Spendenaffäre treten Bundestagspräsident Rainer Barzel und Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff zurück.

Venezuela

In Venezuela kehrt die sozialdemokratische Partei Acción Democrática (AD) nach fünfjährigem Unterbruch zurück an die Macht. Jaime Lusinchi gewinnt die Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 56,72 Prozent (**4.12.1983**).

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt zwei neue Mitglieder der Landesregierung: den sozialdemokratischen Solothurner Nationalrat Otto Stich als Nachfolger des kurz nach seiner Rücktrittsankündigung verstorbenen Bundesrats Willi Ritschard und den freisinnigen Waadtländer Staatsrat Jean-Pascal Delamuraz als Nachfolger von Bundesrat Georges-André Chevallaz. Die bürgerliche Ratsmehrheit verhindert die Wahl der offiziellen sozialdemokratischen Bundesratskandidatin Lilian Uchtenhagen und entscheidet sich zugunsten von Otto Stich (**7.12.1983**).

Literaturnobelpreis

Grossbritannien

Der britische Schriftsteller William Golding wird mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1983**).

Japan

Bei der Parlamentswahl in Japan verliert die regierende Liberaldemokratische Partei die absolute Mehrheit (**18.12.1983**). Mit 250 (minus 36) der 511 Mandate bleibt sie aber weiterhin stärkste Kraft. Ministerpräsident Nakasone Yasuhiro bildet ein Regierungsbündnis mit dem Neuen Liberalen Klub.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der spanische Maler Joan Miró stirbt im Alter von 90 Jahren (**25.12.1983**)

Nigeria

In Nigeria übernimmt erneut die Armee die Macht. Anführer des Putsches ist Muhammadu Buhari (**31.12.1983**).

Frankreich

„Carlos“

Zwei Bombenanschläge am Silvesterabend in Frankreich: Südlich von Lyon explodiert eine Bombe im Schnellzug Marseille-Paris. Dabei kommen 3 Menschen ums Leben und 20 werden verletzt. Im Bahnhof Marseille-St Charles fordert ein Sprengstoffanschlag 2 Tote und 32 Verletzte (**31.12.1983**). Als Drahtzieher gilt venezolanische Terrorist Ilich Ramírez Sánchez alias „Carlos“

1984

Brunei/Grossbritannien

Das auf Borneo gelegene Sultanat Brunei erhält von Grossbritannien die volle Unabhängigkeit (**1.1.1984**).

Tunesien

Nach schweren Unruhen, ausgelöst durch massive Brotpreiserhöhungen Ende Dezember 1983, verkündet die tunesische Regierung den Ausnahmezustand (**3.1.1984**). Die Brotrevolte fordert Dutzende Tote.

Dänemark

Bei der Parlamentswahl in Dänemark gewinnt die Konservative Volkspartei von Ministerpräsident Poul Schlüter 16 Sitze hinzu und wird mit 42 Mandaten zweitstärkste Kraft hinter den Sozialdemokraten mit 56 Sitzen (**10.1.1984**).

KSZE/KVAE

In Stockholm beginnt die von der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) beschlossene Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen und Abrüstung in Europa – KVAE (**17.1.1984**).

Jugoslawien (Bosnien-Herzegowina)

Olympische Spiele

In Sarajevo, in der jugoslawischen Teilrepublik Bosnien-Herzegowina, finden die XIV. Olympischen Winterspiele statt (**8.2.1984**).

Sowjetunion

Der sowjetische Staats- und Parteichef Juri Andropow stirbt nach nur 15 Monaten Amtszeit im Alter von 69 Jahren (**9.2.1984**). Sein Nachfolger wird Konstantin Tschernenko.

Kanada

Der kanadische Premierminister Pierre Trudeau kündigt seinen Rücktritt aus der Politik an (**29.2.1984**). Pierre Trudeau regierte das Land über 15 Jahre lang und war gleichzeitig Vorsitzender der Liberal Party. Am 30. Juni 1984 erfolgt der offizielle Rücktritt. John Turner wird sein Nachfolger.

Grossbritannien

Nach der Ankündigung von Zechenschliessungen und Massenentlassungen bricht in Grossbritannien ein Bergarbeiterstreik aus (**6.3.1984**). Ein Jahr legen rund 170 000 Bergleute die Arbeit nieder. Bei Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und Ordnungskräften werden Tausende Menschen verletzt. Fazit: Die Regierung von Premierministerin Margaret Thatcher („Iron Lady“) setzt sich mit ihrem harten wirtschaftspolitischen Kurs durch, die Bergarbeiter verlieren den Arbeitskampf und die Gewerkschaften verlieren an Macht.

Erster Golfkrieg

Irak/Iran/USA/Kuwait

Der irakisch-iranische Krieg eskaliert: Ein Tankerkrieg im Persischen/Arabischen Golf bricht aus (**27.3.1984**). In dessen Verlauf (Höhepunkt: 1987) werden mindestens 500 Tanker beschädigt oder versenkt. Kuwait ersucht die USA um Hilfe. Kuwaitische Tanker werden umgeflaggt und erhalten militärischen Schutz der USA.

Kolumbien

Die Regierung Kolumbiens vereinbart mit den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo/Farc-EL – ein Waffenstillstandsabkommen (**28.3.1984**). Beide Seiten einigen sich zudem auf die gemeinsame Suche nach einer friedlichen Lösung des seit 1960 andauernden bewaffneten Konflikts in Kolumbien.

Ähnliche Abkommen werden mit den Untergrundorganisationen Ejército Popular de Liberación– EPL und M-19 (Movimiento 19 de Abril) geschlossen (**24.8.1984**).

Honduras

Der als Hardliner berüchtigte honduranische Armeechef Gustavo Álvarez Martínez (Álvarez Martínez), der als eigentlicher Machthaber des Landes gilt, wird abgesetzt (**31.3.1984**). 1989 wird er in Tegucigalpa ermordet.

Guinea

In Guinea übernimmt nach dem Tod von Staatsgründer Ahmed Sékou Touré (**26.3.1984**) eine Militärjunta unter Führung von Lansana Conté die Macht (**3.4.1984**). Conté regiert das Land 24 Jahre lang bis zu seinem Tod am 22. Dezember 2008.

Nicaragua/USA/Internationaler Gerichtshof

Nicaragua klagt vor dem Internationalen Gerichtshof gegen die USA wegen der Unterstützung der Contras durch den Geheimdienst CIA. Angeklagt sind die USA wegen der Verminung nicaraguanischer Häfen, Angriffen auf Erdölstationen und Marineeinrichtungen sowie wegen Luftraumverletzungen (**9.4.1984**). In einer einstweiligen Verfügung ordnet der Gerichtshof die Einstellung der Feindseligkeiten an. Die USA rechtfertigen die Intervention mit der „Verteidigung vitaler Sicherheitsinteressen“.

Indien/Pakistan

Kaschmir/Kaschmir-Konflikt

Indische Truppen besetzen den von Pakistan beanspruchten Siachen-Gletscher am nördlichen Rand Kaschmirs (**13.4.1984**). Beide Seiten liefern sich in den kommenden Jahren regelmässig Feuergefechte auf über 6000 Meter Höhe. Der Siachen-Gletscher ist der höchste Kriegsschauplatz der Welt.

Brasilien

In den Strassen von São Paulo fordern über eine Million Manifestanten die Rückkehr zu direkten Präsidentenwahlen in Brasilien (**16.4.1984**).

Grossbritannien/Libyen

Vor der libyschen Vertretung in London wird bei Protesten gegen Revolutionsführer Muammar al-Ghadhafi eine Polizistin erschossen (**17.4.1984**). Grossbritannien bricht seine diplomatischen Beziehungen zu Libyen ab.

Dominikanische Republik

In der Dominikanischen Republik kommen bei Protesten gegen den Sparkurs der Regierung und gegen Preiserhöhungen über 50 Menschen ums Leben (**23. und 24.4.1984**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Pianist und Bandleader Count Basie stirbt im Alter von 79 Jahren (**26.4.1984**).

Kolumbien

Der kolumbianische Justizminister Rodrigo Lara Bonilla wird im Auftrag von Pablo Escobar, dem Anführer des Medellín-Drogenkartells, ermordet (**30.4.1984**).

Brasilien/Paraguay

An der Grenze zwischen Brasilien und Paraguay wird nach über zehn Jahren Bauzeit das Wasserkraftwerk Itaipú (Itaipu) in Betrieb genommen, damals das leistungsstärkste Wasserkraftwerk der Welt (**5.5.1984**).

Ecuador

In Ecuador geht León Febres-Cordero vom Partido Social Cristiano als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor. Er erhält 51,54 Prozent der Stimmen (**6.5.1984**).

Im Parlament (Congreso Nacional), das am 19. Januar 1984 gewählt wurde, ist der Partido Social Cristiano mit 9 Mandaten zweitstärkste Kraft hinter der Izquierda Democrática mit 24 Sitzen.

Panama

Erstmals seit der Machtübernahme durch Militärs vor 16 Jahren wird in Panama der Präsident vom Volk gewählt (**6.5.1984**). Zum Sieger der von Manipulationsvorwürfen überschatteten Wahl wird Nicolás Ardito Barletta erklärt. Er erhält nur rund 1700 Stimmen mehr als der Oppositionskandidat und frühere Präsident Arnulfo Arias. Machthaber des mittelamerikanischen Landes ist nach wie vor Manuel Noriega.

El Salvador

In El Salvador findet die erste freie Präsidentenwahl seit 1931 statt. Militärs sind nicht mehr dabei. Aus der Stichwahl (**6.5.1984**) geht José Napoleón Duarte, Gründer des Partido Demócrata Cristiano (PDC) und ehemaliger Junta-Vorsitzender, als Sieger hervor. Er erhält 53,59, sein Konkurrent Roberto D'Aubuisson von der konservativen Alianza Republicana Nacionalista (Arena) 46,41 Prozent der Stimmen.

Philippinen

Bei der Parlamentswahl auf den Philippinen sichert sich die Marcos-Partei, die Bewegung für eine neue Gesellschaft – Kilusan Bagong Lipunan – 110 der 200 Mandate. Die 1980 gegründete oppositionelle Allianz United Nationalist Democratic Organization (Unido) gewinnt 35 Sitze (**14.5.1984**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative „gegen den Missbrauch des Bankgeheimnisses und die Bankenmacht“ mit 73 Prozent und die Volksinitiative „gegen den Ausverkauf der Heimat“ mit 51,1 Prozent Nein-Stimmen ab (**20.5.1984**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Richard von Weizsäcker, bisher Regierender Bürgermeister von Berlin, Mitglied der Christlich Demokratischen Union (CDU), wird zum neuen Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt (**23.5.1984**).

Indien

Indische Truppen stürmen den Goldenen Tempel von Amritsar, die heiligste Stätte der Sikhs (**4.6. bis 7.6.1984**). Während der Operation „Blue Star“ kommt der Sikh-Führer Jarnail Singh Bhindranwale zusammen mit Hunderten Anhängern ums Leben. In der Tempelanlage (Hari Mandir) im Unionsstaat Punjab hatten sich seit Juli 1982 Jarnail Singh Bhindranwale und seine Getreuen verschanzt. Sie forderten einen eigenen Staat: Khalistan.

Schweiz/Vatikan

Papst Johannes Paul II. weilt zu einem sechstägigen Pastoralbesuch in der Schweiz (**ab 12.6.1984**).

EG/Europäisches Parlament

Italien

Bei der Wahl des Europäischen Parlaments gehen erneut die Sozialisten als Sieger hervor. Sie gewinnen 130 der 434 Mandate (14. bis **17.6.1984**). Die Europäische Volkspartei (Christlichdemokraten) ist als zweitstärkste Fraktion mit 110 Abgeordneten vertreten. Die Europäischen Demokraten (Konservative) erhalten 50, die Kommunisten 41, die Liberalen 31, die Gaullisten 29, die Grünen und Regionalisten 20 und die Europäische Rechte (Rechtsradikale) 16 Mandate. Hinzu kommen 7 Fraktionslose.

Bei der Wahl der italienischen EU-Parlamentsabgeordneten überholen die Kommunisten (Partito Comunista Italiano/PCI) mit einem Stimmenanteil von 33,33 Prozent knapp die Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC), die 32,96 Prozent erhalten. Unterstützung erhalten die Kommunisten auch durch den überraschenden Tod ihres Generalsekretärs Enrico Berlinguer.

EG/Grossbritannien

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher erkämpft für ihr Land beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften (EG) in Fontainebleau einen Rabatt auf die Beiträge. Dies, weil Grossbritannien wegen der Struktur seiner Agrarwirtschaft weniger von den EG-Subventionen profitiert (**25.6.1984**). Dank des Britenrabatts bekommt Grossbritannien 66 Prozent seines Nettobeitrags erlassen.

Nato

Grossbritannien

Der frühere britische Aussenminister Peter Carrington wird neuer Nato-Generalsekretär (**25.6.1984**).

Liechtenstein

Als letztes europäisches Land führt das Fürstentum Liechtenstein das Frauenstimmrecht ein. Nach drei vergeblichen Anläufen (1968, 1971 und 1973) heissen die Stimmbürger das Frauenstimmrecht mit 51,3 Prozent Ja-Stimmen gut (**1.7.1984**).

Neuseeland

In Neuseeland verliert die seit 1975 regierende National Party von Premierminister David Muldoon die Parlamentswahl. Die oppositionelle Labour Party wird stärkste Kraft mit 56 (plus 13) der 95 Sitze. Die National Party ist mit 37 Abgeordneten (minus 10) vertreten (**14.7.1984**).

Frankreich

Der Sozialist Laurent Fabius wird neuer französischer Premierminister (**17.7.1984**).

Luxemburg

Jacques Santer von der Christlich Sozialen Volkspartei (CSV) wird neuer luxemburgischer Ministerpräsident (**20.7.1984**). Er tritt die Nachfolge von Pierre Werner an, der sich aus der Politik zurückzieht.

Israel

Nach siebenjährigem Unterbruch wird der linke Maarach-Block wieder stärkste Kraft im israelischen Parlament. Maarach gewinnt bei der Neuwahl der Knesset 44 der 120 Sitze. Der konservative Likud erhält 41 Mandate (**23.7.1984**).

Saint Vincent und die Grenadinen

Aus der Parlamentswahl im karibischen Inselstaat Saint Vincent und die Grenadinen geht die oppositionelle New Democratic Party (NDP) als Siegerin hervor (**25.7.1984**). Neuer Premierminister wird James Fitz-Allen Mitchell. Er bleibt 16 Jahre lang bis 2000 an der Macht.

Neuseeland

Der Labour-Politiker David Lange wird neuer neuseeländischer Premierminister (**26.7.1984**).

USA/Sowjetunion

Olympische Spiele

In Los Angeles finden die XXIII. Olympischen Sommerspiele statt (**28.7.1984**). Die Sowjetunion und andere Ostblockstaaten boykottieren die Spiele.

Uruguay

Im Pacto de Club Naval einigen sich die militärischen Machthaber Uruguays und Oppositionsvertreter auf einen Übergang zu Demokratie (**3.8.1984**). Ende Jahr sollen freie Parlamentswahlen stattfinden. Politische Häftlinge sollen freigelassen werden. Seit über elf Jahren herrscht in Uruguay eine zivil-militärische Diktatur (dictadura cívico-militar).

Obervolta/Burkina Faso

Obervolta wird in Burkina Faso umbenannt (**4.8.1984**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)
Der britische Schauspieler Richard Burton stirbt im Alter von 58 Jahren (**5.8.1984**).

Libyen/Marokko

Arabisch-Afrikanische Union

Libyen und Marokko bilden eine Arabisch-Afrikanische Union (**13.8.1984**). Die Union wird zwei Jahre später aufgelöst.

Türkei

Kurden

In der Türkei beginnt mit der Besetzung von zwei Kleinstädten und Überfällen auf Polizeistationen der bewaffnete Kampf der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) für einen unabhängigen Kurdenstaat (**15.8.1984**).

Mongolische Volksrepublik/Mongolei

Der mongolische Staats- und Parteichef Yumjaagiin Tsedenbal wird entmachtet (**23.8.1984**). Er war während 44 Jahren an den Schalthebeln der Macht: als Generalsekretär der Mongolischen Revolutionären Volkspartei von bis 1954 und erneut ab 1958, als Ministerpräsident von 1952 bis 1974 und als Vorsitzender des Parlamentspräsidiums ab 1974. Sein Nachfolger wird Jambin Batmönkh.

Kanada

Erdrutschsieg für die Progressive Conservative Party bei der Parlamentswahl in Kanada (**4.9.1984**). Sie gewinnt 211 (plus 108) der 282 Mandate. Die Liberal Party unter ihrem neuen Vorsitzenden John Turner muss sich mit 40 (minus 107) Mandaten begnügen. Die sozialdemokratische New Democratic Party erhält 30 Sitze. Der Wahlsieger Brian Mulroney wird neuer Premierminister.

Südafrika

Der bisherige südafrikanische Regierungschef Pieter W. Botha wird Staatspräsident (**5.9.1984**). Die neue Verfassung erweitert die Befugnisse des Staatsoberhauptes.

Israel

In Israel bilden der konservative Likud-Block und die Arbeitspartei eine Koalitionsregierung (**13.9.1984**). Im Rotationssystem wird zunächst der frühere Verteidigungsminister Shimon Peres, Vorsitzender der Arbeitspartei, und ab 20. Oktober 1986 Yitzhak Shamir vom Likud-Block Ministerpräsident.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative „für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke“ mit 55 Prozent Nein-Stimmen ab (**23.9.1984**).

Frankreich/Neukaledonien

Im französischen Überseegebiet Neukaledonien gründen Separatisten den Front de libération nationale kanak et socialiste – FLNKS (**24.9.1984**). Angeführt wird die Befreiungsfront von Jean-Marie Tjibaou. Am 1. Dezember wird eine provisorische Regierung von „Kanaky“ ins Leben gerufen.

Schweiz

Die freisinnige Zürcher Nationalrätin Elisabeth Kopp wird von der Vereinigten Bundesversammlung zur ersten Bundesrätin gewählt. Sie ist Nachfolgerin des nach kurzer Amtszeit zurückgetretenen Bundesrats Rudolf Friedrich (**2.10.1984**).

USA/Nicaragua

Der US-Kongress untersagt die weitere Unterstützung der gegen das nicaraguanische Regime kämpfenden Contras. Ihnen werden schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen (**12.10.1984**). Die Unterstützung wird heimlich fortgesetzt (vgl. Iran-Contra-Affäre).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Regisseur François Truffaut stirbt im Alter von 52 Jahren (**21.10.1984**).

Äthiopien

Katastrophen/Dürre/Hungersnot

Der Sender BBC berichtet über eine durch Dürre verursachte Hungersnot in Äthiopien. Die Bilder erschüttern die Weltöffentlichkeit (**23.10.1984**). Etwa 8 Millionen Menschen sind in den Jahren 1984/1985 von der Katastrophe betroffen. Hunderttausende Menschen kommen dabei ums Leben.

Indien

Die indische Premierministerin Indira Gandhi wird von Sikh-Leibwächtern erschossen (**31.10.1984**), dies wenige Monate nach der Erstürmung des Goldenen Tempels in Amritsar durch die Armee. Die Ermordung Gandhis löst eine Welle der Gewalt gegen Sikhs aus. In den ersten Novembertagen kommen bei Pogromen landesweit schätzungsweise 3000 Menschen ums Leben.

Neuer Premierminister wird Indira Gandhis Sohn Rajiv.

Nicaragua

In Nicaragua finden erstmals seit der Machtübernahme der Sandinisten im Juli 1979 Wahlen statt. Daniel Ortega vom Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) wird mit rund 66 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Im Parlament gewinnt der FSLN 61 der 96 Mandate (**4.11.1984**).

USA

US-Präsident Ronald Reagan wird in seinem Amt bestätigt (**6.11.1984**). Er erhält 525 Elektorenstimmen – ein Rekordergebnis – und 58,78 Prozent der Wählerstimmen. Sein demokratischer Herausforderer Walter Mondale muss sich 13 Elektorenstimmen begnügen. George H. W. Bush bleibt Vizepräsident. Bei den Kongresswahlen in den USA verteidigen die Republikaner ihre Mehrheit im Senat. Im Repräsentantenhaus behaupten die Demokraten ihre Führung. Im Senat haben die Republikaner 53 (minus 1) und die Demokraten 47 Mandate (plus 1). Im Repräsentantenhaus sind die Demokraten mit 253 Abgeordneten (minus 16) und die Republikaner mit 182 (plus 16) vertreten.

Chile

Chiles Machthaber Augusto Pinochet verhängt nach einem landesweiten Streik (30.10.1984) den Ausnahmezustand (**6.11.1984**).

Marokko/OAU/Westsahara

Marokko beschliesst den Austritt aus der Organisation für die Einheit Afrikas (OAU) aus Protest gegen die Aufnahme Westsaharas in die Organisation (**12.11.1984**). Erst 33 Jahre später Marokko kehrt in die Organisation zurück, die ab 2002 African Union/AU heisst.

Malta/Libyen

Malta und Libyen schliessen einen Freundschaftspakt. Unterzeichnet wird das Freundschafts- und Kooperationsabkommen vom libyschen Revolutionsführer Muammar al-Ghadhafi und vom maltesischen Regierungschef Dom Mintoff (**19.11.1984**).

Äthiopien/Israel/Sudan

Über eine Luftbrücke werden etwa 8000 äthiopische Juden, die vor der Hungersnot in den Nachbarstaat Sudan flüchteten, nach Israel gebracht (**ab 21.11.1984**). Die „Operation Moses“ dauert bis Januar 1985.

Uruguay

Rückkehr zur Demokratie in Uruguay. Zum ersten Mal seit dem Putsch von 1973 finden wieder Wahlen statt (**25.11.1984**). Julio María Sanguinetti vom liberalen Partido Colorado gewinnt die Präsidentenwahl. Im Abgeordnetenhaus gewinnt der Partido Colorado 41 der 99 Mandate. 35 Sitze erhält der konservative Partido Nacional und 21 das linke Bündnis Frente Amplio.

Argentinien/Chile

Argentinien und Chile besiegeln im Vatikan einen Freundschafts- und Friedensvertrag (**29.11.1984**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative „für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft“ mit 82,4 Prozent Nein-Stimmen ab. Der Radio und Fernsehartikel in der Bundesverfassung wird mit 68,7 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen (**2.12.1984**).

Indien

Katastrophen/Umweltkatastrophen/Chemiekatastrophen

In der indischen Stadt Bhopal entweichen aus einem Tank des US-Chemieunternehmens Union Carbide tonnenweise giftige Chemikalien (**3.12.1984**). Binnen der ersten drei Tage kommen nach Schätzungen etwa 8000 Menschen ums Leben. Hunderttausende werden verletzt. Tausende sterben an den Spätfolgen. Die Gesamtzahl der Todesopfer wird auf 25 000 geschätzt.

Grenada

Herbert Blaize wird neuer Premierminister von Grenada (**4.12.1984**). Seine konservative New National Party (NNP) gewinnt bei der Parlamentswahl, der ersten seit dem dramatischen Machtkampf und der US-Militärintervention im Vorjahr, 14 der 15 Mandate.

Friedensnobelpreis

Südafrika

Der südafrikanische anglikanische Bischof Desmond Tutu erhält für sein Engagement gegen die Apartheid den Friedensnobelpreis (**10.12.1984**).

Literaturnobelpreis

Tschechien/Tschechoslowakei

Der tschechische Dichter und Schriftsteller Jaroslav Seifert wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1984**).

Mauretanien

In Mauretanien übernimmt Generalstabschef Maaouya Ould Sid'Ahmed Taya in einem unblutigen Putsch und die Führung des Comité militaire de salut national (**12.12.1984**). Es folgt eine Phase der politischen und wirtschaftlichen Liberalisierung.

Belize

In Belize geht die Mitte-rechts orientierte United Democratic Party als Siegerin aus der ersten Parlamentswahl seit Erlangung der Unabhängigkeit hervor (**14.12.1984**). Manuel Esquivel wird neuer Premierminister. Er löst George Cadle Price von der People's United Party ab. Beide Parteien lösen sich in regelmässigen Abständen an der Macht ab. Price wird wieder im September 1989 bis Juli 1993 und Esquivel von Juli 1993 bis August 1998 Regierungschef.

Hongkong/China/Grossbritannien

China und Grossbritannien vereinbaren für den 1. Juli 1997 die Rückgabe Hongkongs an die Volksrepublik China (**19.12.1984**).

Malta

Nach über 13 Jahren tritt der maltesische Ministerpräsident und Vorsitzende der Labour Party (Partit Laburista) Dom Mintoff zurück (**22.12.1984**). Schon in den Jahren 1955/1958, als Malta noch eine britische Kronkolonie war, leitete er die Regierung. Dom Mintoff führte Malta in die Unabhängigkeit, verfolgte einen neutralistischen Kurs mit engen Kontakten zum Ostblock und zu Libyen und stand im Dauerkonflikt mit der römisch-katholischen Kirche. Sein Nachfolger an der Spitze der Regierung und der Labour Party wird der bisherige Erziehungsminister Karmenu Mifsud Bonnici.

Singapur

Erstmals seit Erlangung der Unabhängigkeit verliert die in Singapur herrschende People's Action Party (PAP) bei der Parlamentswahl zwei Mandate an die Opposition (**22.12.1984**).

Bulgarien

In Bulgarien verfügt das kommunistische Regime die Umbenennung der Angehörigen der türkischen Minderheit. Im Bezirk Kardschali stösst die Zwangsmassnahme auf heftigen Widerstand (**24.12.1984**). Innerhalb weniger Monate müssen über 800 000 bulgarische Türken ihren Namen ändern.

Indien

Wenige Wochen nach der Ermordung von Premierministerin Indira Gandhi finden in Indien Parlamentswahlen statt (24.12. bis **28.12.1984**). Die Kongresspartei (Indian National Congress/INC) erringt einen Erdrutschsieg. Sie gewinnt 414 der 541 Mandate (incl. verschobene Wahlen in Punjab und Assam).

1985

EG

Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors wird neuer Kommissionspräsident der Europäischen Gemeinschaften – EG (**6.1.1985**).

Frankreich/Neukaledonien

Die französische Regierung verhängt über das Überseegebiet Neukaledonien als Reaktion auf separatistische Unruhen den Ausnahmezustand (**12.1.1985**).

Äthiopien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In der Nähe der äthiopischen Stadt Awash entgleist auf der Bahnstrecke Djibouti-Addis Abeba wegen überhöhter Geschwindigkeit ein überbesetzter Zug. Dabei kommen über 400 Menschen ums Leben (**13.1.1985**). Es handelt sich um das schwerste Zugunglück auf dem afrikanischen Kontinent.

Kampuchea (Kambodscha)

Hun Sen, ein ehemaliger Kommandant der Roten Khmer, wird Regierungschef der provietnamesischen Volksrepublik Kampuchea (**14.1.1985**). Hun Sen bestimmt fortan als Langzeitherrscher die Geschicke des Landes.

Brasilien

Nach 21 Jahren Militärherrschaft erhält Brasilien wieder einen zivilen Präsidenten (**15.1.1985**). Der von einem Wahlgremium zum Staatschef bestimmte Tancredo Neves stirbt jedoch vor Amtsantritt. Vizepräsident José Sarney übernimmt die Führung des Landes (15.3.1985).

Gibraltar/Grossbritannien/Spanien

Nach fast 16 Jahren wird die von Spanien verhängte Blockade gegen das britische Überseegebiet Gibraltar vollständig aufgehoben (**5.2.1985**). Für Fussgänger war die Grenze am 15.12.1982 geöffnet worden.

USA

Reagan-Doktrin: US-Präsident Ronald Reagan verkündet in seiner Rede zur Lage der Nation (State of the Union) am **6.2.1985**: „Wir müssen an der Seite all unserer demokratischen Verbündeten stehen. Und wir dürfen nicht das Vertrauen derjenigen verlieren, die ihr Leben aufs Spiel setzen – auf allen Kontinenten, von Afghanistan bis Nicaragua –, um der sowjetischen Aggression entgegenzutreten und die Rechte zu sichern, die wir von Geburt an haben.“

Libanon

Bei einem Autobombenanschlag in der libanesischen Hauptstadt Beirut kommen über 80 Menschen ums Leben und über 200 Personen werden verletzt (**8.3.1985**).

Sowjetunion

Der sowjetische Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko stirbt nach nur 13-monatiger Amtszeit im Alter von 73 Jahren (10.3.1985).

Griechenland

Der Jurist Christos Sartzetakis wird neuer griechischer Staatspräsident (**10.3.1985**).

Sowjetunion

Generationenwechsel im Kreml: Mit dem 54 Jahre alten Michail Gorbatschow wird erstmals ein relativ junges Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Parteivorsitzender (**11.3.1985**). Mit seinen Forderungen nach Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umgestaltung) leitet Gorbatschow eine neue Ära ein.

El Salvador

In El Salvador wird General José Alberto Medrano, Gründer der paramilitärischen Organización Democrática Nacionalista (ORDEN), von Guerillas erschossen (**23.3.1985**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der russisch-französische Maler Marc Chagall stirbt im Alter von 97 Jahren (**28.3.1985**).

El Salvador

In El Salvador geht der Partido Demócrata Cristiano (PDC) von Staatspräsident José Napoleón Duarte als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor (**31.3.1985**). Die Christdemokraten gewinnen 33 der 60 Sitze. Zweistärkste Partei ist die konservative Alianza Republicana Nacionalista (Arena) mit 13 Mandaten.

Sudan

Nach 16-jähriger Herrschaft wird der sudanesishe Machthaber Jafaar Numeiri von der Armee gestürzt (**6.4.1985**). Ein militärischer Übergangsrat unter Führung von General Abdel Rahman Swar al-Dahab übernimmt das Staatsruder.

Albanien

Nach vier Jahrzehnten geht die Ära Enver Hoxha (Enver Hodscha) zu Ende. Der albanische Kommunistenführer, der das Land nach stalinistischem Vorbild regierte, stirbt im Alter von 76 Jahren (**11.4.1985**). Nachfolger von Hoxha wird Ramiz Alia.

Peru

In Peru wird der Sozialdemokrat Alan García (*García*) von der Apristenpartei (Apra) zum neuen Staatschef gewählt (**14.4.1985**). Er erhält 53,11 Prozent der Stimmen. Im Abgeordnetenhaus gewinnt seine Partei mit 107 der 180 Mandate die absolute Mehrheit.

Österreich

In Österreich wird ein folgenschwerer Weinskandal aufgedeckt (**23.4.1985**). Wein kommt auf den Markt, in dem das Frostschutzmittel Diethylenglykol nachgewiesen wird. Der Weinexport aus Österreich bricht fast völlig ein.

USA/Nicaragua

US-Präsident Ronald Reagan verhängt ein Wirtschaftsembargo gegen Nicaragua (**1.5.1985**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Der deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker erklärt in einer Ansprache zum 40. Jahrestag des Kriegsendes, der 8. Mai sei für die Deutschen kein Tag der Niederlage gewesen: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“, sagt der Bundespräsident (**8.5.1985**).

Grossbritannien

Katastrophen/Brandkatastrophen

Im Stadion Valley Parade in der englischen Stadt Bradford gerät die Haupttribüne in Brand. 56 Menschen kommen dabei ums Leben (**11.5.1985**).

Bangladesh

Katastrophen/Unwetter

In Bangladesh kommen durch einen Wirbelsturm und eine Sturmflut etwa 11 000 Menschen ums Leben (**25.5.1985**).

Kolumbien

Im Rahmen des von der kolumbianischen Regierung angestossenen Friedensprozesses gründen die Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo (Farc-EL) eine politische Partei: die Unión Patriótica (**28.5.1985**). Die Mitglieder der Linkspartei sind Anfeindungen ausgesetzt. Tausende werden in den kommenden Jahren von rechtsradikalen paramilitärischen Kräften verfolgt, entführt und ermordet. Die Jurisdicción Especial para la Paz stellt 2022 fest, dass bis 2018 über 5700 Mitglieder oder Sympathisanten der Unión Patriótica ermordet wurden oder spurlos verschwanden. Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte macht am 30.1.2023 die kolumbianische Regierung für Menschenrechtsverletzungen in über 6000 Fällen verantwortlich.

Belgien

Katastrophen/Massenpanik

Eine Massenpanik im Brüsseler Heysel-Stadion fordert 39 Tote und über 400 Verletzte (**29.5.1985**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die von Abtreibungsgegnern lancierte Volksinitiative „Recht auf Leben“ mit 69 Prozent Nein-Stimmen ab (**9.6.1985**).

Spanien/Portugal

EG

In Madrid und Lissabon werden die Verträge über den Beitritt Spaniens und Portugals zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) unterzeichnet (**12.6.1985**).

Schengener Abkommen/Schengen-Raum/EG

Die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Belgien und Luxemburg vereinbaren im luxemburgischen Grenzort Schengen den schrittweisen Abbau von Personenkontrollen an den Binnengrenzen – Schengener Abkommen (**14.6.1985**). Erst nach Zusatzvereinbarungen (Durchführungsabkommen vom 19.6.1990) und nach der Schaffung technischer Voraussetzungen treten die Abkommen am 26. März 1995 in Kraft.

Indien

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen/Flugzeugattentate

Eine in Montreal gestartete Boeing 747 der Air India stürzt nach einer Bombenexplosion vor der irischen Küste in den Atlantik. Dabei kommen 329 Menschen ums Leben (**23.6.1985**).

Italien

Der christlichdemokratische Politiker und frühere Ministerpräsident Francesco Cossiga wird zum neuen italienischen Staatsoberhaupt gewählt (**24.6.1985**).

Portugal

Der portugiesische Ministerpräsident Mário Soares tritt nach dem Bruch des Regierungsbündnisses zwischen seiner Sozialistischen Partei (Partido Socialista/PS) und der liberal-konservativen Sozialdemokratischen Partei (Partido Social Democrata/PPD/PSD) zurück (**25.6.1985**).

Sowjetunion

Der sowjetische Aussenminister Andrei Gromyko wird Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets und damit Staatsoberhaupt (**2.7.1985**). Gromyko war seit 1957 Chefdiplomat.

Greenpeace

Frankreich/Neuseeland

Das Greenpeace-Schiff „Rainbow-Warrior“, dessen Besatzung gegen französische Atomtests protestieren wollte, wird von Agenten des französischen Geheimdienstes im Hafen von Auckland (Neuseeland) versenkt (**10.7.1985**).

Bolivien

Bei den Wahlen in Bolivien erreicht kein Präsidentschaftskandidat die erforderliche Stimmenmehrheit (**14.7.1985**). Im Abgeordnetenhaus hat das von linken zu liberalen Positionen gewechselte Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) von Víctor Paz Estenssoro mit 43 Sitzen knapp die Mehrheit vor der von Expräsident Hugo Banzer gegründeten Rechtspartei Acción Democrática Nacionalista (ADN) mit 41 Mandaten.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll stirbt im Alter von 67 Jahren (**16.7.1985**).

Italien

Katastrophen/Dammbruch/Flutwelle

In der italienischen Region Trentino-Südtirol fordert eine Flutwelle 268 Tote. Verursacht wird die Katastrophe durch den Dammbruch eines Bergwerk-Absatzbeckens bei Tesero im Val di Stava (**19.7.1985**).

Uganda

Der ugandische Machthaber Milton Obote wird von General Bazilio Olara Okello gestürzt (**27.7.1985**). Er überlässt die Macht jedoch General Tito Okello (29.7.1985).

Obote war von Mitte April 1966 bis Ende Januar 1971 und danach erneut ab Mitte Dezember 1980 Staatspräsident. Wie sein Vorgänger Idi Amin war Obote ein Gewaltherrscher. Die kriegesischen Auseinandersetzungen zwischen seinem Regime und den Rebellen forderten zwischen 100 000 und 300 000 Tote.

Bolivien

In Bolivien wählt das Parlament (Asemblea Legislativa Plurinacional) Víctor Paz Estenssoro vom liberalen Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) zum neuen Staatspräsidenten (**4.8.1985**). Víctor Paz Estenssoro war bereits zwischen 1952 und 1956 und zwischen 1960 bis 1964 Staatsoberhaupt.

Atomwaffenfreie Zone Süd pazifik/South Pacific Forum

Acht Staaten des South Pacific Forum beschliessen im Vertrag von Rarotonga eine atomwaffenfreie Zone im Süd pazifik (**6.8.1985**).

Guyana

Nach dem Tod des langjährigen Machthaber Forbes Burnham wird der bisherige Premierminister Desmond Hoyle neuer Executive President (**6.8.1985**).

Japan

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Eine Boeing 747 der Japan Air Lines zerschellt während des Fluges von Tokio nach Osaka am Berg Takamagahara. Dabei kommen 520 Menschen ums Leben. Vier Insassen überleben die Katastrophe (**12.8.1985**).

Peru

In Peru ermorden Sicherheitskräfte bei einer Antiterroroperation im Dorf Accamarca 69 Menschen, unter ihnen 23 Kinder (**14.4.1985**).

Nigeria

Militärputsch in Nigeria: General Muhammadu Buhari wird von General Ibrahim Babangida entmachtet (27.8.1985).

Bolivien

Der bolivianische Staatspräsident Víctor Paz Estenssoro verordnet dem Land per Dekret eine „Neue Wirtschaftspolitik“ (Nueva Política Económica), um die seit einem Jahr dauernde drastische Wirtschaftskrise, ausgelöst durch die schwierige Lage im Minensektor, in den Griff zu bekommen (**29.8.1985**). Bolivien erlebt eine Hyperinflation bis zu 25 000 Prozent. 1984 war das Land zahlungsunfähig und stellte die Tilgung der Auslandsschulden ein. Begleitet wird der neoliberale Kurs von der Reprivatisierung staatlicher Unternehmen und Massenentlassungen. Viele Arbeitslose suchen ein neues Auskommen im Kokaanbau.

Portugal

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Beim Zusammenstoß zweier Züge in der portugiesischen Region Beira Alta kommen 113 Menschen ums Leben (**11.9.1985**).

Panama

In Panama wird der als „Guerilla-Arzt“ bekannte Regimekritiker Hugo Spadafora von Sicherheitskräften festgenommen (**13.9.1985**) gefoltert und ermordet. Zwei Tage nach der Festnahme wird seine verstümmelte Leiche gefunden. Machthaber Manuel Noriega soll die Ermordung seines Kritikers angeordnet haben. Spadafora hatte Noriega des Drogenhandels bezichtigt.

Schweden

Bei der Reichstagswahl in Schweden (**15.9.1985**) gewinnen die Sozialdemokraten 159 der 349 Mandate. Die Moderate Sammlungspartei bleibt trotz Sitzverlusten zweitstärkste Kraft mit 76 Mandaten (minus 10). Die drittplatzierte Volkspartei überflügelt mit 51 (plus 30) die Zentrumsparterie, die 44 Sitze (minus 12) erhält.

Mexiko

Katastrophen/Erdbeben

Die mexikanische Hauptstadt wird von einem verheerenden Erdbeben erschüttert. Über 10 000 Menschen kommen dabei ums Leben. Mehr als 100 000 Menschen werden obdachlos (**19.9.1985**).

Korea (Nordkorea)

Korea (Südkorea)

Erstmals treffen sich in Seoul und Pyongyang Familienangehörige aus Nord- und Südkorea (**20.9.1985**).

Zentralafrikanische Republik

In der Zentralafrikanischen Republik wird das seit der Machtübernahme von General André Kolingba herrschende Comité militaire de redressement national (CMRN) aufgelöst (**21.9.1985**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Verleger Axel Springer stirbt im Alter von 73 Jahren (**22.9.1985**).

Sowjetunion

Nikolai Ryschkow wird neuer sowjetischer Ministerpräsident (**27.9.1985**). Er ist Nachfolger von Nikolai Tichonow.

Panama

Nach nur elf Monaten im Amt wird Panamas Präsident Nicolás Ardito Barletta abgesetzt (**28.9.1985**). Er hatte die Aufklärung des Mordes des Regimekritikers Hugo Spadafora verlangt. Neuer Präsident wird Eric Arturo Delvalle.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die französische Schauspielerin Simone Signoret stirbt im Alter von 64 Jahren (**30.9.1985**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

PLO/Tunesien

Die israelische Luftwaffe greift das Hauptquartier der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) bei Tunis an (**1.10.1985**). Rund 60 Menschen kommen dabei ums Leben. PLO-Führer Yassir Arafat bleibt unverletzt.

Sierra Leone

General Joseph Saidu Momoh wird neuer Staatspräsident von Sierra Leone. Er tritt die Nachfolge von Siaka Stevens an, der seit 1971 Staatsoberhaupt war und Momoh zu seinem Nachfolger bestimmt hatte. In einem Referendum wird die Nachfolgeregelung gutgeheißen (**1.10.1985**).

Portugal

In Portugal geht die liberal-konservative Sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata/PSD) als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor (**6.10.1985**). Sie gewinnt 88 (plus 13) der 250 Mandate. Die Sozialisten (Partido Socialista/PS) erleiden eine schwere Niederlage. Sie verlieren 44 Mandate und sind noch mit 57 Abgeordneten vertreten. Drittstärkste Kraft ist die neue Demokratische Erneuerungspartei (Partido Renovador Democrático/PRD). Die Mitte-links-Partei gewinnt auf Anhieb 45 Mandate. Das Bündnis Vereintes Volk (Aliança Povo Unido/APU) kommt auf 38 und das Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP) auf 22 Sitze. Aus der APU wird ab 1987 das Coligação Democrática Unitária (CDU), ein Bündnis aus der Kommunistischen Partei (Partido Comunista Português/PCP) und den Grünen (Partido Ecologista Os Verdes/PEV).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Italien/USA

Palestine Liberation Front (PLF)

Palästinensische Terroristen bringen vor der ägyptischen Mittelmeerküste das italienische Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro“ in ihre Gewalt und verlangen die Freilassung von 51 in Israel inhaftierten Gesinnungsgenossen (**7.10.1985**).

- Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, wird der jüdische US-Passagier Leon Klinghoffer erschossen.

- Nach Verhandlungen stellen sich die Entführer – es handelt sich um Angehörige der Palästinensischen Befreiungsfront (Palestine Liberation Front /PLF) – den ägyptischen Behörden in Port Said (9.10.1985). Ihnen wird freies Geleit zugesichert. • Doch auf dem Flug nach Tunesien wird das ägyptische Flugzeug mit den palästinensischen Terroristen an Bord von US-Kampfflugzeugen zur Landung auf dem Luftwaffenstützpunkt Sigonella Sizilien gezwungen (10.10.1985). Dort werden sie festgenommen.
- Das eigenmächtige Vorgehen der USA führt zu Verstimmungen zwischen Rom und Washington und in Italien zu einer Regierungskrise

Belgien

Parlamentswahl in Belgien: Die Christelijke Volkspartij (CVP) ist mit 49 (plus 6) (Mandaten nach wie vor stärkste Kraft in der Abgeordnetenversammlung. Der Parti Socialiste (PS) bleibt bei 35 Mandaten. Die Socialistische Partij (SP) erhöht ihren Anteil um 6 auf 32 Sitze). Der Parti Réformateur Libéral (PRL) entsendet wie bisher 24 und die liberale Partij voor Vrijheid en Vooruitgang (PVV) 22 (minus 6) Abgeordnete. Der frankophone Parti Social Chrétien (PSC) erhält 20 (plus 2) und die Volksunie 16 (minus 4) Mandate (**13.10.1985**).

Bolivien

In Bolivien einigen sich Staatspräsident Víctor Paz Estenssoro vom liberalen Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) und Expräsident Hugo Banzer von der Rechtspartei Acción Democrática Nacionalista (ADN) auf den „Pacto per la democracia“, um das wirtschaftlich angeschlagene Land zu stabilisieren (**16.10.1985**).

Tansania

Tansania erhält einen neuen Präsidenten. Mit 95 Prozent Ja-Stimmen wird der aus Sansibar stammende Ali Hassan Mwinyi zum Nachfolger von Julius Nyerere bestimmt (**27.10.1985**). Die Amtsübergabe erfolgt Anfang November (5. 11.1985). Nyerere stand seit der Gründung der Vereinigten Republik Tansania im Jahr 1964 an der Spitze des Staates und war vorher Präsident von Tanganjika. Er bleibt bis 1990 Vorsitzender der einzig zugelassenen Partei Chama Cha Mapinduzi (CCM).

Portugal

Aníbal Cavaco Silva von der liberal-konservativen Sozialdemokratischen Partei (Partido Social Democrata/PSD) wird neuer portugiesischer Regierungschef (**6.11.1985**). Seine Partei war als Siegerin aus der Parlamentswahl hervorgegangen. Aníbal Cavaco Silva bleibt bis 1995 an der Spitze der Regierung. Er ist Portugals Regierungschef mit der längsten Amtsdauer.

Polen

Der Vorsitzende der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR), Wojciech Jaruzelski, übernimmt von Henryk Jablonski das Amt des Staatsratsvorsitzenden und übergibt die Leitung der Regierung an Zbigniew Messner (**6.11.1985**).

Kolumbien

Ein Kommando der kolumbianischen Guerillagruppe M-19 besetzt in der Hauptstadt Bogotá den Justizpalast (**6.11.1985**). Im Gebäude befinden sich rund 350 Personen. Die Besetzer werfen der Regierung vor, die Waffenstillstandsvereinbarungen von 1984 verletzt zu haben (vgl. 28.3.1984). Bei der gewaltsamen Erstürmung durch Sicherheitskräfte kommen über 90 Menschen, unter ihnen elf Verfassungsrichter, ums Leben. Die Folge der dramatischen Ereignisse: Der von Präsident Belisario Betancur eingeleitete Friedensprozess mit den Guerillaorganisationen scheitert.

Belgien

Mordserie in Belgien: In der Stadt Aalst werden bei einem Überfall auf einen Supermarkt acht Menschen getötet (**9.11.1985**). Die sogenannten „Killer von Brabant“ haben zwischen 1982 und 1985 bei Überfällen 28 Menschen ermordet.

USA/Sowjetunion

Die USA und die Sowjetunion nahmen den Dialog auf höchster Ebene wieder auf. US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow treffen sich in Genf (**10.11.1985**). Es handelt sich um das erste amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen seit 1979.

Kolumbien

Katastrophen/Vulkanausbruch

In Kolumbien kommen nach dem Ausbruch des Vulkans Nevado del Ruiz über 22 000 Menschen in einer Schlammlawine ums Leben. Die Stadt Armero wird von der Schlammlawine verschüttet und fast vollständig zerstört. (**13.11.1985**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die Schweizer Künstlerin Meret Oppenheim stirbt im Alter von 72 Jahren (**15.11.1985**).

Flugzeugentführungen

Ägypten/Malta

Eine ägyptische Boeing 737 wird auf dem Flug von Athen nach Kairo nach Malta entführt (23.11.1985). Bei der Erstürmung der Maschine durch eine ägyptische Eliteeinheit kommen 60 Passagiere und Besatzungsmitglieder sowie vier der fünf Terroristen ums Leben.

Honduras

In Honduras gewinnt José Azcona del Hoyo vom Partido Liberal mit einem Stimmenanteil von 51,02 Prozent die Präsidentenwahl (**24.11.1985**).

Kanada/Quebec

In der kanadischen Provinz Quebec verdrängt der Parti libéral den seit 1976 regierenden, nach Souveränität strebenden Parti québécois von der Macht. Der Parti libéral gewinnt bei der Parlamentswahl 99 (plus 57) Sitze. Der Parti québécois muss sich mit 23 (minus 57) Mandaten begnügen (**2.12.1985**). Robert Bourassa wird nach 1970 bis 1976 erneut Regierungschef.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Philosoph und Schriftsteller Denis de Rougemont stirbt im Alter von 79 Jahren (**6.12.1985**).

Südasiatische Vereinigung für regionale Kooperation (SAARC)

Zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gründen Bangladesh, Bhutan, Indien, die Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka die Südasiatische Vereinigung für regionale Kooperation: South Asian Association for Regional Cooperation - SAARC (**8.12.1985**).

Zypern

Die konservative Demokratische Sammlung (Disy) geht als Siegerin aus der Parlamentswahl in der Republik Zypern hervor. Sie gewinnt 19 der 56 Sitze (Sitzzahl wurde von 35 auf 56 erhöht). Die liberale Demokratische Partei (Diko) erhält 16 Mandate. Drittstärkste Kraft ist die kommunistische Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (Akel) mit 15 Mandaten (**8.12.1985**).

Guatemala

Guatemala wird auf der Grundlage einer neuen Verfassung wieder eine formale Demokratie: Der Anwalt Vinicio Cerezo Arévalo von der Partei Democracia Cristiana Guatemala geht mit einem Stimmenanteil von 68,37 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**8.12.1985**). Im Parlament ist seine Partei mit 51 der 100 Sitze stärkste Kraft.

Vinicio Cerezo Arévalo ist der erste demokratisch gewählte Präsident seit 1966 und der erste zivile Staatsoberhaupt seit 1970. Seit 1970 waren wie bereits zwischen 1954 und 1966 Militärs an der Spitze des Staates. Aussöhnungsversuche – am 11. September 1987 gründet er die Comisión Nacional de Reconciliación – stossen aber auf Widerstand.

Argentinien

Juristische Aufarbeitung der Militärdiktatur in Argentinien von 1976 bis 1983: Die beiden Hauptverantwortlichen für den „schmutzigen Krieg“, General Jorge Rafael Videla und Admiral Emilio Massera, werden zu lebenslänglichen Haftstrafen verteilt (**9.12.1985**).

Auf Druck der Armee werden 1986 und 1987 Amnestiegesetze erlassen: das Schlusspunktgesetz (Ley de Punto Final) und das Gesetz der Gehorsamspflicht (Ley de Obediencia Debida). In rechtsradikalen Kreisen der Armee leisten 1987 und 1988 Rebellen (Cara Pintadas) Widerstand gegen den Kurs der Regierung.

Friedensnobelpreis

Die Organisation Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW) – wird mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1985**).

Literaturnobelpreis

Frankreich

Der französische Schriftsteller Claude Simon erhält den Literaturnobelpreis (**10.12.1985**).

Kanada

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Eine DC-8 der Chartergesellschaft Arrow Air mit US-Soldaten der Sinai-Friedenstruppe an Bord stürzt nach dem Start in Gander in Neufundland (Kanada) ab. Dabei kommen 256 Menschen ums Leben (**12.12.1985**).

Korea (Nordkorea)

Nordkorea tritt dem Atomwaffensperrvertrag bei (**12.12.1985**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Italien/Österreich/Libyen/USA

Bei Anschlägen palästinensischer Terroristen auf Abfertigungsschalter der israelischen Fluggesellschaft El Al im Wiener Flughafen Schwechat und im Römer Flughafen Fiumicino kommen 19 Menschen ums Leben (**27.12.1985**).

Die USA bezichtigen das libysche Regime, es habe die Terroristen unterstützt und verhängen Wirtschaftssanktionen gegen Libyen (7.1.1986).

Niederlande

Niederländische Antillen/Aruba

Aruba scheidet aus dem Überseegebiet der Niederländischen Antillen aus und erhält den Status eines autonomen Landes innerhalb des Königreichs der Niederlande (**31.12.1985**).

1986

EG

Spanien/Portugal

Spanien und Portugal treten den Europäischen Gemeinschaften bei (**1.1.1986**). Die Europäischen Gemeinschaften (EG) zählen damit 12 Mitgliedstaaten.

Jemen/Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)

In der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) bricht ein gewaltsamer Machtkampf aus (**13.1.1986**). Bei einer Schiesserei werden der frühere Präsident Abdul Fattah Ismail sowie weitere führende Mitglieder der Staatspartei erschossen. Der Machtkampf mündet in einen zwei Wochen dauernden Bürgerkrieg mit Tausenden von Toten. Staatschef Ali Nasir Muhammad flüchtet und wird durch den bisherigen Regierungschef Haidar Abu Bakr al-Attas ersetzt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Bildhauer, Maler, Zeichner und Aktionskünstler Joseph Beuys stirbt im Alter von 84 Jahren (**23.1.1986**).

Uganda

In Uganda übernimmt Yoweri Museveni, Anführer der National Resistance Army, die Macht (**25.1.1986**). Im Norden des Landes leisten Aufständische Widerstand. Zu den Rebellengruppen gehört auch das Holy Spirit Movement. Aus dieser Bewegung entsteht 1987 unter der Führung von Joseph Kony die berüchtigte Lord's Resistance Army (LRA). Sie will einen Gottesstaat auf Basis der zehn Gebote errichten. Der langjährige Terror der LRA fordert Zehntausende von Toten. Tausende Kinder werden verschleppt, misshandelt und als Kindersoldaten zwangsrekrutiert.

USA

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt

Katastrophen/Raumfahrtkatastrophen/

Bei der Explosion der US-Raumfähre „Challenger“ kurz nach dem Start in Cape Canaveral kommen alle sieben Astronauten ums Leben (**28.1.1986**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die schwedische Sozialreformerin und Friedensnobelpreisträgerin Alva Myrdal stirbt im Alter von 84 Jahren (**1.2.1986**).

Costa Rica

In Costa Rica geht Óscar Arias Sánchez (*Arias Sanchez*) vom sozialdemokratischen Partido Liberación Nacional (PLN) als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Er erhält 52,34 Prozent der Stimmen. Sein Konkurrent vom christdemokratischen Partido Unidad Social Cristiana (PUSC), Rafael Ángel Calderón Fournier (Calderon) – Sohn von Expräsident Ángel Calderón Guardia – erhält 45,77 Prozent. Im Parlament bleibt der PLN mit 29 der 57 Sitze trotz vier Verlusten stärkste Kraft (**2.2.1986**).

Sozialdemokraten und Christdemokraten lösen sich in regelmässigen Abständen in der Führung des Landes an. Costa Rica gilt als Zweiparteienstaat. 1990 wird Rafael Ángel Calderón Fournier vom PUSC zum Präsidenten gewählt. 1994 gewinnt José María Figueres Olson vom PLN die Präsidentenwahl und 1998 geht Miguel Ángel Rodríguez Echeverría vom PUSC als Sieger aus der Wahl hervor.

Philippinen

Auf den Philippinen finden vorgezogene Präsidentschaftswahlen statt (**7.2.1986**). Der bisherige Machthaber Ferdinand Marcos lässt sich zum Sieger erklären. Laut offizieller Version hat Amtsinhaber Ferdinand Marcos 10,8 Millionen und Corazon Aquino von der oppositionellen United Nationalist Democratic Organization (Unido) 9,2 Millionen Stimmen erhalten. Das National Movement for free elections sieht Corazon Aquino mit 7,8 Millionen Stimmen in Führung, 800 000 Stimmen mehr als Marcos. Corazon Aquino gilt als Hoffnungsträgerin der Demokratiebewegung. Sie ist die Witwe des 1983 ermordeten Oppositionspolitikers Benigno Aquino. Die Opposition wirft dem Regime Wahlbetrug vor. Die Wahlen seien weder frei noch fair gewesen, stellt ein internationales Beobachterteam fest. In breiten Kreisen der Bevölkerung wächst der Widerstand gegen die Machtelite.

Haiti

Ende der Ära Duvalier in Haiti: Jean-Claude Duvalier („Baby Doc“), Sohn und Nachfolger des 1971 verstorbenen Diktators François Duvalier („Papa Doc“), wird nach über 14 Jahren entmachtet und flüchtet nach Frankreich (**7.2.1986**). Jean-Claude Duvalier war wie sein Vater Präsident auf Lebenszeit. Während der Duvalier-Diktatur wurden schätzungsweise 30 000 Regimegegner ermordet. Ein Conseil National de Gouvernement (CNG) unter Führung von General Henri Namphy übernimmt die Macht.

Tschad/Frankreich/Libyen

Frankreich reagiert auf eine von Libyen unterstützte Offensive in Tschad gegen das Regime von Präsident Hissène Habré mit der Verlegung von Truppen und Kampfflugzeugen ins Krisengebiet – Operation Épervier (**14.2.1986**).

Portugal

Mário Soares wird zum neuen portugiesischen Staatspräsidenten gewählt. Der Gründer des Partido Socialista (PS) und ehemalige Regierungschef erhält in der Stichwahl 51,18 Prozent der Stimmen (**16.2.1986**).

EG/EU/Einheitliche Europäische Akte

Die Aussenminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften unterzeichnen die Einheitliche Europäische Akte (**17.2.1986** und **28.2.1986**), die erste grosse Reform der Gründungsverträge von 1957. Die Präambel nennt die Umwandlung der Europäischen Gemeinschaften (EG) in eine Europäische Union (EU) als Ziel des Vertragswerkes. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte wird ein Zieldatum für die Verwirklichung des Binnenmarktes gesetzt: bis Ende 1992 sollen die vier Grundfreiheiten – der freie Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr – verwirklicht werden. Die Einheitliche Europäische Akte schafft zügigere Entscheidungsverfahren im Ministerrat und eine rechtsverbindliche Grundlage für die Europäische Politische Zusammenarbeit und erweitert die Mitwirkungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments.

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt

Sowjetunion

Die Sowjetunion startet die Raumstation Mir (**19.2.1986**). Es handelt sich um die erste für einen dauerhaften Betrieb konstruierte Raumstation. Sie bleibt 15 Jahre im All. Der Kosmonaut Waleri Poljakow hielt sich Mitte der 90er Jahren ein Jahr und zweieinhalb Monate ununterbrochen in der Raumstation auf. Mehrere Male dockten auch US-Raumfähren an.

Philippinen

Auf den Philippinen wird Staatschef Ferdinand Marcos nach umstrittenen, von Manipulationsvorwürfen überschatteten Wahlen durch einen gewaltfreien Volksaufstand gestürzt und Corazon Aquino als neue Staatspräsidentin vereidigt (**25.2.1986**). Damit endet nach rund 20 Jahren die durch diktatorische Herrschaft gekennzeichnete Ära Marcos. Corazon Aquino, die Witwe des 1983 ermordeten Oppositionspolitikers Benigno Aquino, war als Kandidatin der oppositionellen Allianz Unido zur Präsidentenwahl angetreten und hatte Marcos laut Angaben des National Movement for free elections besiegt (vgl. 7.2.1986).

Begonnen hatte die People's Power Revolution am 22. Februar mit einer Meuterei von Streitkräften. Hunderttausende Menschen folgen dem Aufruf zum Sturz des Marcos Regimes. Zentraler Schauplatz der Proteste ist die Epifanio de los Santos Avenue (EDSA) in Manila. Der Aufstand wird auch als EDSA-Revolution bezeichnet.

Marcos flüchtet nach Hawaii. Das illegal angehäuften Vermögen von Ferdinand Marcos und seiner Frau Imelda wird auf 10 bis 30 Milliarden Dollar geschätzt.

Schweden

Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme wird in Stockholm erschossen (**28.2.1986**). Der sozialdemokratische Regierungschef hatte sich international als scharfer Kritiker des US-Krieges in Vietnam profiliert. Ein Tatverdächtiger wird 1989 verurteilt, im Berufungsverfahren jedoch freigesprochen.

Ingvar Carlsson wird Nachfolger von Olof Palme

34 Jahre nach der Ermordung von Olof Palme präsentiert die Staatsanwaltschaft einen mutmasslichen und inzwischen verstorbenen Mörder. Die Strafuntersuchungen werden danach eingestellt (10.6.2020).

Frankreich

Die Linke verliert ihre 1981 errungene Mehrheit im französischen Parlament. Sozialisten, Kommunisten sowie Verbündete erhalten 249, das neogaullistische Rassemblement pour la République (RPR), die giscardistische Union pour la démocratie française (UDF) und ihre Verbündeten 291 Sitze. Der extrem rechte Front national zieht mit 35 Abgeordneten ins Parlament ein. Erstmals gibt es nur eine Wahlrunde (**16.3.1986**).

Schweiz

UNO

Die Schweizer Stimmbürger lehnen den Beitritt zu den Vereinten Nationen mit 75,7 Prozent Nein-Stimmen ab (**16.3.1986**).

Frankreich

In Frankreich kommt es nach dem Sieg der bürgerlichen Opposition bei der Parlamentswahl zu einer Links-Rechts-Cohabitation: ein sozialistischer Staatschef (François Mitterrand) und ein bürgerlicher Regierungschef. Der Pariser Bürgermeister Jacques Chirac vom Rassemblement pour la République (RPR) wird Premierminister (**20.3.1986**). Dies zum zweiten Mal (erste Amtsperiode: 27.5.1974 bis 25.8.1976).

Libyen/USA

Die US-Marine versenkt in der Grossen Syrte zwei libysche Patrouillenboote (**24.3.1986**). Zuvor war ein US-Kampfflugzeug mit Boden-Luft-Raketen attackiert worden.

Philippinen

Die neue philippinische Staatspräsidentin Corazon Aquino hebt die Verfassung von 1973 auf, verkündet eine vorläufige „Freedom constitution“ und setzt eine neue Regierung ein (**25.3.1986**).

Libyen/Bundesrepublik Deutschland (BRD)/USA

Bei einem Sprengstoffanschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin werden drei Menschen getötet und über 230 verletzt (**5.4.1986**). Die Diskothek wird überwiegend von Angehörigen der in Berlin stationierten US-Streitkräfte besucht. Als Drahtzieher des Anschlags gilt Libyen.

Sudan

Sieger der ersten Mehrparteien-Parlamentswahl im Sudan seit 1968 wird die Umma-Partei von Sadiq al-Mahdi, Urenkel des 1885 verstorbenen Revolutionsführers Muhammad Ahmad, genannt Mahdi, der Rechtgeleitete. (1.4. bis **12.4.1986**). Sadiq al-Mahdi wird Regierungschef (6.5.1986).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die französische Schriftstellerin und Philosophin Simone de Beauvoir stirbt im Alter von 78 Jahren (**14.4.1986**).

Libyen/USA

Die US-Luftwaffe bombardiert militärische Einrichtungen in den libyschen Städten Tripolis und Benghazi (**15.4.1986**). Mindestens 100 Menschen kommen bei der „Operation El Dorado Canyon“ ums Leben. Machthaber Muammar al-Ghaddafi befindet sich nicht unter den Opfern. US-Präsident Ronald Reagan begründet die Attacken mit terroristischen Aktivitäten Libyens. Unmittelbarer Anlass der Luftangriffe ist der Sprengstoffanschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle“ (vgl. 5.4.1986).

Swasiland

Prinz Makhosetive wird neuer König von Swasiland. Er nennt sich Mswali III. (**25.4.1986**).

Sowjetunion/Ukrainische Sowjetrepublik

Katastrophen/AKW-Katastrophen

Im Atomkraftwerk von Tschernobyl (Ukrainische Sowjetrepublik) zerstören Explosionen einen der vier Reaktorblöcke (**26.4.1986**). Es kommt zu einem GAU (grösster anzunehmender Unfall). Tschernobyl steht für den bisher grössten Unfall in der Geschichte der zivilen Nutzung der Atomenergie.

- Grosse Mengen an radioaktivem Material werden freigesetzt. In den Sowjetrepubliken Weissrussland, Ukraine und Russland werden rund 150 000 Quadratkilometer radioaktiv verseucht.
- Mehr als 330 000 Menschen, die in unmittelbarer Nähe des Reaktors leben, müssen evakuiert werden.
- Die Wolken mit dem radioaktiven Fallout verteilen sich über weite Teile Europas.
- Unter gesundheitlichen Schäden leiden Millionen Menschen. Unterschiedlich sind die Schätzungen über die Anzahl Menschen, die in den darauffolgenden Jahren an den Folgen der Katastrophe starben. Offizielle Statistiken gibt es nicht. Die geschätzten Opferzahlen schwanken zwischen 4000 und 100 000.

Norwegen

Nach einer Abstimmungsniederlage bei der Parlamentsabstimmung über ein Sparprogramm demissioniert die norwegische Regierung von Ministerpräsident Kåre Willoch von der konservativen Høyre (**30.4.1986**). Gro Harlem Brundtland von der Arbeiterpartei kehrt an die Spitze der Regierung zurück.

Afghanistan

Machtwechsel in Afghanistan: Mohammed Najibullah wird neuer Chef der kommunistischen Demokratischen Volkspartei anstelle von Babrak Karmal (**4.5.1986**).

Dominikanische Republik

In der Dominikanischen Republik feiert der 1978 abgewählte konservative Machthaber Joaquín Balaguer sein Comeback (**16.5.1986**). Er gewinnt die Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 41,53 Prozent. Sein Vorgänger Salvador Jorge Blanco vom Mitte-links orientierten Partido Revolucionario Dominicano (PRD) kandidierte nicht mehr. Balaguers konservatives Parteienbündnis unter Führung des Partido Reformista Social Cristiano (PRSC) ist mit 56 Sitzen die stärkste Kraft im 120 Sitze zählenden Abgeordnetenhaus.

Niederlande

Die Christdemokraten (Christlich-Demokratischer Appell/Christen Democratisch Appèl/CDA) gehen als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in den Niederlanden hervor (**21.5.1986**). Sie erobern 54 (plus 9) der 150 Sitze der Zweiten Kammer. Die Sozialdemokraten müssen sich mit dem zweiten Platz begnügen und erhalten 52 Sitze (plus 5). An dritter Stelle folgt die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) mit 27 Mandaten (minus 9).

Mittelamerika-Parlament (Parlacen)

Die Staatshäupter von Guatemala, El Salvador, Costa Rica, Nicaragua und Honduras vereinbaren bei einem Treffen in Esquipulas (Guatemala) eine engere Zusammenarbeit. Das Abkommen (Esquipulas I) sieht die Schaffung eines mittelamerikanischen Parlaments (Parlamento centroamericano/Parlacen) vor (**25.5.1986**).

Kolumbien

In Kolumbien geht Virgilio Barco Vargas vom Partido Liberal mit einem Stimmenanteil von 58,70 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**25.5.1986**).

Österreich

Der ehemalige UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim wird im zweiten Wahlgang mit 53,9 Prozent der Stimmen zum neuen österreichischen Bundespräsidenten gewählt (**8.6.1986**). Er war bereits 1971 Präsidentschaftskandidat der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), scheiterte jedoch.

Kurt Waldheim gerät wegen seiner Nazi-Vergangenheit in die negativen Schlagzeilen. Laut Medienrecherchen war Waldheim Angehöriger des SA-Reitersturms und Mitglied im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund. Vor allem sein Einsatz als Ordonanzoffizier in der Heeresgruppe E gerät ins Visier der Recherchen. Er soll angeblich bei Säuberungsaktionen gegen Partisanen und bei Deportationen griechischer Juden beteiligt gewesen sein. Waldheim bestreitet jede Beteiligung an Kriegsverbrechen und erklärt „Ich habe nur meine Pflicht getan“.

Österreich

Der österreichische sozialistische Bundeskanzler Fred Sinowatz tritt einen Tag nach der Präsidentschaftswahl wegen der Niederlage des Kandidaten der Sozialistischen Partei (SPÖ) Kurt Steyrer – zurück (**9.6.1986**).

Südafrika

In Südafrika verhängt die Regierung wegen Rassenunruhen über das ganze Land den Ausnahmezustand (**12.6.1986**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Klarinettist und Jazzmusiker Benny Goodman stirbt im Alter von 77 Jahren (**13.6.1986**).

Österreich

Der österreichische Finanzminister Franz Vranitzky (Sozialistische Partei/SPÖ) wird neuer Bundeskanzler anstelle von Fred Sinowatz (**16.6.1986**). Der neue Regierungschef setzt vorerst das Regierungsbündnis mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) fort.

Peru

In Peru schlagen Sicherheitskräfte in drei Gefängnissen – San Juan de Luringancho, El Frontón und Santa Bárbara – eine Revolte von Terrorangeklagten blutig nieder. Über 220 Gefängnisinsassen werden getötet (**18.6. und 19.6.1986**). Zur gleichen Zeit findet in der Hauptstadt Lima eine Gipfelkonferenz der Sozialistischen Internationale statt.

Spanien

Die spanischen Sozialisten (Partido Socialista Obrero Español/PSOE) gehen trotz Verlusten erneut als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen hervor (**22.6.1986**). Sie gewinnen 184 Mandate (minus 18) im Abgeordnetenhaus. Zweitstärkste Kraft bleibt das Bündnis Coalición Popular (Alianza Popular/AP, Partido Demócrata Popular/PDP, Partido Liberal/PL). An dritter Stelle folgt das Centro Democrático Social (CDS) des früheren Regierungschefs Adolfo Suárez (*Suarez*) mit 19 Mandaten (plus 17).

Irland

Die irische Bevölkerung lehnt in einem Referendum die Legalisierung der Scheidung ab (**26.6.1986**).

USA/Nicaragua/Internationaler Gerichtshof

Der Internationale Gerichtshof verurteilt die USA wegen militärischer und paramilitärischer Aktivitäten in und um Nicaragua und fordert die Zahlung von Reparationen an Nicaragua. Die USA erkennen das Urteil nicht an (**27.6.1986**).

Philippinen

Auf den Philippinen versuchen Anhänger des gestürzten Machthabers Ferdinand Marcos die Regierung zu stürzen (**6.7.1986**). Es handelt sich um den ersten von mehreren Putschversuchen gegen Staatspräsidentin Corazon Aquino.

Vietnam

Der vietnamesische Parteiführer Le Duan stirbt im Alter von 79 Jahren (**10.7.1986**). Er war während 26 Jahren Vorsitzender der Kommunistischen Partei. Seine Nachfolge übernimmt zunächst Staatspräsident Truong Chinh und ab Ende Jahr Nguyen Van Linh. Unter Nguyen Van Linh beginnt in Vietnam eine marktwirtschaftliche Liberalisierung, genannt Doi Moi.

Suriname

In Suriname bricht ein Binnenkrieg aus (**22.7.1986**). Ronnie Brunswijk, ehemaliger Leibwächter von Machthaber Desiré „Desi“ Bouterse, nimmt mit Angehörigen der Maroons – im Dschungel lebende Nachfahren geflohener afrikanischer Sklaven – den bewaffneten Kampf gegen das Regime auf. Er fordert für die Maroons demokratische Reformen und bessere Lebensbedingungen.

Sein „Jungle Commando“ greift zunächst Armeestellungen an.

Bei einem Racheakt von Sicherheitskräften werden im Dorf Moi Wana 35 Zivilisten ermordet (29.11.1986). Über 100 Überlebende flüchten nach Französisch-Guyana.

Die Rebellen des „Jungle Commando“ setzen ihre Angriffe fort und erobern die Städte Albina und Moengo, eine Region mit reichen Bauxitvorkommen.

Am 21.7.1989 einigen sich die Konfliktparteien im Abkommen von Kourou auf ein Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen.

Kurz darauf (31.8.1989) bricht ein neuer bewaffneter Konflikt aus: zwischen Regierungstruppen und einer Gruppe von Ureinwohnern – Tacayana Amazonas.
Der Binnenkrieg endet 1992.

Kamerun

Katastrophen/Gaswolke

Aus dem Nyos-See in Kamerun steigt eine tödliche Gaswolke auf. Etwa 1,6 Millionen Tonnen Kohlendioxid entweichen aus dem Kratersee. Über 1700 Menschen kommen ums Leben (**21.8.1986**).

Sowjetunion

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Das sowjetische Passagierschiff „Admiral Nachimow“ sinkt im Schwarzen Meer nach einer Kollision mit einem Frachter (**31.8.1986**). Dabei kommen 398 Menschen ums Leben.

Pakistan/USA

Terroristen kapern auf dem Flughafen der pakistanischen Stadt Karachi einen Jumbo-Jet der US-Fluggesellschaft PanAm mit 380 Passagieren an Bord (**5.9.1986**). Bei der Erstürmung des Flugzeuges durch pakistanische Sicherheitskräfte kommen 21 Menschen ums Leben und über 100 werden verletzt.

Chile

Der chilenische Machthaber Augusto Pinochet entgeht knapp einem Mordanschlag. Fünf Leibwächter kommen ums Leben (**7.9.1986**).

Österreich

Jörg Haider wird zum neuen Vorsitzenden der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) gewählt (**13.9.1986**). Damit setzt sich der rechts-nationale Flügel der Partei durch. Unter Haiders Führung erlebt die FPÖ einen kontinuierlichen starken Stimmenzuwachs.

KVAE

In Stockholm geht die Konferenz über Sicherheits- und Vertrauensbildende Massnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) zu Ende (**19.9.1986**). Die in der KSZE-Schlussakte von 1975 verankerten militärischen vertrauensbildenden Massnahmen werden verstärkt.

Marokko

Der langjährige marokkanische Erziehungsminister Azzedine Laraki wird neuer Premierminister (**30.9.1986**).

Israel/Atomwaffen

Die britische „Sunday Times“ enthüllt Geheimnisse über Israels Atomwaffenprogramm (**5.10.1986**). Informant ist der israelische Atomtechniker Mordechai Vanunu. Aufgrund der Enthüllungen vermuten Sachverständige, dass Israel über 100 bis 200 Atomsprengköpfe besitzt. Vanunu wird vom israelischen Geheimdienst in Rom entführt und am 28. März 1988 zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt.

USA/Sowjetunion/Island

US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow treffen sich zu einem zweitägigen Gipfeltreffen in der isländischen Hauptstadt Reykjavík (**11.10.1986**). Im Vordergrund der Gespräche stehen Abrüstungsfragen. Konkrete Ergebnisse werden nicht erzielt, aber das Treffen von Reykjavík gilt als Wegbereiter für eine Entspannung in den Ost-West-Beziehungen.

Moçambique

Der Staatspräsident von Moçambique, Samora Moisés Machel, kommt bei einem Flugzeugabsturz ums Leben (**19.10.1986**). Sein Nachfolger wird Joaquim Alberto Chissano.

Marshallinseln/ Mikronesien

USA/Trust Territory of the Pacific Islands (TTPI)

Schritt in die Unabhängigkeit: Die zwischen den USA und den Marshallinseln sowie den Föderierten Staaten von Mikronesien erzielten Assoziierungsabkommen (Compact of Free Association/CoFA) treten in Kraft (**21.10.1986 und 3.11.1986**). Washington ist nach wie vor für die Sicherheit und Verteidigung zuständig. Als Gegenleistung erhalten die Marshallinseln und Mikronesien Wirtschafts- und Entwicklungshilfe. Die USA hatten die Marshallinseln und Mikronesien seit 1947 als UNO-Treuhandgebiet verwaltet. Sie gehörten zum Trust Territory of the Pacific Islands (TTPI). Die USA erklären die Treuhandschaft am 3. November 1986 für beendet. 1991 folgt der UNO-Beitritt beider Gebiete.

Schweiz/Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Katastrophen/Umweltkatastrophe

Katastrophale Auswirkungen eines Brands in der Chemiefabrik Sandoz in Schweizerhalle bei Basel: Mit dem Löschwasser gelangen etwa 20 Tonnen hochgiftige Insektenvernichtungsmittel und andere Schadstoffe in den Rhein (**1.11.1986**). Die Folgen für das Ökosystem sind verheerend. Im Rhein kommt es zu einem massenhaften Fischsterben auf einer Länge von 450 Kilometern.

USA/Nördliche Marianen

Die Nördlichen Marianen werden ein selbstverwaltetes Aussengebiet der USA – unincorporated U.S. territory (**3.11.1986**). Die USA hatten die Nördlichen Marianen seit 1947 als UNO-Treuhandgebiet. Die Nördlichen Marianen gehörten zum Trust Territory of the Pacific Islands (TTPI).

USA

Bei den Kongresswahlen in den US (Midtermwahlen) gewinnen die Demokraten nach sechs Jahren die Mehrheit im Senat zurück und haben wieder in beiden Häusern des Kongresses die Mehrheit. Im Senat haben die Demokraten 55 (plus 8) und die Republikaner 45 Mandate (minus 8). Im Repräsentantenhaus sind die Demokraten mit 258 Abgeordneten (plus 5) und die Republikaner mit 177 (minus 5) vertreten (**4.11.1986**).

Iran-Contra-Affäre

USA/Iran/Nicaragua

Aufdeckung der Iran-Contra-Affäre (**4.11.1986**): Nach geheimen Waffenverkäufen der USA an Iran wurden die Einnahmen an die gegen das sandinistische Regime in Nicaragua kämpfenden Contras weitergeleitet. Schlüsselfigur der Affäre ist Oliver North, Berater des Nationalen Sicherheitsrates.

Brasilien

Der Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB) geht nach Ende des Militärregimes als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor (**15.11.1986**). Der PMDB gewinnt 260 der 487 Sitze im Abgeordnetenhaus. Zweistärkste Kraft ist der Partido da Frente Liberal (PFL) mit 118 Sitzen.

Zentralafrikanische Republik

Die Bevölkerung der Zentralafrikanischen Republik stimmt mit rund 92 Prozent einer neuen Verfassung zu (**21.11.1986**). Die Verfassung erlaubt es Machthaber André Kolingba weitere sechs Jahre Staatspräsident zu bleiben, ohne sich einer Wahl stellen zu müssen.

Österreich

Bei der Parlamentswahl in Österreich muss die regierende Sozialistische Partei (SPÖ) massive Verluste in Kauf nehmen. Zu den Verlierern gehört auch die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP). Nutzniesser sind die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und die Grünen (**23.11.1986**).

Die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) bleibt trotz Stimmenverlust stärkste Partei. Sie erhält 43,1 Prozent der Stimmen (minus 4,5 Prozentpunkte) und 80 Mandate (minus 10). Die konservative Österreichische Volkspartei kommt auf einen Stimmenteil von 41,3 Prozent (minus 1,9 Prozentpunkte) und 77 Mandate (minus 4). Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) unter Führung von Jörg Haider erhält 9,7 Prozent der Stimmen und kann damit ihren Stimmenanteil fast verdoppeln. Sie entsendet 18 Abgeordnete ins Parlament. Erstmals ist die Grüne Alternative im Parlament vertreten: mit 8 Mandaten. Der neue Nationalrat setzt sich wie folgt zusammen: SPÖ: 80 (minus 10), ÖVP: 77 (minus 4), FPÖ: 18 (plus 6), Grüne Alternative: 8 (plus 8).

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt zwei neue Mitglieder der Landesregierung: den christdemokratischen Nationalrat Arnold Koller aus dem Kanton Appenzell-Innerrhoden als Nachfolger von Bundesrat Kurt Furgler und den Tessiner christdemokratischen Nationalrat Flavio Cotti, Vorsitzender der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) als Nachfolger von Bundesrat Alphons Egli (**10.12.1986**).

Friedensnobelpreis

Der rumänisch-US-amerikanische Schriftsteller und Publizist Elie Wiesel, Holocaust-Überlebender, der sich für das Wachhalten der Erinnerung an die Opfer des Holocaust engagiert, wird mit dem Friedensnobelpreis geehrt (**10.12.1986**).

Literaturnobelpreis

Nigeria

Der nigerianische Schriftsteller Wole Soyinka wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt. Soyinka ist der erste afrikanische Literaturnobelpreisträger (**10.12.1986**).

Trinidad und Tobago

Machtwechsel im Karibikstaat Trinidad und Tobago (**15.12.1986**). Die National Alliance for Reconstruction verdrängt das seit der Unabhängigkeit im Jahr 1962 regierende People's National Movement in die Opposition. Die Alliance erobert 33 (plus 23) der 36 Mandate. Neuer Regierungschef wird Arthur Napoleon Raymond (A.N.R.) Robinson.

Rio-Gruppe (Grupo de Río)

Acht Staaten – Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Mexiko, Panama, Peru, Paraguay und Venezuela – schliessen sich zur Rio-Gruppe (Grupo de Río – Mecanismo Permanente de Consulta y Concertación Política) zusammen (**18.12.1986**).

Sowjetunion

Der sowjetische Regimekritiker Andrei Sacharow und seine Frau Jelena Bonner dürfen aus der Verbannung in Gorki nach Moskau zurückkehren (**19.12.1986**).

Uruguay

In Uruguay beschliesst das Parlament ein Amnestiegesetz (**22.12.1986**). Das Gesetz sichert allen Polizei- und Militärangehörigen Straffreiheit für Verbrechen zu, die vor dem 1. März 1985 begangen wurden.

1987

Nicaragua

Nicaragua erhält eine neue Verfassung (**9.1.1987**). Um den Autonomieforderungen der indigenen Bevölkerung (Miskito, Sumo, Rama und andere) entgegenzukommen, werden zwei autonome Regionen gebildet – Región Autónoma de la Costa Caribe Norte und Región Autónoma de la Costa Caribe Sur.

China

Der reformorientierte chinesische Parteivorsitzende Hu Yaobang fällt in Ungnade und wird zum Rücktritt gezwungen (**16.1.1987**). Sein Nachfolger wird Ministerpräsident Zhao Ziyang.

Österreich

Der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky hat einen neuen Regierungspartner: die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP). Eine Grosse Koalition zwischen Sozialisten (SPÖ) und Konservativen (ÖVP) löst das bisherige Regierungsbündnis zwischen Sozialisten und Freiheitlichen (FPÖ) ab (**21.1.1987**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Die regierenden Unionsparteien CDU/CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union – erzielen bei der Bundestagswahl in Deutschland mit einem Stimmenanteil von 44,3 Prozent (minus 4,5 Prozentpunkte) das schlechteste Ergebnis seit 1949. Auch die oppositionellen Sozialdemokraten (SPD) erleiden Stimmenverluste (minus 1,2 Prozentpunkte) und kommen auf einen Stimmenanteil von 37,0 Prozent. Profiteure sind die mitregierenden Freien Demokraten (FDP) und die Grünen mit einem Stimmenanteil von 9,1 bzw. 8,3 Prozent. Die Unionsparteien CDU/CSU gewinnen 234 der 519 Mandate, die Sozialdemokraten 193, die Freien Demokraten 48 und die Grünen 44 (**25.1.1987**).

Sowjetunion

„Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen“. Mit diesen eindringlichen Worten kündigt der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow vor dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei eine Beschleunigung seiner Reformpolitik an (**27.1.1987**). Er kritisiert Korruption, Missbrauch amtlicher Autorität und die Unterdrückung von Kritik im kulturellen Bereich.

Philippinen

Mit einem Ja-Stimmenanteil von rund 77 Prozent heisst die Bevölkerung der Philippinen eine neue Verfassung gut (**2.2.1987**). Die Verfassung sieht für das Staatsoberhaupt eine einzige Amtszeit von sechs Jahren und die Wiedereinführung von zwei Parlamentskammern, dem Abgeordnetenhaus und dem Senat, vor.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Urteile in der Flick-Parteispendenaffäre: Das Bonner Landgericht verurteilt die ehemaligen deutschen Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und Hans Friderichs sowie den früheren Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch wegen Steuerhinterziehung zu Geldstrafen. Der Vorwurf der Bestechlichkeit bzw. Bestechung lässt die Staatsanwaltschaft fallen (**16.2.1987**).

Irland

In Irland findet nach dem Bruch des Regierungsbündnisses zwischen Fine Gael und der Labour Party eine Neuwahl des Parlaments statt (**17.2.1987**). Die Partei Fianna Fáil kehrt an die Macht zurück. Charles Haughey wird zum dritten Mal Ministerpräsident (10.3.1987).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Künstler Andy Warhol, eine Pop-Art-Ikone, stirbt im Alter von 58 Jahren (**22.2.1987**).

Italien

Italiens sozialistischer Ministerpräsident Bettino Craxi wird von seinem christlichdemokratischen Koalitionspartner zum Rücktritt gezwungen (**3.3.1987**). Hintergrund des Streits ist eine Abmachung über die Rotation an der Spitze der Regierung.

Belgien

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Die Fähre „Herald of Free Enterprise“ kentert beim Auslaufen aus dem belgischen Hafen Zeebrügge (**6.3.1987**). Dabei kommen 193 Menschen ums Leben.

Chile

In Chile wird das nach dem Militärputsch von 1973 erlassene Parteienverbot aufgehoben (**11.3.1987**). Zahlreiche Parteien lassen sich in den kommenden Monaten Jahres registrieren.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Zoologe und Tierfilmer Bernhard Grzimek stirbt im Alter von 77 Jahren (**13.3.1987**).

Finnland

Bei der Parlamentswahl in Finnland (**15.3** und **16.3.1987**) behaupten die Sozialdemokraten ihre Position als stärkste Partei mit 56 der 200 Sitze. Zweistärkste Kraft ist die konservative Nationale Sammlungspartei (KOK) mit 53 Mandaten (plus 9). Die Zentrumspartei (KESK) erobert 40 Mandate. Das linke Parteienbündnis Demokratische Union des Finnischen Volkes (SKDL) hat nur 16 Sitze (minus 10) und die populistische Finnische Landpartei (SMP) nur noch 9 Mandate (minus 8).

Sozialdemokraten und Konservative bilden eine Grosse Koalition unter Führung von Harri Holkeri von der konservativen Nationalen Sammlungspartei.

Paraguay

In Paraguay wird der seit 1954 nach der Machtergreifung von General Alfredo Stroessner geltende Ausnahmezustand aufgehoben (**8.4.1987**).

Türkei/EG

Die Türkei will Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaften (EG) werden und stellt einen entsprechenden Antrag (**14.4.1987**).

Sri Lanka

In Sri Lanka beginnt ein neuer Aufstand der linksradikalen People's Liberation Front (Janatha Vimukthi Peramuna/JVP) gegen die Regierung (**15.4.1987**). Der bis Ende 1989 dauernden Terrorwelle fallen Tausende Menschen zum Opfer.

Österreich/USA

Das US-Justizministerium setzt den wegen seiner NS-Vergangenheit umstrittenen österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim auf die Watchlist und verhängt gegen ihn ein Einreiseverbot (**27.4.1987**). Eine Historikerkommission gelangt im Februar 1988 zum Schluss, Waldheim sei nicht direkt in Kriegsverbrechen verwickelt gewesen, er habe aber davon gewusst.

Philippinen

Auf den Philippinen finden die ersten Parlamentswahlen seit dem Sturz des Marcos-Regimes statt. Gewählt werden 214 Mitglieder des Abgeordnetenhauses und 24 Mitglieder des Senats. Im Abgeordnetenhaus ist die sozialdemokratische Partei PDP-Laban (Partido Demokratiko Pilipino – Lakas ng Bayan) mit 43 Sitzen die stärkste Kraft. Im Senat dominiert das Bündnis Lakas ng Bayan (People's Power) mit 22 Sitzen (**11.5.1987**).

Malta

Machtwechsel in Malta nach 16 Jahren: Die konservative Nationalist Party (Partit Nazzjonalista) übernimmt von der Labour Party (Partit Laburista) das Ruder. Eddie Fenech Adami wird neuer Regierungschef (**12.5.1987**). Bei der Parlamentswahl (9.5.1987) hatte die Nationalist Party die meisten Stimmen erhalten und profitierte trotz weniger Sitzgewinnen als die Labour Party von einem Mandatebonus.

Portugal

Ein Lissaboner Gericht verurteilt Otelo Saravaia de Carvalho, einst als Held der Nelkenrevolution von 1974 gefeiert, wegen Unterstützung der linksterroristischen Organisation Forças Populares 25 de Abril (FP25) zu 15 Jahren Gefängnis (**20.5.1987**). Er wird später unter Auflagen freigelassen und 1996 vom Parlament begnadigt.

Libanon

Der libanesischer Ministerpräsident Rachid Karamé kommt bei einem Bombenanschlag auf seinen Helikopter ums Leben (**1.6.1987**). Karamé war zwischen 1955 und 1987 achtmal Premierminister. Der christlich-maronitische Milizenführer Samir Geagea gilt als Drahtzieher des Attentats. Nachfolger von Karamé wird Selim Hoss.

Kanada/Quebec

Im Meech Lake-Abkommen vereinbaren die kanadische Bundesregierung und so wie die Provinzregierungen Verfassungsänderungen (**3.6.1987**). Quebec soll als „distinct society“ (eigenständige Gesellschaft) anerkannt werden und die Rechte der Provinzen sollen gestärkt werden. Das Abkommen scheitert am Widerstand einiger Provinzen und indigener Vertreter. Die Frist für die einstimmige Ratifizierung durch alle Provinzen bis am 23. Juni 1990 kann nicht eingehalten werden.

Grossbritannien

Bei der Unterhauswahl in Grossbritannien feiert die Conservative Party von Premierministerin Margaret Thatcher den dritten Sieg in Folge. Die Tories gewinnen 376 der 650 Mandate. Die Labour Party kommt auf 229 Mandate. Die Tories verlieren 21 Sitze, die Labour Party gewinnt 20 hinzu. Die Social Democratic Party-Liberal Alliance entsendet 22 Abgeordnete, die übrigen Parteien sind mit 23 Mandaten vertreten (**11.6.1987**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Berlin

USA/Sowjetunion

In einer Rede vor dem Berliner Brandenburger Tor fordert US-Präsident Ronald Reagan den sowjetischen Parteivorsitzenden Michail Gorbatschow auf: „Tear down this wall! – „Reissen sie diese Mauer nieder!“ (**12.6.1987**).

Zentralafrikanische Republik

Der 1979 entmachtete Herrscher des Zentralafrikanischen Kaiserreichs, Jean Bedel Bokassa, wird nach seiner Rückkehr aus dem französischen Exil zum zweiten Mal zum Tode verurteilt (**12.6.1987**). Die Strafe wird im folgenden Jahr (29.2.1988) in lebenslange Zwangsarbeit umgewandelt.

Italien

Die Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC) gehen als stärkste Partei aus den Parlamentswahlen hervor und gewinnen mit einem Stimmenanteil von rund 34 Prozent 234 der 630 Sitze im Abgeordnetenhaus. Die Kommunisten (Partito Comunista Italiano/PCI) verlieren 21 Mandate und sind neu mit 177 Abgeordneten vertreten. Die Sozialisten (Partito Socialista Italiano (PSI) sind mit 21 zusätzlichen Sitzgewinnen die eigentlichen Wahlgewinner. Sie entsenden 94 Volksvertreter (**14.6.1987**).

Spanien

Bei einem Sprengstoffanschlag der baskischen Untergrundorganisation ETA auf einen Supermarkt in Barcelona kommen 21 Menschen ums Leben (**19.6.1987**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Tänzer und Schauspieler Fred Astair stirbt im Alter von 88 Jahren (**22.6.1987**).

Korea (Südkorea)

In Südkorea bahnt sich das Ende des autoritären Militärregimes an. Nach Massenprotesten verkündet Ex-General Roh Tae Woo, von Machthaber Chun Doo Hwan als Nachfolger auserkoren, demokratische Reformen an. Dazu gehören die freie Direktwahl des Staatsoberhauptes, die Amnestie politischer Häftlinge und die Bildung freier Gewerkschaften (**26.6.1987**). Zum Einlenken des Regimes tragen auch die für 1988 geplanten Olympischen Sommerspiele in Seoul bei.

EG/Einheitliche Europäische Akte

Die erste grosse Reform der Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaften tritt in Kraft (**1.7.1987**). Die Einheitliche Europäische Akte zielt auf die Vervollständigung des Binnenmarkts und schafft zügigere Entscheidungsverfahren im Ministerrat sowie rechtsverbindliche Grundlagen für die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ).

Frankreich

Der Nazi-Kriegsverbrecher Klaus Barbie, ehemaliger Gestapo-Chef von Lyon und als Schlächter von Lyon bekannt, wird wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gesprochen und zu lebenslanger Haft verurteilt (**4.7.1987**).

China (Republik China/Taiwan)

Nach 38 Jahren wird in Taiwan der Ausnahmezustand aufgehoben (**15.7.1987**).

Portugal

Erdbeben für die liberal-konservative Sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata/PSD) bei der Parlamentswahl in Portugal. Sie gewinnt 60 Mandate hinzu und erobert 148 der 250 Sitze: die absolute Mehrheit. Noch nie war eine Partei bei freien Wahlen so erfolgreich. Die Sozialisten (Partido Socialista/PS) gewinnen 60 Mandate. Drittstärkste Kraft ist das Coligação Democrática Unitária (CDU), ein Bündnis aus der Kommunistischen Partei (Partido Comunista Português/PCP) und den Grünen (Partido Ecologista Os Verdes/PEV) mit 31 Sitzen. Die bei den Wahlen von 1985 erfolgreiche Demokratische Erneuerungspartei (Partido Renovador Democrático (PRD) verliert 38 Mandate und ist nur noch mit 7 Abgeordneten vertreten. Das Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP) muss sich mit 4 Abgeordneten (minus 18) begnügen (**19.7.1987**).

Türkei

In der Türkei wird das nach dem Putsch von 1980 verhängte Kriegsrecht aufgehoben. Der Südosten bleibt jedoch unter Ausnahmezustand (**19.7.1987**).

Indien/Sri Lanka

Indien und Sri Lanka vereinbaren ein Abkommen zur Wiederherstellung von Frieden und Normalität in Sri Lanka (**29.7.1987**). Indien entsendet Friedenstruppen nach Sri Lanka, um die Gewalttätigkeiten zwischen Singhalesen und Tamilen in Sri Lanka zu stoppen. Der Einsatz bleibt erfolglos. Nach 32 Monaten zieht Indien seine Truppen wieder ab.

Weltbevölkerung

Die Weltbevölkerung überschreitet die Fünf-Milliarden-Grenze (**Juli 1987**).

Mittelamerika-Friedensabkommen (Esquipulas II)

Die Staatsoberhäupter von Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica unterzeichnen in Esquipulas (Guatemala) ein Abkommen „zur Schaffung eines sicheren und dauerhaften Friedens in Mittelamerika“ (**7.8.1987**). Das Abkommen (Esquipulas II) sieht unter anderem die Beendigung innerstaatlicher gewaltsamer Auseinandersetzungen, Schritte zur Demokratisierung und die Durchführung freier Wahlen vor.

Sowjetunion

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Im Bahnhof Kamensk-Schachtinski in der sowjetischen Oblast Rostow prallt die Lokomotive eines entgleisten Güterzuges auf einen Personenzug. 106 Menschen kommen ums Leben (**7.8.1987**).

Burundi

Militärputsch in Burundi. Staatspräsident Jean-Baptiste Bagaza wird während eines Auslandsaufenthaltes gestürzt (**3.9.1987**). Neuer Machthaber ist Major Pierre Buyoya.

Türkei

Die türkische Bevölkerung stimmt der Rückkehr der „Altpolitiker“ in die Politik mit 50,2 Prozent Ja-Stimmen knapp zu. (**6.9.1987**). Mit dem Putsch von 1980 waren alle Parteien verboten worden.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Zum ersten Mal weilt mit Erich Honecker ein DDR-Staatsratsvorsitzender zu einem offiziellen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland (**7.9.1987**).

Umwelt/Klima

Montrealer Protokoll

In Montreal wird ein internationales Abkommen zum Schutz der Ozonschicht unterzeichnet (**26.9.1987**). Im Montrealer Protokoll verpflichteten sich die Unterzeichnerstaaten, ihre Produktion von FCKW (Fluorchlorkohlenwasserstoffe) schrittweise zu reduzieren und zu stoppen.

Suriname

Die Bevölkerung von Suriname stimmt einer neuen Verfassung zu (**30.9.1987**). Damit endet das sieben Jahre dauernde Militärregime. Der Militärrat (National Military Council/NMC) wird aufgelöst. Suriname erhält wieder ein Parlament und eine zivile Regierung. Das Staatsoberhaupt ist auch Regierungschef. Das Amt des Ministerpräsidenten wird abgeschafft. Der bisherige Machthaber Desiré „Desi“ Bouterse bleibt Oberbefehlshaber der Armee.

Fidschi/Grossbritannien

Nach einem Putsch unter Führung von Oberstleutnant Sitiveni Rabuka wird der Inselstaat Fidschi zur Republik erklärt. Die Beziehungen zur britischen Krone werden abgebrochen (**7.10.1987**). Hintergrund des Machtkampfs sind Spannungen zwischen indigenen und indischstämmigen Fidschianern. Rabuka übergibt Ende Jahr die Regierungsgeschäfte an Kamise Mara, den ersten Premierminister seit der Unabhängigkeit im Jahr 1970. Nach dem Putsch verlassen Zehntausende Fidschianer indischer Abstammung das Land.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Wenige Tage nach seinem Rücktritt als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein stirbt Uwe Barschel unter mysteriösen Umständen in einem Genfer Hotel (**11.10.1987**).

Burkina Faso

Putsch in Burkina Faso. Staatschef Thomas Sankara wird ermordet. Neuer Machthaber wird sein ehemaliger politischer Weggefährte Blaise Compaoré (**15.10.1987**).

Schweiz

Bei den Nationalratswahlen behaupten die Freisinnigen (FDP) trotz drei Sitzverlusten ihre Stellung als stärkste Partei. Sie sind mit 51 Abgeordneten vertreten. Schwere Verluste verzeichnen die Sozialdemokraten (SP). Sie haben noch 41 Mandate (minus 6) und sind damit nur noch drittstärkste Partei. Auf dem zweiten Platz liegen die Christdemokraten (Christlichdemokratische Volkspartei/CVP) mit unverändert 42 Mandaten. Die Schweizerische Volkspartei (SVP) gewinnt 25 Sitze (plus 2). Je 9 Sitze erringen die Grüne Partei der Schweiz (GPS) und die Liberale Partei. Der Landesring der Unabhängigen (LdU) bleibt bei 8 Mandaten. Das Grüne Bündnis zählt 4 Abgeordneten. Neu vertreten im Nationalrat ist die Autopartei mit zwei Sitzen. Auf die übrigen Parteien entfallen 8 Mandate. Ein Unabhängiger schliesst sich der LdU-Fraktion an (**18.10.1987**).

Im Ständerat verteilen sich die 46 Mandate wie folgt: Christdemokraten (CVP): 19 (plus 1), Freisinnige (FDP): 14 (unv.), Sozialdemokraten (SP): 5 (minus 1), Schweizerische Volkspartei (SVP): 4 (minus 1), Liberale Partei (LPS): 3 (unv.), LDU: 1 (plus 1).

USA

Börsen/Börsenturbulenzen

„Schwarzer Montag“ an der New Yorker Börse: Der Dow Jones bricht um fast 23 Prozent auf 1738 Punkte ein. Es handelt sich um den grössten prozentualen Absturz innerhalb eines Tages (**19.10.1987**).

Indonesien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In einem Vorort von Jakarta stossen zwei überbesetzte Züge zusammen. Dabei kommen 153 Menschen ums Leben (**19.10.1987**).

Korea (Südkorea)

Die Bevölkerung Südkoreas stimmt mit rund 93 Prozent Ja-Stimmen einer neuen Verfassung zu (**27.10.1987**). Die Verfassung der Sechsten Republik legt den Grundstein für eine demokratische Entwicklung des Landes und beendet die seit der Unabhängigkeit fast ununterbrochene Herrschaft autoritärer Machthaber. Das Staatsoberhaupt wird künftig direkt vom Volk für eine fünfjährige Amtszeit gewählt. Eine Wiederwahl ist ausgeschlossen.

Türkei

Bei der Parlamentswahl in der Türkei verteidigt die liberal-konservative Mutterlandspartei (Anap) von Ministerpräsident Turgut Özal ihre Stellung als stärkste Kraft. Sie gewinnt 292 der 450 Sitze. An zweiter Stelle folgt mit 99 Sitzen die Sozialdemokratische Populistische Partei (SHP), eine Nachfolgepartei der verbotenen Republikanischen Volkspartei. Drittstärkste Kraft mit 59 Mandaten ist die gemässigt konservative Partei des Rechten Weges (DYP), die von Süleyman Demirel gegründete Nachfolgerin der Gerechtigkeitspartei (**29.10.1987**).

Japan

Wechsel an der Spitze der japanischen Regierung (**6.11.1987**). Ministerpräsident Nakasone Yasuhiro tritt zurück. Er war wegen seiner Absicht, eine Mehrwertsteuer einzuführen, unter Druck geraten. Nakasone war fast fünf Jahre im Amt, eine für japanische Verhältnisse lange Amtszeit. Neuer Vorsitzender der regierenden Liberaldemokratischen Partei und Ministerpräsident wird Takeshita Noboru.

Tunesien

Ende der Ära Bourguiba in Tunesien. Nach 30-jähriger Amtszeit wird Staatspräsident Habib Bourguiba abgesetzt (**7.11.1987**). Sein Nachfolger wird Zine el Abidine Ben Ali.

Italien

In einem Referendum spricht sich die Bevölkerung Italiens für den Ausstieg aus der Atomenergie aus (**8. und 9.11.1987**). Alle bereits in Betrieb genommenen Atomkraftwerke werden vom Netz genommen.

Niger

Neuer Präsident in Niger (**14.11.1987**): Ali Saibou wird Nachfolger des verstorbenen Staatschefs Seyni Kountché, der 13 Jahre das Land regierte.

Rumänien

In der rumänischen Stadt Braşov (Kronstadt) bricht eine Arbeiterrevolte gegen das Regime von Machthaber Nicolae Ceauşescu (Ceausescu) aus (**15.11.1987**). Schätzungsweise 20 000 Menschen beteiligen sich an den Protestkundgebungen, die von Sicherheitskräften gewaltsam aufgelöst werden.

China

Li Peng wird neuer chinesischer Ministerpräsident (**24.11.1987**). Sein Vorgänger Zhao Ziyang ist seit Mitte Januar (**16.1.1987**) Generalsekretär der Kommunistischen Partei.

Suriname

In Suriname finden erstmals seit dem Putsch von 1980 Parlamentswahlen statt (**25.11.1987**). Die Front for Democracy and Development gewinnt 40 der 51 Sitze der National Assembly. Die National Democratic Party von Desiré „Desi“ Bouterse muss sich mit 3 Mandaten begnügen. Das Parlament wählt im Januar 1988 Ramsewak Shankar von der Progressive Reform Party zum Staatsoberhaupt.

Korea (Nordkorea)/Korea (Südkorea)

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen/Flugzeugattentate

Auf dem Flug von Bagdad nach Seoul explodiert an Bord eines südkoreanischen Passagierflugzeuges eine Bombe. Das Attentat fordert 115 Tote (**29.11.1987**). Eine nordkoreanische Agentin gesteht später in einem Prozess, im Auftrag Nordkoreas eine Bombe an Bord geschmuggelt zu haben.

Honduras

In Honduras beschliesst das Parlament ein Amnestiegesetz für Menschenrechtsverletzungen (**29.11.1987**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen das Volksbegehren „zum Schutz der Moore – Rothenthurm-Initiative“ mit 57 Prozent Ja-Stimmen gut (**6.12.1987**).

Abrüstung/Rüstungskontrolle/INF-Vertrag

USA/Sowjetunion

US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow vereinbaren in Washington den Abbau aller atomaren Mittelstreckenwaffen (**8.12.1987**). Im INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces) wird festgelegt, dass beide Seiten sowohl ihre landgestützten atomaren Mittelstreckenwaffen mit 500 bis 5500 Kilometern Reichweite als auch deren Abschussvorrichtungen innerhalb von drei Jahren vernichten und keine neuen herstellen.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Erste Intifada

In den von Israel besetzten Gebieten kommt es zu Streiks und Demonstrationen der palästinensischen Bevölkerung. Auslöser ist der Zusammenprall zwischen einem israelischen Militärzeug und palästinensischen Taxis an der Grenze des Gazastreifens (**8.12.1987**). Es beginnt die Erste Intifada (Aufstand). Geprägt ist sie von Steine werfenden Jugendlichen. Die Erste Intifada dauert bis 1993.

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt zwei neue Mitglieder der Landesregierung: den Berner Nationalrat Adolf Ogi, Präsident der Schweizerischen Volkspartei (SVP), als Nachfolger von Leon Schlumpf sowie den sozialdemokratischen Neuenburger Staatsrat René Felber als Nachfolger von Pierre Aubert (**9.12.1987**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Hamas

Im israelisch-besetzten Gazastreifen entsteht die radikal-islamische Widerstandsorganisation Hamas als Ableger der Muslimbruderschaft (**9.12.1987**). Die Hamas propagiert in ihrer Charta (18.8.1988) die Zerstörung des Staates Israel.

Friedensnobelpreis

Costa Rica

Der Staatspräsident von Costa Rica, Óscar Arias Sánchez (Arias Sanchez), erhält den Friedensnobelpreis für sein Engagement zur Herstellung eines dauerhaften Friedens in Mittelamerika (**10.12.1987**).

Literaturnobelpreis

USA

Der US-amerikanische Schriftsteller Joseph Brodsky, 1972 von der Sowjetunion ausgebürgert, erhält den Literaturnobelpreis (**10.12.1987**).

Belgien

Parlamentswahlen in Belgien: Die Christelijke Volkspartij (CVP) bleibt trotz 6 Sitzverlusten mit 43 Mandaten stärkste Kraft in der Abgeordnetenkammer. Der Parti Socialiste (PS) erhöht seinen Anteil um 5 auf 40 Mandate. Die Socialistische Partij (SP) bleibt bei 32 Sitzen. Die liberale Partij voor Vrijheid en Vooruitgang (PVV) entsendet 25 (plus 3) und der Parti Réformateur Libéral (PRL) 23 (minus 1) Abgeordnete. Der frankophone Parti Social Chrétien (PSC) erhält 19 (minus 1) und die Volksunie wie bisher 16 Mandate (**13.12.1987**).

Korea (Südkorea)

Roh Tae Woo von der Demokratischen Gerechtigkeitspartei geht mit einem Stimmenanteil von 36,6 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Südkorea hervor (**16.12.1987**). Die Opposition konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Es handelt sich um die erste Direktwahl des Staatsoberhauptes durch die Bevölkerung seit 1971. Mit der Verurteilung von Roh Tae Woo (25.2.1988) erlebt Südkorea den ersten friedlichen und verfassungsmässigen Machtwechsel.

Tschechoslowakei

Der tschechoslowakische KP-Chef Gustáv Husák (Husak) wird abgelöst (**17.12.1987**). Er stand seit 1969 an der Spitze der kommunistischen Partei. Sein Nachfolger wird Miloš Jakeš (Jakes).

Philippinen

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Die philippinische Fähre „Doña Paz“ kollidiert auf der Fahrt nach Manila mit einem Tanker (**20.12.1987**). Dabei kommen 4375 Passagiere und Besatzungsmitglieder der Fähre und elf Besatzungsmitglieder des Tankers ums Leben. Es gibt insgesamt nur 26 Überlebende. Es handelt sich damit um das schwerste Schiffsunglück in Friedenszeiten.

Simbabwe

Die kriegesischen Rivalitäten in Simbabwe zwischen Machthaber Robert Mugabe und seinem Gegner Joshua Nkomo werden mit einem Abkommen über den Zusammenschluss vom Mugabes Zimbabwe African National Union (Zanu) und Nkomos Zimbabwe African People's Union (Zapu) beendet (**22.12.1987**). Die Regierungspartei Zimbabwe African National Union -Patriotic Front (Zanu-PF) strebt eine sozialistische Gesellschaftsordnung auf marxistisch-leninistischer Grundlage an.

Simbabwe

Im Rahmen einer Verfassungsänderung stärkt Robert Mugabe seine Machtposition in Simbabwe. Er wird Staatsoberhaupt und Oberkommandierender der Armee. Mugabe war bisher Regierungschef. Dieses Amt wird abgeschafft (**30.12.1987**). Mugabe bleibt fast 30 Jahre lang Staatsoberhaupt.

1988

China (Republik China/Taiwan)

Lee Teng-hui wird Nachfolger des im Amt verstorbenen taiwanesischen Präsidenten Chiang Ching-kuo (**13.1.1988**). Lee Teng-hui ist der erste gebürtige Taiwaner an der Spitze des Staates. Während seiner Präsidentschaft leitet er die Demokratisierung Taiwans ein.

Haiti

Leslie Manigat vom Rassemblement des démocrates nationaux progressistes geht als Sieger aus der ersten Präsidentenwahl in Haiti seit Ende des Duvalier-Regimes hervor (**17.1.1988**). Die Wahl wird von einem grossen Teil der Bevölkerung boykottiert.

Panama/USA

Gerichte in Florida erheben Anklage gegen Panamas Machthaber Manuel Noriega wegen Drogenschmuggels und Geldwäsche (**4.2.1988**). Der einstige enge Verbündete der USA fällt in Ungnade.

Kanada

Olympische Spiele

In Calgary, in der kanadischen Provinz Alberta, finden die XV. Olympischen Winterspiele statt (**13.2.1988**).

Karabach-Konflikt

Berg-Karabach

Sowjetunion

Das Parlament der mehrheitlich von Armeniern bewohnten Region Berg-Karabach (Nagorni Karabach) beschliesst die Loslösung von der Aserbaidschanischen Sowjetrepublik und den Anschluss an die Armenische Sowjetrepublik (**20.2.1988**). Darauf kommt es zu antiarmenischen Ausschreitungen in Aserbaidschan.

Zypern

Georgios Vassiliou wird zum neuen Präsidenten der Republik Zypern gewählt. Der von den Kommunisten unterstützte Kandidat erhält in der Stichwahl 51,6 Prozent der Stimmen (**21.2.1988**). Der bisherige Präsident Spyros Kyprianou schied nach der ersten Wahlrunde aus.

Panama

Panamas Präsident Eric Arturo Delvalle wird vom Parlament des Amtes enthoben (**24.2.1988**). Delvalle hatte die Absetzung von Machthaber Manuel Noriega als Oberbefehlshaber der Streitkräfte gefordert. Die USA verhängen Wirtschaftssanktionen gegen das Regime in Panama (11.3.1988).

Irak

Kurden

Bei einem Giftgasangriff der irakischen Luftwaffe auf die vorwiegend von Kurden bewohnte Stadt Halabja kommen rund 5000 Menschen ums Leben (**16.3.1988**).

Nicaragua

Die Gegner im Nicaragua-Konflikt – Contras und Sandinisten – einigen sich in Sapoá (Nicaragua) auf einen Waffenstillstand (**23.3.1988**). Der Contra-Krieg hat seit 1981 schätzungsweise 30 000 Tote gefordert.

Afghanistan/Afghanistan-Konflikt

Sowjetunion:

Bei Verhandlungen in Genf wird der Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan vereinbart (**15.4.1988**). Der Rückzug der rund 115 000 Soldaten beginnt einen Monat später (15.5.1988).

Frankreich/Neukaledonien

Auf dem zum französischen Überseegebiet Neukaledonien gehörenden Ouvéa-Atoll überfallen Separatisten einen Gendarmerieposten, töten vier Polizisten und verschleppen 27 Polizisten sowie einen Richter in eine Höhle (**22.4.1988**). Bei der Befreiungsaktion am 5. Mai durch ein Sonderkommando der französischen Armee kommen 19 Separatisten und zwei Soldaten ums Leben.

Korea (Südkorea)

In Südkorea findet die erste freie Parlamentswahl statt. Die regierende Demokratische Gerechtigkeitspartei (Democratic Justice Party /DJP) von Präsident Roh Tae Woo gewinnt 125 der 299 Mandate. Die DJP geht zwar als stärkste Kraft aus der Wahl hervor, verpasst jedoch die absolute Mehrheit (**26.4.1988**). 1990 fusionieren die Democratic Justice Party und zwei andere Parteien zur Democratic Liberal Party/DLP, die bis zu den Wahlen von 1992 über 218 Mandate verfügt.

Frankreich

François Mitterrand wird erneut zum französischen Staatschef gewählt (**8.5.1988**). Der sozialistische Präsident setzt sich in der Stichwahl mit 54,02 Prozent der Stimmen gegen Jacques Chirac vom Rassemblement pour la République (RPR) durch.

Ecuador

In Ecuador geht Rodrigo Borja Cevallos von der Izquierda Democrática als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor. Er erhält 54 Prozent der Stimmen (**8.5.1988**). Im Parlament (Congreso Nacional), das am 31. Januar 1988 gewählt wurde, ist die Izquierda Democrática mit 32 Sitzen (plus 16) wie bisher die stärkste Kraft.

Frankreich

Der französische Premierminister Jacques Chirac vom Rassemblement pour la République (RPR) tritt nach seiner Niederlage bei der Präsidentschaftswahl zurück. Neuer Regierungschef wird der Sozialist Michel Rocard (**10.5.1988**).

Ungarn

Der langjährige ungarische Parteivorsitzende János Kádár (*Kadar*) wird abgelöst (**22.5.1988**). Er war seit 1956 Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP). Die Führung der Partei übernimmt Ministerpräsident Károlyi Grósz (*Grosz*).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

Bei einem Grubenunglück im Borkener Braunkohlrevier im deutschen Bundesland Hessen kommen 51 Bergleute ums Leben (**1.6.1988**).

Sowjetunion

Katastrophen/Explosionskatastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In der sowjetischen Stadt Arsamas (Oblast Nischni Nowgorod) explodieren drei mit Sprengstoff beladene Eisenbahn-Güterwagen. Die Katastrophe fordert 91 Tote. Über 150 Gebäude werden beschädigt (**4.6.1988**).

Bangladesh

In Bangladesh wird der Islam zur Staatsreligion erklärt (**7.6.1988**).

Frankreich

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in Frankreich – wenige Wochen nach der Wiederwahl von Staatspräsident François Mitterrand – verlieren die bürgerlichen Parteien ihre Mehrheit an die Linke (5.6. und **12.6.1988**). Sozialisten und Kommunisten kommen auf 300 der 575 Sitze, das neogaullistische Rassemblement pour la République (RPR), die giscardistische Union pour la démocratie française (UDF) und die Union du Centre auf 261 Mandate.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative „zur Herabsetzung des AHV-Rentenalters auf 62 Jahre für Männer und 60 Jahren für Frauen“ mit 64,3 Prozent Nein-Stimmen ab (**12.6.1988**).

Haiti

Der haitische Präsident Leslie Manigat wird nach nur knapp vier Monaten im Amt von der Armee gestürzt (**20.6.1988**). General Henri Namphy übernimmt die Macht. Namphy war nach dem Ende des Duvalier-Regimes im Februar 1986 Vorsitzender des Conseil National de Gouvernement (CNG). Nach nur drei Monaten wird Namphy entmachtet (17.9.1988). Die politische Lage bleibt unstabil.

Frankreich

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Im Pariser Bahnhof Gare de Lyon fährt ein Nahverkehrszug wegen Bremsproblemen auf einen stehenden Zug. Dabei kommen 56 Menschen ums Leben (**27.6.1988**).

Nato

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Der deutsche Verteidigungsminister Manfred Wörner wird neuer Nato-Generalsekretär (**1.7.1988**).

Iran/USA

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Über dem Persischen Golf wird vom US-Zerstörer „Vincennes“ aus versehentlich ein iranisches Verkehrsflugzeug abgeschossen (**3.7.1988**). Alle 290 Insassen des Airbus der Iran Air kommen dabei ums Leben.

Mexiko

In Mexiko gerät die Machtposition des Partido Revolucionario Institucional (PRI) erstmals ins Wanken. Nur knapp mit 50,71 gewinnt der Kandidat der Regierungspartei, Carlos Salinas de Gortari, die Präsidentschaftswahl. Cuauhtémoc Cárdenas (Cardenas) vom linken Frente Democrático Nacional (FDN) erhält 31,03 Prozent der Stimmen.

Betrugsvorwürfe werden laut. Im Parlament verteidigt der PRI mit 262 von 500 Mandaten nur knapp die absolute Mehrheit. Zweitstärkste Kraft ist der FDN mit 101 Sitzen (**6.7.1988**).

Grossbritannien

Katastrophen/Bohrinsel

Bei einer Brandkatastrophe auf der Nordsee-Bohrinsel „Piper-Alpha“ nordöstlich von Aberdeen kommen 167 Menschen ums Leben (**6.7.1988**).

Sowjetunion

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow distanziert sich unmissverständlich von der Breschnew-Doktrin. Wie schon bei früheren Gelegenheiten erklärt er an einer Sitzung der Verteidigungsminister des Warschauer Pakts in Moskau (**7.7.1988**), dass die Zeit militärischer Interventionen in den „Bruderländern“ abgelaufen sei. „Es dürfen keine Versuche geduldet werden, einander nicht zu achten oder sich in die inneren Angelegenheiten des anderen einzumischen“, schärft er den Ministern und Militärs ein.

Burma

Burmas Machthaber Ne Win tritt unter dem Druck regimefeindlicher Demonstrationen und einer schweren Wirtschaftskrise als Vorsitzender der allein regierenden Socialist Program Party zurück (23.7.1988). Seine Nachfolge als Parteichef übernimmt General Sein Lwin, der wegen der Niederschlagung von Studentenprotesten in der Hauptstadt als „Schlächter von Rangun“ in Verruf steht. Ne Win gelangte 1962 durch einen Putsch an die Macht (vgl.2.3.1962).

Thailand

Die Thai Nation Party (Chart Thai Party) geht als Siegerin aus der Parlamentswahl in Thailand hervor. Sie gewinnt 87 der 357 Mandate (**24.7.1988**). Ihr Anführer Chatichai Choonhavan übernimmt die Führung der Regierung. Chatichai Choonhavan ist seit langem der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident Thailands.

Iran

In Iran beginnt eine mehrere Wochen dauernde Hinrichtungswelle politischer Gefangener (**29.7.1988**). Betroffen sind vor allem Mitglieder der oppositionellen Volksmujaheddin. Über die Zahl der Exekutionen gibt es keine nachprüfbaren Angaben. Vermutlich wurden mehrere tausend Menschen hingerichtet. Laut verschiedenen Schätzungen wurden zwischen 2800 und 5000 Anhänger der Volksmujahedin, der Kommunisten und anderer linker Gruppen gehängt.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Jordanien/Israel/Westjordanland

Jordanien verzichtet auf die Souveränitätsansprüche auf das 1950 annektierte, seit 1967 von Israel besetzte Westjordanland – dies zugunsten eines künftigen palästinensischen Staates (**31.7.1988**).

Angola/Südafrika

Südafrika beendet seine militärische Intervention in Angola. In Genf erzielen die Konfliktparteien eine entsprechende Einigung (**5.8.1988**).

Burma

In Burma beginnen Massenproteste gegen das Regime (**8.8.1988**). Gefordert werden das Ende der Militärherrschaft und der Übergang zu Demokratie. An der Spitze der Demokratiebewegung steht Aung San Suu Kyi, die Tochter des 1947 ermordeten Unabhängigkeitskämpfers Aung San. Der Aufstand geht als „8-8-88 Uprising“ in die Geschichte ein und wird Mitte September blutig niedergeschlagen (vgl. 18.9.1988).

al-Qaida

Pakistan/Afghanistan/Saudiarabien

In Peshawar (Pakistan) treffen sich Anführer arabischer Jihadisten, die in Afghanistan gegen die sowjetische Besatzung gekämpft hatten. Sie beschliessen, dass die Basis („al-Qaida“) den „Heiligen Krieg gegen die Ungläubigen“ fortsetzen müsse (**11.8.1988**). Der 11. August 1988 gilt als Gründungsdatum des Terrornetzwerkes al-Qaida. Unter den Anführern der sogenannten „arabischen Afghanen“ befindet sich auch Osama bin Laden, Sohn eines saudischen Milliardärs. Die Radikalisierung beginnt nach dem Golfkrieg 1990/91, ausgelöst durch die Präsenz US-amerikanischer (nicht-muslimischer) Truppen in Saudiarabien. Al-Qaida will die islamische Welt von Ungläubigen befreien. Feindbilder sind die westliche Welt und vor allem die USA.

Pakistan

Pakistans Machthaber Mohammad Zia-ul-Haq kommt bei einem Flugzeugabsturz ums Leben (**17.8.1988**). Nachfolger wird Ghulam Ishaq Khan. General Zia ul-Haq gelangte vor elf Jahren (5.7.1977) durch einen Militärputsch an die Macht.

Burundi/Ruanda

Burundische Streitkräfte verüben in den Regionen Ntega und Marangara ein Massaker unter der Hutu-Bevölkerung. Tausende Hutu werden getötet: laut Schätzungen zwischen 5000 und 20 000 (**14.8. bis 22.8. 1988**). Zehntausende Menschen flüchten vor den Gewalttaten nach Ruanda.

Erster Golfkrieg

Irak/Iran

Nach acht Jahren wird der Krieg zwischen Iran und Irak mit einem von den Vereinten Nationen vermittelten Waffenstillstand beendet (**20.8.1988**). Der Krieg forderte schätzungsweise eine Million Tote.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Katastrophen/Flugschau-Katastrophe

Während einer Flugschau auf der US-Luftwaffenbasis Ramstein im deutschen Bundesland Rheinland-Pfalz stossen drei Flugzeuge zusammen. Eine Maschine stürzt in die Zuschauermenge. 70 Menschen kommen ums Leben und etwa 1000 werden verletzt (**28.8.1988**).

Sri Lanka

In Sri Lanka werden die hauptsächlich von Tamilen bewohnten Nordprovinz und Ostprovinz zur Nordostprovinz (North Eastern Province) zusammengelegt (**2.9. und 8.9.1988**).

Jamaika

Katastrophen/Unwetter

Der Hurrikan „Gilbert“ verwüstet weite Teile von Jamaika. Dutzende Menschen sterben und Hunderttausende werden obdachlos (**12.9.1988**).

Korea (Südkorea)

Olympische Spiele

In der südkoreanischen Hauptstadt Seoul finden die XXIV. Olympischen Sommerspiele statt (**17.9.1988**).

Schweden

Erstmals ziehen die Grünen in den schwedischen Reichstag ein. Bei der Parlamentswahl gewinnen sie auf Anhieb 20 Sitze. Die Sozialdemokraten erhalten 156 (minus 3) der 349 Mandate. Zweistärkste Kraft bleibt die Moderate Sammlungspartei mit 66 Sitzen (minus 10). Es folgen die drittplatzierte Volkspartei mit 44 (minus 7), die Zentrumsparter mit 42 (minus 2), die Linkspartei-Kommunisten mit 21 (plus 2) und die Grünen mit 20 Mandaten (**18.9.1988**).

Burma

In Burma unterdrückt das Militärregime gewaltsam eine hauptsächlich von Mönchen und Studenten ins Leben gerufene Demokratiebewegung (**18.9.1988**). Dabei kommen Tausende Menschen ums Leben. General Saw Maung übernimmt die Macht als Vorsitzender des State Law and Order Restoration Council/SLORC.

Libanon

Der scheidende libanesische Staatspräsident Amin Gemayel ernannt nach erfolgloser Neuwahl eines Staatsoberhauptes den Armeeoberkommandierenden, den christlich-maronitischen General Michel Aoun, zum Vorsitzenden einer provisorischen Regierung (**22.9.1988**). Der bisherige Ministerpräsident Selim Hoss erkennt die Übergangsregierung nicht an.

Damit gibt es in Libanon zwei rivalisierende Regierungen: die von Syrien unterstützte von Selim und die des christlich-maronitischen Generals Michel Aoun.

Burma

In Burma wird die National League for Democracy (NLD) gegründet (**27.9.1988**). Parteivorsitzende ist Aung San Suu Kyi.

Sowjetunion

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow wird als Nachfolger von Andrei Gromyko zum neuen Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion (Staatsoberhaupt) gewählt (**1.10.1988**).

Bundesrepublik Deutschland

Der langjährige bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauss stirbt im Alter von 73 Jahren (**3.10.1988**). Strauss war von 1961 bis 1988 Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union und von 1978 bis 1988 bayerischer Ministerpräsident.

Chile

Die chilenische Bevölkerung lehnt in einem Referendum mit 55,99 Prozent-Nein-Stimmen eine Verlängerung der Amtszeit von Machthaber Augusto Pinochet um weitere acht Jahre ab (**5.10.1988**). Mit dem Volksentscheid beginnt in Chile die Rückkehr zur Demokratie.

14 Parteien hatten im Vorfeld der Abstimmung ein Bündnis geschlossen: Concertación por el No. Nach dem Erfolg an der Urne wird das Bündnis in Concertación de Partidos por la Democracia (CCPD) umbenannt. Für die Wahlen von 1989 soll ein gemeinsames Programm erarbeitet und ein gemeinsamer Präsidentschaftskandidat aufgestellt werden.

Brasilien

Brasilien erhält eine neue, demokratische Verfassung (**5.10.1988**). Im Grundgesetz wird auch das Recht der indigenen Völker verankert, angestammtes Land zu besitzen.

Sowjetunion

Estnische Sowjetrepublik (Estland)/Lettische Sowjetrepublik (Lettland)/Litauische Sowjetrepublik (Litauen)

Im Baltikum entstehen antisowjetische Volksfronten. In Vilnius (Litauen) wird die Unabhängigkeitsbewegung Sajudis gegründet (**22.10.1988**). Ähnliche Bewegungen gibt es in Estland (Rahvarinne) und Lettland (Latvijas Tautas Fronte).

Israel

Bei der Parlamentswahl in Israel muss der linke Maarach seine Position als stärkste Fraktion an den konservativen Likud abgeben. Likud gewinnt 40 der 120 Sitze, Maarach 39. Drittstärkste Kraft ist die orthodoxe Partei Shas mit 6 Mandaten (**1.11.1988**).

Malediven/Indien

Auf den Malediven wird ein Putschversuch mit Unterstützung indischer Fallschirmjäger niedergeschlagen (**3.11.1988**).

Frankreich/Neukaledonien

Die Bevölkerung Frankreichs stimmt in einem Referendum dem neuen Status für Neukaledoniens mit fast 80 Prozent Ja-Stimmen zu. Die Stimmbeteiligung liegt allerdings nur bei 36,9 Prozent (**6.11.1988**). Der neue Status des französischen Überseegebiets war nach schweren separatistischen Unruhen in den Abkommen von Matignon (26.6.1988) vereinbart worden.

USA

US-Vizepräsident George H.W. Bush geht als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**8.11.1988**). Der Republikaner erhält 426 Elektorenstimmen und 53,4 Prozent der Wählerstimmen. Sein demokratischer Herausforderer Michael Dukakis muss sich 111 Elektorenstimmen begnügen. Dan Quayle wird Vizepräsident.

Bei den Kongresswahlen kommt es nur zu kleinen Verschiebungen. Im Senat bleibt die Sitzverteilung gleich wie vor zwei Jahren: 55 Demokraten und 45 Republikaner. Im Repräsentantenhaus sind die Demokraten mit 260 Abgeordneten (plus 2) und die Republikaner mit 175 (minus 2) vertreten.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

PLO/Palästina

Der Palästinensische Nationalrat, das oberste legislative Organ der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), proklamiert in Algier einen unabhängigen palästinensischen Staat Palästina mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt (**15.11.1988**). Indirekt wird das Existenzrecht Israels anerkannt: Der Palästinensische Nationalrat beruft sich auf den UNO-Teilungsplan vom 29.11.1947 (Resolution 181 der Vollversammlung) und auf Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates.

Pakistan

Die Pakistan People's Party (PPP) unter Führung von Benazir Bhutto geht als Siegerin aus der Parlamentswahl in Pakistan hervor (**16.11.1988**).

Kanada

Bei der Parlamentswahl in Kanada verteidigt die Progressive Conservative Party von Premierminister Brian Mulroney trotz Sitzverlusten ihre Führungsrolle (**21.11.1988**). Sie gewinnt 169 (minus 42) der 295 Mandate. Die Liberal Party erhält 83 (plus 43) und die sozialdemokratische New Democratic Party 43 (plus 11 Sitze).

Papua-Neuguinea/Bougainville

Auf der zu Papua-Neuguinea gehörenden Insel Bougainville bricht ein bewaffneter Aufstand aus. Angehörige der Bougainville Revolutionary Army (BRA) unter Führung von Francis Ona überfallen Regierungseinrichtungen (**22.11.1988**). Die Regierung reagiert mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes. Ausgelöst wird der jahrelange Konflikt durch einen Streit um die Panguna-Mine, eine der weltgrößten im Tagebau betriebenen Kupferminen. Umweltbelastung und wirtschaftliche Benachteiligung der Bevölkerung sind der Nährboden des Konflikts. Die Mine wird 1989 stillgelegt.

Ungarn

Wechsel an der Spitze der ungarischen Regierung: Miklós Németh (*Nemeth*) vom Reformflügel der Sozialistischen Arbeiterpartei wird neuer Ministerpräsident (**23.11.1988**).

Pakistan

Mit Benazir Bhutto erhält Pakistan erstmals eine Premierministerin (**2.12.1988**). Die Tochter des früheren pakistanischen Regierungschefs Zulfikar Ali Bhutto ist die erste Regierungschefin eines islamischen Staates.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen drei Volksinitiativen ab: gegen Bodenspekulation mit 69,2 Prozent, zur Herabsetzung der Arbeitszeit mit 65,7 und für die Begrenzung der Einwanderung mit 67,3 Prozent Nein-Stimmen. (**4.12.1988**).

Venezuela

In Venezuela wird Carlos Andrés Pérez (*Perez*) zum zweiten Mal nach 1973 zum Präsidenten gewählt. Der Kandidat der sozialdemokratischen Partei Acción Democrática erhält 52,91 Prozent der Stimmen (**4.12.1988**). Seine zweite Amtszeit wird von schweren Krisen überschattet und endet mit seiner Absetzung.

Sowjetunion/Armenische Sowjetrepublik

Katastrophen/Erdbeben

Die Armenische Sowjetrepublik wird von einem schweren Erdbeben heimgesucht (**7.12.1988**). Dabei kommen schätzungsweise 25 000 Menschen ums Leben.

Schweiz

Aus für das geplante Atomkraftwerk Kaiseraugst im Kanton Aargau. Angesichts massiven Widerstandes – 1975 war das Baugebiet zwischen dem 1. April und 11. Juni von AKW-Gegnern besetzt worden – zieht der Ständerat einen Schlussstrich unter das Projekt (**8.12.1988**). Der Nationalrat folgt drei Monate später. Der entschädigt die verhinderte Ausführung des Vorhabens mit 350 Millionen Franken.

Friedensnobelpreis

UNO-Friedenstruppen

Die UNO-Friedenstruppen werden für ihr Engagement zu Sicherung des Weltfriedens mit dem Friedensnobelpreis geehrt (**10.12.1988**).

Literaturnobelpreis

Ägypten

Als erster arabischsprachiger Autor wird der ägyptische Schriftsteller Nagib Mahfuz mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1988**).

Schweiz

Die Schweizer Bundesrätin Elisabeth Kopp gibt ihre Demission bekannt, nachdem sie zugeben musste, ihrem Ehemann, dem Wirtschaftsanwalt Hans W. Kopp, in einem Telefongespräch Informationen aus ihrem Departement über einen Geldwäscherei-Verdacht weitergegeben zu haben (**12.12.1988**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

UNO/Schweiz/PLO

Die UNO-Vollversammlung kommt zu einer Palästina-Sondersitzung in Genf zusammen (**13.12.1988**). Der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, war mit einem Einreiseverbot in die USA belegt worden, weshalb die geplante Debatte nicht in New York stattfinden konnte.

Am 14. Dezember 1988 erklärt Arafat an einer Medienkonferenz in Genf, dass er das «Recht Israels auf eine Existenz in Frieden und Sicherheit» anerkenne.

Die UNO-Versammlung anerkennt in einer in Genf verabschiedeten Resolution die Unabhängigkeitserklärung Palästinas durch den Palästinensischen Nationalrat am 15.11.1988.

Sri Lanka

Ranasinghe Premadasa von der United National Party (UNP) geht mit einem Stimmenanteil von 50,43 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Sri Lanka hervor (**19.12.1988**).

Grossbritannien/USA/Libyen

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen/Flugzeugattentate

Lockerbie-Anschlag

Bombenanschlag auf einen Jumbojet der US-Fluggesellschaft Panam über der schottischen Ortschaft Lockerbie.

Beim Absturz der Maschine kommen alle 259 Insassen ums Leben, unter ihnen 189 US-Staatsangehörige. Auch elf Anwohner werden am Boden durch den Aufschlag getötet (**21.12.1988**). Der Verdacht richtet sich auf Libyen. Als mögliche Drahtzieher gelten auch radikale Palästinenser sowie Iran.

Angola/Südafrika/Kuba/Namibia

Nach Südafrika will auch Kuba seine Truppen aus Angola abziehen. Der Rückzug der rund 50 000 Soldaten aus Angola ist innert 30 Monaten vorgesehen. In den in New York erzielten Vereinbarungen (**22.12.1988**) erklärt sich Südafrika bereit, Namibia in die Unabhängigkeit zu entlassen.

1989

Japan

Der japanische Kaiser Hirohito stirbt im Alter von 87 Jahren (**7.1.1989**). Er hatte 1926 den Thron bestiegen. Nachfolger wird sein Sohn Akihito.

Belgien

Im Rahmen der 1988 beschlossenen dritten Staatsreform erhält Belgien mit Brüssel-Hauptstadt eine dritte Region mit eigener Regierung und eigenem Parlament (**12.1.1989**).

Vanuatu

Der erste Präsident des Südpazifikstaates Vanuatu, Ati George Sokomanu, wird abgesetzt. Ihm wird „grobes Fehlverhalten“ vorgeworfen (**12.1.1989**).

Spanien

In Spanien wird die konservative Partei Alianza Popular (AP) in Partido Popular (PP) umbenannt (**20.1.1989**). Der Parteivorsitzende Manuel Fraga Iribarne übergibt 1990 die Führung an José María Aznar.

Ungarn

Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (MSZMP) verzichtet auf ihre in der Verfassung festgelegte Führungsrolle (**21.1.1989**). Einige Monate später (9.10.1989) folgt die Umbenennung in Ungarische Sozialistische Partei (MSZP).

Argentinien

In Argentinien überfallen Angehörige des linksgerichteten Movimiento Todos por la Patria (MTP) Militärbaracken in La Tablada. Dabei kommen 39 Menschen ums Leben und 60 werden verletzt (**23.1.1989**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der spanische Maler und Bildhauer Salvador Dalí stirbt im Alter von 84 Jahren (**23.1.1989**).

USA

James Baker wird neuer US-Aussenminister (**25.1.1989**).

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den freisinnigen Luzerner Ständerat Kaspar Villiger zum neuen Bundesrat (**1.2.1989**). Er tritt die Nachfolge von Bundesrätin Elisabeth Kopp an. Die erste Bundesrätin der Schweiz hatte am 12. Dezember 1988 ihren Rücktritt bekanntgegeben, weil sie Informationen aus ihrem Departement an ihren Gatten, den Wirtschaftsanwalt Hans W. Kopp, weitergegeben hatte.

Paraguay

In Paraguay wird der seit 1954 herrschende Diktator Alfredo Stroessner durch einen Militärputsch gestürzt. Unter seiner Terrorherrschaft starben Tausende Menschen oder verschwanden spurlos. General Andrés Rodríguez (*Rodriguez*) übernimmt die Macht, verspricht, die Menschenrechte zu achten und verkündet Neuwahlen (**3.2.1989**). Stroessner flüchtet ins Exil nach Brasilien. Zu den Putschisten gehört auch Oberst Lino Oviedo, von 1993 bis 1996 Oberkommandierender der Armee.

Polen

In Polen beginnen Gespräche am Runden Tisch zwischen Regierung und Opposition (**7.2.1989**). Die Gespräche leiten das sanfte Ende der kommunistischen Parteiherrschaft in Polen ein.

Jamaika

Comeback für den früheren jamaikanischen Premierminister Michael Manley. Seine linksorientierte People's National Party (PNP) gewinnt 45 der 60 Mandate. Die letzten Wahlen von 1993 hatte die PNP boykottiert. Die bisher regierende konservative Jamaica Labour Party muss sich mit 15 Mandaten (minus 45) begnügen (**9.2.1989**). Manley verfolgt in seiner neuen Amtsperiode einen moderaten Kurs. 1992 tritt er aus Gesundheitsgründen zurück. Seine Partei bleibt bis 2007 an der Macht.

Iran

Der iranische Revolutionsführer Ayatollah Ruhollah Khomeiny ruft zur Ermordung des indischstämmigen britischen Schriftstellers Salman Rushdie auf (**14.2.1989**). Rushdie wird beschuldigt, in seinem Buch „Satanische Verse“ die religiösen Gefühle der Moslems verletzt zu haben.

Nicaragua/Honduras

Die Präsidenten der fünf mittelamerikanischen Staaten Nicaragua, Honduras, El Salvador, Costa Rica und Guatemala ebnen den Weg für die Entwaffnung der nicaraguanischen Rebellen (Contras), die Auflösung der Stützpunkte der schätzungsweise 11 000 Contras in Honduras und deren Repatriierung (**14.2.1989**). In den Acuerdos de Costa del Sol (auch Tesoro Beach Agreement) sagt Nicaragua freie Wahlen im kommenden Jahr zu. Inhaftierte ehemalige

Mitglieder der Nationalgarde sollen freigelassen werden. Im Abkommen von Tela (7.8.1989) werden die konkreten Schritte zur Entwaffnung der Contras und deren Repatriierung festgelegt. Zur Überwachung wird eine internationale Kommission – Comisión Internacional de Apoyo y Verificación (CIAV) eingesetzt.

Afghanistan/Afghanistan-Konflikt

Sowjetunion

Die sowjetische Armee schliesst den im Vorjahr angekündigten Rückzug aus Afghanistan ab (**15.2.1989**). Während der neunjährigen Besatzung kamen rund 15 000 sowjetische Soldaten ums Leben.

Das kommunistische Regime unter Führung von Mohammed Najibullah bleibt auch nach dem Abzug der sowjetischen Armee an der Macht. Die Mujahedin setzen ihren bewaffneten Widerstand fort.

Union du Maghreb Arabe/UMA

Algerien, Libyen, Mauretanien, Marokko und Tunesien beschliessen die Bildung der Union du Maghreb Arabe/UMA (Union des Arabischen Maghreb). Die Organisation strebt eine wirtschaftlich Union und eine koordinierte Politik an (**17.2.1989**).

Venezuela

In Venezuela brechen wegen drastischer Sparmassnahmen schwere Unruhen aus (**27.2.1989**). Nach Vorgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) verfügt die Regierung drastische Preiserhöhungen und kürzt die Sozialhilfe. Dies löste einen Volksaufstand („Caracazo“) aus, der sich von der Hauptstadt Caracas auf das ganze Land ausbreitet. Die Regierung verhängt den Ausnahmezustand. Der „Caracazo“ wird von Sicherheitskräften niedergeschlagen. Dabei kommen zwischen 1000 und 3000 Menschen ums Leben.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichische Verhaltensforscher und Medizinnobelpreisträger Konrad Lorenz stirbt im Alter von 85 Jahren (**27.2.1989**).

China/Tibet

In der tibetischen Hauptstadt Lhasa kommt es zu Unruhen anlässlich des 30. Jahrestages des Volksaufstandes von 1959. Über Lhasa wird das Kriegsrecht verhängt (**7.3.1989**).

Nato/Warschauer Pakt

In Wien beginnen Verhandlungen zwischen der Nato und dem Warschauer Pakt über konventionelle Streitkräfte in Europa – CFE/KSE (**9.3.1989**).

KSZE/VSBM

In Wien beginnen im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen – VSBM (**9.3.1989**).

Libanon/Syrien

Im Bürgerkriegsland Libanon ruft der christlich-maronitische General Michel Aoun ruft zum „Befreiungskrieg“ gegen die seit 1976 in Libanon stationierten syrischen Streitkräfte auf (**14.3.1989**).

El Salvador

Alfredo Cristiani von der konservativen Alianza Republicana Nacionalista (Arena) geht mit einem Stimmenanteil von 53,82 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in El Salvador hervor (**19.3.1989**). Die Alianza stellt bis 2009 hintereinander vier Staatspräsidenten: Auf Alfredo Cristiani folgen Armando Calderón (Calderon), Francisco Flores und Elias Antonio Saca.

Im Parlament kann sich die Präsidentenpartei bis zu den Wahlen von 2003 auf eine Mehrheit stützen.

USA

Katastrophen/Schiffskatastrophen/Umweltkatastrophen

Der Öltanker „Exxon Valdez“ läuft vor Alaska auf ein Riff (**24.3.1989**). Rund 40 000 Tonnen Rohöl laufen aus und verseuchen die Küste auf einer Länge von rund 2000 Kilometern.

Sowjetunion

In der Sowjetunion wird ein Volksdeputiertenkongress gewählt (26.3.1989). Es besteht die Möglichkeit zwischen mehreren Kandidaten zu entscheiden. Das neue Gremium war 1988 mit einer Verfassungsänderung geschaffen worden. Je 750 Abgeordnete werden in nationalen und territorialen Wahlkreisen gewählt, weitere 750 von „gesellschaftlichen Organisationen“ bestimmt.

Jugoslawien/Serbien/Kosovo/Vojvodina

In Jugoslawien werden die Autonomierechte der serbischen Provinzen Kosovo und Vojvodina massiv eingeschränkt (**28.3.1989**).

Tunesien

Der neue tunesische Machthaber Zine el Abidine Ben Ali wird ohne Gegenkandidatur zum Staatspräsidenten gewählt. Bei der Parlamentswahl gewinnt sein Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD) alle 141 Mandate (**2.4.1989**).

Palästinenser/Palästina/PLO

Das Zentralkomitee der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) wählt Yassir Arafat zum ersten Präsidenten des 1988 ausgerufenen Staates Palästina (**2.4.1989**).

Kampuchea/Kambodscha/Vietnam

Vietnam kündigt den Abzug seiner Truppen aus Kambodscha innert sechs Monaten an (**5.4.1989**). Vor über zehn Jahren, Ende 1978, hatte Vietnam mit der militärischen Besatzung weiter Teile Kambodschas begonnen.

Sowjetunion/Georgische Sowjetrepublik

In Tiflis, der Hauptstadt der Georgischen Sowjetrepublik, demonstrieren Tausende Menschen für die Loslösung von der Sowjetunion. Bei der gewaltsamen Auflösung der Kundgebung durch sowjetische Sondereinheiten, die Feldspaten und Giftgas einsetzen, kommen 19 Menschen ums Leben und Hunderte werden verletzt (**9.4.1989**).

Mauretanien/Senegal

Ein Weidelandstreit am Senegalfluss, im Grenzgebiet von Senegal und Mauretanien, löst in beiden Ländern ethnische Unruhen aus (**9.4.1989**). Es kommt zu Gewaltexzessen und Vertreibungen. Zehntausende in Mauretanien lebende Schwarze – sogenannte Afromauretanier – und Zehntausende in Senegal lebende Mauretanier werden ausgewiesen.

Katastrophen/Massenpanik

Grossbritannien

Bei einer Massenpanik im Hillsborough-Stadion von Sheffield kommen 96 Menschen ums Leben und über 700 Personen werden verletzt (**15.4.1989**).

Uruguay

In Uruguay befürworten die Stimmberechtigten mit 57,53 Prozent Ja-Stimmen die Beibehaltung des Amnestiegesetzes von 1986, das Militärs und Polizisten Straffreiheit für Menschenrechtsverletzungen vor März 1985 zusichert (**16.4.1989**).

Kampuchea/Kambodscha

Kambodscha erhält eine neue Verfassung. Das Land heisst wieder Kambodscha statt Volksrepublik Kampuchea. Die Verfassung definiert Kambodscha als demokratischen, neutralen und nichtpaktgebundenen Staat (**30.4.1989**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der italienische Filmregisseur Sergio Leone stirbt im Alter von 60 Jahren (**30.4.1989**).

Paraguay

In Paraguay geht der neue Machthaber Andrés Rodríguez (*Rodriguez*) mit einem Stimmenanteil von 76,59 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Seine Partei, der bisher regierende Partido Colorado, behält im Parlament mit 48 von 72 Mandaten die Vormachtstellung. Zweistärkste Kraft wird der Partido Liberal Radical Auténtico mit 21 Sitzen (**1.5.1989**).

Ungarn/Österreich

Ungarn beginnt mit dem Abbau von Überwachungs- und Sperranlagen an der Grenze zu Österreich (**2.5.1989**).

Panama

Turbulente Wahlen in Panama (**7.5.1989**): Guillermo Endara vom Oppositionsbündnis Alianza Democrática de Oposición Civilista (Adoc) gewinnt die Präsidentenwahl mit grossem Vorsprung vor seinem Konkurrenten Carlos Duque vom Partido Revolucionario Democrático (PRD). Doch das Regime von Machthaber Manuel Noriega widersetzt sich der Niederlage und lässt die Wahlen annullieren (**10.5.1989**). Das Wahlgericht, das die Annullierung verfügt hatte, widerruft am 26. Dezember 1989 seinen Entscheid (vgl. 20.12.1989).

Jugoslawien/Serbien

Slobodan Milošević (Milošević) wird vom serbischen Parlament zum Präsidenten der jugoslawischen Teilrepublik Serbien bestimmt (**8.5.1989**).

Argentinien

Der Peronist Carlos Menem geht mit einem Stimmenanteil von 47,51 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Argentinien hervor (**15.5.1989**). Sein Frente Justicialista de Unidad Popular ist mit 127 der 254 Mandate stärkste Kraft im Abgeordnetenhaus.

Sowjetunion/China

Tauwetter im angespannten Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China: Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow trifft in Peking die chinesische Führung, unter ihnen auch Deng Xiaoping (**15. bis 18.5.1989**). Es handelt sich um das erste sowjetisch-chinesische Gipfeltreffen seit 1959.

Mongolische Volksrepublik (Mongolei)/Sowjetunion

Die Sowjetunion beginnt mit dem Rückzug ihrer in der Mongolischen Volksrepublik stationierten Truppen (**15.5.1989**). Bis Ende 1990 sollen rund 50 000 sowjetische Soldaten abgezogen werden.

China

Nach wochenlangen Protesten von Studenten und Arbeitern, die demokratische Rechte, eine Reform des politischen Systems und Bekämpfung der Korruption fordern, wird über Teile der chinesischen Hauptstadt Peking das Kriegsrecht verhängt (20.5.1989). In der Parteiführung setzen sich die Hardliner wie Deng Xiaoping und Li Peng gegen den Widerstand von KP-Generalsekretär Zhao Ziyang durch.

Europarat/Frankreich

Die frühere französische Staatssekretärin Catherine Lalumière wird Generalsekretärin des Europarates. Sie ist die erste Frau an der Spitze des Europarates (**1.6.1989**).

Bulgarien

Massenexodus von Angehörigen der türkischen Minderheit in Bulgarien: Die bulgarische Führung reagiert auf den Widerstand der bulgarischen Türken gegen die zwangsweise Bulgarisierung ihrer Namen mit der Öffnung der Grenzen zur Türkei (**30.5.1989**). Zwischen dem 3. Juni und 21. August 1989 verlassen über 300 000 bulgarische Türken das Land.

Iran

Der iranische Revolutionsführer Ayatollah Ruhollah Khomeiny stirbt im Alter von 86 Jahren (**3.6.1989**). Sein Nachfolger wird der bisherige Präsident Ayatollah Ali Khamenei (4.6.1989).

Sowjetunion

Katastrophen/Explosionskatastrophen/Pipelinekatastrophen

An einer undichten Gaspipeline in der Nähe der russischen Stadt Ufa bildet sich eine Gaswolke. Als zwei vollbesetzte Züge passieren, kommt es zu einer Explosion, die über 600 Tote fordert (**3.6.1989**).

China

Die chinesische Armee schlägt auf dem Pekinger Tiananmen-Platz Massenproteste für Demokratie und Freiheit gewaltsam nieder (**4.6.1989**). Hunderte Menschen kommen auf dem Tiananmen-Platz und in dessen Umgebung ums Leben. Über die Anzahl der Opfer liegen keine gesicherten Angaben vor. Von über 2000 ist die Rede. Auch in anderen chinesischen Städten werden Proteste unterdrückt. Noch dreissig Jahre danach ist das Thema für das chinesische Regime tabu.

Wegen seines Widerstandes gegen die Unterdrückung der Demokratiebewegung fällt der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Zhao Ziyang, in Ungnade (vgl. 24.6.1989).

Sowjetunion/Usbekische Sowjetrepublik

Unruhen in der Usbekischen Sowjetrepublik: In der Stadt Fergana kommt es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Usbeken und den 1944 von Stalin deportierten Meschetern (**3.6./4.6.1989**). Die Unruhen fordern mehr als 100 Tote und über 1000 Verletzte.

Japan

Der japanische Ministerpräsident Takeshita Noboru tritt wegen Korruptionsvorwürfen im Zusammenhang mit der Firma Recruit Cosmos zurück (**3.6.1989**). Sein Nachfolger an der Spitze der Liberaldemokratischen Partei und der Regierung wird Uno Sosuke, der jedoch schon nach 69 Tagen wegen einer Geisha-Affäre zurücktritt (10.8.1989). Die Leitung der Regierung übernimmt Kaifu Toshiki.

Polen

In Polen finden erstmals nach 40 Jahren halbwegs freie Wahlen statt (**4.6. und 18.6.1989**). Das Bürgerkomitee Solidarność (*Solidarnosc*) gewinnt alle der Opposition zustehenden Parlamentsmandate (35 Prozent) und 99 Sitze im frei zu besetzenden 100-köpfigen Senat.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Kleinbauerninitiative „für ein naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken“ mit 51,1 Prozent Nein-Stimmen ab (**4.6.1989**).

Nicaragua

In Nicaragua schliessen sich mit Blick auf die für 1990 angekündigten Wahlen 14 konservative, liberale und sozialdemokratische Parteien zur Unión Nacional Opositora (UNO) zusammen. Den Vorsitz übernimmt Violeta Chamorro (**6.6.1989**).

EG/Europäisches Parlament

Zum dritten aufeinanderfolgenden Mal gehen die Sozialisten als Sieger aus der Wahl des Europäischen Parlaments hervor. Sie gewinnen 180 von 518 Sitzen (**15. bis 18.6.1989**). Die Europäische Volkspartei (Christlichdemokraten) ist als zweitstärkste Fraktion mit 121 Abgeordneten vertreten. Die Liberalen erhalten 49, die Europäischen Demokraten (Konservative) 34, die Grünen 30, die Eurokommunisten 28, die Gaullisten und Konservativen 20, die Rechtsradikalen 17, die Kommunisten 14 und die Regionalisten 13 Mandate. Hinzu kommen 12 Fraktionslose.

Burma/Myanmar

Das Militärregime in Burma verfügt die Umbenennung des Staates: Aus Burma wird Myanmar (**18.6.1989**). Die Hauptstadt Rangun heisst neu Yangon.

China

Wegen seines Widerstandes gegen die Unterdrückung der Demokratiebewegung fällt der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Zhao Ziyang, in Ungnade, wird unter Hausarrest gestellt und von allen seinen Parteiämtern enthoben. An seine Stelle tritt Jiang Zemin (**24.6.1989**).

Ungarn/Österreich/Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Die Aussenminister Österreichs und Ungarns, Alois Mock und Gyula Horn, durchschneiden symbolisch den Grenzzaun zwischen beiden Ländern (**27.6.1989**). Abertausende DDR-Bürger verbringen ihre Sommerferien in Ungarn, mit der Absicht, sich in den Westen abzusetzen.

Jugoslawien/Serbien

Über eine Million Serben feiern den 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld (**28.6.1989**). Der serbische Präsident Slobodan Milošević (Milosevic) schürt mit einer Brandrede den serbischen Nationalismus.

Sudan

Armeeputsch im Sudan (**30.6.1989**). Neuer Machthaber wird Omar al-Bashir. Das Amt des Regierungschefs wird aufgehoben. Bashir steht an der Spitze des Revolutionary Command Council for National Salvation. 1993 ernannt er sich zum Staatspräsidenten.

Sowjetunion

Warschauer Pakt

Die Sowjetunion gibt anlässlich eines Gipfeltreffens des Warschauer Pakts in Bukarest offiziell die Breschnew-Doktrin auf (**7.7.1989**). Die Beziehungen untereinander sollten künftig „auf der Grundlage der Gleichheit, Unabhängigkeit und des Rechtes auf eine eigene politische Linie und Strategie ohne Einmischung von aussen“ entwickelt werden.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Schauspieler Laurence Olivier stirbt im Alter von 82 Jahren (**11.7.1989**).

Kuba

Der kubanische General Arnaldo Ochoa wird von einem Militärgericht wegen Korruption, betrügerischer Nutzung ökonomischer Ressourcen und Drogenhandels schuldig gesprochen (**12.7.1989**) und am folgenden Tag hingerichtet.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichische Dirigent Herbert von Karajan stirbt im Alter von 81 Jahren (**16.7.1989**).

Myanmar

In Myanmar wird die Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi, Vorsitzende der National League for Democracy (NLD), festgenommen und unter Hausarrest gestellt (**20.7.1989**). Bis 2010 muss sie in mehreren Etappen insgesamt 15 Jahre in Hausarrest verbringen.

Italien

Der christlichdemokratische Politiker Giulio Andreotti wird nach zehnjährigem Unterbruch erneut Italiens Ministerpräsident (**23.7.1989**). Er bildet eine Regierung aus Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC), Sozialisten (Partito Socialista Italiano/PSI), Sozialdemokraten (Partito Socialista Democratico Italiano/PSDI), Republikanern (Partito Repubblicano Italiano/PRI) und Liberalen (Partito Liberale Italiano/PLI).

Iran

Ali Akbar Hashemi Rafsanjani wird zum neuen iranischen Präsidenten gewählt (**28.7.1989**).

Bolivien

In Bolivien wählt das Parlament (Asamblea Legislativa Plurinacional) Jaime Paz Zamora vom linken Movimiento de Izquierda Revolucionario (MIR) zum neuen Staatspräsidenten (**5.8.1989**). Unterstützung erhält er von der Rechtspartei Acción Democrática Nacionalista (ADN) des ehemaligen Machthabers Hugo Banzer. Bei den Präsidentschaftswahlen (7.5.1989) hatte kein Kandidat das absolute Mehr erreicht.

Neuseeland

Nach innerparteilichen Konflikten tritt der neuseeländische Premierminister David Lange (Labour Party) zurück (**8.8.1989**). Labour stellt weiterhin den Regierungschef. Nachfolger von Lange wird Geoffrey Palmer, der allerdings nur knapp einen Monat im Amt ist und am 4. September 1989 durch Michael (Mike) Moore ersetzt wird.

USA

Als Folge der Sparkassenkrise (Savings and Loan Crisis) unterzeichnet US-Präsident George H.W. Bush den Financial Institutions, Reform, Recovery and Enforcement Act (**9.8.1989**). Im Rahmen dieses Gesetzes wird zur Sanierung maroder Finanzinstitute die Resolution Trust Corporation gegründet. In den 80er Jahren waren über 1000 Sparkassen zusammengebrochen.

Südafrika

Der südafrikanische Präsident Pieter Willem Botha, ein hartnäckiger Verfechter der Apartheid-Politik, tritt zurück (**14.8.1989**). Sein Nachfolger wird Frederik Willem de Klerk. De Klerk leitet die Abschaffung der Apartheid ein.

Kolumbien

Der populäre kolumbianische Politiker Luis Carlos Galán (*Galan*), Präsidentschaftskandidat des Partido Liberal, wird im Auftrag der Kokainmafia ermordet (**18.8.1989**). Die Mafia kündigt ihren Gegnern im Staatsapparat einen „Kampf bis aufs Blut“ an.

Sowjetunion

Estnische Sowjetrepublik (Estland), Lettische Sowjetrepublik (Lettland)/Litauische Sowjetrepublik (Litauen)

Etwa zwei Millionen Menschen bilden in Estland, Lettland und Litauen eine 600 Kilometer lange Menschenkette, um an den 50. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts zu erinnern und um gegen die erzwungene Zugehörigkeit zur Sowjetunion zu protestieren (**23.8.1989**).

Polen

Tadeusz Mazowiecki wird erster nichtkommunistischer Ministerpräsident Polens seit 40 Jahren (**24.8.1989**). Dessen Stellvertreter und Finanzminister Leszek Balcerowicz ist für die Umstellung von der Plan- auf die Marktwirtschaft zuständig. Der sogenannte Balcerowicz-Plan wirkt wie eine Schocktherapie.

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

In der DDR wächst die Unzufriedenheit der Bevölkerung. In Leipzig findet im Anschluss an das Friedensgebet in der Nikolaikirche die erste der sogenannten Montagsdemonstrationen statt (**4.9.1989**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der belgische Schriftsteller Georges Simenon stirbt im Alter von 86 Jahren (**4.9.1989**).

Ungarn

Deutsche Demokratische Republik (DDR)/Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Die ungarische Regierung öffnet in der Nacht zum **11. September 1989** die Grenze zu Österreich für DDR-Bürger. Binnen drei Tagen verlassen rund 15 000 Ostdeutsche Ungarn, um über Österreich in die Bundesrepublik Deutschland zu gelangen.

Norwegen

Die bürgerlichen Parteien erobern bei der Parlamentswahl die Mehrheit der Mandate (**11.9.1989**). Neuer Ministerpräsident wird Jan P. Syse von der konservativen Høyre (16.10.1989). Seine Minderheitsregierung zerbricht bereits nach einem Jahr (3.11.1990) und Gro Harlem Brundtland von der Arbeiterpartei wird zum dritten Mal Regierungschefin.

Frankreich/Niger/Libyen

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen/Flugzeugattentate

Bei einem Sprengstoffanschlag auf eine DC-10 der französischen Fluggesellschaft UTA während des Fluges von Brazzaville nach Paris kommen alle 170 Insassen ums Leben. Die Maschine stürzt über der Ténéré-Wüste in Niger ab (**19.9.1989**). Als möglicher Drahtzieher des Anschlags gilt Libyen.

Sowjetunion/Kasachische Sowjetrepublik

In der Sowjetrepublik Kasachstan wird die kasachische Sprache zur Staatssprache erhoben (**22.9.1989**). Als zweite Sprache dient auch das Russische.

Kambodscha/Vietnam

Vietnam beendet seine militärische Intervention in Kambodscha. Die letzten Truppen ziehen ab (**26.9.1989**).

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Tschechoslowakei/Polen

Die über 6000 DDR-Bürger, die seit Wochen in den westdeutschen Botschaften in Prag und Warschau ausharren, dürfen in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen. Der westdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher verkündet auf dem Botschaftsbalkon in Prag die mit der DDR ausgehandelte Ausreisegenehmigung (**30.9.1989**). In

verriegelten Sonderzügen werden die Botschaftsflüchtlinge über DDR-Territorium in die Bundesrepublik Deutschland gebracht. Weitere Flüchtlingswellen folgen. Anfang Oktober befinden sich erneut mehr als 5000 Menschen auf dem Gelände der Prager Botschaft. Auch ihnen wird die Ausreise gewährt.

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Sowjetunion

40. Jahrestag der DDR: Das Regime feiert das Jubiläum unter anderem mit einem grossen Fackelzug in Berlin zwischen dem Brandenburger Tor und dem Marx-Engels-Platz (**6.10.1989**) und mit einer Ehrenparade der Nationalen Volksarmee (**7.10.1989**). Unter den Ehrengästen befindet sich auch der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow. Nach einer Kranzniederlegung Unter den Linden sagt Gorbatschow zu Journalisten: „Ich glaube, Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren.“ Daraus wird der berühmte Satz: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die US-amerikanische Schauspielerin Bette Davis stirbt im Alter von 81 Jahren (**6.10.1989**).

USA

Katastrophen/Erdbeben

Die Bucht von San Francisco wird von einem schweren Erdbeben heimgesucht (**17.10.1989**). Das Loma-Prieta-Erdbeben hat eine Stärke von 6,9 auf der Richterskala. 62 Menschen kommen ums Leben. Die Schäden belaufen sich auf rund 6 Milliarden Dollar. Es handelt sich um das stärkste Beben seit der Katastrophe von 1906.

Panama

In Panama scheitert ein Putschversuch gegen Machthaber Manuel Noriega (**30.10.1989**).

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Die Montagsdemonstrationen in Leipzig wachsen zu Massenveranstaltungen an. Am **9. Oktober 1989** sind es rund 70 000 Menschen, die friedlich Reformen fordern. In Sprechchören rufen sie „Wir sind das Volk“. Obwohl die Sicherheitsbehörden die Verhinderung der Demonstration geplant haben, greifen die Ordnungskräfte nicht ein.

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Der DDR-Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Erich Honecker tritt zurück (**18.10.1989**). Sein Nachfolger wird Egon Krenz.

Libanon/Syrien

In der saudiarabischen Stadt Taif wird ein Abkommen über die künftige Aufteilung der politischen Macht in Libanon ausgehandelt (**22.10.1989**). Das „Dokument der nationalen Verständigung“ schafft die Grundlage für ein Ende des 1975 ausgebrochenen Bürgerkriegs. Das vom Rest des letzten, 1972 gewählten Parlaments ratifizierte Abkommen von Taif sieht politische Reformen vor – gleichmässige Verteilung der Parlamentssitze zwischen Christen und Moslems, Beschränkung der Befugnisse des christlich-maronitischen Staatspräsidenten zugunsten des sunnitischen Premierministers und des schiitischen Parlamentsvorsitzenden – und regelt die Entwaffnung der Milizen.

Ausgenommen ist die Hizbullah. Syrien ist Schutzmacht des Taif-Abkommens.

Der christlich-maronitische General Michel Aoun, Chef der 1988 vom abtretenden Präsidenten Amin Gemayel eingesetzten Übergangsregierung, widersetzt sich den Vereinbarungen. Er spricht von einem „Ausverkauf der libanesischen Souveränität an Syrien“ und erklärt – vergeblich – das Parlament für aufgelöst.

Ungarn

Ungarn verkündet das Ende der Volksrepublik. Ungarn wird eine Republik (**23.10.1989**). Ihr erster Staatspräsident ist Mátyás Szüros.

Spanien

Die spanischen Sozialisten verlieren bei der Parlamentswahl knapp die absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus, bleiben aber klar stärkste Kraft (**29.10.1989**). Der Partido Socialista Obrero Español (PSOE) von Ministerpräsident Felipe González (Gonzalez) gewinnt 175 der 350 Mandate. Zweistärkste Kraft wird der konservative Partido Popular (PP) mit 107 Mandaten. Es folgen die katalanische Convergència i Unió (CiU) mit 18, die Izquierda Unida (IU) mit 17 und das Centro Democrático Social (CDS) mit 14 Sitzen.

Türkei

Das türkische Parlament wählt den bisherigen Regierungschef Turgut Özal von der liberal-konservativen Mutterlandspartei (Anap) zum neuen Staatsoberhaupt (**31.10.1989**). Den Vorsitz über die Regierung und die Mutterlandspartei übernimmt Yildirim Akbulut.

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Auf dem Ostberliner Alexanderplatz demonstrieren rund 500 000 Menschen für Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie freie Wahlen (**4.11.1989**). Auch in anderen DDR-Gemeinden finden Kundgebungen gegen das Regime statt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der russische-US-amerikanische Pianist Vladimir Horowitz stirbt im Alter von 86 Jahren (**5.11.1989**).

Niederlande

Nach sieben Jahren trennt sich der niederländische christdemokratische Ministerpräsident Ruud Lubbers von seinem bisherigen Regierungspartner, der rechtsliberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) und verbündet sich mit der sozialdemokratischen Partei der Arbeit – Partij van de Arbeid/PvdA (**7.11.1989**). Bei der Parlamentswahl vom 6.9.1989 hatten die Rechtsliberalen Mandate eingebüsst. Stärkste Kraft blieben die Christdemokraten (Christlich-Demokratische Appell/Christen Democratisch Appèl/CDA) mit unverändert 54 Mandaten vor den Sozialdemokraten mit 49 (minus 3) und den Rechtliberalen mit 22 Sitzen (minus 5).

Apec

Zwölf Staaten – Australien, Brunei, Kanada, Indonesien, Japan, Korea (Südkorea), Malaysia, Neuseeland, die Philippinen, Singapur, Thailand und die USA – gründen in Canberra die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft – Apec (**7.11.1989**).

UNO

Mittelamerika

Der UNO-Sicherheitsrat beschliesst die Entsendung einer Beobachtergruppe in Mittelamerika (**7.11.1989**). Die United Nations Observer Group in Central America (Onuca) soll die Einhaltung der von Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica im Esquipulas II-Abkommen eingegangenen Verpflichtungen überprüfen (vgl. 7.8.1987). Es soll überprüft werden, ob die Zusage, keine irregulären und aufständischen Truppen zu unterstützen, eingehalten wird.

Deutsche Demokratische Republik (DDR)/Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Berlin/Berliner Mauer

Fall der Berliner Mauer und Öffnung der innerdeutschen Grenze: Nachdem das DDR-Politbüromitglied Günter Schabowski das Inkrafttreten einer neuen Reiseregulierung und Reisefreiheit für alle DDR-Bürger verkündet – „Alle DDR-Bürger dürfen kurzfristig ohne besondere Angabe von Gründen private Reisen ins Ausland unternehmen“ – strömen Zehntausende Ostberliner an die Grenzübergänge. Die Ordnungskräfte geben dem Druck der Massen nach und öffnen die Schlagbäume (**9.11.1989**). Mit dem Mauerfall geht der Kalte Krieg zu Ende.

Bulgarien

Ende der Ära Schiwkow in Bulgarien: Parteichef Todor Schiwkow wird vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei abgesetzt (**10.11.1989**). Er war mehr als drei Jahrzehnte an der Spitze der Kommunistischen Partei. An seine Stelle tritt Petar Mladenow. Unter seiner Führung werden demokratische Reformen eingeleitet.

Liechtenstein

Fürst Franz Josef II. von und zu Liechtenstein stirbt wenige Tage nach dem Tod seiner Frau – Fürstin Gina – im Alter von 83 Jahren (**13.11.1989**). Hans Adam II. übernimmt die Regentschaft.

Tschechoslowakei

Mit Studentendemonstrationen in Bratislava (**16.11.1989**) und Prag (**17.11.1989**) beginnt in der Tschechoslowakei die „Samtene Revolution“. In Tschechien bilden Menschenrechtsaktivisten rund um den Dramatiker und Schriftsteller Václav Havel ein „Bürgerforum“. In der Slowakei entsteht die Bewegung „Öffentlichkeit gegen Gewalt“.

Italien

Mehrere norditalienische autonomistische Bewegungen schliessen sich unter Führung von Umberto Bossi zur Lega Nord für die Unabhängigkeit Padaniens (Lega Nord per l'indipendenza della Padania) zusammen (**22.11.1989**).

Libanon

Der libanesische Staatspräsident René Moawad fällt einem Sprengstoffanschlag zum Opfer (**22.11.1989**). Moawad war wenige Tage zuvor (5.11.1989) vom Parlament zum Staatsoberhaupt gewählt worden. Seine Wahl beendete eine über 400 Tage dauernde Vakanz im Präsidentenamt. General Michel Aoun, Chef der 1988 vom abtretenden Präsidenten Amin Gemayel eingesetzten Übergangsregierung, hatte versucht, die Wahl zu verhindern. Nachfolger von René Moawad wird Elias Hrawi (24.11.1989).

Tschechoslowakei

Nach tagelangen Massenprotesten der Opposition tritt der tschechoslowakische Parteichef Miloš Jakeš (*Jakes*) zurück (**24.11.1989**).

Schweiz

Bei Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Bundesrätin Elisabeth Kopp deckt die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) auf, dass Behörden Hunderttausende Personen bespitzelt und Fichen angelegt haben (**24.11.1989**).

Indien

Bei den Parlamentswahlen in Indien (22.11.1989. bis **26.11.1989**) erleidet die bisher regierende Kongress-Partei (Indian National Congress/INC) schwere Verluste. Die Kongresspartei bleibt zwar mit 197 der 545 Mandate stärkste Kraft, verliert aber die absolute Mehrheit. Die von verschiedenen Oppositionskräften gebildete National Front unter Führung der Partei Janata Dal ist mit 143 Mandaten im neuen Parlament vertreten. Premierminister Rajiv Gandhi tritt zurück. Sein Nachfolger wird Vishwanath Pratap Singh (2.12.1989) von der Partei Janata Dal. Die Minderheitsregierung wird von der hinduistischen Bharatiya Janata Party (BJP) geduldet.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Armeearbeitsinitiativen – Volksinitiativen „für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik“ – mit 64,4 Prozent Nein-Stimmen ab (**26.11.1989**). Der Ja-Stimmenanteil ist mit 35,6 Prozent überraschend hoch.

Komoren

Der Staatspräsident der Komoren, Ahmed Abdallah, kommt bei einer Schiesserei ums Leben (**26.11.1989**). Ahmed Abdallah war der erste Präsident nach der Unabhängigkeit im Jahr 1975, wurde kurz darauf gestürzt und gelangte im Mai 1978 mit Unterstützung des französischen Söldners Bob Denard erneut an die Macht und schuf ein autoritäres Regime. Nachfolger von Ahmed Abdallah wird Said Mohamed Djohar, der 1995 entmachtet wird. Instabilität, häufige Machtwechsel und zahlreiche Putschversuche kennzeichnen auch in den folgenden Jahren die politische Lage auf den Komoren.

Honduras

In Honduras übernimmt der konservative Partido Nacional die Macht. Sieger der Präsidentenwahl ist Rafael Cellajas mit einem Stimmenanteil von 52,3 Prozent. Im Parlament hat der Partido Nacional die absolute Mehrheit mit 71 der 128 Mandate (**26.11.1989**).

Uruguay

In Uruguay gewinnt der konservative Partido Nacional die Wahlen (**26.11.1989**). Zum neuen Präsidenten wird Luis Alberto Lacalle gewählt. Im Abgeordnetenhaus gewinnen die Konservativen 39 der 99 Sitze. Der bisher führende liberale Partido Colorado ist mit 20 Abgeordneten (minus 11) vertreten. Das linke Bündnis Frente Amplio gewinnt 21 Mandate.

Kolumbien/Flugzeugattentate

In Kolumbien fordert ein Sprengstoffanschlag auf ein Flugzeug der Fluggesellschaft Avianca 107 Tote. Die Maschine befand sich auf dem Flug von Bogotá nach Cali (**27.11.1989**). Als Drahtzieher des Attentats gilt das Medellín-Drogenkartell.

Sowjetunion/Vatikan

Erster Besuch eines sowjetischen Staats- und Parteichefs beim Papst: Michail Gorbatschow wird von Johannes Paul II. empfangen (**1.12.1989**).

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Die DDR-Volkskammer streicht die führende Rolle der SED (Sozialistische Einheitspartei) aus der Verfassung (**1.12.1989**).

USA/Sowjetunion/Malta

Wenige Tage nach dem Fall der Berliner Mauer treffen sich US-Präsident George H.W. Bush und der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow bei stürmischem Wetter auf dem sowjetischen Kriegsschiff „Maxim Gorki“ vor der Küste von Malta (**2.12. und 3.12.1989**). Der kalte Krieg wird für beendet erklärt. Gorbatschow erklärt: „Die Welt lässt eine Epoche hinter sich und geht in eine andere. Wir stehen am Beginn eines langen Weges. Das ist der Weg in eine Epoche der gefestigten Welt.“ Und Bush sagt: „Wir haben die Grundlage für diese Zukunft gebildet“.

Tschechoslowakei

In der Tschechoslowakei bildet der Reformkommunist Marián Čalfa (Čalfa) eine Koalitionsregierung der „nationalen Verständigung“, in der die Kommunisten keine Mehrheit haben (**10.12.1989**). Der Bürgerrechtler Jiří Dienstbier wird Außenminister. Staatspräsident Gustáv Husák (Husak) tritt zurück.

Friedensnobelpreis

Tibet

Der Dalai Lama, das religiöse Oberhaupt der Tibeter, wird mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1989**).

Literaturnobelpreis

Spanien

Der spanische Schriftsteller Camilo José Cela erhält den Literaturnobelpreis (**10.12.1989**).

Mongolische Volksrepublik (Mongolei)

In Ulaanbaatar, der Hauptstadt der Mongolischen Volksrepublik, fordern Demonstranten demokratische Reformen (**10.12.1989**).

Chile

Erste freie Wahlen in Chile seit 16 Jahren (**14.12.1989**): Der Christdemokrat Patricio Aylwin wird mit einem Stimmenanteil von 56,17 Prozent zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Sein Herausforderer Hernán Büchi, Finanzminister unter Augusto Pinochet, erhält 29,4 Prozent. Der bisherige Präsident Augusto Pinochet bleibt Oberbefehlshaber des Heeres und Senator auf Lebenszeit.

Im Abgeordnetenhaus erobert das Mitte-links-Bündnis Concertación de partidos por la Democracia (Partido Demócrata Cristiano, Partido por la Democracia, Partido Radical) die absolute Mehrheit mit 69 der 120 Sitze. Zweistärkste Kraft ist das Mitte-rechts-Bündnis Democracia y Progreso (Renovción Nacional, Unión Demócrata Independiente) mit 48 Mandaten. Im Senat verpasst das Bündnis Concertación der partidos por la Democracia mit 22 der 47 Sitze knapp die absolute Mehrheit.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der sowjetische Physiker («Vater der sowjetischen Wasserstoffbombe»), Dissident, Menschenrechtler und Friedensnobelpreisträger Andrei Sacharow stirbt im Alter von 68 Jahren (**14.12.1989**).

Rumänien

In der westrumänischen Stadt Timișoara (*Timisoara*) demonstrieren Anhänger des protestantischen Pastors und Regimekritikers László Tőkés (Tökes) gegen dessen von den Behörden angeordnete Versetzung (**15.12.1989**). Sicherheitskräfte gehen mit Gewalt gegen die Demonstranten vor.

Die Proteste weiten sich zu einem Volksaufstand gegen das Regime von Machthaber Nicolae Ceaușescu (Ceausescu) aus. Für Unmut in der Bevölkerung sorgen die schlechte Versorgungslage, das Dorfzerstörungsprogramm (8000 Dörfer sollen zerstört werden), die Familienpolitik (Verbot von Abtreibung und Verhütungsmitteln, Frauen sollen fünf Kinder gebären), die Bespitzelung durch den Geheimdienst Securitate und der Personenkult um den Conducător.

Panama/USA

Der Konflikt zwischen Panama und den USA spitzt sich zu. Das Parlament beschliesst Sondervollmachten für Machthaber Manuel Noriega und erklärt den Kriegszustand mit den USA (**15.12.1989**). Am Tag darauf (16.12.1989) wird ein US-Leutnant in zivil an einer Strassensperre von panamaischen Soldaten erschossen.

Brasilien

In Brasilien geht der konservative Politiker Fernando Collor de Mello vom Partido da Reconstrução Nacional (PRN) mit einem Stimmenanteil von 53,03 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**17.12.1989**). Sein Herausforderer, der Gewerkschafter Luis Inácio Lula da Silva vom Partido dos Trabalhadores (PT), erhält 46,97 Prozent. Es handelt sich um die erste Direktwahl des Staatsoberhauptes seit 1960.

Panama/USA

Die USA-Armee interveniert mit über 24 000 Soldaten in Panama (**20.12.1989**), um Machthaber Manuel Noriega, der in Florida wegen Drogenschmuggels und Geldwäsche angeklagt ist, zu stürzen. US-Präsident George H.W. Bush nennt vier Gründe für die Operation „Just Cause“:

- Schutz der US-Bürger, nachdem Panama den Kriegszustand mit den USA erklärt hat,
- Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten,
- Bekämpfung des Drogenhandels und
- Schutz der Panama-Verträge von 1977.

Nach Beginn der Invasion wird Guillermo Endara, dessen Machtübernahme nach dem Sieg bei der Präsidentenwahl durch das Noriega-Regime verhindert wurde (vgl. 7.5.1989), auf einem US-Stützpunkt in der Panamakanalzone als Präsident vereidigt.

- Das Armenviertel El Chorrillo in der Hauptstadt Ciudad de Panamá, wo sich die Kaserne mit dem Hauptquartier Noriegas befindet, wird durch Bombardierungen verwüstet.
- Die UNO-Vollversammlung verurteilt die US-Intervention in Panama (29.12.2089). Im UNO-Sicherheitsrat scheitert eine Resolution am Veto der USA (22.12.1989).
- Manuel Noriega flüchtet vor den Invasionstruppen in die Nuntiatur. Am 3. Januar 1990 ergibt er sich, wird festgenommen und nach Miami ausgeflogen.
- Nach sechs Wochen endet die Operation „Just Cause“ (31. Januar 1990). Über die Zahl der Opfer liegen keine gesicherten Angaben vor. Hunderte Zivilisten sollen ums Leben gekommen sein. Die Zahl der getöteten panamaischen Soldaten und Paramilitärs wird 200 bis 300 geschätzt. Die US-Verluste werden mit 23 Gefallenen angegeben.

Rumänien

Ende des Ceaușescu-Regimes:

Der seit 1965 herrschende rumänische Machthaber Nicolae Ceaușescu (*Ceausescu*) wird an einer von den Behörden organisierten Massenkundgebung in Bukarest ausgebuht (**21.12.1989**). Am folgenden Tag (**22.12.1989**) überstürzen sich die Ereignisse.

- Über Rumänien wird der Ausnahmezustand verhängt.
- Nicolae Ceaușescu und seine Ehefrau Elena versuchen zu flüchten, werden jedoch festgenommen und in der Garnisonsstadt Târgoviște (Targoviste) inhaftiert.
- Die von Kadern des bisherigen Regimes gebildete „Front der Nationalen Rettung“ übernimmt die Macht.
- In Bukarest kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Zivilisten.

Der Aufstand gegen Ceaușescu fordert über 1000 Tote.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der irische Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Samuel Beckett stirbt im Alter von 83 Jahren (**22.12.1989**).

Liberia/Sierra Leone

Ecowas

In Liberia bricht ein Bürgerkrieg aus (**24.12.1989**). Rebellen der National Patriotic Front of Liberia (NPLF) dringen unter Führung von Charles Taylor von Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) auf liberianisches Territorium vor und erobern weite Gebiete des Landes. Um die Macht kämpfen neben der Regierungsarmee und der National Patriotic Front of Liberia (NPFL) auch der Independent National Patriotic Front of Liberia (INPLF) unter Prince Johnson und die nach der Ermordung von Staatspräsident Samuel K. Doe (9.9.1990) gegründete United Liberation Movement of Liberia for Democracy (Ulimo).

Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas) entsendet 1990 eine militärische Eingreiftruppe (Ecomog). Hunderttausende Menschen flüchten.

Für seine Grausamkeiten berüchtigt ist der jugendliche Warlord Joshua Milton Blahyi. Er rekrutierte Tausende von Kindersoldaten. Unter seinem Befehl sollen etwa 20 000 Menschen ums Leben gekommen sein.

Auch Sierra Leone wird in den Bürgerkrieg hereingezogen. Der liberianische Rebellenführer Charles Taylor unterstützt die Revolutionary United Front (RUF) in Sierra Leone und wird dafür mit Diamanten (Blutdiamanten) entlohnt.

Rumänien

Ein ausserordentliches Militärtribunal verurteilt in der Kaserne von Târgoviște (Targoviste) den gestürzten rumänischen Machthaber Nicolae Ceaușescu (Ceausescu) und dessen Frau Elena zum Tode (**25.12.1989**). Die Anklage lautet auf Genozid und Untergrabung der Staatsgewalt. Nicolae und Elena Ceaușescu werden durch Erschiessen hingerichtet.

Rumänien

Nach dem Sturz des Ceaușescu-Regimes in Rumänien ernannt die „Front der nationalen Rettung“ den früheren kommunistischen Parteifunktionär Ion Iliescu zum interimistischen Staatspräsidenten (26.12.1989). Die Leitung der Regierung übernimmt Petre Roman.

Tschechoslowakei

Der Bürgerrechtler, Dramatiker und Schriftsteller Václav Havel wird zum neuen tschechoslowakischen Staatspräsidenten gewählt (**29.12.1989**).

Polen

Die Führungsrolle der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) wird aus der Verfassung gestrichen und Polen erhält wieder die Staatsbezeichnung Republik (**29.12.1989**). Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei löst sich Ende Januar 1990 auf.

Bulgarien

In Bulgarien wird die Zwangsassimilierung von Angehörigen der türkischen Minderheit (Zwangsumbenennung) aufgehoben (**29.12.1989**).

Japan

Börsen

In Japan erreicht der Nikkei-Index mit über 38 000 Punkten einen neuen Höchststand (29.12.1989). Doch bald darauf beginnt der Abwärtstrend.

1990

Panama/USA

Ende des Noriega-Regime in Panama. Manuel Noriega, der nach der Militärintervention der USA Ende Dezember 1989 (vgl. 20.12.1989) in die Nuntiatur geflüchtet war, ergibt sich, wird festgenommen und nach Miami ausgeflogen, wo er wegen Drogenhandels angeklagt ist (**3.1.1990**).

Pakistan

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In Pakistan kommen beim Aufprall eines Güterzuges auf einen Schnellzug im Bahnhof von Sangu über 300 Menschen ums Leben. Hunderte Reisende werden verletzt (**4.1.1990**).

Sowjetunion/Aserbaidsschische Sowjetrepublik

„Blutiger Januar“ in der Aserbaidsschischen Sowjetrepublik: In Baku kommt es zu einem mehrere Tage dauernden Pogrom gegen die armenischstämmige Bevölkerung (**ab 12.1.1990**). Dutzende Menschen kommen dabei ums Leben.

Albanien

Auch im abgeschotteten Albanien regt sich Widerstand gegen das kommunistische Regime. In Shkodra findet die erste antikommunistische Kundgebung statt (**14.1.1990**).

Bulgarien

Die führende Rolle der Kommunistischen Partei wird aus der Verfassung Bulgariens gestrichen (**15.1.1990**).

Sowjetunion/Aserbaidsschische Sowjetrepublik

„Blutiger Januar“ in der Aserbaidsschischen Sowjetrepublik: Sowjetische Truppen schlagen in der **Nacht vom 19. auf den 20. Januar 1990** in Baku einen Aufstand von Unabhängigkeitsanhängern nieder. Dabei kommen mindestens 140 Menschen ums Leben. Unabhängigkeitskämpfer sprechen von Hunderten von Toten.

Panama/USA

Nach sechs Wochen endet die US-Militärintervention in Panama zum Sturz von Machthaber Manuel Noriega (**31.1.1990**).

Südafrika

Der südafrikanische Präsident Frederik Willem de Klerk kündigt in einer Rede vor dem Parlament das Ende der Apartheidpolitik an (**2.2.1990**). Das Verbot gegen den African National Congress (ANC) und andere Anti-Apartheid-Organisationen wird aufgehoben; die politischen Gefangenen – unter ihnen Nelson Mandela – werden freigelassen.

Südafrika

Nach 27 Jahren Gefängnis wird der Anti-Apartheid-Kämpfer Nelson Mandela freigelassen (**11.2.1990**).

Sowjetunion/Tadschikische Sowjetrepublik

In Duschanbe, der Hauptstadt der Tadschikischen Sowjetrepublik, kommt es zu regierungsfeindlichen Unruhen (**12.2.1990**). Sie fordern über 20 Tote und über 500 Verletzte. Auslöser ist die Ankündigung, armenische Flüchtlinge aus Aserbaidsschan anzusiedeln. Die Armee beendet den Aufruhr.

Nepal

In Nepal regt sich Widerstand gegen die autoritäre Herrschaft von König Birendra. Die verbotenen, im Untergrund tätigen Parteien bilden eine Volksbewegung (Jana Andolan), um für ein Mehrparteiensystem und eine konstitutionelle Monarchie zu kämpfen (**18.2.1990**). Die Sicherheitskräfte gehen mit Gewalt gegen die Anhänger der Demokratiebewegung vor. Dutzende Demonstranten werden erschossen. König Birendra lenkt ein, hebt das Parteienverbot auf (9.4.1990) und löst das Ende 1960 eingeführte Panchayat-System der lokalen Selbstverwaltung auf. Ende Jahr (9.11.1990) erhält Nepal eine neue Verfassung

Nicaragua

Politische Wende in Nicaragua: Die Antisandinisten gehen als Sieger aus den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen hervor (**25.2.1990**). Die Publizistin Violeta Chamorro von der Unión Nacional Opositora (UNO) wird mit einem Stimmenanteil von 54,74 Prozent zur neuen Staatspräsidentin gewählt. Auf den bisherigen Machthaber Daniel Ortega vom Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) entfallen 40,82 Prozent. Im 92 Sitze zählenden Parlament hat die Unión Nacional Opositora, ein Bündnis aus 14 Parteien 51 und der FSLN 39 Mandate. Überwacht werden die Wahlen von einer UNO-Beobachtermission (Onuven). Überraschend bleibt der bisherige Verteidigungsministers Humberto Ortega bis 1994 in der neuen Regierung. Die Versöhnungs- und Reformpolitik von Präsidentin Chamorro stößt auf Hindernisse. Als schwierig erweist sich die Demobilisierung der bewaffneten Kräfte – der Contras und der sandinistischen Armeeangehörigen – und ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Wachsende Unzufriedenheit, prekäre soziale und wirtschaftliche Lebensverhältnisse lösen Aggressionen und Gewalt aus sowohl bei ehemaligen Contras (Recontras genannt) als auch bei sandinistischen Soldaten (Recompas genannt).

Japan

Börsen/Börsenturbulenzen/Finanzkrisen/Wirtschaftskrisen/Immobilienkrisen

In Japan stehen die Zeichen auf Krise: Der Nikkei-Index verzeichnet nach einem Allzeithoch Ende Dezember 1989 drastische Einbussen (**26.2.1990**). Die Finanz- und Immobilienblase platzt. Der Nikkei-Index verliert binnen Jahresfrist rund 40 Prozent. Immer mehr Firmen müssen Insolvenz anmelden. Die Grundstückspreise fallen dramatisch. Japan schlittert in eine Rezession.

Sri Lanka

In Sri Lanka bezeichnet sich der von der tamilischen Eelam People's Revolutionary Liberation Front beherrschte Provinzrat der North Eastern Province als Gremium einer freien und unabhängigen Demokratischen Republik Eelam (**1.3.1990**). Staatspräsident Ranasinghe Premadasa löst den Provinzrat auf und stellt die Provinz unter die direkte Verwaltung der Zentralregierung.

Kolumbien

Die kolumbianische Regierung und die Guerillabewegung M-19 (Movimiento 19 de Abril) schliessen ein Friedensabkommen (**8.3.1990**). Aus der Widerstandsorganisation wird eine politische Partei: Alianza Democrática M-19. Sie wird 2003 aufgelöst.

Mongolische Volksrepublik/Mongolei

Auch in der Mongolischen Volksrepublik beginnt ein Demokratisierungsprozess. Unter massivem Druck von reformwilligen Demonstranten und Hungerstreiks tritt der Vorsitzende der Mongolischen Revolutionären Volkspartei, Jambin Batmönkh, zurück (**9.3.1990**). Das Parlament (Grosser Staats-Chural) beschliesst im folgenden Monat einschneidende Verfassungsänderungen. Die Mongolische Revolutionäre Volkspartei verliert ihren Führungsanspruch. Parteien werden zugelassen.

Litauen/Sowjetunion

Litauen will sich von der Sowjetunion trennen. Der neu gewählte Oberste Sowjet (an der Parlamentswahl durften sich auch nichtkommunistische Kandidaten beteiligen) beschliesst die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des Landes und wählt den Führer der Unabhängigkeitsbewegung Sajūdis (Sajudis), Vytautas Landsbergis, zu seinem Vorsitzenden (**11.3.1990**). Kazimira Prunskienė (Prunkiene) wird Ministerpräsidentin. Die sowjetische Führung fordert die Rücknahme der Unabhängigkeitserklärung und reagiert mit einer Wirtschaftsblockade.

Israel

In Israel bricht die Regierung der nationalen Einheit, die Grosse Koalition zwischen dem konservativen Likud von Yitzhak Shamir und der Arbeitspartei von Shimon Peres, wegen Meinungsverschiedenheiten über eine Nahost-Friedensinitiative der USA auseinander (**13.3.1990**). Zwei Tage später spricht die Knesset der Regierung von Ministerpräsident Yitzhak Shamir (Likud) das Misstrauen aus (**15.3.1990**). Es ist das erste Mal, dass eine israelische Regierung durch ein Misstrauensvotum gestürzt wird. Shamir bildet ein Kabinett mit Unterstützung religiöser Parteien (**11.6.1990**).

Sowjetunion

Der sowjetische Volksdeputiertenkongress streicht die Führungsrolle der Kommunistischen Partei aus der Verfassung (**13.3.1990**).

Grenada

Der National Democratic Congress geht als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Grenada hervor. Die sozialdemokratisch orientierte Partei gewinnt 7 der 15 Sitze. Die bisher regierende konservative New National Party verliert 12 Mandate (**13.3.1990**). Nicholas Brathwaite wird neuer Premierminister. Er war nach der US-Militärintervention im Jahr 1983 Interimsregierungschef.

Sowjetunion

Die Sowjetunion führt ein mit weitreichenden Vollmachten ausgestattete Präsidentenamt ein. Der sowjetische Volksdeputiertenkongress wählt Parteichef Michail Gorbatschow zum Staatspräsidenten (**14.3.1990**).

Brasilien

In Brasilien wird einen Tag nach Amtsantritt des neuen Staatspräsidenten Fernando Collor de Mello ein drastisches Sparprogramm zur Bekämpfung der Hyperinflation beschlossen. Die monatliche Inflationsrate steigt auf über 80 Prozent. Zu den Massnahmen (Collor-Plan) gehören das Einfrieren von 80 Prozent der Gelder auf Sparkonten, ein Lohn- und Preisstopp, die Einführung einer Vermögenssteuer sowie Massenentlassungen von Beamten (**16.3.1990**).

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Erste freie Parlamentswahl in der DDR (**18.3.1990**). Die konservative „Allianz für Deutschland“ – Ost-CDU, Deutsche Soziale Union (DSU), Demokratischer Aufbruch (DA) – erhält mit rund 48 Prozent den höchsten Stimmenanteil und gewinnt 192 der 400 Mandate. Zweitstärkste Kraft ist die Sozialdemokratische Partei in der DDR mit 88 Sitzen. Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) erhält 66 Mandate. Es folgen der Bund freie Demokraten mit 23, Bündnis 90/Grüne mit 20, die Demokratische Bauernpartei und der Demokratische Frauenbund mit 10 und die Vereinte Linke mit 1 Mandat.

Namibia

Namibia, das früher von Südafrika verwaltete Gebiet Südwestafrika, wird unabhängig (21.3.1990). Erster Staatspräsident wird Sam Nujoma, Führer der Befreiungsbewegung Swapo (South West Africa People's Organisation).

Simbabwe

In Simbabwe finden die ersten Wahlen nach der Verfassungsänderung von 1987 statt (**23.3.1990**). Machthaber Robert Mugabe geht mit einem Stimmenanteil von rund 83 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Im Parlament erobert die Regierungspartei Zimbabwe African National Union - Patriotic Front (Zanu-PF) 117 der 120 Sitze.

Sri Lanka/Indien

Die 1987 wegen des Bürgerkriegs in Sri Lanka eingesetzte indische Peace Keeping Force zieht sich zurück (**24.3.1990**). Ihre Mission scheitert. Die indische Armee hat rund 1100 Gefallene zu beklagen.

Ungarn

In Ungarn findet die erste freie Parlamentswahl seit mehr als 40 Jahren statt (**25.3.1990 und 8.4.1990**). Wahlsiegerin ist das Ungarische Demokratische Forum (MDF). Auf das Forum entfallen 164 der 386 Mandate. Der Bund freier Demokraten (SZDSZ) gewinnt als zweitstärkste Kraft 92 Sitze. Die Kleinlandwirtpartei erhält 44 Mandate. Die Sozialistische Partei (MSZP), Nachfolgerin der Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP), muss sich mit 33 Mandaten begnügen. Je 21 Mandate erhalten der Bund junger Demokraten (Fidesz) und die Christlich-Demokratische Volkspartei (KNDP).

Guatemala

Anstoss zu Friedensgesprächen in Guatemala: In Oslo einigen sich Vertreter der Aussöhnungskommission Comisión Nacional de Reconciliación und des Oppositionsbündnisses Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca (URNG) auf eine Grundvereinbarung zur Sache nach Frieden mit politischen Mitteln – Acuerdo Básico para la Búsqueda de la Paz por Medios Políticos (**28.3.1990**).

Tschechoslowakei/Tschechische und Slowakische Föderative Republik

Die Tschechoslowakei wird in Tschechoslowakische Föderative Republik umbenannt (**29.3.1990**). Einen Monat später (23.4.1990) folgt die Umbenennung in Tschechische und Slowakische Föderative Republik.

Sowjetunion/Estnische Sowjetrepublik

Das Parlament (Oberste Rat) der Estnischen Sowjetrepublik beschliesst eine Phase des Übergangs, die mit der Wiederherstellung der Unabhängigkeit enden soll (**30.3.1990**).

Bulgarien

Peter Mladenow, langjähriger bulgarischer Aussenminister und Nachfolger des 1989 gestürzten kommunistischen Machthabers Todor Schiwkow, wird vom Parlament zum Staatspräsidenten gewählt (**3.4.1990**). Wegen einer Politaffäre muss Mladenow bereits wenige Monate später zurücktreten. Sein Nachfolger wird Schelju Schelew von der konservativen Union Demokratischer Kräfte (1.8.1990).

El Salvador

Die Konfliktparteien im Bürgerkrieg von El Salvador, die Regierung und der Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (FMLN), einigen sich in Genf unter Vermittlung der UNO auf einen Rahmen für Friedensverhandlungen (**4.4.1990**).

Dänemark

Katastrophen/Schiffskatastrophen

159 Menschen kommen bei einer Brandkatastrophe auf der dänischen Fähre „Scandinavian Star“ ums Leben (**7.4.1990**). Das Schiff befand sich auf dem Weg von Oslo nach Frederikshavn in Dänemark. Besatzungsmitglieder sollen das Feuer für einen Versicherungsbetrug gelegt haben.

Jugoslawien/Slowenien

In der jugoslawischen Teilrepublik Slowenien finden die ersten freien Parlamentswahlen statt (**8.4.1990**). Es siegt das bürgerliche Oppositionsbündnis Demos. Das Bündnis gewinnt 47 der 80 Mandate. Ministerpräsident wird der Christdemokrat Lojze Peterle.

Griechenland

Machtwechsel in Griechenland (**8.4.1990**): Die konservative Nea Dimokratia geht als stärkste Partei aus der Parlamentswahl hervor. Die bisher regierende Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) muss in die Opposition. Neuer Regierungschef wird Konstantinos Mitsotakis (11.4.1990).

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Lothar de Maizière wird erster demokratisch gewählter Ministerpräsident der DDR (**12.4.1990**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Südtiroler Filmregisseur, Schauspieler und Schriftsteller Luis Trenker – eine Bergsteigerlegende – stirbt im Alter von 97 Jahren (**12.4.1990**).

Polen/Sowjetunion

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow gesteht die sowjetische Alleinschuld am Massaker von Katyn ein (**13.4.1990**). Im April 1940 waren 4400 in Gefangenschaft geratene polnische Offiziere in einem Wald von Katyn von der sowjetischen Geheimpolizei erschossen worden.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die schwedisch-US-amerikanische Schauspielerin Greta Garbo stirbt im Alter von 84 Jahren (**15.4.1990**).

Jugoslawien/Slowenien

Der Reformkommunist Milan Kučan (*Kucan*) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in der jugoslawischen Teilrepublik Slowenien hervor (**22.4.1990**).

Sowjetunion/Kasachische Sowjetrepublik

Der Oberste Sowjet der Sowjetrepublik Kasachstan wählt Nursultan Nasarbajew, Vorsitzender der kasachischen KP, zum Präsidenten der Sowjetrepublik (**24.4.1990**).

Chile

In Chile wird eine Kommission für Wahrheit und Versöhnung gebildet (**25.4.1990**). Ihr Vorsitzender ist Raúl Rettig. Die Kommission soll die zwischen dem 11. September 1973 und März 1990 begangenen politischen Morde und den Verbleib der verschwundenen Menschen (*desaparecidos*) aufklären.

Die Comisión de Verdad y Reconciliación stellt in ihrem ersten Bericht im Februar 1991 fest, dass 2279 Menschen ermordet wurden. Zu den Opfern gehören auch 957 Verschwundene (*desaparecidos*). Eine 1996 aktualisierte Fassung kommt zum Schluss, dass 3197 Menschen ermordet wurden (unter ihnen 1102 *desaparecidos*).

Lettland/Lettische Sowjetrepublik/Sowjetunion

Das neu gewählte Parlament der lettischen Sowjetrepublik beschliesst die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des Landes (**4.5.1990**). Ivars Godmanis von der Lettischen Volksfront wird Ministerpräsident.

Griechenland

Zum zweiten Mal nach 1980 wird der frühere griechische Ministerpräsident Konstantinos Karamanlis zum Staatsoberhaupt gewählt (**4.5.1990**). (

Jugoslawien/Kroatien

In der jugoslawischen Teilrepublik Kroatien findet die erste freie Parlamentswahl statt (**23.4. und 7.5.1990**). Die nationalkonservative Kroatische Demokratische Union (HDZ) geht als klare Siegerin hervor. Das Parlament wählt Franjo Tudjman zum Präsidenten Kroatiens (**30.5.1990**).

Niger/Mali

Tuareg

In Niger bricht nach einem Gefängnisbrand (**7.5.1990**) ein Aufstand der Tuareg aus, der Hunderte von Toten fordert. Fünf Jahre später wird ein Friedensabkommen geschlossen.

Auch in Mali rebellieren die Tuareg. Die bewaffneten Auseinandersetzungen beginnen mit einem Angriff von Rebellen auf einen Gendarmerieposten (**29.6.1990**) und enden 1996. Sowohl in Mali wie in Niger brechen in den Jahren 2006 und 2007 erneut Rebellionen der Tuareg aus.

Die Tuareg leben in Gebieten, die zu Mali, Niger, Algerien, Libyen und Burkina Faso gehören. Sie leiden oft unter Dürrekatastrophen, Hungersnöten und Verelendung. Die Tuareg werfen den Regierungen Unterdrückung und Ausgrenzung vor, fordern mehr Mitsprache und Autonomie.

Estland/Sowjetunion/Estnische Sowjetrepublik

Die Sozialistische Sowjetrepublik Estland wird in Republik Estland umbenannt (**8.5.1990**).

Rumänien

In Rumänien finden die ersten freien Wahlen nach dem Untergang des kommunistischen Regimes statt (**20.5.1990**). Ion Iliescu von der Front der Nationalen Rettung (FSN) gewinnt die Präsidentenwahl mit 85 Prozent der Stimmen. Die Front der Nationalen Rettung ist auch bei der Parlamentswahl erfolgreich. Sie erobert 263 der 395 Sitze des Abgeordnetenhauses.

Jemen/Republik Jemen

Jemen/Arabische Republik Jemen (Nordjemen)

Jemen/Demokratische Volksrepublik Jemen-(Südjemen)

Die Arabische Republik Jemen (Nordjemen) und die Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen) vereinigen sich zur Republik Jemen (**22.5.1990**). Staatsoberhaupt der Republik Jemen ist der bisherige Präsident Nordjemens, Ali Abdullah Saleh.

Ungarn

József Antall, Vorsitzender des Demokratischen Forums (MDF), wird neuer ungarischer Ministerpräsident (**23.5.1990**). Das Demokratische Forum war als Siegerin aus der Parlamentswahl hervorgegangen.

Myanmar

Bei den ersten freien Wahlen in Myanmar seit der Machtergreifung durch die Armee im Jahr 1962 erringt die National League for Democracy (NLD) von Aung San Suu Kyi 392 der 492 Sitze (**27.5.1990**). Doch das Militärregime unter Führung von General Saw Maung weigert sich, das Wahlergebnis zu akzeptieren.

Kolumbien

César Gaviria vom Partido Liberal wird mit einem Stimmenanteil von 48,18 Prozent zum neuen kolumbianischen Staatspräsidenten gewählt (**27.5.1990**).

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Osteuropabank)

Vierzig Staaten beschliessen in Paris die Gründung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD). Sie soll in Mittel- und Osteuropa den Übergang zur offenen Marktwirtschaft fördern (**29.5.1990**).

Abrüstung/Rüstungskontrolle/C-Waffen

USA/Sowjetunion

US-Präsident George H.W. Bush und der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow unterzeichnen in Washington einen Vertrag über Produktionsstopp und Vernichtung chemischer Waffen (**1.6.1990**).

Sowjetunion/Kirgisische Sowjetrepublik

Ethnische Unruhen in der Kirgisischen Sowjetrepublik: Nach Zusammenstössen in einer Kolchosa zwischen Kirgisen und Usbeken bei der Stadt Osch (**4.6.1990**) eskalieren die Ausschreitungen in Osch und anderen Gebieten. Dabei kommen Hunderte Menschen ums Leben.

Tschechoslowakei/Tschechische und Slowakische Föderative Republik

In der Tschechoslowakei (Tschechische und Slowakische Föderative Republik) finden die ersten freien Parlamentswahlen seit der kommunistischen Machtübernahme statt (**8.6./9.6.1990**). In der tschechoslowakischen Volkskammer erobern das Bürgerforum (OF) und die slowakische Schwesterorganisation „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ (VPN) zusammen 87 der 150 Sitze und damit die absolute Mehrheit. Die Kommunisten (KSČ) werden mit 23 Mandaten zweitstärkste Partei.

Parlamentswahlen finden auch in den beiden Teilrepubliken Tschechien und Slowakei statt. Im tschechischen Parlament gewinnt das Bürgerforum (OF) 126 der 200 Sitze. Auf 33 Mandate kommen die Kommunisten (KSČ). In der slowakischen Volksvertretung erobert die Partei „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ (VPN) 48 der 150 Sitze. Es folgen die Christlich-Demokratische Bewegung (KDH) mit 31 sowie die Slowakische Nationalpartei (SNS) und die Kommunisten (KSČ) mit je 22 Sitzen.

Peru

In Peru wird Alberto Fujimori, Agraringenieur japanischer Abstammung und Gründer der Partei Cambio 90, zum Staatsoberhaupt gewählt (**10.6.1990**). Er gewinnt die Stichwahl mit 62,38 Prozent der Stimmen. Das Nachsehen hat der Schriftsteller Mario Vargas Llosa mit 37,62 Prozent. Aus der ersten Runde war Vargas Llosa mit der Mitte-rechts-Allianz Frente Democrática als Sieger hervorgegangen.

- Im Abgeordnetenhaus ist der Frente Democrática (Fredemo) mit 62 Sitzen (plus 40) von insgesamt 180 Mandaten stärkste Kraft vor der Apristen-Partei (Apra) mit 53 (minus 54) und Cambio 90 mit 32 Abgeordneten.
- Peru ist zu diesem Zeitpunkt ein von Gewalt (Sendero Luminoso und Túpac Amaru) und Gegengewalt zerrissenes Land.
- Mit dem Wahlsieg von Fujimori beginnt in Peru eine neue Ära. Mit einer Schocktherapie (Fujischock) sorgt er für wirtschaftliche Stabilität und verfolgt Terroristen mit harter Hand. Fujimori bleibt zehn Jahre lang Machthaber.

Sri Lanka

In der sri-lankischen Nordostprovinz (North Eastern Province) ermorden Tamil Tigers (Liberation Tigers of Tamil Eelam/LTTE) über 600 unbewaffnete singhalesische und muslimische Polizisten (**11.6.1990**). Mit dem Massaker enden Waffenstillstandsbemühungen der Regierung. Die zweite Phase des Bürgerkriegs beginnt. Die Liberation Tigers of Tamil Eelam/LTTE kontrollieren den grössten Teil der Nordostprovinz. Schätzungsweise 70 000 Muslime werden von den Tamil Tigers vertrieben (Oktober 1990). Von der ethnischen Säuberung ist auch die Stadt Jaffna mit rund 15 000 muslimischen Einwohnern betroffen.

Sowjetunion/Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik

Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik erklärt sich für souverän (**12.6.1990**). Eigene Verfassung und Gesetze haben damit Vorrang. Andere sowjetische Unionsrepubliken folgen dem Schritt.

Rumänien

Mit Unterstützung von Bergarbeitern aus dem Schil-Tal lösen Sicherheitskräfte in der rumänischen Hauptstadt Bukarest gewaltsam Protestaktionen von Regierungskritikern auf (**14.6.1990**).

EG/Dubliner Übereinkommen

Die zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (EG) einigen sich auf die Zuständigkeiten bei Asylverfahren (**15.6.1990**). Gemäss dem Dubliner Übereinkommen hat derjenige Mitgliedstaat den Asylantrag zu prüfen, in den der Asylbewerber oder die Asylbewerberin zuerst eingereist ist. Das Dubliner Übereinkommen flankiert das Schengener Abkommen.

Bulgarien

Erste freie Parlamentswahl in Bulgarien: Die Sozialistische Partei, Nachfolgerin der Kommunistischen Partei, gewinnt 211 der 400 Sitze und damit die absolute Mehrheit. Zweistärkste Kraft ist die konservative Union demokratischer Kräfte mit 144 Mandaten (**10.6. und 17.6.1990**). Hauptaufgabe der Volksvertretung ist die Verabschiedung einer neuen Verfassung.

Schengener Abkommen/Schengen-Raum/EG

Zur Umsetzung des Schengener Abkommens über den Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen unterzeichnen die Vertragsstaaten – die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Belgien und Luxemburg – ein Durchführungsübereinkommen (**19.6.1990**). Die Vorschriften für die Einreise und den kurzfristigen Aufenthalt von Ausländern im „Schengen-Raum“ werden vereinheitlicht (Schengen-Visum). Ein Kernstück des Übereinkommens ist das Schengener Informationssystem (SIS) das die Verbrechensbekämpfung über die Grenzen hinweg erleichtern soll. Das Durchführungsabkommen tritt am 1. September 1993 in Kraft, die praktische Anwendung erfolgt jedoch erst nach Schaffung der technischen und rechtlichen Voraussetzungen am 26. März 1995.

Iran

Katastrophen/Erdbeben

Ein schweres Erdbeben in Iran fordert zwischen 40 000 und 50 000 Tote (**20.6.1990**).

Sowjetunion/Moldauische Sowjetrepublik

Die Moldauische Sowjetrepublik erklärt sich für souverän (**23.6.1990**).

Kanada/Quebec

Die Ratifizierung der im Meech Lake-Abkommen vereinbarten Verfassungsänderungen Kanadas scheitert (vgl. 3.6.1987). Die Frist für die einstimmige Ratifizierung durch alle Provinzen bis am **23. Juni 1990** kann nicht eingehalten werden.

Honduras/Nicaragua

In Honduras werden die letzten nicaraguanischen Rebellen (Contras) entwaffnet (**27.6.1990**). Ihre Demobilisierung war 1989 von den mittelamerikanischen Staatspräsidenten vereinbart worden. Mit Unterstützung der USA kämpften die Contras von Honduras aus gegen das sandinistische Regime in Nicaragua.

Mongolische Volksrepublik (Mongolei)

In der Mongolischen Volksrepublik finden erstmals Mehrparteienwahlen statt (**22.6. und 29.6.1990**). Die bis vor kurzem allein herrschende Mongolische Revolutionäre Volkspartei sichert sich 358 der 430 Mandate im Parlament (Grosser Staats-Chural). Zweistärkste Kraft ist die Mongolische Demokratische Partei mit 17 Mandaten.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) bilden eine Währungsunion (**1.7.1990**).

EG

Die 1989 von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften (EG) beschlossene Wirtschafts- und Währungsunion tritt in ihre erste Phase (**1.7.1990**). Ziel ist die Einführung einer gemeinsamen Währung.

Jugoslawien/Serbien/Kosovo

Die kosovo-albanischen Parlamentsabgeordneten proklamieren die Selbständigkeit der serbischen Provinz Kosovo innerhalb der jugoslawischen Föderation (**2.7.1990**). Belgrad reagiert mit der Auflösung des Parlaments und der Absetzung der Provinzregierung (**5.7.1990**).

Saudiarabien

Katastrophen/Massenpanik

Bei einer Massenpanik in Mekka (Saudiarabien), ausgelöst durch einen Stromausfall in einem Fussgängertunnel, kommen über 1400 muslimische Pilger ums Leben (**2.7.1990**).

Albanien

Tausende Albaner flüchten in der Hauptstadt Tirana in westliche diplomatische Vertretungen, um ihre Ausreise zu erzwingen (**Juli 1990**).

Jugoslawien/Kroatien/Krajina

Die Führung der serbischen Minderheit in Kroatien (Krajina-Serben) fordert Autonomie und gründet einen Nationalrat (**25.7.1990**). An den Grenzen der von den Krajina-Serben beanspruchten Gebiete werden Barrikaden mit Baumstämmen errichtet.

Trinidad und Tobago

Putschversuch in Trinidad und Tobago: Bewaffnete Anhänger einer muslimischen Organisation stürmen das Parlamentsgebäude und nehmen neben zahlreichen Abgeordneten auch Premierminister A.N.R. Robinson als Geisel (**27.7.1990**). Nach sechs Tagen ergeben sich die Islamisten.

Österreich

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky (SPÖ) stirbt im Alter von 79 Jahren (**29.7.1990**). Der sozialdemokratische Politiker war von April 1970 bis Mai 1983 Regierungschef.

Irak/Kuwait

UNO

Irakische Truppen besetzen das Emirat Kuwait (**2.8.1990**). Kuwait wird zur 19. irakischen Provinz erklärt. Der UNO-Sicherheitsrat fordert den Rückzug der irakischen Truppen. Ausserdem verhängt der UNO-Sicherheitsrat Wirtschaftssanktionen gegen den Irak (**6.8.1990**).

Ungarn

Das ungarische Parlament wählt Árpád Göncz, Schriftsteller und Mitgründer des Bundes freier Demokraten (SZDSZ), zum Staatspräsidenten (**4.8.1990**).

USA/Saudiarabien/Irak

Wenige Tage nach der Besetzung Kuwaits durch den Irak entsenden die USA Truppen nach Saudiarabien, um das Königreich vor einem möglichen irakischen Angriff zu schützen (**7.8.1990**). Im Rahmen der „Operation Desert Shield“ werden rund 200 000 US-Armeeangehörige in Saudiarabien stationiert. Die US-Militärs sind vielen Saudiarabern ein Dorn im Auge.

UNO

Irak/Kuwait

Der UNO-Sicherheitsrat erklärt die Annexion Kuwaits durch den Irak als null und nichtig und fordert die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität Kuwaits (**9.8.1990**).

Sowjetunion/Moldauische Sowjetrepublik/Gagausien

Die in der Moldauischen Sowjetrepublik lebende gagausische Minderheit ruft die eigenständige Gagausische Sozialistische Sowjetrepublik aus (**19.8.1990**).

Jugoslawien

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

Bei einer Bergbaukatastrophe in der Nähe von Tuzla, in der jugoslawischen Teilrepublik Bosnien-Herzegowina, kommen 180 Menschen ums Leben (**26.8.1990**). Es ist das schwerste Bergwerksunglück in der Geschichte Jugoslawiens.

Umwelt/Klima

Weltklimarat (IPCC)

Rund zwei Jahre nach seiner Gründung verabschiedet der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change/IPCC) an einer Tagung in Schweden (28.8. bis **30.8.1990**) seinen ersten Bericht. Darin stellen die Wissenschaftler fest, dass durch menschliches Handeln die Konzentration der Klimagase in der Atmosphäre angestiegen sei und stellt diese in einen Zusammenhang mit den bereits im 20. Jahrhundert global gestiegenen Temperaturen.

Das IPCC wurde 1988 von der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) gegründet. Das IPCC soll politischen Entscheidungsträgern, Industrie und der Öffentlichkeit als Informationsquelle über das Thema des Klimawandels dienen.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik unterzeichnen einen Vertrag über die Auflösung der DDR und ihren Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland (**31.8.1990**). Im Einigungsvertrag Berlin wird zur Hauptstadt des vereinten Deutschland erklärt.

Sowjetunion/Moldauische Sowjetrepublik/Transnistrien

Transnistrische Volksdeputierte leiten aus Protest gegen ein Sprachengesetz die Abspaltung von der Moldauischen Sowjetrepublik ein und rufen die Transnistrische Moldauische Sowjetrepublik aus (**2.9.1990**). Das am 31.8.1989 verabschiedete Sprachengesetz bezeichnet Moldauisch bzw. Rumänisch als einzige Amtssprache der Moldauischen Sowjetrepublik.

Mongolische Volksrepublik/Mongolei

Punsalmaagiin Ochirbat wird vom mongolischen Parlament, dem Grossen Staats-Chural, zum Staatschef gewählt (3.9.1990). Das Amt des Staatspräsidenten war erst vor kurzem durch Verfassungsänderungen geschaffen worden

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Deutsche Demokratische Republik (DDR)

USA/Sowjetunion/Frankreich/Grossbritannien

In Moskau unterzeichnen die Bundesrepublik Deutschland und die DDR sowie die USA, die Sowjetunion, Frankreich und Grossbritannien den sogenannten Zwei-Plus-Vier-Vertrag (12.9.1990). Dieser macht den Weg frei für die Wiedervereinigung Deutschlands. Unter dem Titel „Vertrag über die abschliessende Regelung in Bezug auf Deutschland“ verzichten die USA, die Sowjetunion, Frankreich und Grossbritannien – die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges – auf ihre Rechte in Bezug auf Deutschland. Die Bundesrepublik Deutschland erhält volle Souveränität über ihre inneren und äusseren Angelegenheiten. Deutschland verzichtet auf Gebietsansprüche sowie auf atomare, chemische und biologische Waffen. Die sowjetischen Truppen sollen bis 1994 sukzessive aus Ost-Berlin und der DDR abziehen. Der 1954 unterzeichnete Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Truppen in der Bundesrepublik Deutschland gilt weiter.

Sowjetunion/Georgische Sowjetrepublik/Südossetien

Südossetien erklärt einseitig seine Unabhängigkeit von der Sowjetrepublik Georgien und proklamiert die Demokratische Sowjetrepublik Südossetien (20.9.1990). Dies löst einen bewaffneten Konflikt zwischen Separatisten und georgischen Milizen aus. Zehntausende Menschen flüchten.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen mit 54,5 Prozent Ja-Stimmen die Volksinitiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau» gut. Die Initiative fordert ein zehnjähriges Moratorium für AKWs. Es dürfen in diesem Zeitraum keine Rahmen-, Bau-, Inbetriebnahme- oder Betriebsbewilligungen erteilt werden. Abgelehnt – mit 52,9 Prozent Nein-Stimmen – wird die Volksinitiative „für den Ausstieg aus der Atomenergie“ (23.9.1990).

Kap Verde

Der Inselstaat Kap Verde ist auf Demokratisierungskurs: Das Einparteienregime wird abgeschafft (28.9.1990).

Kongo-Brazzaville

In der Volksrepublik Kongo (Kongo-Brazzaville) beginnt ein Demokratisierungsprozess. Das Zentralkomitee des bisher allein herrschenden Parti Congolais du Travail (PCT) beschliesst die Einführung eines Mehrparteiensystems und die Einberufung einer nationalen Konferenz, um Wahlen vorzubereiten (30.9.1990).

Korea (Südkorea)

Sowjetunion/China

Südkorea und die Sowjetunion nehmen diplomatische Beziehungen auf (30.9.1990). Im Rahmen der „Nordpolitik“ des südkoreanischen Präsidenten Roh Tae Woo folgen zwei Jahre später auch diplomatische Beziehungen zwischen Südkorea und China.

Ruanda/Frankreich

Tutsi-Rebellen der Rwandan Patriotic Front (RPF) unter Führung von Paul Kagame fallen von Uganda aus in Ruanda ein (1.10.1990). Ein Bürgerkrieg bricht aus. Tutsi-Rebellen dringen bis in die Umgebung der Hauptstadt Kigali vor. Frankreich leistet militärische Hilfe für die ruandische Regierungsarmee. Hutu-Hardliner (Hutu-Power) lösen eine Hetzkampagne gegen die Tutsi aus, die 1994 in einen Völkermord mündet.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)/Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Nach 45 Jahren der Trennung ist die staatliche Einheit Deutschlands wiederhergestellt. Die Deutsche Demokratische Republik hört auf zu existieren. Hunderttausende von Menschen feiern in Berlin die Wiedervereinigung (3.10.1990).

Brasilien

In Brasilien finden die ersten Parlamentswahlen seit Inkrafttreten der neuen Verfassung statt (3.10.1990). Den höchsten Stimmenanteil (19,2 Prozent) und die meisten Sitze im Abgeordnetenhaus (108 von 503) erhält der Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB). Zweitstärkste Kraft ist der Partido da Frente Liberal (PFL) mit 12,4 Prozent Stimmenanteil und 83 Mandaten. Der linke Partido dos Trabalhadores erhält mit 10,9 Prozent am drittmeisten Stimmen, landet aber bei der Mandatsvergabe mit 35 Sitzen nur auf dem achten Platz.

Österreich

Die Parlamentswahl in Österreich steht im Zeichen massiver Verluste der konservativen Volkspartei (ÖVP) und hoher Gewinne der Freiheitlichen Partei/FPÖ (7.10.1990). Die Sozialisten gewinnen als stärkste Kraft 42,8 Prozent der Stimmen (minus 0,3 Prozentpunkte) und wie bisher 80 Mandate. Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) fällt auf einen Stimmanteil von 32,1 Prozent (minus 9,2 Prozentpunkte) zurück und muss sich mit 60 Sitzen (minus 17) begnügen. Auf einen Stimmenanteil von 16,6 Prozent (plus 6,9 Prozentpunkte) kommt die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Sie erobert 15 Sitze hinzu und ist neu mit 33 Abgeordneten vertreten. Der neue Nationalrat setzt sich wie folgt zusammen: SPÖ: 80 (unv.), ÖVP: 60 (minus 17), FPÖ: 33 (plus 15), Grüne Alternative: 10 (plus 2). Anmerkung: Im Juni 1991 wird die Sozialistische Partei Österreichs in Sozialdemokratische Partei Österreichs umbenannt.

Deutschland

Der deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble wird bei einer Wahlkampfveranstaltung in Oppenau durch Schüsse schwer verletzt (**12.10.1990**). Seither ist der querschnittgelähmte CDU-Politiker auf den Rollstuhl angewiesen.

Libanon

Nach 15 Jahren endet der Bürgerkrieg in Libanon. Der christlich-maronitischen General Michel Aoun kapituliert und sucht Schutz in der französischen Botschaft. Mit Aouns Kapitulation endet auch dessen libanesische Parallelregierung. (**13.10.1990**). Der Bürgerkrieg in Libanon forderte rund 100 000 Tote.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Dirigent und Komponist Leonard Bernstein stirbt im Alter von 72 Jahren (**14.10.1990**).

Friedensnobelpreis

Sowjetunion

Dem sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow wird der Friedensnobelpreis „in Anerkennung seiner führenden Rolle im Friedensprozess, der heute einen wichtigen Teil des Lebens der internationalen Gemeinschaft auszeichnet“, zugesprochen (**15.10.1990**).

Pakistan

Die pakistanische Premierminister Benazir Bhutto verliert die Parlamentswahl (**24.10.1990**). Stärkste Kraft wird die Neun-Parteien-Allianz Islami Jamhoori Ittejad von Nawaz Sharif. Bhuttos People's Democratic Alliance erhält 44, das Bündnis von Nawaz Sharif 106 Mandate. Die Wahlen werden von Betrugsvorwürfen überschattet. Benazir Bhutto kehrt 1993 und Nawaz Sharif 1997 an die Schalthebel der Macht zurück.

Sowjetunion/Kirgisische Sowjetrepublik

Der Oberste Sowjet der Kirgisischen Sowjetrepublik wählt Askar Akajew, Direktor der Akademie der Wissenschaften, zum Präsidenten (**27.10.1990**).

Sowjetunion/Turkmenische Sowjetrepublik

KP-Chef Saparmurad Nijasow wird in einer Volkswahl mit einem Stimmenanteil von 98,3 Prozent zum Präsidenten der Turkmenischen Sowjetrepublik gewählt (**27.10.1990**).

Neuseeland

Nach sechs Jahren an der Regierung muss die neuseeländische Labour Party wieder in die Opposition. Siegerin der Parlamentswahl ist die National Party. Sie gewinnt 67 (plus 27) der 97 Sitze. Die Labour Party ist mit 29 (minus 28) Abgeordneten vertreten (**27.10.1990**).

Neuseeland

Jim Bolger, Vorsitzender der National Party, wird neuer neuseeländischer Premierminister (**2.11.1990**).

Bangladesh

In Bangladesh wird Staatspräsident Hussein Muhammad Ershad nach massiven Protesten zum Rücktritt gezwungen (**4.11.1990**) und bald darauf verhaftet

Europarat

Ungarn

Ungarn tritt als erster osteuropäischer Staat dem Europarat bei (**6.11.1990**).

USA

Bei den Kongresswahlen in den USA (Midtermwahlen) behaupten die Demokraten in beiden Kammern die Mehrheit. Im Senat haben die Demokraten 56 (plus 1) und die Republikaner 44 Mandate (minus 1). Im Repräsentantenhaus sind die Demokraten mit 267 Abgeordneten (plus 7) und die Republikaner mit 167 (minus 8) vertreten. Hinzu kommt ein Unabhängiger (**6.11.1990**).

Philippinen

Auf den Philippinen entsteht eine Autonomous Region in Muslim Mindanao (ARMM). Dazu gehören Lanao del Sur, Maguindanao, Sulu und Tawi-Tawi (**6.11.1990**). Ursprünglich sollte die ARMM aus 14 Provinzen bestehen, doch in Volksabstimmungen (19.11.1989) sprachen sich nur vier dafür aus.

Irland

Irland erhält erstmals eine Staatspräsidentin und erstmals verliert die Partei Fianna Fáil die Präsidentenwahl. Mary Robinson, Professorin für Verfassungsrecht und Strafrecht, geht als Siegerin aus der Wahl des Staatsoberhauptes hervor (**7.11.1990**). Ihre Kandidatur war von der Labour Party unterstützt worden.

Indien

Der indische Premierminister Vishwanath Pratap Singh tritt nach verlorener Vertrauensabstimmung im Parlament zurück (**7.11.1990**). Die hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) hatte seiner Minderheitsregierung die

Unterstützung entzogen. Neuer Regierungschef wird Chandra Shekar (10.11.1990). Auch er leitet eine kurzlebige Minderheitsregierung

Schweiz/Italien

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Eine DC-19 der Alitalia stürzt beim Landeanflug auf den Flughafen Zürich ab. Dabei kommen alle 46 Menschen an Bord ums Leben (14.11.1990).

KSZE/VSBM

Im sogenannten Wiener Dokument vereinbaren die Teilnehmer der (im Rahmen der KSZE stattfindenden) Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen (VSBM) den Austausch und die Verifikation von Informationen über Streitkräfte und militärische Aktivitäten (17.11.1990). In den folgenden Jahren werden die Vereinbarungen aktualisiert.

KSZE

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) verabschiedet an einer Gipfelkonferenz in Paris die „Charta für ein neues Europa“ (19.11.1990). Die Staats- und Regierungschefs erklären die Spaltung Europas für beendet, verpflichten sich zur Demokratie als einziger Regierungsform und sichern ihren Völkern die Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu.

Nato/Warschauer Pakt/KSE-Abkommen

Die Mitglieder der Nato und des Warschauer Pakts unterzeichnen in Paris ein Abkommen über konventionelle Abrüstung in Europa (19.11.1990). Das CFE- bzw. KSE-Abkommen sieht vor, dass in Europa ein sicheres und stabiles Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte auf niedrigerem Niveau geschaffen und die Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und gross angelegten Offensivhandlungen beseitigt werden. Das KSE-Abkommen tritt 1992 in Kraft.

Grossbritannien

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher tritt nach elfjähriger Amtszeit zurück (22.11.1990). Ihr Nachfolger als Tory-Führer und Regierungschef wird John Major.

Jugoslawien/Mazedonien

In der jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien finden die ersten freien Parlamentswahlen statt (11.11. und 25.11.1990). Stärkste Kraft wird die nationalkonservative Partei VMRO-DPMNE (innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für die mazedonische nationale Einheit). Sie gewinnt 38 der 120 Sitze. 31 Mandate erhält der Bund der Kommunisten. Da sich die Parteien nicht auf eine Koalition einigen können, wird ein überparteiliches Expertenkabinett gebildet.

Singapur

Singapur erhält nach über 31 Jahren einen neuen Premierminister (28.11.1990). Ong Teng Cheong wird Nachfolger des seit 1959 autoritär herrschenden Regierungschefs Lee Kuan Yew. Als Senior Minister und später als Mentor Minister bleibt Lee Kuan Yew bis 2011 in einflussreicher Position.

Sowjetunion/Tadschikische Sowjetrepublik

Der Oberste Sowjet der Tadschikischen Sowjetrepublik wählt KP-Chef Kachar Machkanow zum ersten Präsidenten des Landes (30.11.1990).

Moçambique

Moçambique erhält eine neue Verfassung, löst sich von der marxistisch-leninistischen Einparteienherrschaft und wird eine Republik (30.11.1990).

Tschad

Umsturz in Tschad: Rebellen des Mouvement patriotique du Salut (MPS) erobern ungehindert die Hauptstadt Ndjamena (1.12.1990). Die Kämpfer dringen vom Sudan her in Tschad ein. Neuer Machthaber wird Idriss Déby. Er verspricht freie Wahlen sowie inneren Frieden und befürwortet eine Aussöhnung mit dem im libyschen Exil lebenden ehemaligen Präsidenten Goukouni Oueddei. Der entmachtete Präsident Hissène Habré flüchtet nach Senegal, wo er sich 25 Jahre später wegen Menschenrechtsverletzungen vor Gericht verantworten muss. Bis zu 40 000 Menschen sollen während seiner Regierungszeit von 1982 bis 1990 getötet worden sein.

Deutschland

Aus der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl gehen die Unionsparteien CDU/CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union – mit einem Stimmenanteil von 43,8 Prozent als Sieger hervor. Die Sozialdemokraten (SPD) erhalten 33,5 und die Freien Demokraten (FDP) 11,0 Prozent der Stimmen. Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) – Nachfolgerin der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) – erhält im Wahlgebiet Ost 11,1 Prozent der Stimmen. Bündnis 90/Die Grünen kommen auf 5 Prozent. Von insgesamt 662 Sitzen im Bundesrat entfallen 319 auf die Unionsparteien CDU/CSU, 239 auf die Sozialdemokraten, 79 auf die Freien Demokraten, 17 auf die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und 8 auf das Bündnis 90/Die Grünen (2.12.1990). Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) setzt das Regierungsbündnis mit der FDP fort.

Polen

Der polnische Gewerkschaftsführer Lech Wałęsa (*Walesa*) wird zum Staatsoberhaupt gewählt (**9.12.1990**). Er erhält in der Stichwahl rund 75 Prozent der Stimmen. Es handelt sich um die erste Volkswahl des Staatsoberhauptes.

Jugoslawien/Serbien

In der jugoslawischen Teilrepublik Serbien findet die erste freie Parlamentswahl statt (**9.12. und 23.12.1990**). Die Sozialisten (Ex-Kommunisten) gewinnen 194 von 250 Sitzen.

Der Präsident der jugoslawischen Teilrepublik Serbien, Slobodan Milošević (*Milosevic*), wird in einer Volkswahl in seinem Amt bestätigt. Er erhält 65 Prozent der Stimmen (9.12.1990).

Literaturnobelpreis

Mexiko

Der mexikanische Schriftsteller Octavio Paz wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1990**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt stirbt im Alter von 69 Jahren (**14.12.1990**).

Haiti

Der katholische Priester und Befreiungstheologe Jean-Bertrand Aristide gewinnt mit einem Stimmenanteil von rund 67 Prozent die erste demokratische Präsidentenwahl in Haiti seit drei Jahrzehnten (**16.12.1990**). Seine Partei – Front National pour le Changement et la Démocratie – wird mit 27 von 81 Mandaten stärkste Kraft im Abgeordnetenhaus

Albanien

Mit der Einführung eines Mehrparteiensystems wird das kommunistische Machtmonopol in Albanien beendet (**17.12.1990**).

Jugoslawien/Bosnien-Herzegowina

Der muslimische Politiker Alija Izetbegović (*Izetbegovic*) wird Präsident der jugoslawischen Teilrepublik Bosnien-Herzegowina (**20.12.1990**).

Jugoslawien/Slowenien

Die Bevölkerung der jugoslawischen Teilrepublik Slowenien befürwortet mit einem Ja-Stimmenanteil von 88 Prozent die staatliche Unabhängigkeit (**23.12.1990**).

Suriname

Armeeputsch in Suriname (**24.12.1990**). Staatspräsident Ramsewak Shankar wird von der Militärführung telefonisch über seine Absetzung benachrichtigt. Drahtzieher des „Telefonputsches“ ist Desiré „Desi“ Bouterse. Johan Kraaag wird Interimspräsident.

Argentinien

Der argentinische Präsident Carlos Menem begnadigt mehrere ehemalige Junta-Mitglieder, unter ihnen General Jorge Rafael Videla und Admiral Emilio Massera, die als Hauptverantwortliche des „schmutzigen Krieges“ zwischen 1976 und 1983 gelten. Menem bezeichnet die Begnadigung als „Beitrag zur nationalen Befriedung“ (**29.12.1990**).

1991

Guatemala

Erster demokratischer Machtwechsel in Guatemala seit Jahrzehnten: Jorge Serrano Elías (*Serrano Elias*) vom konservativen Movimiento de Acción Solidaria (MAS) geht mit einem Stimmenanteil von 68,08 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**6.1.1991**).

Im Parlament ist die Mitte-rechts-Partei Unión des Centro Nacional stärkste Kraft mit 41 der 116 Sitze. Es folgen die Christdemokraten – Democracia Cristiana Guatemalteca (DCG), die ihre bisherige Führungsposition einbüßen – und an dritter Stelle die Bewegung MAS.

Sowjetunion/Litauische Sowjetrepublik

„Vilniusser Blutsonntag“: Sondertruppen des sowjetischen Innenministeriums erstürmen den Fernsehturm in der litauischen Hauptstadt Vilnius und Gebäude des staatlichen Radios und Fernsehens (**13.1.1991**). Demonstranten versuchen, die vorrückenden Militärs zu stoppen. Dabei kommen 14 Menschen ums Leben und hunderte werden verletzt.

Gediminas Vagnorius wird neuer litauischer Ministerpräsident. Seine Vorgängerin Kazimira Prunskienė (Prunkiene) hatte nach heftigen Protesten in der Bevölkerung gegen massive Preiserhöhungen ihren Rücktritt eingereicht (7.1.1991), dies wenige Tage vor den dramatischen Ereignissen in Vilnius.

Sowjetunion

Walentin Pawlow wird Nachfolger des zurückgetretenen sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolai Ryschkow (**14.1.1991**).

Zweiter Golfkrieg/Erster Irakkrieg

Irak/Kuwait/USA/Israel/Saudiarabien

UNO

Nach Ablauf eines UNO-Ultimatums an den Irak, sich aus dem besetzten Kuwait zurückzuziehen, starten die USA und ihre Verbündeten – legitimiert durch eine Resolution des UNO-Sicherheitsrates – massive Luftangriffe gegen den Irak. Die „Operation Desert Storm“ beginnt (**17.1.1991**). Die irakische Armee feuert Scud-Raketen auf Israel und Saudiarabien ab. Die USA stellen Israel „Patriot“-Abwehrraketen zur Verfügung.

Norwegen

Der norwegische König Olav V. stirbt im Alter von 87 Jahren (**17.1.1991**). Nachfolger wird sein Sohn: Harald V.

Sowjetunion/Lettische Sowjetrepublik

Barrikaden-Tage in der lettischen Hauptstadt Riga: Sowjetische Sondereinheiten greifen die von Unabhängigkeitskämpfern errichteten Barrikaden vor dem Innenministerium an (**20.1.1991**). Dabei kommen fünf Menschen ums Leben.

São Tomé und Príncipe

Im Inselstaat São Tomé und Príncipe finden die ersten freien Parlamentswahlen statt. Stärkste Kraft wird der Partido de Convergência Democrática – Grupa de Reflexão vor der bisherigen Regierungspartei Movimento de Libertação de São Tomé e Príncipe (**20.1.1991**).

Somalia/Somaliland

Der seit 1969 herrschende Machthaber von Somalia, Siad Barre, wird gestürzt (**26.1.1991**). Der bewaffnete Aufstand gegen das Regime von Siad Barre hatte im Mai 1988 begonnen. Ali Mahdi, Vorsitzender des United Somali Congress (USC), erklärt sich zum neuen Präsidenten. Der militärische Anführer des USC, Mohammed Farah Aidid, widersetzt sich. Die Bemühungen um eine Regierung der nationalen Einheit scheitern. Das Land versinkt in Chaos und Gewalt. Rivalisierende Clans und Warlords – Haupttrivalen sind Ali Mahdi und Mohammed Farah Aidid – kämpfen um die Vorherrschaft. Das Land zerfällt in verschiedene Machtbereiche und wird zum „failed State“. Der Norden erklärt sich als Republik Somaliland unabhängig (18.5.1991).

Jugoslawien/Mazedonien

Der Reformkommunist Kiro Gligorov wird zum Präsidenten der jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien gewählt (**27.1.1991**). Die Wahl erfolgt – fast einstimmig – durch das Parlament. Gligorov beruft Nikola Kljušev (*Kljusev*) zum Ministerpräsidenten.

Italien

Die Kommunistische Partei Italiens (Partito Comunista Italiano/PCI) tritt in Rimini zu ihrem letzten Parteitag zusammen. Mit Zweidrittelmehrheit wird die Umbenennung in Partito Democratico della Sinistra – PDS beschlossen (**3.2.1991**). Erster Sekretär wird Achille Occhetto. Es kommt zu einer Parteispaltung. Der orthodoxe Flügel bildet Ende Jahr (12.12.1991) unter Führung von Armando Cossutta den Partito della Rifondazione Comunista/PRC.

Litauen/Sowjetunion

Mit rund 90 Prozent Ja-Stimmen entscheidet sich die Bevölkerung Litauens für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und für die Trennung von der Sowjetunion (**9.2.1991**). Die Sowjetunion beginnt auseinanderzubrechen.

Visegrád-Gruppe

Polen, die Tschechoslowakei (Tschechische und Slowakische Föderative Republik) und Ungarn beschliessen in der ungarischen Stadt Visegrád (Visegrad) die Gründung einer Kooperationsgemeinschaft – Visegrád-Gruppe (**15.2.1991**). Nach der Auflösung der Tschechoslowakei gehören vier Staaten – Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn – der Visegrád-Gruppe an.

Kap Verde

Im Inselstaat Kap Verde wird der Staatspräsident erstmals durch das Volk gewählt. Wahlsieger ist António Mascarenhas Monteiro vom Movimento para a Democracia. (**17.2.1991**). Der bisherige Machthaber Aristides Pereira vom Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde (PAIGC) wird abgewählt.

Thailand

Der seit 1988 amtierende thailändische Ministerpräsident Chatichai Choonhavan wird der Armee gestürzt (**23.2.1991**).

Zweiter Golfkrieg/Erster Irakkrieg

USA/Irak/Kuwait

Die USA und ihre Alliierten starten den Bodenkrieg zur Befreiung des vom Irak besetzten Emirats Kuwait (**24.2.1991**). Etwa 750 000 Soldaten beteiligen sich an der „Operation Desert Storm“. Die Operation steht unter dem Kommando von US-General Norman Schwarzkopf. In mehreren Stossrichtungen rücken die alliierten Einheiten nach Kuwait sowie in den Süden des Irak vor. Drei Tage später (27.2.1991) ist die Hauptstadt des Emirats befreit. Vor dem Verlassen Kuwaits setzen die Iraker Ölfelder in Brand. Auf dem Rückzug befindliche irakische Truppen werden unter massiven Beschuss genommen („Highway of Death“).

Zweiter Golfkrieg/Erster Irakkrieg

USA/Irak/Kuwait

Ende des Zweiten Golfkrieges: Die US-Truppen und ihre Alliierten stoppen den Vormarsch im Südirak. US-Präsident George H.W. Bush ordnet das Ende der Kampfhandlungen an (**27.2.1991**). Wenige Tage darauf einigen sich die Konfliktparteien auf einen Waffenstillstand (3.3.1991). Laut Schätzungen sind während der „Operation Wüstensturm“ zur Befreiung Kuwaits rund 100 000 irakische Soldaten gefallen. Die USA und ihre Alliierten verlieren über 600 Armeeingehörige.

Jugoslawien/Kroatien/Krajina/Ostslawonien

Die Krajina-Serben erklären ihre Loslösung von Kroatien (**28.2.1991**). Auch die Serben in Ostslawonien erklären sich für autonom.

Irak

Kurden

Aufstände der Schiiten im Süden und der Kurden im Norden des Iraks werden von der irakischen Armee brutal niedergeschlagen (**März 1991**). Die USA hatten Kurden und Schiiten zum Aufstand gegen das Regime von Machthaber Saddam Hussein ermuntert. Hunderttausende Kurden flüchten Richtung Türkei und Iran.

Albanien/Italien

In Albanien lösen der Zusammenbruch des kommunistischen Machtmonopols und die desolote wirtschaftliche Lage eine Massenflucht aus: Mehr als 20 000 Albaner flüchten auf kaum seetüchtigen und überfüllten Schiffen nach Italien (**Anfang März 1991**). Weitere Migrationswellen folgen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Chansonnier, Komponist und Schauspieler Serge Gainsbourg stirbt im Alter von 62 Jahren (**2.3.1991**).

Lettland/Sowjetunion

Mit rund 74 Prozent Ja-Stimmen entscheidet sich die Bevölkerung Lettlands für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des Landes und für die Trennung von der Sowjetunion (**3.3.1991**).

Estland/Sowjetunion

In Estland sprechen sich bei einer Volksbefragung rund 78 Prozent für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des Landes und für die Trennung von der Sowjetunion aus (**3.3.1991**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten billigen die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre mit 72,7 Prozent Ja-Stimmen (**3.3.1991**).

São Tomé und Príncipe

In São Tomé und Príncipe (*Sao Tomé und Principe*) endet nach über 15 Jahren die Ära von Machthaber Manuel Pinto da Costa. Erstmals findet eine Präsidentenwahl durch das Volk statt. Der ehemalige Ministerpräsident Miguel Trovoadá geht als Sieger aus der Wahl hervor (**4.3.1991**). Er war der einzige Kandidat, nachdem sich seine Konkurrenten und auch sein Vorgänger Manuel Pinto da Costa Portugal zurückgezogen hatten.

Indien

Der indische Premierminister Chandra Shekar erklärt nach nur vier Monaten im Amt seinen Rücktritt (**6.3.1991**). Die Kongress-Partei (Indian National Congress/INC) hatte die Unterstützung seiner Minderheitsregierung zurückgezogen. Chandra Shekar bleibt bis zu den Parlamentswahlen im Mai/Juni im Amt.

Österreich

Im Prozess um den Untergang des Frachters „Lucona“ wird der Geschäftsmann Udo Proksch, eine der schillerndsten Figuren Nachkriegsösterreichs, wegen sechsfachen Mordes und des versuchten schweren Versicherungsbetrugs zu 20 Jahren Haft verurteilt (**11.3.1991**). Die „Lucona“ war am 23. Januar 1977 im Indischen Ozean absichtlich versenkt worden, wobei sechs Besatzungsmitglieder ums Leben kamen. Das Schiff hatte nicht wie behauptet eine Uranerz-Aufbereitungsanlage an Bord, sondern Schrott. Die 1987 aufgedeckte Lucona-Affäre entwickelte sich zu einem der größten Politskandale der Nachkriegszeit. Nationalratspräsident Leopold Gratz und Innenminister Karl Blecha mussten zurücktreten.

Sowjetunion

Mit rund 76 Prozent Ja-Stimmen wird in einer Volksbefragung der Fortbestand der Sowjetunion als „Föderation gleichberechtigter souveräner Republiken“ gutgeheißen (**17.3.1991**). Allerdings boykottieren sechs Unionsrepubliken das Referendum.

Finnland

Bei der Parlamentswahl in Finnland verlieren die Sozialdemokraten (SDP) erstmals seit 1966 ihre Stellung als stärkste Partei. Wahlsiegerin ist die Zentrumspartei (KESK) mit 55 (plus 15) von 200 Mandaten. Die Sozialdemokraten folgen mit 48 Sitzen (minus 8). Die konservative Nationale Sammlungspartei (KOK) verliert 13 Sitze und ist noch mit 40 Abgeordneten vertreten. Das Linksbündnis (VAS), Nachfolgepartei der Demokratischen Union des Finnischen Volkes (SKDL), erhält 19 Mandate (**17.3.1991**). Neuer Regierungschef wird Esko Aho von der Zentrumspartei.

Bangladesh

In Bangladesh steht erstmals eine Frau an der Spitze der Regierung. Begum Khaleda Zia, die Frau des früheren Machthabers Ziaur Rahman, übernimmt nach dem Sieg ihrer Bangladesh Nationalist Party (BNP) bei der ersten freien und fairen Parlamentswahl (27.2.1991) das Amt der Regierungschefin (**20.3.1991**).

Sierra Leone/Liberia

In Sierra Leone bricht ein Bürgerkrieg aus (**23.3.1991**). Die Rebellen der Revolutionary United Front (RUF) unter Führung von Foday Sankó werden vom liberianischen Warlord Charles Taylor unterstützt (vgl. 24.12.1989). Ihren Kampf finanziert die RUF mit Diamantenhandel. Die Angriffe richten sich vor allem gegen die Zivilbevölkerung. Tausende Menschen werden von den Rebellen, unter ihnen viele Kinder und Jugendliche, verstümmelt.

Benin

In Benin findet die erste freie Präsidentenwahl statt. Sieger der Stichwahl wird Nicéphore Soglo (**24.3.1991**). Wahlverlierer ist der amtierende Staatschef Matthieu Kérékou, der seit 1972 an der Macht war.

Mercosur

Die vier südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gründen zur Förderung der wirtschaftlichen Integration den Mercado Común del Sur – Mercosur (**26.3.1991**).

Mali

Umsturz in Mali: Nach Unruhen wird Machthaber Moussa Traoré von der Armee gestürzt (**26.3.1991**). Moussa Traoré war seit November 1968 Staatsoberhaupt. Übergangspräsident wird der Vorsitzende des Comité de Transition pour le Salut du Peuple, Amadou Toumani Touré. Er leitet eine Demokratisierung des Landes ein.

Georgien/Sowjetunion

Mit 99 Prozent Ja-Stimmen entscheidet sich die Bevölkerung Georgiens für die Unabhängigkeit und die Trennung von der Sowjetunion aus (**31.3.1991**).

Albanien

In Albanien finden die ersten pluralistischen Wahlen seit 1923 statt (**31.3.1991**). Die kommunistische Partei der Arbeit gewinnt zwei Drittel der Parlamentsmandate.

Irak

UNO

Der Irak wird in einer Resolution des UNO-Sicherheitsrates verpflichtet, alle Massenvernichtungswaffen zu zerstören (**3.4.1991**). Zur Überwachung wird eine Sonderkommission – Unscorn – eingesetzt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Schriftsteller Max Frisch stirbt im Alter von 79 Jahren (**4.4.1991**).

Irak/USA

Kurden/

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat verurteilt die Unterdrückung der Kurden und anderer Minderheiten im Irak (**5.4.1991**). Die USA und ihre Alliierten schaffen im Norden des Iraks eine Flugverbotszone zum Schutz der kurdischen Bevölkerung. Die irakische Armee zieht sich aus der Schutzzone zurück. Die Kurden bauen eine Selbstverwaltung auf.

Georgien

Georgien erklärt sich für unabhängig (**9.4.1991**).

Italien

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Im Hafen von Livorno kollidiert die italienische Fähre „Moby Prince“ mit einem Tanker. Dabei kommen 140 Menschen ums Leben (**10.4.1991**).

Albanien

Das albanische Parlament wählt Ramiz Alia zum Staatspräsidenten (**30.4.1991**). Ramiz Alia war bisher kommunistischer Parteichef und Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung.

Bangladesh

Katastrophen/Unwetter

Ein katastrophaler Wirbelsturm fordert in Bangladesh rund 130 000 Tote (**30.4.1991**).

Nepal

In Nepal finden die ersten Mehrparteienwahlen seit 1959 statt. Der Nepali Congress gewinnt 110 der 205 Parlamentsmandate. Zweitstärkste Kraft sind die Kommunisten – Communist Party of Nepal (Unified Marxist Leninist) – mit 69 Sitzen (**12.5.1991**). Girija Prasad Koirala vom Nepali Congress wird Regierungschef. Der Bruder des ehemaligen Ministerpräsidenten Bishweshwar Prasad Koirala gehört zu den dominierenden Politikern Nepals. Bis 2008 wird er vier Mal das Land regieren.

Deutschland

Der Deutsche Bundestag stimmt der Einführung eines Solidaritätszuschlags zu (**14.5.1991**). Die Ergänzungsabgabe ist zunächst befristet für die Deckung der Kosten des Golfkrieges bestimmt, ab Mitte der 90er Jahre unbefristet für die Finanzierung der Deutschen Einheit.

Frankreich

Erstmals erhält Frankreich eine Premierministerin: Die sozialistische Politikerin Édith Cresson wird Regierungschefin (**15.5.1991**).

Kroatien

Die Bevölkerung Kroatiens spricht sich in einem Referendum mit 95 Prozent Ja-Stimmen für die Unabhängigkeit aus (**19.5.1991**). Die serbische Bevölkerung boykottiert den Urnengang.

Äthiopien

Der äthiopische Machthaber Mengistu Haile Mariam wird von Rebellengruppen gestürzt (**21.5.1991**). Die „Revolutionäre Demokratische Front des Äthiopischen Volkes“ (EPRDF) unter Führung von Meles Zenawi gelangt an die Macht.

Indien/Sri Lanka

Der frühere indische Premierminister Rajiv Gandhi fällt während eines Wahlkampfauftritts im Unionsstaat Tamil Nadu einem Anschlag zum Opfer (**21.5.1991**). Der Mordanschlag steht in Zusammenhang mit dem Konflikt in Sri Lanka. Die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) bezeichnen sich als Urheber.

Äthiopien/Israel

Mit einer Luftbrücke werden innert 36 Stunden rund 14 000 äthiopische Juden (Falaschen) aus der Hauptstadt Addis Abeba nach Israel ausgeflogen. Für die Evakuierung aus dem Krisenstaat Äthiopien – „Operation Salomon“ – werden 35 israelische Flugzeuge eingesetzt (**25.5.1991**).

Suriname

In Suriname wird ein neues Parlament gewählt (**25.5.1991**). Die New Front für Democracy and Development gewinnt 30 der 51 Sitze. Zwölf Mandate erhält die National Democratic Party von Desiré „Desi“ Bouterse. Das Parlament wählt am 7. September Ronald Venetiaan zum neuen Staatspräsidenten

Georgien

Swiad Gamsachurdia wird mit einem Stimmenanteil von rund 87 Prozent zum georgischen Staatspräsidenten gewählt (**26.5.1991**). Der Schriftsteller und ehemalige Menschenrechtsaktivist ist der erste demokratisch gewählte Staatsherr Georgiens. Zuvor stand er an der Spitze des Parlaments.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Historiker Edgar Bonjour stirbt im Alter von 92 Jahren (**26.5.1991**).

Angola

Die angolanischen Bürgerkriegsparteien unterzeichnen ein Friedensabkommen (**31.5.1991**). Die Vereinbarung hält jedoch nicht lange.

Myanmar/Bangladesh

Massenflucht von Rohingya aus Myanmar nach Bangladesh (**Juni 1991**). Die Angehörigen der muslimischen Minderheit im nördlichen Rakhine-Staat, werden von Sicherheitskräften verfolgt und suchen Schutz im benachbarten Bangladesh.

Sowjetunion/Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik

Boris Jelzin wird mit 58,8 Prozent der Stimmen zum Präsidenten der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik gewählt (**12.6.1991**). Es handelt sich um die erste freie Volkswahl. Auf seinen Herausforderer, den früheren Ministerpräsidenten Nikolai Ryschkow, entfallen 17,2 Prozent.

Sowjetunion

Mit 54 Prozent Ja-Stimmen billigt die Bevölkerung von Leningrad die Wiedereinführung des Namens St. Petersburg (**12.6.1991**).

Schweiz

Frauenstreik in der Schweiz: Mehr als eine halbe Million Schweizerinnen legen einen Tag ihre Arbeit nieder oder beteiligen sich an Aktionen, um gegen die zögerliche Umsetzung des Gleichberechtigungsartikels in der Bundesverfassung zu protestieren (**14.6.1991**).

Kanada/Quebec

Gründung des sozialdemokratisch orientierten Bloc québécois als Interessenvertreter der Anliegen der französischsprachigen Provinz Quebec auf Bundesebene (**15.6.1991**). Erster Vorsitzender wird Lucien Bouchard

Indien

Bei den Parlamentswahlen in Indien (20.5. bis **15.6. 1991**) erhält keine Partei die absolute Mehrheit. Die Kongresspartei (Indian National Congress/INC) unter Führung von Narasimha Rao erhält 244 der 545 Mandate. Zweistärkste Kraft ist die hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) mit 120 Sitzen. Mit Unterstützung von Linksparteien bildet Narasimha Rao eine Minderheitsregierung (21.6.1991).

Philippinen

Katastrophen/Vulkanausbruch

Auf der philippinischen Insel Luzon kommen rund 1000 Menschen beim Ausbruch des Vulkans Pinatubo ums Leben. Etwa 400 000 Menschen werden obdachlos (**15.6.1991**).

Kambodscha

Die Bürgerkriegsparteien Kambodschas einigen sich auf einen unter UNO-Vermittlung ausgehandelten Waffenstillstand (**24.6.1991**).

Jugoslawien/Kroatien

Jugoslawienkriege/Kroatienkrieg

Zerfall Jugoslawiens: Die bisherige jugoslawische Teilrepublik Kroatien erklärt sich unabhängig (**25.6.1991**). Nach der Unabhängigkeitserklärung häufen sich die Zusammenstöße zwischen serbischen Milizen (unterstützt von der jugoslawischen Volksarmee) auf der einen und kroatischen Polizeikräften sowie der Nationalgarde auf der anderen Seite und eskalieren zu kriegerischen Auseinandersetzungen.

Jugoslawien/Slowenien

Jugoslawienkriege

Die bisherige jugoslawische Teilrepublik Slowenien erklärt sich unabhängig (**25.6.1991**). Die jugoslawische Volksarmee erhält den Befehl zum Eingreifen. Die slowenische Territorialverteidigung leistet Widerstand. Die bewaffneten Auseinandersetzungen dauern zehn Tage (Zehntagekrieg).

Comecon

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) – die Wirtschaftsorganisation der Ostblockstaaten – wird aufgelöst (**28.6.1991**).

Warschauer Pakt

Der Warschauer Pakt – das Verteidigungsbündnis des Ostblocks – wird aufgelöst (**1.7.1991**).

Kolumbien

Kolumbien erhält eine neue Verfassung (**4.7.1991**). Festgeschrieben sind unter anderem die staatliche Verpflichtung zur Wahrung der Menschenrechte und das Recht der indigenen Völker auf Selbstbestimmung.

Jugoslawien/Slowenien/Kroatien

Jugoslawienkriege/Kroatienkrieg

Im Brioni-Abkommen (**7.7.1991**) verpflichtet sich die jugoslawische Volksarmee zum Rückzug aus Slowenien. Slowenien und Kroatien erklären sich bereit, für drei Monate die Unabhängigkeit auszusetzen. In diesen drei Monaten soll über eine friedliche Lösung des Jugoslawien-Konflikts verhandelt werden. Für Slowenien erfüllen sich die Erwartungen: Die jugoslawische Volksarmee zieht sich zurück und Jugoslawien anerkennt die Unabhängigkeit Sloweniens. In Kroatien jedoch verschärft sich die Situation.

Österreich

Der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky erklärt in einer Rede vor dem Parlament, Österreich müsse sich zur dunklen Seite seiner Geschichte bekennen, „zur Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben“ (**8.7.1991**).

Sri Lanka

In Sri Lanka liefern sich die Armee und die Tamil Tigers (Liberation Tigers of Tamil Eelam/LTTE) am Elefantenpass – Verbindung zwischen der Jaffna-Halbinsel und der Hauptinsel – die bisher schwersten und verlustreichsten Gefechte (ab **10.7.1991**). Hunderte Guerillas und Soldaten kommen dabei ums Leben. Am Elefantenpass kommt es während des Bürgerkriegs immer wieder zu schweren Kämpfen.

Südafrika

Atomwaffensperrvertrag

Südafrika tritt dem Atomwaffensperrvertrag bei (**10.7.1991**). Südafrika produzierte in den Siebzigerjahren unter höchster Geheimhaltung Atomwaffen. Erst 1993 wurde dies offiziell mitgeteilt. Staatspräsident Frederik Willem de Klerk teilte dem Parlament am 24. März 1993 mit, seit 1974 habe Südafrika sechs Atomsprengsätze produziert. Diese seien unter internationaler Kontrolle vernichtet worden.

Abrüstung/Rüstungskontrolle/Start-Abkommen

USA/Sowjetunion

US-Präsident George H.W. Bush und der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow unterzeichnen in Moskau ein neues Abrüstungsabkommen: Strategic Arms Reduction Treaty – Start (**31.7.1991**). Das Start-I-Abkommen sieht innerhalb von sieben Jahren eine Reduktion der strategischen Nuklearwaffensysteme der USA und der Sowjetunion um etwa ein Drittel auf Obergrenzen von 1600 Trägersystemen und 6000 Gefechtsköpfe vor. Maximal 4900 Gefechtsköpfe dürfen auf Interkontinentalraketen bereitgehalten werden.

Schweiz

Die Schweiz feiert 700 Jahre Eidgenossenschaft (**1.8.1991**).

World Wide Web/Internet

Technischer Meilenstein: Der britische Physiker Tim Berners-Lee macht am Europäischen Kernforschungszentrum Cern die erste Website im Internet öffentlich (**6.8.1991**). Das World Wide Web (www) revolutioniert das Informationswesen und die Informationsbeschaffung.

Korea (Nordkorea)

Korea (Südkorea)

UNO

Nordkorea und Südkorea werden Mitglieder der Vereinten Nationen (**8.8.1991**).

Laos

Laos erhält eine neue Verfassung, in der die Führungsrolle der Revolutionären Volkspartei festgeschrieben ist (**14.8.1991**).

Sowjetunion

„August-Putsch“ in Moskau (**18.8. bis 21.8.1991**). Einen Tag vor der geplanten Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrages (Union Souveräner Staaten) versuchen kommunistische Hardliner – unter ihnen Vizepräsident Gennadi Janajew, Ministerpräsident Walentin Pawlow und KGB-Chef Wladimir Krjutschkow – die Macht zu ergreifen.

- Der auf der Krim in den Ferien weilende Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow wird für amtsunfähig erklärt und unter Hausarrest gestellt.
 - Panzer rollten durch Moskau und riegelten das Weisse Haus (Sitz des Obersten Sowjets der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik) ab.
 - Die Putschisten bilden ein „Notstandskomitee“, verhängen den Ausnahmezustand und erklären, sie wollten die Sowjetunion vor dem Zerfall retten.
 - An die Spitze des Widerstandes stellt sich der Präsident der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, Boris Jelzin. Er erklärt den Putsch für illegal und ruft zum Widerstand auf. Die Armee verweigert dem Notstandskomitee die Gefolgschaft.
 - Der Putschversuch scheitert nach 60 Stunden. Gorbatschow kehrt nach Moskau zurück.
- Der „August-Putsch“ hat weitreichende Folgen. Nach und nach erklären die Unionsrepubliken ihre Unabhängigkeit.

Estland/Sowjetunion

Die bisherige Estnische Sowjetrepublik erklärt sich für unabhängig (**20.8.1991**). Erster Ministerpräsident wird Edgar Savisaar, einer der Gründer der Estnischen Volksfront.

Lettland/Sowjetunion

Die bisherige Lettische Sowjetrepublik erklärt sich für unabhängig und setzt die Verfassung von 1922 wieder in Kraft (**21.8.1991**).

Ukraine/Sowjetunion

Die bisherige Ukrainische Sowjetrepublik erklärt sich für unabhängig. Einen entsprechenden Beschluss verabschiedet das Parlament der bisherigen Ukrainischen Sowjetrepublik (**24.8.1991**).

Belarus(Weissrussland)/Sowjetunion

Die bisherige Weissrussische Sowjetrepublik erklärt sich für unabhängig und nennt sich: Republik Belarus (**25.8.1991**). Der Atomphysiker Stanislaw (Stanislau) Schuschkewitsch wird Vorsitzender des Parlaments und damit Staatsoberhaupt (19.9.1991).

Moldau/Transnistrien/Sowjetunion

Die bisherige Moldauische Sowjetrepublik erklärt sich für unabhängig (**27.8.1991**). Das Gebiet Transnistrien mit russischer und ukrainischer Bevölkerung sieht sich nicht als Teil der Republik Moldau.

Sowjetunion

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) wird aufgelöst und unionsweit verboten (**29.8.1991**). Nachfolgerin ist die 1993 gegründete Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) unter dem Vorsitz von Gennadi Sjaganow.

Sowjetunion/Kasachstan

Das in Kasachstan gelegene sowjetische Atomwaffentestgelände Semipalatinsk wird stillgelegt (**29.8.1991**).

Aserbaidshan/Sowjetunion

Das Parlament der bisherigen Aserbaidshanischen Sowjetrepublik beschliesst die Wiederherstellung der Unabhängigkeit (**30.8.1991**). Der Beschluss tritt am 18. Oktober 1991 in Kraft (Unabhängigkeitstag).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Plastiker, Maler und Zeichner Jean Tinguely, bekannt für seine beweglichen und maschinenartigen Skulpturen, stirbt im Alter von 66 Jahren (**30.8.1991**).

Kirgistan/Sowjetunion/

Die bisherige Kirgisische Sowjetrepublik erklärt sich für unabhängig (**31.8.1991**).

Anmerkung: Es gibt verschiedene Schreibweisen: Kirgistan, Kirgisistan, Kirgisien. Vor der Unabhängigkeit: Kirgisische Sowjetrepublik oder Kirgisien. Nach der Unabhängigkeit: Kirgistan oder Kirgisistan

Usbekistan/Sowjetunion

Die bisherige Usbekische Sowjetrepublik erklärt sich für unabhängig (**31.8.1991**).

Karabach-Konflikt

Berg-Karabach

Aserbaidshan/Armenien

Die bisher zu Aserbaidshan gehörende und mehrheitlich von Armeniern bewohnte Region Berg-Karabach (Nagorni Karabach) erklärt sich für unabhängig (**2.9.1991**). In einer Volksabstimmung (10.12.1991) wird die Unabhängigkeit bestätigt. Es kommt zum offenen Krieg zwischen Armenien und Aserbaidshan um Berg-Karabach. Armenische Einheiten besetzen sowohl Berg-Karabach als auch umliegendes aserbaidshanisches Territorium. Hunderttausende Aserbaidshaner werden vertrieben.

Sowjetunion

Iwan Silajew wird neuer sowjetischer Regierungschef (**6.9.1991**). Er ist nur rund drei Monate – bis zur Auflösung der Sowjetunion – im Amt.

Vanuatu

Der erste Premierminister des Südpazifikstaates Vanuatu, Walter Lini, tritt nach elfjähriger Amtszeit nach einem Misstrauensvotum im Parlament zurück (**6.9.1991**).

Vanuatu erlebt in den kommenden 30 Jahren über 20 Regierungswechsel.

Kongo-Brazzaville

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In der Republik Kongo-Brazzaville stossen im Bahnhof von Mvongouti ein Personen- und ein Güterzug frontal zusammen. Über 130 Menschen kommen ums Leben (**6.9.1991**).

Westsahara/Marokko

UNO

Im Konflikt um die Westsahara tritt ein Waffenstillstand zwischen Marokko und der Befreiungsbewegung Polisario in Kraft (**6.9.1991**). Überwacht wird der Waffenstillstand von der vom UNO-Sicherheitsrat am 29. April 1991 eingesetzten Mission für die Durchführung eines Referendums – Minurso (United Nations Mission for the Referendum in Western Sahara). Die Durchführung des Referendums über die Unabhängigkeit der Westsahara oder Integration in das Königreich Marokko scheitert immer wieder über die Frage, wer abstimmungsberechtigt ist.

Mazedonien/Jugoslawien/Griechenland

Die Bevölkerung der bisherigen jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien befürwortet die Unabhängigkeit (**8.9.1991**). Der Ja-Stimmenanteil beträgt fast 95 Prozent. Zehn Tage später (18.9.1991) folgt die Proklamation der Unabhängigkeit. Staatspräsident ist Kiro Gligorov; die Regierung wird von Nikola Kljušev (Kljusev) geleitet. Wegen des Staatsnamens Republik Mazedoniens bricht ein Streit mit Griechenland (Region Makedonien) aus. In internationalen Gremien erhält Mazedonien die Bezeichnung Former Yugoslav Republik of Macedonia (FYROM).

Aserbaidshan

Erstmals wird in Aserbaidshan das Staatsoberhaupt direkt vom Volk gewählt. Einziger Kandidat ist der bisherige KP-Chef Ajas Muta-libow. Er erhält rund 98 Prozent der Stimmen. (**8.9.1991**).

Tadschikistan/Sowjetunion

Die bisherige Tadschikische Sowjetrepublik erklärt sich für unabhängig (**9.9.1991**). Da Präsident Kachar Machkanow nach heftigen Protesten der demokratischen Opposition Ende August zurückgetreten war, übernimmt für einige Wochen ein Übergangspräsident die Staatsführung.

Schweden

Schwedens Sozialdemokraten müssen bei der Reichstagswahl hohe Verluste in Kauf nehmen. Zum ersten Mal seit 1928 fällt ihr Stimmenanteil unter die 40-Prozent-Marke. Dennoch bleiben sie stärkste Kraft mit 138 (minus 18) Sitzen. Die Moderate Sammlungspartei gewinnt 14 Mandate hinzu und entsendet als zweitstärkste Partei 80 Abgeordnete ins Parlament. Die drittplatzierte Volkspartei – Die Liberalen erhält 33 Mandate (minus 11). Elf Sitze verliert auch die Zentrumspar-tei: sie hat 31 Abgeordnete. Zu den Gewinnern gehören die Christdemokraten, die mit 26 Abgeordneten ins Parlament einziehen sowie die rechtspopulistische Neue Demokratie, die auf Anhieb 25 Sitze gewinnt. Die Grünen verlieren die 1988 gewonnenen 20 Sitze (**15.9.1991**).

Bangladesh

Die Bevölkerung von Bangladesh heisst in einem Verfassungsreferendum den Wechsel von der Präsidialverfassung zu einem parlamentarischen System gut. Die Exekutivgewalt liegt künftig beim Regierungschef bzw. bei der Regierungschefin (**15.9.1991**).

Gletschermumie/Ötzi

In den Ötztaler Alpen, auf Südtiroler Territorium, wird eine Gletschermumie entdeckt (**19.9.1991**). Die mumifizierte Leiche des Mannes – er wird wegen des Fundortes Ötzi genannt – wird auf rund 5300 Jahre geschätzt.

Armenien/Sowjetunion

Die Bevölkerung Armeniens stimmt mit 99,5 Prozent der Unabhängigkeit der bisherigen Sowjetrepublik Armenien zu (**21.9.1991**).

Liechtenstein/Efta

Das Fürstentum Liechtenstein wird Mitglied der Europäischen Freihandelsassoziation/Efta (**21.9.1991**).

Armenien

Armenien erklärt sich für unabhängig (**23.9.1991**). Levon Ter-Petrosian wird in einer Volkswahl mit 83 Prozent der Stimmen zum Staatschef gewählt (16.10.1991).

Rumänien

Unter massivem Druck von protestierenden Bergarbeitern tritt der rumänische Ministerpräsident Petre Roman zurück (**26.9.1991**). Angeführt von Miron Cozma demonstrieren etwa 10 000 Bergleute aus dem Schil-Tal in Bukarest gegen die Regierung, um Lohnforderungen durchzusetzen. Während der sogenannten vierten Mineriade kommt es zu gewaltsamen Ausschreitungen und Strassenschlachten.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Jazztrompeter und Bandleader Miles Davis stirbt im Alter 65 Jahren (**28.9.1991**).

Haiti

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)/USA

Armeeputsch in Haiti: Staatspräsident Jean-Bertrand Aristide wird rund sieben Monate nach seiner Amtseinführung von der Armee abgesetzt. General Raoul Cédras übernimmt die Macht (**29.9.1991**). Aristide flüchtet nach Venezuela und von dort in die USA.

Nach dem Umsturz herrschen in Haiti Chaos und Terror. Paramilitärische Gruppen wie der Front Révolutionnaire Armé pour le Progrès d'Haiti (FRAPH) terrorisieren die Bevölkerung. Menschenrechtsorganisationen schlagen Alarm. Zehntausende Menschen flüchten mit Booten ausser Landes, in der Hoffnung in Florida Asyl zu erhalten. Nach der Organisation Amerikanische Staaten (OAS) verhängen auch die USA Sanktionen gegen das Regime in Haiti (29.10.1991).

Jugoslawien/Serbien/Kosovo

Die albanische Bevölkerungsmehrheit der serbischen Provinz Kosovo befürwortet in einer geheim durchgeführten Volksabstimmung die Schaffung einer unabhängigen Republik Kosovo (**30.9.1991**). Die jugoslawische Teilrepublik Serbien bezeichnet die Abstimmung für illegal.

Schweden

Schweden erhält nach neun Jahren Unterbruch wieder eine bürgerliche Regierung (**4.10.1991**). Die vier Mitte-rechts-Parteien – Zentrums-Partei, Volkspartei, Moderate Sammlungspartei und Christdemokraten – bilden ein Regierungsbündnis. Neuer Ministerpräsident wird Carl Bildt von der Moderaten Sammlungspartei.

Japan

Der japanische Ministerpräsident Kaifu Toshiki gibt seinen Rücktritt bekannt (**5.10.1991**). Er scheitert am innerparteilichen Widerstand gegen Reformvorhaben. Neuer Regierungschef und Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei wird Miyazawa Kiichi.

Portugal

Die regierende liberal-konservative Sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata/PSD) bleibt stärkste Kraft im portugiesischen Parlament (**6.10.1991**). Sie gewinnt 135 (minus 13) der 230 Sitze. Die Sozialistische Partei (Partido Socialista/PS) erhält 72 (plus 12) und das Coligação Democrática Unitária (CDU), ein Bündnis aus der Kommunistischen Partei (Partido Comunista Português/PCP) und den Grünen (Partido Ecologista Os Verdes/PEV), 17 Mandate (minus 14).

Kroatien/Jugoslawien

Nach Ablauf des im Brioni-Abkommen (7.7.1991) vereinbarten dreimonatigen Moratoriums zur Aussetzung der Unabhängigkeit beschliesst das kroatische Parlament, alle staatsrechtlichen Beziehungen zu Jugoslawien abzubrechen (**8.10.1991**).

Kirgistan

Der im Oktober 1990 vom Obersten Sowjet der Kirgisischen Sowjetrepublik zum Präsidenten gewählte Askar Akajew wird in einer Volkswahl mit einem Stimmenanteil von 95,4 Prozent im Amt bestätigt (**12.10.1991**).

Friedensnobelpreis

Myanmar

Der in Myanmar unter Hausarrest stehenden Regimekritikerin und Menschenrechtsaktivistin Aung San Suu Kyi wird „für ihren gewaltlosen Kampf für Demokratie und Menschenrechte“ der Friedensnobelpreis zugesprochen (**14.10.1991**). Ihr Ehemann und ihre beiden Söhne nehmen den Preis am 10. Dezember in Oslo entgegen.

Jugoslawien/Bosnien-Herzegowina

Das Parlament der jugoslawischen Teilrepublik Bosnien-Herzegowinas verabschiedet gegen die Stimmen der serbischen Vertreter ein Memorandum zur Unabhängigkeit (**15.10.1991**). Die serbischen Abgeordneten verlassen das Parlament in Sarajevo und gründen unter Führung von Radovan Karadžić (*Karadzic*) ein eigenes „serbisches Parlament“ in Banja Luka.

USA/Korea (Südkorea)

US-Präsident George H.W. Bush ordnet den Abzug aller taktischen Atomwaffen aus Südkorea an (**19.10.1991**). Südkorea bleibt aber unter dem US-Nuklearschirm (Bomber, U-Boote).

Bulgarien

Die konservative Union demokratischer Kräfte geht als Siegerin aus der Parlamentswahl in Bulgarien hervor (**19.10.1991**). Sie erobert 110 der 240 Sitze. Zweitstärkste Kraft ist die von der Sozialistischen Partei angeführte Koalition für Bulgarien mit 106 Mandaten.

Schweiz

Die Nationalratswahlen in der Schweiz stehen im Zeichen markanter Sitzverschiebungen: Auf der Verliererseite stehen die Freisinnigen (FDP) und Christdemokraten (Christlichdemokratische Volkspartei/CVP) mit je 7 Sitzverlusten; auf der Gewinnerseite die Autopartei und die Grüne Partei der Schweiz (GPS). Mit 44 Mandaten bleiben die Freisinnigen stärkste Partei vor den Sozialdemokraten (SP) mit unverändert 41 und den Christdemokraten (CVP) mit 35 Sitzen. Es folgen die Schweizerische Volkspartei (SVP) mit 25 Sitzen (unverändert), die Grüne Partei der Schweiz (GPS) mit 14 (plus 5), die Liberalen (LPS) mit 10 (plus 1) und die Autopartei mit 8 Sitzen (plus 6). Der Landesring der Unabhängigen (LDU) hat nur noch fünf Abgeordnete. Neu vertreten sind die Lega dei Ticinesi mit zwei und die Eidgenössische Demokratische Union (EDU) mit einem Abgeordneten. Die Schweizer Demokraten (SD) – die ehemalige Nationale Aktion für Volk und Heimat (NA) – entsenden fünf Parlamentarier. Auf die übrigen Parteien entfallen 10 Mandate. Nicht mehr vertreten sind die Progressiven Organisationen der Schweiz/ POCH (**20.10.1991**).

Im Ständerat werden die Freisinnigen stärkste Kraft dank vier Mandatsgewinnen. Die Christdemokraten verlieren 3 Sitze. Erstmals ist die Lega dei Ticinesi vertreten. Die 46 Mandate verteilen sich wie folgt: Freisinnige 18 (plus 4), Christdemokraten (CVP): 16 (minus 3), Schweizerische Volkspartei (SVP): 4 (unv.), Sozialdemokraten (SP): 3 (minus 2), Liberale Partei (LPS): 3 (unv.), LDU: 1 (unv.), Lega dei Ticinesi: 1 (plus 1).

Türkei

In der Türkei geht die gemässigt konservative Partei des rechten Weges (DYP) von Süleyman Demirel als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Sie gewinnt 178 (plus 119) der 450 Mandate. Die liberal-konservative Mutterlandspartei (Anap) verliert 177 Mandate und entsendet noch 115 Abgeordnete in die Grosse Nationalversammlung. Drittstärkste Kraft ist die Sozialdemokratische Populistische Partei (SHP) mit 88 Sitzen. Die islamische Wohlfahrtspartei (RP) ist mit 62 Abgeordneten vertreten (**20.10.1991**). Die Führung der Regierung übernimmt Süleyman Demirel (20.11.1991). Es ist seine siebte Regierung seit 1965.

Kambodscha

UNO

Kambodschas Konfliktparteien einigen sich in Paris auf ein Friedensabkommen (**23.10.1991**). Auch die Roten Khmer schliessen sich dem Abkommen zunächst an. Eine wichtige Rolle im Friedensprozess übernehmen die Vereinten Nationen. Die UNO setzt ab Februar 1992 eine Übergangsverwaltung (Untac) ein. Ihre Hauptaufgabe ist die Wiederherstellung einer zivilen und demokratischen Ordnung sowie die Durchführung freier Wahlen. Zur Untac gehört eine 16 000 Mann starke UNO-Friedenstruppe. Die Untac-Mission endet im September 1993.

Polen

In Polen finden die ersten völlig freien Parlamentswahlen seit Ende des kommunistischen Regimes statt (**27.10.1991**). Die liberale Demokratische Union (UD) geht als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor und gewinnt 62 der 460 Sitze im Sejm. Das exkommunistische Bündnis der Demokratischen Linken (SLD) bildet die zweitstärkste Fraktion mit 60 Abgeordneten. Es folgen die Katholische Wahlaktion (WAK) mit 49, die Bauernpartei (PSL) mit 48, die Konföderation Unabhängiges Polen (KPN) mit 46 und die Zentrumsallianz (POC) mit 44 Mandaten. Der Liberal-Demokratische Kongress entsendet 37 und die Bauernallianz 28 Vertreter. Die Gewerkschaft Solidarność (*Solidarnosc*) muss sich mit 27 Abgeordneten begnügen.

Turkmenistan/Sowjetunion

Die bisherige turkmenische Sowjetrepublik erklärt sich für unabhängig (**27.10.1991**). An der Spitze der Republik Turkmenistan steht der im Vorjahr (27.10.1990) zum Präsidenten gewählte Saparmurad Nijasow.

Kolumbien

Nach Inkrafttreten einer neuen Verfassung wird in Kolumbien das Parlament neu gewählt (**27.10.1991**). Im Abgeordnetenhaus bleibt der Partido Liberal stärkste Kraft mit 87 von 169 Sitzen. Der Partido Conservador gewinnt 27 Mandate. Neu vertreten sind die Alianza Democrática M-19 mit 13 und das konservative Movimiento de Salvación Nacional mit 11 Sitzen.

Nahost-Konflikt

Madrider Friedenskonferenz

Unter Schirmherrschaft der USA und der Sowjetunion beginnt in Madrid eine Nahost-Friedenskonferenz (**30.10.1991**). Vertreten sind Israel, Syrien, Jordanien und Libanon. Zur jordanischen Delegation gehören auch Palästinenser. Die Präsidenten George H.W. Bush und Michail Gorbatschow fordern die Teilnehmer auf, eine umfassende Friedensregelung zu suchen. Aus der Madrider Konferenz gehen bilaterale Verhandlungen zwischen Israel und seinen Nachbarn sowie multilaterale Arbeitsgruppen hervor.

Sambia

Nach 27 Jahren endet in Sambia die Ära Kaunda. Zum neuen Präsidenten anstelle von Kenneth Kaunda wird Frederick Chiluba vom Movement for Multy-Party Democracy (MMD) gewählt (**31.10.1991**). Das MMD stellt bis 2011 die Staatpräsidenten. Auf Frederick Chiluba folgen im Jahr 2002 Levy Mwanawasa, der 2008 im Amt stirbt, und danach Rupiah Banda.

Sowjetunion/Tschetschenien

Die bisher zur Russischen Sowjetrepublik gehörende autonome Teilrepublik Tschetschenien erklärt sich für unabhängig (**1.11.1991**). Zum Präsidenten wurde wenige Tage zuvor (27.10.1991) Dschochar Dudajew gewählt. Moskau erklärt die Unabhängigkeit für ungültig.

Philippinen

Katastrophen/Unwetter

Auf den Philippinen fordert der Taifun „Thelma“ über 5000 Tote. Besonders betroffen sind die Inseln Samar, Leyte und Negros (**8.11.1991**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Chansonnier Yves Montand stirbt im Alter von 70 Jahren (**9.11.1991**).

Djibouti

In Djibouti münden Spannungen zwischen den Somalis vom Issa-Clan und der Volksgruppe der Afar in einen Bürgerkrieg (**12.11.1991**). Die Widerstandsorganisation Front pour la restauration de l'unité et la démocratie (FRUD) wirft dem vom Issa-Clan dominierten Regime von Präsident Hassan Gouled Aptidon vor, die Afar zu benachteiligen. Ein erstes Friedensabkommen wird am 26.12.1994 geschlossen, ein zweites, das dem Bürgerkrieg ein Ende setzt, am 12.5.2001. Oppositionsangehörige werden in die Regierung aufgenommen.

Indonesien/Osttimor (Timor-Leste)

Indonesische Sicherheitskräfte töten in Osttimor (Timor-Leste) bei einer Gedenkfeier für den erschossenen Unabhängigkeitskämpfer Sabastião Gomes auf dem Friedhof von Santa Cruz über 200 Menschen (**12.11.1991**). Osttimor ist 1975 von Indonesien besetzt und anschliessend annektiert worden.

Jugoslawienkriege/Kroatienkrieg

Kroatien/Jugoslawien/Serbien

Serbische Freischärler und die jugoslawische Volksarmee erobern nach dreimonatiger Belagerung die kroatische Grenzstadt Vukovar (**18.11.1991**). Die Stadt wurde durch massiven Beschuss weitgehend zerstört.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Schauspieler Klaus Kinski stirbt im Alter von 65 Jahren (**23.11.1991**).

Tadschikistan

Der frühere tadschikische KP-Chef Rahmon Nabijew wird mit rund 57 Prozent der Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt (**24.11.1991**).

Belgien

Parlamentswahl in Belgien: Sowohl Christdemokraten als auch Sozialisten müssen Verluste hinnehmen. Stärkste Kraft bleibt die Christelijke Volkspartij (CVP) mit 39 Sitzen (minus 4). Der Parti Socialiste (PS) erhält 35 (minus 5) und die Socialistische Partij (SP) 28 (minus 4) Mandate. Die liberale Partij voor Vrijheid en Vooruitgang (PVV) entsendet 26 und der Parti Réformateur Libéral (PRL) 20 Abgeordnete. Der frankophone Parti Social Chrétien (PSC) erhält 18 Mandate. Der rechtspopulistische Vlaams Blok gewinnt 10 Mandate hinzu und ist mit 12 Parlamentariern in der Abgeordnetenversammlung vertreten. Die Volksunie erhält 10 (minus 6) Sitze (**24.11.1991**).

Ukraine

Die Bevölkerung der Ukraine stimmt mit rund 92 Prozent Ja-Stimmen der Unabhängigkeit der bisherigen Sowjetrepublik zu und wählt den Parlamentsvorsitzenden Leonid Krawtschuk zum ersten Staatspräsidenten (1.12.1991). An der Spitze der Regierung steht Witold Fokin.

Kasachstan/Sowjetunion

Nursultan Nasarbajew geht als Sieger der ersten Volkswahl des Präsidenten von Kasachstan hervor. Er erhält 91,5 Prozent der Stimmen (**1.12.1991**). Nasarbajew war im April 1990 vom Obersten Sowjet der Sowjetrepublik Kasachstan zum Präsidenten ernannt worden.

Transnistrien/Moldau

Die Bevölkerung von Transnistrien spricht sich mit einem Stimmanteil von 97,7 Prozent für die Unabhängigkeit und Abspaltung von der Republik Moldau aus. Zum ersten Präsidenten der Pridnestrowischen Moldauischen Republik wird Igor Smirnow gewählt (**1.12.1991**).

UNO

Ägypten

Die UNO-Vollversammlung wählt den stellvertretenden ägyptischen Ministerpräsidenten Boutros Boutros-Ghali zum neuen Generalsekretär der Vereinten Nationen (**3.12.1991**).

Jugoslawienkriege/Kroatienkrieg

Kroatien/Jugoslawien

Die seit Wochen von Serben und der jugoslawischen Volksarmee belagerte kroatische Stadt Dubrovnik gerät unter massiven Beschuss. In der Altstadt von Dubrovnik, Weltkulturerbe der Unesco, werden über 400 Bauwerke zum Teil schwer beschädigt (**6.12.1991**).

Moldau

Mircea Snegur wird zum ersten Präsidenten der unabhängigen Republik Moldau gewählt (**8.12.1991**). Snegur war seit 1989 Vorsitzender des Präsidiums der Obersten Sowjets der Moldauischen Sowjetrepublik.

Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)

Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik/Ukraine/Belarus

Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik, die Ukraine und Belarus (Weissrussland) stellen die Weichen für die Auflösung der Sowjetunion und gründen die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten – GUS (**8.12.1991**).

Literaturnobelpreis

Südafrika

Die südafrikanische Schriftstellerin Nadine Gordimer wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1991**).

Nigeria

Abuja wird neue Hauptstadt von Nigeria anstelle von Lagos (**12.12.1991**).

Korea (Nordkorea)

Korea (Südkorea)

Die Regierungschefs Nordkoreas und Südkoreas unterzeichnen in Seoul ein Abkommen über Aussöhnung, Nichtangriff, Austausch und Zusammenarbeit (**13.12.1991**).

Sistema de la Integración Centroamericano (Sica)

Organización de Estados Centroamericanos (Odeca)

Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, und Panama gründen die Organisation Sistema de la Integración (Sica). Centroamericana (**13.12.1991**). Sica tritt die Nachfolge der 1951 gegründeten Organisation Mittelamerikanischer Staaten – Organización de Estados Centroamericanos (Odeca) an.

Kasachstan/Sowjetunion

Die bisherige Sowjetrepublik Kasachstan erklärt sich für unabhängig (**16.12.1991**).

Trinidad und Tobago

In Trinidad und Tobago kehrt das People's National Movement nach fünf Jahren an die Macht zurück. Als Sieger der Parlamentswahl erobert das People's National Movement 21 (plus 18) der 36 Sitze. Die bisher regierende National Alliance for Reconstruction von Premierminister A.N.R. Robinson muss sich mit 2 (minus 31) Sitzen begnügen (**16.12.1991**). Neuer Regierungschef wird Patrick Manning. Er regiert bis 1995 und von 2001 bis 2010.

Ägypten

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Die ägyptische Fähre „Salem Express“ läuft im Roten Meer auf ein Korallenriff auf (**16.12.1991**). Das Schiff, das vor allem Pilger an Bord hatte, sinkt in wenigen Minuten. Laut der Passagierliste kommen über 700 Menschen ums Leben. Vermutlich ist die Zahl der Opfer jedoch höher.

Kroatien/Serbische Republik Krajina

Kroatien verliert die Kontrolle über rund 30 Prozent seines Gebiets. Die Krajina-Serben proklamieren die Serbische Republik Krajina mit der Hauptstadt Knin (**19.12.1991**). Präsident der international nicht anerkannten Republik wird Milan Babić (Babic). Auch die serbisch kontrollierten Gebiete in Ostslawonien, Baranja und Westsirmien schliessen sich der Serbischen Republik Krajina an. Zehntausende Kroaten werden vertrieben.

Australien

Der australische Premierminister Bob Hawke wird von seiner Labor-Party entmachtet und durch den ehemaligen Schatzkanzler Paul Keating ersetzt. Regierungschef Hawke war über acht Jahre im Amt (**20.12.1991**).

Sowjetunion

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

Die 1922 gegründete Sowjetunion wird für aufgelöst erklärt (**21.12.1991**). An einer Konferenz in Alma-Ata (Kasachstan) treten nach der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, Belarus und der Ukraine auch

Armenien, Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgistan, Moldau, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) bei. In der Erklärung von Alma Ata heisst es: „Mit der Schaffung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten hört die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf zu existieren“. Mit Ausnahme von Estland, Lettland und Litauen treten alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion der GUS bei. Georgien wird 1993 Mitglied.

Georgien

Blutiger Machtkampf in Georgien: Teile der Nationalgarde erheben sich unter Führung von Tengis Kitowani gegen das Regime von Präsident Swiad Gamsachurdia und belagern das Parlamentsgebäude (**22.12.1991**). Die Opposition wirft Gamsachurdia einen diktatorischen Führungsstil und Unterdrückung der Reformkräfte vor. Es kommt zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern des Präsidenten.

Libanon

Wechsel an der Spitze der libanesischen Regierung: Omar Karamé ersetzt den zurückgetretenen Premierminister Selim Hoss (**24.12.1991**).

Sowjetunion/Russland

Der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow verkündet seinen Rücktritt (**25.12.1991**).

- Die rote Fahne mit Hammer und Sichel über dem Kreml wird eingeholt und die weiss-blau-rote Fahne Russlands aufgezogen.
- Damit ist die Auflösung der Sowjetunion vollzogen.
- Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik wird in Russische Föderation umbenannt.
- Die völkerrechtlichen Pflichten und Rechte werden auf die Russische Föderation übertragen.
- Boris Jelzin, seit Juni 1991 Präsident der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, wird erster Staatsef der Russischen Föderation und übernimmt interimistisch das Amt des Regierungschefs.

Anmerkung: Die Russische Föderation wird nachfolgend als Russland bezeichnet.

Algerien

In Algerien findet die erste freie Parlamentswahl statt. Die Islamische Heilsfront (FIS) geht als Siegerin aus der ersten Wahlrunde hervor. Sie erreicht einen Stimmenanteil von rund 47 Prozent (**26.12.1991**).

Usbekistan

Der im März 1990 vom Parlament der Usbekischen Sowjetrepublik zum Präsidenten gewählte Islam Karimow wird in einer Volkswahl im Amt bestätigt (**29.12.1991**).

1992

Russland

Schockreformen in Russland. Durch präsidialen Erlass werden für 80 Prozent der Produktionsgüter und für 90 Prozent der Konsumgüter die Preise freigegeben (**2.1.1992**). Der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft hat dramatische Folgen für die Bevölkerung: massiver Anstieg der Preise, Verlust der Ersparnisse. Parallel dazu wird ein Privatisierungsprogramm vorbereitet.

Georgien

Der georgische Staatschef Swiad Gamsachurdia wird durch einen Militärputsch gestürzt. Nach zweiwöchiger Belagerung des Parlamentsgebäudes in Tiflis, in dem sich der Präsident verschanzt hatte, flüchtet Gamsachurdia (**6.1.1992**). Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Anhängern Gamsachurdias forderten über 100 Tote. Auch von Hunderten Toten ist die Rede. Zunächst übt ein Militärрат die Macht aus. Zwei Monate später (10.3.1992) wird der frühere sowjetische Aussenminister Eduard Schewardnadse Vorsitzender eines neugebildeten Staatsrates und im November 1992 Parlamentsvorsitzender mit den Rechten eines Staatsoberhauptes.

Bosnien-Herzegowina/Republika Srpska

Die mehrheitlich von Serben bewohnten Regionen Bosniens-Herzegowinas proklamieren die Gründung der Serbischen Republik – Republika Srpska (**9.1.1992**). Der erste Präsident der Republika Srpska wird Radovan Karadžić (*Karadzic*). Die Streitkräfte stehen unter dem Kommando von Ratko Mladić (*Mladic*).

Algerien

Wenige Tage vor der zweiten Runde der Parlamentswahl in Algerien ergreift die Armee die Macht, um einen Sieg der Islamischen Heilsfront (FIS) zu verhindern (**11.1.1992**). Präsident Chadli Bendjedid muss zurücktreten. Ein Hoher Staatsrat wird eingesetzt. An seiner Spitze steht Mohamed Boudiaf, Gründungsmitglied der Front de Libération Nationale (FLN). Die Putschisten verhängen den Ausnahmezustand. Die Islamisten sehen sich um den Wahlsieg betrogen und reagieren mit Anschlägen.

EG

Kroatien/Slowenien

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (EG) anerkennen die Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens (**15.1.1992**).

El Salvador

Nach zwölf Jahren Bürgerkrieg in El Salvador mit schätzungsweise 75 000 Toten unterzeichnen die Regierung und der Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (FMLN) im Schloss Chapultepec in der mexikanischen Hauptstadt ein Friedensabkommen (**16.1.1992**). Der Vertrag von Chapultepec sieht unter anderem die Umwandlung der FMLN in eine politische Partei, eine Armeereform, die Bildung einer Wahrheitskommission und die Überwachung der Vereinbarungen durch eine UNO-Beobachtermission (ONUSAL) vor.

Bulgarien

Der bulgarische Staatspräsident Schelju Schelew (Union Demokratischer Kräfte) wird in einer Volkswahl mit 52,8 Prozent Stimmenanteil im Amt bestätigt (**19.1.1992**).

Georgien/Südossetien/Russland

In einem Referendum spricht sich die Bevölkerung Südossetiens für die Unabhängigkeit von Georgien und den Anschluss an das zu Russland gehörende Nordossetien aus (**19.1.1992**).

Korea (Südkorea)

Korea (Nordkorea)

Nordkorea und Südkorea verpflichten sich in einer gemeinsamen Erklärung, keine Atomwaffen zu besitzen, zu erwerben, zu testen oder einzusetzen. Atomenergie soll nur für friedliche Zwecke eingesetzt werden (**20.1.1992**).

Estland

Der estnische Ministerpräsident Edgar Savisaar verliert wegen einer Versorgungskrise die Unterstützung im Parlament und wird zum Rücktritt gezwungen (**23.1.1992**). Der parteilose Tiit Vähi übernimmt die Führung der Regierung.

Mauretanien

In Mauretanien finden nach Einführung einer neuen Verfassung und eines Mehrparteiensystems Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der seit Ende 1984 herrschende Maaouya Ould Sid'Ahmed Taya als Sieger hervorgeht (**24.1.1992**).

Irland

Der irische Ministerpräsident Charles Haughey kündigt wegen einer Abhöraffaire seinen Rücktritt als Vorsitzender der Regierungspartei Fianna Fáil an (**30.1.1992**). Kurz darauf endet auch seine Amtszeit als Regierungschef (11.2.1992). Neuer Ministerpräsident und Vorsitzender von Fianna Fáil wird Albert Reynolds.

Korea (Nordkorea)

Nordkorea schliesst mit der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) ein Safeguards-Abkommen, das die Grundlage für Inspektionen von Atomanlagen bildet (**30.1.1992**). Die Inspektoren stellen erhebliche Abweichungen von den nordkoreanischen Angaben fest und fordern Sonderinspektionen, was Nordkorea ablehnt. Nordkorea wird verdächtigt, ein geheimes atomares Aufrüstungsprogramm zu betreiben

USA/Russland

Der russische Präsident Boris Jelzin und US-Präsident George H.W. Bush treffen sich in Camp David (**1.2.1992**). Sie verkünden eine neue Ära der Freundschaft und Partnerschaft. „Die USA und Russland betrachten sich nicht als potentielle Feinde“, heisst es in einer gemeinsamen Erklärung.

Türkei

Katastrophen/Lawinen

Im Südosten der Türkei kommen bei einer Lawinenkatastrophe über 100 Menschen ums Leben, unter ihnen 71 Soldaten (**1.2.1992**). Der Lawinnenniedergang ereignet sich bei Görmeç, im Grenzgebiet zu Iran.

Venezuela

In Venezuela scheitert am **4.2.1992** ein Putschversuch gegen Staatspräsident Carlos Andrés Pérez (*Perez*). Angeführt wird die Rebellion von Oberstleutnant Hugo Chávez (*Chavez*). Bei seiner Festnahme erklärt Chávez, er sei gescheitert – vorerst (por ahora).

Chávez wird im März 1994 auf Anordnung von Präsident Rafael Caldera aus der Haft entlassen. Ein Prozess fand nicht statt.

EG/EU/Euro

Grossbritannien/Dänemark/Schweden

Die Aussen- und Finanzminister der 12 Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (EG) unterzeichnen in Maastricht den „Vertrag über die Europäische Union“ (**7.2.1992**).

Die Europäische Union (EU) wird von drei Säulen getragen:

- Zu ersten Säule gehören die Europäischen Gemeinschaft – EG (bisher Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – EWG), die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom).
- Die beiden anderen Säulen betreffen die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres.

Zu den Hauptzielen der Europäischen Union gehören die Schaffung der Grundlage für eine Wirtschafts- und Währungsunion und die Schaffung einer Unionsbürgerschaft als Ergänzung zur Staatsbürgerschaft.

Der Maastricht-Vertrag sieht die Einführung einer gemeinsamen Währung (Euro) bis zum 1. Januar 1999 vor.

Dänemark und Grossbritannien haben eine Opt-out-Sonderregelung und nehmen nicht an der Währungsunion teil. Schweden hat einen Ausnahmestatus.

Bei der Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion sind folgende Konvergenzkriterien (Maastricht-Kriterien) zu erfüllen:

- Das Haushaltsdefizit darf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht übersteigen,
- die Schuldenquote darf maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen,
- die Inflationsrate darf maximal 1,5 Prozentpunkte über derjenigen der drei preisstabilsten EU-Staaten liegen.

Der Maastricht-Vertrag tritt wegen Verzögerungen im Ratifizierungsverfahren (Volksabstimmungen in Dänemark) erst am 1. November 1993 in Kraft.

Chile

In Chile wird ein Gesetz zur Entschädigung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen verabschiedet (**8.2.1992**).

Frankreich

Olympische Spiele

In Albertville, im französischen Departement Savoie, finden die XVI. Olympischen Winterspiele statt (**8.2.1992**). Zum letzten Mal finden die Winterspiele im gleichen Jahr wie die Olympischen Sommerspiele statt.

Mongolische Volksrepublik/Mongolei

Mit dem Inkrafttreten einer neuen Verfassung wird die 1924 gegründete Mongolische Volksrepublik abgeschafft und in Mongolei umbenannt (**12.2.1992**). Die erste demokratische Verfassung des Landes garantiert Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit

Italien

In Mailand wird eine Schmiergeld-Affäre aufgedeckt, die ein politisches Erdbeben in Italien auslöst und unter dem Namen „Tangentopoli“ in die Annalen eingeht (**17.2.1992**). Staatsanwalt Antonio Di Pietro legt bei seinen Untersuchungen (Mani Pulite) ein landesweites System von Korruption, Amtsmissbrauch und illegaler

Parteifinanzierung offen. Gegen mehr als 1000 Personen wird ermittelt. Der Schmiergeld- und Korruptionsskandal führt zu einer Umwälzung des Parteiensystems. Die sogenannte „Erste Republik“ bricht zusammen.

Jugoslawienkriege/Kroatienkrieg Kroatien/Bosnien-Herzegowina

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat beschliesst die Entsendung einer Schutztruppe (Unprofor) nach Kroatien (**21.2.1992**). Das Mandat wird später auf Bosnien-Herzegowina ausgeweitet. Die Truppenstärke beträgt anfänglich 16 000 Mann und wird schrittweise auf rund 39 000 Mann erhöht.

Mali

In Mali finden die ersten demokratischen Parlamentswahlen seit Erlangung der Unabhängigkeit statt (**23.2.und 1.3.1992**). Stärkste Kraft wird die Alliance pour la démocratie au Mali.

Italien

Der italienische Ministerpräsident Giulio Andreotti erklärt seinen Rücktritt (**24.2.1992**). Der Christdemokrat Andreotti ist mit über 2600 Regierungstagen der bisher am längsten amtierende Ministerpräsident Italiens seit 1945. Mit Andreottis Rücktritt endet auch die Ära der Regierungschefs der Democrazia Cristiana.

Karabach-Konflikt

Berg-Karabach

Aserbaidshan/Armenien

Im Krieg zwischen Armenien und Aserbaidshan um Berg-Karabach kommt es zu Massakern an der Zivilbevölkerung, so in Khojali (**25.2.1992**) wo aserbaidshanische und in Maraga (10.4.1992), wo armenische Zivilisten umgebracht werden. Die Angaben über die Zahl der Opfer variieren: über 100 und mehrere hundert Tote in Khojali; über 40 Tote und über 50 Tote in Maraga.

Bosnien-Herzegowina/Jugoslawien

Bei einer Stimmbeteiligung von 63 Prozent und einem Ja-Stimmenanteil von rund 99 Prozent wird in einem Referendum die Unabhängigkeit der jugoslawischen Teilrepublik Bosnien-Herzegowina gutgeheissen (**29.2./1.3.1992**). Die serbische Bevölkerung boykottiert die Volksabstimmung. Wenige Tage später (3.3.1992) proklamiert Präsident Alija Izetbegović (*Izetbegovic*) die Unabhängigkeit von Bosnien-Herzegowina.

Moldau/Transnistrien/Russland

Zwischen der Republik Moldau und dem abtrünnigen Transnistrien bricht ein bewaffneter Konflikt aus (**1.3.1992**), der rund fünf Monate dauert und etwa 1000 Tote fordert. Der Versuch der Republik Moldau, Transnistrien wieder unter seine Kontrolle zu bringen, scheitert. Transnistrien wird militärisch – Präsenz von etwa 2000 russischen Soldaten als „Friedenstruppe“ – und wirtschaftlich von Russland unterstützt. Russland sieht sich als Schutzmacht. Die von Transnistrien angestrebte internationale Anerkennung bleibt aus.

Türkei

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

Bei einer Bergbaukatastrophe im türkischen Kohlerevier Zonguldak am Schwarzen Meer kommen 263 Menschen ums Leben (**3.3.1992**).

Algerien

In Algerien wird die Islamische Heilsfront (FIS) von den Militärmachthabern verboten (**4.3.1992**). Islamistische Organisationen nehmen den bewaffneten Kampf gegen das Regime auf. Zu ihnen gehören der Groupe Islamique Armé (GIA), die Armée Islamique du Salut (AIS) und später der Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat (GSPC). Algerien wird von Terror und Gegenterror überzogen und versinkt in einen jahrelangen Bürgerkrieg, der schätzungsweise über 150 000 Tote fordert.

Aserbaidshan

Der aserbaidshanische Staatschef Ajas Mutalibow tritt unter massivem Druck der Volksfrontpartei zurück (**6.3.1992**). Ihm wird Versagen wegen des Massakers an aserbaidshanischen Zivilisten in Khojali im Kriegsgebiet Berg-Karabach (vgl. 25.2.1992) vorgeworfen.

Belgien

Der Christdemokrat Jean-Luc Dehaene wird Nachfolger des belgischen Premierministers Wilfried Martens, der wegen der Verluste der Christelijke Volkspartij (CVP) bei der Parlamentswahl im November 1991 seinen Rücktritt erklärt hatte (**7.3.1992**).

Mauritius/Grossbritannien

Die ehemalige britische Kronkolonie Mauritius – seit 1968 unabhängig – wird eine Republik (**12.3.1992**). Queen Elizabeth II. ist nicht mehr Staatsoberhaupt. Erster Staatspräsident wird Veerasamy Ringadoo. Der Präsident hat vor allem zeremonielle Aufgaben. Die Macht übt der Premierminister aus. Seit 1982 ist Anerood Jugnauth vom Militant Socialist Movement an der Spitze der Regierung. Anerood Jugnauth wird drei Mal Premierminister: 1982, 2000 und 2014.

Kongo-Brazzaville

Die Bevölkerung von Kongo-Brazzaville stimmt einer neuen Verfassung zu (**15.3.1992**). Die Volksrepublik Kongo heisst wieder République du Congo.

israelisch-palästinensischer Konflikt

Argentinien/Israel/

Bei einem Sprengstoffanschlag auf die israelische Botschaft in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires kommen 29 Menschen ums Leben. Über 200 Personen werden verletzt. Zum Attentat bekennt sich der „Islamische Jihad“ (**17.3.1992**).

Südafrika

Mehr als zwei Drittel der weissen Südafrikaner heissen in einer Volksabstimmung die Reformpolitik von Staatspräsident Frederik Willem de Klerk gut (**17.3.1992**). Dieser erklärt „das Buch der Apartheid für endgültig geschlossen“.

Albanien

In Albanien gewinnt die oppositionelle Demokratische Partei unter Führung von Sali Berisha die vorgezogene Parlamentswahl (**22.3.1992**). Sali Berisha wird vom Parlament zum ersten nichtkommunistischen Staatsoberhaupt seit 1944 gewählt (9.4.1992).

Open Skies Treaty

Nato/Warschauer Pakt

24 Staaten der Nato und des vor einem Jahr aufgelösten Warschauer Pakts unterzeichnen ein Abkommen über unbewaffnete Beobachtungsflüge über dem Territorium der Vertragsstaaten (**24.3.1992**). Die Vereinbarung – Open Skies Treaty bzw. Vertrag über offenen Himmel – tritt 2002 in Kraft.

Tadschikistan

Wachsender Widerstand gegen die Machthaber in Tadschikistan: Vor dem Präsidentenpalast in der Hauptstadt Duschanbe beginnen wochenlange Massendemonstrationen der Opposition (**26.3.1992**). Zum Block der islamisch-demokratischen Opposition gehören die Bewegung Rastochez (Wiederauferstehung), die Partei der Islamischen Wiedergeburt, die Demokratische Partei und die von der Minderheit der Pamiri gegründete Organisation Lal'i Badachschan.

Jamaika

Percival James (P.J.) Patterson wird Nachfolger des zurückgetretenen jamaikanischen Premierministers Michael Manley. Patterson ist auch Vorsitzender der linken People's National Party (**30.3.1992**).

Libyen/UNO

Der UNO-Sicherheitsrat verhängt Sanktionen gegen Libyen, darunter ein Luftverkehrsembargo (**31.3.1992**). Der Beschluss wird mit der Weigerung Libyens begründet, Verdächtige des Bombenanschlags von Lockerbie auszuliefern. Der Anschlag auf einen Jumbojet der US-Fluggesellschaft Panam über der schottischen Ortschaft Lockerbie hatte 270 Tote gefordert (vgl. 21.12.1988).

Frankreich

Der Sozialist Pierre Bérégovoy wird neuer französischer Premierminister (**2.4.1992**).

Peru

„Selbstputsch“ (autogolpe) in Peru: Staatsoberhaupt Alberto Fujimori reagiert auf Konflikte mit dem Kongress mit der Auflösung des Parlaments und der Suspendierung der Verfassung. Er bildet eine Notstandsregierung – Gobierno de Emergencia y Reconstrucción (**5.4.1992**).

Italien

Bei der Wahl des italienischen Abgeordnetenhauses erleiden die bisher dominierenden Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC) massive Verluste und rutschen erstmals unter die 30-Prozent-Marke (**5.4. und 6.4.1992**). Die Christlichdemokraten bleiben mit 206 Mandate (minus 28) stärkste Partei im Abgeordnetenhaus. Der Partito Democratico della Sinistra (der frühere Partito Comunista Italiana/PCI) gewinnt 107 Mandate. 92 Sitze erobern die Sozialisten (Partito Socialista Italiana/PSI). Die Lega Nord wird vierstärkste Partei mit 55 Sitzen.

Jugoslawienkriege/Bosnienkrieg

Bosnien-Herzegowina/Jugoslawien

Krieg in Bosnien-Herzegowina: Bosnisch-serbische Einheiten, unterstützt von der jugoslawischen Volksarmee, belagern und beschliessen die Hauptstadt Sarajevo (**6.4.1992**). Innert drei Monaten kontrollieren serbische Verbände weite Teile des Landes. Begleitet wird der Krieg von ethnischen Säuberungen.

Grossbritannien

Vierter Wahlsieg in Folge für die Conservative Party bei der Unterhauswahl in Grossbritannien. Die Partei von Premierminister John Major gewinnt 336 Mandate (minus 40); die Labour Party kann ihren Anteil der insgesamt 651

Unterhaussitze um 42 auf 271 Mandate erhöhen. Die Liberal Democrats sind mit 20 Abgeordneten vertreten. Auf die übrigen Parteien entfallen 24 Sitze (**9.4.1992**).

Tadschikistan

In Tadschikistan regt sich regionaler Widerstand gegen die Regierung. Die im Pamir-Hochgebirge gelegene Region Berg-Badachschan (Gorno-Badachschan) erklärt sich zur Autonomen Republik (**10.4.1992**).

Myanmar

Wechsel an der Spitze des Militärregimes in Myanmar. General Saw Maung, der 1988 an die Macht gelangte, tritt zurück. Sein Nachfolger als Vorsitzender des State Law and Order Restoration Council (SLORC) wird General Than Shwe (**23.4.1992**).

.

Mali

Alpha Oumar Konaré geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Mali hervor (**26.4.1992**). Er ist der erste demokratisch gewählte Präsident des Landes.

Afghanistan/Afghanistan-Konflikt/

Machtwechsel in Afghanistan: Mujahedin-Einheiten unter Führung von Ahmed Shah Masud rücken in Kabul (**24.4.1992**) ein. Der bisherige Mohammed Najibullah flüchtet und sucht Schutz im UNO-Gebäude in Kabul. Afghanistan wird auf der Grundlage der sogenannten Peshawar Accords eine Islamische Republik (28.4.1992). Die Rivalitäten unter den Mujahedin-Gruppen münden in einen Bürgerkrieg. Die Hauptstadt Kabul wird von Einheiten der radikalen Hezb-i Islami des paschtunischen Warlords Gulbuddin Hekmatyar unter Beschuss genommen (ab August 1992).

Somalia

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat beschliesst die Schaffung einer Friedensmission für das von Bürgerkrieg und Hungersnot heimgesuchte Somalia (**24.4.1992**). Hauptaufgaben der UN-Operation in Somalia (Unosom) sind die Überwachung eines Anfang März vereinbarten Waffenstillstandes und der Schutz von Lebensmittellieferungen. Die durch den Bürgerkrieg verursachte Hungersnot fordert in den Jahren 1991/1992 schätzungsweise 300 000 Tote. Hunderttausende Menschen befinden sich auf der Flucht.

Jugoslawien/Serbien/Montenegro

UNO

Nach dem Auseinanderbrechen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien – Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien spalten sich ab – schliessen sich Serbien und Montenegro zur Bundesrepublik Jugoslawien zusammen (**27.4.1992**). Dobrica Ćosić (Cosić) wird erster Präsident (15.6.1992). Die UNO verweigert die Anerkennung der Bundesrepublik Jugoslawien. Sie bleibt bis 2000 von der UNO-Mitgliedschaft ausgeschlossen.

USA

In Los Angeles brechen Rassenunruhen aus (**29.4.1992**). Auslöser ist der Freispruch von vier weissen Polizeibeamten, die wegen exzessiver Gewalt gegen den Schwarzen Rodney King angeklagt waren. Bei den sechs Tage dauernden Ausschreitungen kommen 63 Menschen ums Leben. Die Nationalgarde interveniert.

Sierra Leone

Armeeputsch in Sierra Leone (**29.4.1992**). Neuer Machthaber wird Hauptmann Valentine Strasser.

EG/Efta/EWR

Die zwölf Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften (EG) Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal und Spanien – und die sieben Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Österreich, Schweden und die Schweiz – unterzeichnen in Porto (Portugal) das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum: EWR (**2.5.1992**). Mit dem EWR werden die vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes – der freie Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr – auf die EFTA-Länder ausgedehnt. Das Schweizervolk lehnt den Beitritt zum EWR jedoch ab (vgl. 6.12.1992).

Tadschikistan

In Tadschikistan wird nach Massenprotesten gegen die Regierung der Ausnahmezustand verhängt (**5.5.1992**). Durch die Bildung einer Regierung der nationalen Aussöhnung (11.5.1992) soll die Lage entschärft werden. Doch die kommunistischen Machthaber des nördlichen Landesteils Chudschand und des südlichen Landesteils Kuljab weigern sich, die Koalitionsregierung anzuerkennen.

Ein mehrjähriger Bürgerkrieg bricht aus, der bis zum Friedensvertrag von 1997 Zehntausende Tote fordert und Hunderttausende Menschen in die Flucht treibt. Auch Zehntausende Russen verlassen das Land. Mehrere Konflikte – ideologische, regionale, ethnische und Clanrivalitäten – befeuern den Machtkampf.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die deutsch-US-amerikanische Sängerin und Schauspielerinnen Marlene Dietrich stirbt im Alter von 90 Jahren (**6.5.1992**).

Philippinen

Exgeneral Fidel Valdez Ramos geht als Sieger aus der Präsidentenwahl auf den Philippinen hervor. Der Kandidat der Lakas-CMD, der Christian Muslim Democrats, erhält 23,58 Prozent der Stimmen (**11.5.1992**). Stärkste Kraft im Abgeordnetenhaus (86 von 216 Mandaten) wird die konservative Partei LDP (Laban ng Demokratikong Pilipina). Auch im Senat hat sie die Mehrheit.

Slowenien

Regierungskrise in Slowenien: Der Liberaldemokrat Janez Drnovšek (*Drnovsek*) wird neuer Regierungschef anstelle von Lojze Peterle (**14.5.1992**).

Taschkenter Vertrag über kollektive Sicherheit

Russland schliesst in Taschkent mit Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan einen „Vertrag über kollektive Sicherheit“ ab (**15.5.1992**). Zehn Jahre später folgt auf der Grundlage des Taschkenter Vertrags die Gründung der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit/OVKS (Collective Security Organization/CSTO).

Deutschland

Der langjährige deutsche Aussenminister Hans-Dietrich Genscher erklärt seinen Rücktritt (**17.5.1992**). Er war seit 1974 Leiter des Aussenministeriums.

Internationaler Währungsfonds (IWF)/Weltbank

Schweiz

Die Schweiz kann der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) beitreten. Das Schweizer Stimmvolk heisst den Beitritt mit 55,8 und das Bundesgesetz über die Mitwirkung der Schweiz an den Institutionen von Bretton Woods mit 56,4 Prozent Ja-Stimmen gut (**17.5.1992**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die Einführung eines Zivildienstes für Dienstverweigerer mit 82,5, das Gewässerschutz-Gesetz mit 66,1 und den Verfassungsartikel über den Schutz gegen Missbräuche der Fortpflanzungs- und Gentechnologie mit 73,8 Prozent Ja-Stimmen gut (**17.5.1992**).

Thailand

In der thailändischen Hauptstadt Bangkok schlägt die Armee gewaltsam prodemokratische Proteste gegen die Übernahme der Regierung durch den Putschgeneral Suchinda Kraprayoon blutig nieder (17. 5. bis 20. 5. 1992). Dabei kommen über 50 Menschen ums Leben. Die dramatischen Ereignisse gehen als „Schwarzer Mai“ in die Geschichte ein. An den Massenkundgebungen Anfang Mai hatten sich bis zu 100 000 Menschen beteiligt.

Irak

Kurden

Die Kurden im Irak wählen ein Regionalparlament (**19.5.1992**). Die beiden einflussreichsten Parteien – die Kurdische Demokratische Partei (KDP) unter Führung von Masud Barzani und die Patriotische Union Kurdistans (PUK) von Jalal Talabani – gewinnen je 50 Parlamentssitze. Zwischen beiden Parteien eskalieren die Auseinandersetzungen und lösen einen bewaffneten Konflikt aus, der erst am 17.8.1998 mit einem in Washington unterzeichneten Abkommen beigelegt werden kann.

Schweiz

EG

Die Schweiz stellt ein Gesuch um Aufnahme von Verhandlungen über einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft – EG (**20.5.1992**).

Italien

Der italienische Untersuchungsrichter Giovanni Falcone, Symbolfigur des Kampfs gegen das organisierte Verbrechen auf Sizilien, wird bei einem Bombenanschlag in der Nähe von Palermo getötet (**23.5.1992**).

Russland/Belarus/Kasachstan/Ukraine

Belarus (Weissrussland), Kasachstan und die Ukraine verpflichten sich zur Rückführung der vormals sowjetischen Atomwaffen nach Russland (**23.5.1992**).

Jugoslawien/Serbien/Kosovo

Die Kosovo-Albaner wählen Ibrahim Rugova zum Präsidenten von Kosovo (**24.5.1992**). Serbien anerkennt die Wahl nicht.

Österreich

Der Diplomat Thomas Klestil wird zum neuen österreichischen Bundespräsidenten gewählt. Der Kandidat der konservativen Volkspartei (ÖVP) setzt sich im zweiten Wahlgang mit 56,9 Prozent der Stimmen gegen Rudolf Streicher von der Sozialdemokratischen Partei (SPÖ) durch (**24.5.1992**).

Italien

Der christlichdemokratische Politiker Oscar Luigi Scalfaro wird zum neuen italienischen Staatspräsidenten gewählt (25.5.1992).

Jugoslawien/Bosnien-Herzegowina/Kroatien

Jugoslawienkriege/Bosnienkrieg/Kroatienkrieg

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat verhängt ein umfassendes Wirtschaftsembargo gegen die Bundesrepublik Jugoslawien – „Rest-Jugoslawien“ (30.5.1992). Der UNO-Sicherheitsrat wirft dem Regime in Belgrad vor, die serbischen Rebellen in Bosnien-Herzegowina und Kroatien zu unterstützen und somit für die andauernden Kriege in Bosnien-Herzegowina und Kroatien verantwortlich zu sein.

EG/EU

Dänemark

Die Bevölkerung Dänemarks lehnt den „Vertrag über die Europäische Union“ – Maastricht-Vertrag – mit 50,7 Prozent Nein-Stimmen ab (2.6.1992).

Umwelt/Klima

Erdgipfel

UNO-Klimakonferenzen (COP)

Nach mehrjähriger Vorbereitung tagt in Rio de Janeiro die UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (3.6. bis 14.6.1992). Der „Erdgipfel“ verabschiedet die „Agenda 21“ (ein Aktionsprogramm, in dessen Mittelpunkt die nachhaltige ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung im 21. Jahrhundert steht) und die Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung. Unterzeichnet werden die UNO-Klimarahmenkonvention (Verpflichtung zum Klimaschutz, vor allem zur Abbremsung der globalen Erwärmung und ihrer Folgen durch Reduktion der Treibhausgase) und die Biodiversitätskonvention (Schutz der biologischen Vielfalt). Die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention treffen sich regelmässig zu UNO Klimakonferenzen (COP). Die erste findet 1995 in Berlin statt (COP 1).

Tschechoslowakei/Tschechische und Slowakische Föderative Republik

In der Tschechoslowakei (Tschechische und Slowakische Föderative Republik) finden die letzten Parlamentswahlen vor der Trennung statt (5.6./6.6.1992). In der tschechoslowakischen Volkskammer erobert die Allianz der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) und der Christlich-Demokratischen Partei (KDS) 48 der 150 Sitze. Zweistärkste Partei ist die Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) mit 24 Sitzen. Drittstärkste Gruppe ist die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) mit 19 Mandaten.

Parlamentswahlen finden auch in den beiden Teilrepubliken Tschechien und Slowakei statt. Im tschechischen Parlament gewinnt die Allianz der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) und der Christlich-Demokratischen Partei (KDS) 76 der 200 Sitze. Zweistärkste Kraft ist Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) mit 35 Mandaten. In der slowakischen Volksvertretung erobert die Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) 74 der 150 Sitze. Es folgen die Partei der demokratischen Linken (SDL) mit 29 und die Christlich-Demokratische Bewegung (KDH) als drittstärkste Partei mit 18 Sitzen.

Aserbaidshan

Neuer Staatspräsident in Aserbaidshan: Mit 60,9 Prozent Stimmenanteil wird Abulfaz Elchibey, Gründer der Volksfrontpartei, zum Staatsoberhaupt gewählt (7.6.1992).

Russland

Der russische Präsident Boris Jelzin ernennt Wirtschafts- und Finanzminister Jegor Gaidar, Chefideologe der drastischen Marktreformen, zum amtierenden Regierungschef (15.6.1992).

Italien/Südtirol/Österreich/UNO

Der italienisch-österreichische Streit über die Ausgestaltung der Autonomie der Provinz Bolzano-Alto Adige (Bozen-Südtirol) wird durch Hinterlegung einer Streitbeilegungserklärung bei der UNO formell beigelegt (19.6.1992).

Turkmenistan

Saparmurad Nijasow wird in der ersten Präsidentenwahl nach der Unabhängigkeit in seinem Amt als Präsident bestätigt. Er ist der einzige Kandidat und erhält nach offiziellen Angaben 99,8 Prozent der Stimmen (21.6.1992). Er nennt sich fortan Turkmenbashi (Vater aller Turkmenen), herrscht autoritär und betreibt einen bizarren Personenkult.

Paraguay

Paraguay erhält eine neue Verfassung, in der die Gewaltenteilung verankert ist. Die Wiederwahl des Staatspräsidenten ist verboten (22.6.1992).

Israel

In Israel gewinnt die Arbeitspartei von Yitzhak Rabin die Parlamentswahl (23.6.1992). Sie gewinnt 44 der 120 Mandate. Der konservative Likud von Ministerpräsident Yitzhak Shamir erhält 32 Sitze (minus 8). Drittstärkste Kraft wird die linksliberale Meretz mit 12 Mandaten.

Georgien/Südossetien/Russland

Russland und Georgien vereinbaren einen Waffenstillstand im Südossetien-Konflikt und die Aufstellung einer Friedenstruppe (**24.6.1992**).

Italien

Der Sozialist Giuliano Amato wird neuer italienischer Ministerpräsident (**28.6.1992**). Er bildet eine Regierung aus seinen Sozialisten (Partito Socialista Italino/PS), aus Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC), Sozialdemokraten (Partito Socialista Democratico Italiano/PSDI) und Liberalen (Partito Liberale Italiano/PLI).

Algerien

In Algerien fällt der Vorsitzende des Hohen Staatsrates, Mohamed Boudiaf, einem Attentat zum Opfer (**29.6.1992**).

Tschechoslowakei/Tschechische und Slowakische Föderative Republik

Jan Stráský (*Strasky*) von der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) wird neuer tschechoslowakischer Ministerpräsident. Er ist zugleich der letzte Premier der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik (**2.7.1992**). Václav Klaus von der Demokratischen Bürgerpartei/ODS wird Regierungschef der tschechischen und Vladimír Mečiar (*Meciar*) von der nationalistischen Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) Premier der slowakischen Teilrepublik. (

Ecuador

In Ecuador geht Sixto Durán Ballén (*Duran Ballen*) vom liberal-konservativen Partido Unidad Republicana als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor. Er erhält 57,32 Prozent der Stimmen (**5.7.1992**). Im Parlament (Congreso Nacional) ist der Partido Social Cristiano mit 20 Mandaten stärkste Kraft vor dem populistischen Partido Roldosista Ecuatoriano mit 16 und dem Partido Unidad Republicana mit 12 Mandaten (Wahl vom 17.5.1992).

Panama/USA

Der frühere panamaische Machthaber Manuel Noriega wird von einem Gericht in Miami wegen Drogenhandels, Schutzgelderpressung und Verschwörung zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt (**10.7.1992**). Später wird das Strafmaß auf 30 bzw. 17 Jahre verkürzt. Weitere Verurteilungen folgen.

Polen

Mit der Juristin Hanna Suchocka von der liberalen Demokratischen Union erhält Polen erstmals eine Ministerpräsidentin (**11.7.1992**).

Israel

Yitzhak Rabin von der Arbeitspartei wird nach 1974 zum zweiten Mal israelischer Regierungschef (**13.7.1992**). Er tritt an die Stelle von Yitzhak Shamir, dessen konservativer Likud bei der Parlamentswahl (23.6.1992) die Führungsposition verloren hatte.

Italien

In Italien wird erneut ein wichtiger „Mafia-Jäger“ ermordet. Rund zwei Monate nach dem Anschlag auf Giovanni Falcone kommt der Richter Paolo Borsellino bei einem Bombenattentat in Palermo ums Leben (**19.7.1992**).

Spanien

Olympische Spiele

In Barcelona finden die XXV. Olympischen Sommerspiele statt (**25.7.1992**). Es gibt keinen Boykott. Südafrika, wegen der Apartheid lange ausgeschlossen, ist erstmals seit 1960 wieder dabei. Da die Sowjetunion nicht mehr existiert, treten die Sportler der Nachfolgestaaten als Vereintes Team an. Die baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen stellen eigene Mannschaften.

Georgien/Abchasien

Abchasien trennt sich von Georgien und erklärt einseitig seine Unabhängigkeit (**26.7.1992**). Georgische Truppen intervenieren. Zehntausende Menschen flüchten. Während des Abchasienkrieges wird fast die gesamte georgische Bevölkerung aus Abchasien vertrieben.

Kroatien

In Kroatien finden die ersten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen nach der Unabhängigkeit statt (**2.8.1992**). Zum Staatsherrn wird Franjo Tuđman von der nationalkonservativen Kroatianischen Demokratischen Union (HDZ) gewählt. Er erhält 56,73 Prozent der Stimmen. Tuđman war bereits vor der Unabhängigkeit Präsident der jugoslawischen Teilrepublik Kroatien. Bei der Parlamentswahl gewinnt die nationalkonservative Kroatianische Demokratische Union (HDZ) 85 der 135 Sitze und damit die absolute Mehrheit. Die Sozialliberale Partei (HSL) erhält als zweitstärkste Kraft 14 Sitze. An dritter Stelle folgt die Sozialdemokratische Partei (SDP) mit 11 Mandaten. Hrvoje Šarinić (*Sarinic*) von der HDZ wird Ministerpräsident.

Suriname

In Suriname endet nach sechs Jahren mit dem Friedensvertrag von Lelydorp der Binnenkrieg (**8.8.1992**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)
Der US-amerikanische Komponist John Cage stirbt im Alter von 79 Jahren (**12.8.1992**).

Kongo-Brazzaville

Aus den ersten demokratischen Präsidentenwahlen in Kongo-Brazzaville (**16.8.1992**) geht Pascal Lissouba, Kandidat der Union panafricaine pour la démocratie sociale, als Sieger hervor. Der bisherige langjährige Machthaber Denis Sassou Nguesso war bereits in der ersten Runde ausgeschieden.

Deutschland

In Rostock-Lichtenhagen kommt es zu massiven fremdenfeindlichen Ausschreitungen (**22.8. bis 26.8.1992**). Ein Ausländerwohnheim wird von rechtsradikalen Gewalttätigen in Brand gesteckt. Es handelt sich um die schwersten Übergriffe gegen Asylbewerber seit dem Zweiten Weltkrieg.

USA

Katastrophen/Unwetter

Der Hurrikan „Andrew“ verwüstet weite Gebiete im US-Staat Florida und richtet Milliarden Schäden an. Etwa 250 000 Menschen verlieren ihr Obdach (**24.8.1992**).

Irak/USA

Die USA schaffen im Süden des Iraks eine Flugverbotszone zum Schutz der dort lebenden schiitischen Bevölkerung (**27.8.1992**).

Marokko

Die marokkanische Bevölkerung stimmt einer Verfassungsreform zu, die dem Parlament und der Regierung mehr Verantwortung einräumt, ohne die Macht von König Hassan II. zu beschneiden (**4.9.1992**).

Mazedonien

Der Sozialdemokrat Branko Crvenkovski wird neuer Regierungschef Mazedoniens (**5.9.1992**).

Tadschikistan

Der tadschikische Staatspräsident Rahmon Nabijew wird unter massivem Druck der Opposition zum Rücktritt gezwungen (**7.9.1992**). Der Parlamentsvorsitzende Akbarshah Iskandarow wird Übergangspräsident.

Peru

In Peru wird der Anführer der maoistischen Guerillaorganisation Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad), Abimael Guzmán (*Guzman*), verhaftet (**12.9.1992**). Danach wird er von einem Militärgericht zu lebenslanger Haft verurteilt.

Thailand

In Thailand geht die Democrat Party als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Sie gewinnt 79 der 360 Mandate (**13.9.1992**). Der Parteivorsitzende Chuan Leekpai wird Regierungschef.

EG/EU

Frankreich

Die französische Bevölkerung stimmt dem „Vertrag über die Europäische Union“ – Maastricht-Vertrag – nur knapp mit 51 Prozent Ja-Stimmen zu (**20.9.1992**).

Estland

In Estland finden die ersten freien Parlamentswahlen statt (**20.9.1992**). Stärkste Kraft wird das konservative Bündnis Vaterland. Es gewinnt 29 der 101 Mandate. Es folgen der liberale Block Sicheres Heim mit 17 und der Block Volksfront mit 15 Sitzen. Neuer Regierungschef wird Mart Laar, Spitzenkandidat vom Bündnis Vaterland.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen mit 63,6 Prozent Ja-Stimmen das Konzept für die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (Neat) gut (**27.9.1992**). Zur Neat gehören neue Basistunnels am Gotthard (57 km), Monte Ceneri (15 km) und am Lötschberg (34 km).

Brasilien

Das brasilianische Abgeordnetenhaus stimmt für ein Impeachmentverfahren gegen den unter Korruptionsverdacht stehenden Staatchef Fernando Collor de Mello (**29.9.1992**).

Philippinen/USA

Ende der US-Militärpräsenz auf den Philippinen. Der Stützpunkt Subic Bay wird geschlossen (**30.9.1992**). Subic Bay war der grösste US-Marinestützpunkt in Asien. Im Jahr zuvor (26.11.1991) wurde auch der Luftwaffenstützpunkt Clark Air Base, die grösste US-Basis ausserhalb der Vereinigten Staaten, geräumt.

Irak

Kurden

Das kurdische Regionalparlament deklariert einen kurdischen Teilstaat innerhalb der irakischen Föderation (**4.10.1992**).

Niederlande/Israel

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Ein Frachtflugzeug vom Typ Boeing 747 der israelischen Fluggesellschaft El Al stürzt wenige Minuten nach dem Start in Amsterdam in eine Wohnsiedlung ab. Dabei kommen 43 Menschen ums Leben (**4.10.1992**).

Moçambique

Ende des seit rund 15 Jahren dauernden Bürgerkrieges in Moçambique: Staatspräsident Joaquim Alberto Chissano, Vorsitzender der Regierungspartei Frente de Libertação de Moçambique (Frelimo), und der Anführer der antikommunistischen Resistência Nacional Moçambicana (Renamo), Afonso Dhaklama, unterzeichnen in Rom einen Friedensvertrag (**4.10.1992**). Der Krieg forderte Hunderttausende Tote.

Estland

Der Schriftsteller Lennart Meri wird zum ersten Staatspräsidenten Estlands seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit gewählt. Er erhält in der Stichwahl im Parlament 59 Stimmen (**5.10.1992**). Bei der Volkswahl (20.9.1992) erreichte kein Kandidat die absolute Mehrheit. Meri lag an zweiter Stelle hinter Arnold Rüütel.

Guyana

In Guyana findet die erste freie und faire Parlamentswahl seit 1964 statt (**5.10.1992**). Nach 28 Jahren verliert der People's National Congress (PNC) seine Vormachtstellung. Stärkste Kraft wird neu die multiethnische, vor allem von Indo-Guyanern unterstützte People's Progressive Party/Civic (PPP/C) von Cheddi Jagan. Er wird neuer Staatspräsident.

Deutschland

Der frühere deutsche Bundeskanzler Willy Brandt stirbt im Alter von 78 Jahren (**8.10.1992**). Er war der erste sozialdemokratische Bundeskanzler. Willy Brandt stand von 1969 bis 1974 an der Spitze der Regierung und war von 1964 bis 1987 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei (SDP). Für seine Ostpolitik der Aussöhnung und Entspannung erhielt Brandt den Friedensnobelpreis.

Jugoslawienkriege/Bosnienkrieg

Bosnien-Herzegowina

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat verhängt ein Flugverbot über Bosnien-Herzegowina, um serbische Luftangriffe zu unterbinden (**9.10.1992**).

Libanon

Bei der ersten Parlamentswahl in Libanon seit 1972 (23. August bis **11. Oktober 1992**) gewinnen unabhängige Kandidaten 92 der 128 Mandate.

Zentralafrikanische Republik

In der Zentralafrikanischen Republik finden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt (**25.10.92**). Das Wahlergebnis wird jedoch vom Obersten Gericht wegen Unregelmäßigkeiten annulliert.

Kanada/Quebec

In Kanada scheitert ein weiterer Versuch für Verfassungsänderungen. Die Stimmberechtigten des Landes lehnen mit 54,3 Prozent Nein-Stimmen die im Charlottetown-Abkommen unterbreiteten Vorschläge ab. Dazu gehören mehr Rechte für die Provinzen und für die indigene Bevölkerung, die Anerkennung Quebecs als eigenständige Gesellschaft sowie eine Parlamentsreform. Auch die Bevölkerung von Quebec ist mit der Vorlage mehrheitlich unzufrieden und lehnt ab. (**26.10.1992**).

Libanon

Rafik Hariri wird neuer libanesischer Regierungschef (**31.10.1992**). Der libanesisch-saudische Unternehmer und Milliardär war nach der Parlamentswahl von Staatspräsident Elias Hrawi mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt worden.

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Der weltberühmte italienische Mathematiker und Physiker Galileo Galilei wird von der römisch-katholischen Kirche rehabilitiert (**2.11.1992**). 1633 musste er seine Lehre von der Erdbewegung – Die Erde kreist um die Sonne und nicht umgekehrt – abschwören und wurde der Aufsicht der Inquisition unterstellt. Galileo Galilei hatte sich gegen die damals vorherrschende Meinung gestellt, wonach die Erde der Mittelpunkt des Universums ist.

USA

Der Demokrat Bill Clinton, Gouverneur von Arkansas, wird zum neuen US-Präsidenten gewählt (**3.11.1992**). Er erhält 370 Elektorenstimmen und 43 Prozent der Wählerstimmen. Das Nachsehen hat Amtsinhaber George H.W. Bush. Auf den Republikaner entfallen 168 Elektorenstimmen und 37,5 Prozent der Elektorenstimmen. Der unabhängige Kandidat Ross Perot erhält 18,9 Prozent der Wählerstimmen, aber keine Elektorenstimmen. Al Gore wird neuer Vizepräsident.

Bei den Kongresswahlen verteidigen die Demokraten in beiden Häusern ihre Mehrheit. Im Senat haben die Demokraten 57 (plus 1) und die Republikaner 43 Mandate (minus 1). Im Repräsentantenhaus sind die Demokraten mit 258 Abgeordneten (minus 9) und die Republikaner mit 176 (plus 9) vertreten. Hinzu kommt ein Unabhängiger.

Tschechoslowakei

Der ehemalige tschechoslowakische Reformpolitiker Alexander Dubček (*Dubcek*) stirbt im Alter von 70 Jahren (**7.11.1992**). Dubček wurde im Januar 1968 neuer tschechoslowakischer Parteichef. Er setzte sich für einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ ein und war die Symbolfigur des „Prager Frühlings“, der noch im selben Jahr von Truppen des Warschauer Paktes niedergeschlagen wurde. 1989 gehörte er zu den Hauptfiguren der „Samtenen Revolution“.

Tadschikistan/Russland/Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

Machtwechsel im Bürgerkriegsland Tadschikistan: Die Koalitionsregierung der nationalen Aussöhnung und das Präsidium des Parlaments treten zurück (**10.11.92**). Altkommunisten übernehmen das Ruder. Übergangspräsident Akbarshah Iskandarow wird von dem in Chudschand tagenden Parlament abgesetzt. Emomali Rachmonow, ehemaliger Direktor einer Sowchose und führender Regionalpolitiker der von Altkommunisten beherrschten Region Kuljab, wird neuer Parlamentsvorsitzender (19.11.1992) und damit neuer Machthaber. Das Parlament ersucht die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) um die Stationierung einer Friedenstruppe (20.11.1992).

Anmerkung: Rachmonow nennt sich ab März 2007 Rachmon.

Litauen

In Litauen findet die erste freie Parlamentswahl seit Wiedererlangung der Unabhängigkeit statt (25.10. und **15.11.1992**). Stärkste Kraft wird die sozialdemokratische Demokratische Arbeiterpartei mit 73 von 141 Mandaten. Die Unabhängigkeitsbewegung Sajūdis (*Sajudis*) muss sich mit 30 Mandaten begnügen.

Laos

Wechsel an der Spitze der allein herrschenden Revolutionären Volkspartei in Laos. Khamtai Siphandone, ehemaliger Kommandant der Nationalen Befreiungsarmee und Verteidigungsminister nach der kommunistischen Machtübernahme, wird Nachfolger des verstorbenen langjährigen Parteichefs Kaysone Phomvihane (**24.11.1992**).

Tschechoslowakei/Tschechische und Slowakische Föderative Republik

Tschechien/Slowakei

Tschechien und die Slowakei trennen sich. Die tschechoslowakische Föderalversammlung beschliesst die Auflösung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik auf den 1. Januar 1993 (**25.11.1992**).

Venezuela

In Venezuela scheitert ein weiterer Putschversuch gegen Staatspräsident Carlos Andrés Pérez (*Perez*). Der Aufstand von Anhängern des inhaftierten Regimegegners Hugo Chávez (*Chavez*) fordert 170 Tote (**27.11.1992**).

Litauen

Der parteilose Unternehmer Bronislovas Lubys wird neuer litauischer Ministerpräsident (**2.12.1992**).

Somalia/USA

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat beschliesst die Entsendung einer multinationalen Streitmacht (Unified Task Force/Unitaf) unter US-Kommando in das von Bürgerkrieg und Hunger heimgesuchte Somalia (**3.12.1992**). Erstmals stuft der UNO-Sicherheitsrat eine interne staatliche Angelegenheit in Verbindung mit schweren Menschenrechtsverletzungen als eine Bedrohung des Weltfriedens ein, was Zwangsmassnahmen erlaubt. „Das Ausmass der durch den Konflikt in Somalia verursachten menschlichen Tragödie stellt eine Bedrohung des Weltfriedens dar“, heisst es in der Resolution 794. Die multinationale Streitmacht – die USA stellen 25 000 von über 30 000 Soldaten – soll „mit allen erforderlichen Mitteln“ ein sicheres Umfeld für humanitäre Hilfe schaffen.

Spanien

Katastrophen/Schiffskatastrophen/Umweltkatastrophen

Der griechische Tanker „Aegean Sea“ läuft bei der Einfahrt in den nordspanischen Hafen La Coruña auf Grund und bricht auseinander (**3.12.1992**). Etwa 81 000 Tonnen Öl fließen ins Meer, 200 Kilometer Küste werden verschmutzt.

EWR

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mit einem Nein-Stimmenanteil von 50,3 Prozent knapp ab. Nur acht Kantone – Freiburg, Basel-Stadt, Basel-Land, Waadt, Wallis,

Neuenburg, Genf und Jura – stimmen zu. Die Stimmbeteiligung ist mit 78,7 Prozent ausserordentlich hoch (6.12.1992).

Slowenien

In Slowenien gehen die Liberaldemokraten unter Führung von Ministerpräsident Janez Drnovšek (*Drnovsek*) als Sieger aus der ersten Parlamentswahl seit der Unabhängigkeit hervor (6.12.1992). Sie gewinnen 22 der 90 Sitze. Zweitstärkste Kraft sind die Christdemokraten mit 15 Mandaten. Die Sozialdemokraten folgen mit 14 Sitzen.

Indien

Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems in Indien: Radikale Hindus zerstören in Ayodhya die Babri-Maschee aus dem 16. Jahrhundert (6.12.1992). Der Gewaltakt löst in den folgenden Wochen schwere Unruhen aus, bei denen schätzungsweise 2000 Menschen ums Leben kommen.

USA

Lawrence Eagleburger wird neuer US-Aussenminister (8.12.1992). Er bleibt nur wenige Wochen bis zum Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Bill Clinton im Amt.

Nafta

USA/Kanada/Mexiko

Die USA, Kanada und Mexiko unterzeichnen den Vertrag über die Bildung der Nordamerikanischen Freihandelszone – North American Free Trade Agreement/Nafta (10.12.1992).

Tadschikistan/Russland

Nach der Machtübernahme in Tadschikistan durch Altkommunisten besetzen Truppen der kommunistischen Volksfront mit russischer Unterstützung die Hauptstadt Duschanbe (10.12.1992). Russland ist nach wie vor in der ehemaligen Sowjetrepublik militärisch präsent – mit der 201. Motorisierten Schützendivision als Rückgrat. Der Bürgerkrieg tritt in eine neue, von Repression, Kämpfen und von Massenflucht gekennzeichnete Phase.

Friedensnobelpreis

Guatemala

Die guatemaltekeische Menschenrechtsaktivistin Rigoberta Menchú (*Menchu*) wird mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (10.12.1992).

Literaturnobelpreis

Saint Lucia

Der aus dem karibischen Inselstaat Saint Lucia stammende Dichter und Schriftsteller Derek Walcott erhält den Literaturnobelpreis (10.12.1992).

Liechtenstein

EWK

Die Liechtensteiner Bevölkerung heisst den Beitritt des Fürstentums zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWK) mit 55,8 Prozent Ja-Stimmen gut (13.12.1992).

Russland

Wiktor Tschernomyrdin wird neuer russischer Ministerpräsident (14.12.1992). Er ersetzt den kommissarischen Regierungschef Jegor Gaidar, der wegen der unpopulären Wirtschaftsreformen keine Unterstützung im Parlament hat.

Korea (Südkorea)

In Südkorea gewinnt Kim Young Sam von der Democratic Liberal Party die Präsidentenwahl (18.12.1992). Mit ihm erhält Südkorea erstmals seit 30 Jahren wieder einen zivilen Staatspräsidenten.

Mitteuropäisches Freihandelsabkommen (Cefta)

Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn einigen sich auf ein Freihandelsabkommen: das Mitteleuropäische Freihandelsabkommen – Cefta (21.12.1992). In den folgenden Jahren treten auch Slowenien, Rumänien, Bulgarien und Kroatien bei. Die Cefta-Mitgliedschaft endet mit dem Beitritt zur Europäischen Union (EU).

Paraguay

In Paraguay entdeckt der Menschenrechtsaktivist Martín Almada zufällig in einer Polizeistation ausserhalb der Hauptstadt Asunción Aufzeichnungen über Verschleppte, Gefolterte und Ermordete während der zwischen 1954 und 1989 dauernden Stroessner-Diktatur (22.12.1992). Das „Archiv des Terrors“ enthält auch Dokumente über die „Operación Cóndor“ (Operation Condor), die Zusammenarbeit von Militärs und Geheimdiensten mehrerer südamerikanischer Staaten zur Bekämpfung „subversiver Gefahr“ (vgl. 25.11.1975).

2003 beschliesst das Parlament die Einsetzung einer Wahrheitskommission – Comisión Verdad y Justicia (CVJ). Die Kommission erwähnt in ihrem Schlussbericht 128 000 Opfer der Militärdiktatur und über 18 000 Fälle von Folter.

Brasilien

Der unter Korruptionsverdacht stehende brasilianische Staatspräsident Fernando Collor de Mello tritt zurück und vermeidet damit eine Amtsenthebung zuvor (**29.12.1992**). Sein Nachfolger wird der bisherige Vizepräsident Itamar Franco.

Afghanistan

Eine Ratsversammlung (Shura) wählt Burhanuddin Rabbani von der Partei Jamiat-e Islami zum neuen afghanischen Staatspräsidenten (**30.12.1992**).

1993

EG/Binnenmarkt

Der Europäische Binnenmarkt – der gemeinsame Wirtschaftsraum der Europäischen Gemeinschaften – wird verwirklicht. Damit entsteht ein Wirtschaftsraum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital (die vier Grundfreiheiten) gewährleistet ist (**1.1.1993**).

Tschechoslowakei (Tschechische und Slowakische Föderative Republik)/Tschechien/Slowakei

Aus der Tschechoslowakei (Tschechische und Slowakische Föderative Republik) werden zwei Staaten (**1.1.1993**): die Tschechische Republik (Tschechien) und die Slowakische Republik (Slowakei). Die Ministerpräsidenten der bisherigen tschechoslowakischen Teilrepubliken bleiben in ihren Ämtern: An der Spitze der Regierung der Tschechischen Republik steht Václav Klaus von der Demokratischen Bürgerpartei (ODS). Vladimír Mečiar (*Meciar*) von der nationalistischen Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) leitet die Regierung der Slowakei.

Abrüstung/Rüstungskontrolle/Start II-Abkommen

USA/Russland

Die Präsidenten der USA und Russlands, George H.W. Bush und Boris Jelzin, unterzeichnen in Moskau ein weiteres Abkommen über den Abbau strategischer Atomwaffen (**3.1.1993**). Der Start-II-Vertrag (Strategic Arms Reduction Treaty) sieht unter anderem den völligen Verzicht auf bodengestützte Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen sowie die Reduktion der atomaren Gefechtsköpfe auf jeweils maximal 3500 vor.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der 1938 in der Sowjetunion geborene Ballettstar Rudolf Nurejew stirbt im Alter von 54 Jahren (**6.1.1993**). Nurejew setzte sich 1961 während eines Aufenthalts in Paris ab und nahm 1982 die österreichische Staatsbürgerschaft an.

Abrüstung/Rüstungskontrolle/C-Waffen

Vertreter von über 100 Staaten unterzeichnen in Paris die Chemiewaffenkonvention (**13.1.1993**). Das Übereinkommen, das 1997 in Kraft tritt, verbietet die Entwicklung, die Herstellung, die Lagerung, die Weitergabe und den Einsatz von Chemiewaffen und verlangt die Vernichtung allfälliger Bestände durch seine Mitgliedstaaten.

Dänemark

Der dänische Ministerpräsident Poul Schlüter von der Konservativen Volkspartei tritt nach über zehnjähriger Amtszeit wegen der sogenannten Tamilenaffäre zurück (**14.1.1993**). Das Justizministerium hatte die Asylgesetzgebung unterlaufen und die Bearbeitung von Anträgen tamilischer Flüchtlinge auf Familiennachzug verhindert. Neuer Regierungschef wird der Sozialdemokrat Poul Nyrup Rasmussen (25.1.1993). Seiner Koalitionsregierung gehören neben den Sozialdemokraten auch die Zentrumsdemokraten, die radikale Venstre und die Christdemokraten an.

Italien

Salvatore Totò Riina, der berüchtigte Chef der sizilianischen Mafia, wird in Palermo verhaftet (**15.1.1993**). Der „Capo dei capi“ der Cosa Nostra war 23 Jahre auf der Flucht. Er wird wegen Dutzender Morde zu 26 lebenslangen Haftstrafen verurteilt.

Malaysia

In Malaysia beschliesst das Parlament, die Privilegien der Sultane durch eine Verfassungsänderung zu beschneiden (**20.1.1993**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die britisch-niederländische Schauspielerin Audrey Hepburn stirbt im Alter von 63 Jahren (**20.1.1993**).

Tschechien

Der Dramatiker und Schriftsteller Václav Havel, einer der führenden Regimekritiker während des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei und letztes tschechoslowakisches Staatsoberhaupt, wird von der Abgeordnetenversammlung zum ersten Staatspräsidenten der unabhängigen Tschechischen Republik gewählt (**26.1.1993**).

Haiti

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)/UNO

Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und die UNO reagieren auf alarmierende Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Haiti und bilden eine gemeinsame Mission zur Überwachung der dortigen Menschenrechtsslage: Mission Civile Internationale en Haiti/MICIVIH (**3.2.1993**).

Liechtenstein

Dem Landtag im Fürstentum Liechtenstein gehören neu drei Parteien an. Bei der Landtagswahl erobert die Freie Liste zwei Mandate. Stärkste Kraft wird die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) mit 12 Mandaten vor der Vaterländischen Union (VU) mit 11 Sitzen (**7.2.1993**). Neuer Regierungschef wird Markus Büchel von der Fortschrittlichen Bürgerpartei (26.5.1993). Er löst Hans Brunhart von der Vaterländischen Union ab. Hans Brunhart stand seit 1978 an der Spitze der Regierung.

Italien

Der frühere italienische Ministerpräsident Bettino Craxi tritt die Führung des Partito Socialista Italiana ab (**11.2.1993**). Craxi wird beschuldigt, in den Schmiergeldskandal (Tangentopoli) verwickelt zu sein. Craxi entzieht sich dem Zugriff der Justiz durch Flucht nach Tunesien (5.5.1994). In Abwesenheit wird er in mehreren Prozessen zu über 20 Jahren Haft verurteilt. Die Craxi-Affäre stürzt die Sozialistische Partei in eine Existenzkrise.

Zypern

Der Präsident der Republik Zypern, Georgios Vassiliou, wird abgewählt. Sieger der Stichwahl um das Präsidentenamt wird Glafkos Klerides von der konservativen Demokratischen Sammlung (Disy) mit einem Stimmenanteil von 50,3 Prozent (**14.2.1993**).

Litauen

Der ehemalige litauische KP-Chef Algirdas Brazauskas wird mit einem Stimmenanteil von 60,3 Prozent zum ersten Staatspräsidenten Litauens seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit gewählt (14.2.1993). Brazauskas war seit den Parlamentswahlen vom Oktober/November 1992 Parlamentspräsident und zugleich kommissarischer Staatschef.

Slowakei

Michal Kováč (Kovac), ehemaliger Finanzminister der slowakischen Teilrepublik, wird zum ersten Staatsoberhaupt der unabhängigen Slowakei gewählt (**15.2.1993**).

Haiti

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Eine haitianische Fähre sinkt in der Nähe der Ile de la Gonâve. Dabei kommen vermutlich über 1000 Passagiere ums Leben (**17.2.1993**).

Kanada

Der kanadische Premierminister Brian Mulroney von der Progressive Conservative Party erklärt nach fast neunjähriger Amtszeit seinen Rücktritt (**24.2.1993**). Mulroney befindet sich in einem Popularitätstief, verursacht durch Wirtschaftsprobleme und gescheiterte Verfassungsänderungen.

Kuba

Erstmals werden in Kuba die Mitglieder des Parlaments direkt vom Volk gewählt (**24.2.1993**). Bisher hatten Vertreter der Gemeindeversammlungen die Asamblea Nacional gewählt. Einzig zugelassene Partei ist die Kommunistische Partei.

USA

al-Qaida

Islamistische Terroristen verüben einen Sprengstoffanschlag auf World Trade Center (WTC) in New York (**26.2.1993**). Der Sprengstoff explodiert in der Tiefgarage des Gebäudes. Sechs Menschen kommen dabei ums Leben und Hunderte werden verletzt. Der Anschlag wird mit dem Terrornetzwerk al-Qaida in Verbindung gebracht.

Schweiz

Turbulente Bundesratswahl: Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den sozialdemokratischen Neuenburger Staatsrat Francis Matthey zum neuen Bundesrat als Nachfolger von Bundesrat René Felber. Das Nachsehen hat die offizielle sozialdemokratische Kandidatin, die Genfer Nationalrätin und Gewerkschafterin Christiane Brunner. Francis Matthey verlangt Bedenkzeit für die Annahme der Wahl (**3.3.1993**).

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt die Genfer Sozialdemokratin Ruth Dreifuss, Zentralsekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, zur Bundesrätin. Sie ist Nachfolgerin von Bundesrat René Felber. Der zehn Tage zuvor zum Bundesrat gewählte sozialdemokratische Neuenburger Staatsrat Francis Matthey verzichtet auf die Amtsübernahme (**10.3.1993**).

Litauen

Der Unternehmer Adolfas Šleževičius (*Slezevicius*) von der sozialdemokratischen Demokratischen Arbeiterpartei wird neuer litauischer Ministerpräsident (**10.3.1993**).

Indien

Bei mehreren Sprengstoffanschlägen im Zentrum der indischen Wirtschaftsmetropole Bombay (Mumbai) kommen über 250 Menschen ums Leben (**12.3.1993**).

Korea (Nordkorea)

Nordkorea kündigt den Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag an (**12.3.1993**), suspendiert jedoch den Entscheid drei Monate später (11.6.1993).

Andorra

Die Stimmberechtigten von Andorra heissen mit und 74 Prozent Ja-Stimmen eine Verfassung gut, mit der die letzten feudalen Herrschaftsstrukturen abgeschafft werden (**14.3.1993**). Andorra wird laut Verfassung ein parlamentarisches

Cofürstentum. Die Co-Fürsten – der Bischof von Urgell und der französische Präsident – bleiben Staatsoberhäupter. Die Gesetzgebung liegt künftig beim Generalrat, dem Consell General de les Valls.

El Salvador

In El Salvador beschliesst das Parlament eine Amnestie für Verbrechen während des Bürgerkrieges von 1980 bis 1992 (**20.3.1993**). 2016 wird das Amnestiegesetz vom Obersten Gerichtshof des Landes für verfassungswidrig erklärt.

Israel

Ezer Weizman, ehemaliger Kommandant der israelischen Luftwaffe und früherer Verteidigungsminister, wird zum neuen Staatsoberhaupt gewählt (**24.3.1993**). Weizman gehörte während seiner politischen Laufbahn mehreren Parteien an, zuletzt der Arbeitspartei.

Südafrika

Der südafrikanische Präsident Frederik Willem de Klerk teilt dem Parlament mit, seit 1974 habe Südafrika sechs Atomsprengsätze produziert. Diese seien unter internationaler Kontrolle vernichtet worden (**24.3.1993**). 1991 trat Südafrika dem Atomwaffensperrvertrag bei.

Somalia/Pakistan

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat beschliesst, die in Somalia operierende Unified Task Force (Unitaf) und die UN Operation in Somalia (Unosom) zusammenzulegen (**26.3.1992**). Die UNO Mission Unosom II soll Frieden und Sicherheit wiederherstellen, eine nationalen Versöhnung vorantreiben und die Konfliktparteien entwaffnen. Die UNO-Truppen erhalten das Recht, die Entwaffnung der Milizen nötigenfalls mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Dies führt zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen Milizen und UNO-Soldaten. In Mogadiscio kommen 25 pakistanische Blauhelm-Soldaten ums Leben (5.6.1993).

Niger

Mahamane Ousmane geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Niger hervor (**27.3.1993**). Es handelt sich um die ersten freien Wahlen in Niger. Der bisherige Präsident Ali Saibou war von seiner Partei nicht mehr für die Präsidentenwahl nominiert worden.

Frankreich

Erdrutschsieg für die bürgerlichen Parteien bei der Parlamentswahl in Frankreich (21.3. und **28.3.1993**): Das neogaullistische Rassemblement pour la République (RPR), die giscardistische Union pour la démocratie française (UDF) und ihre Verbündeten gewinnen 484 der 577 Sitze. Die Linke erhält 91 Mandate: Die Sozialisten müssen sich mit 53, die Kommunisten mit 23 Mandaten begnügen. Nach dem Sieg der bürgerlichen Opposition bei der Parlamentswahl kommt es erneut zu einer Links-Rechts-Cohabitation: sozialistischer Staatschef (François Mitterrand) und bürgerlicher Premierminister. Edouard Balladur vom Rassemblement pour la République (RPR) wird neuer Regierungschef (29.3.1993).

Kroatien

Nikica Valentić (*Valentic*) von der nationalkonservativen Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) wird neuer kroatischer Ministerpräsident (**3.4.1993**).

Jugoslawienkriege/Bosnienkrieg

Bosnien-Herzegowina

Nato/UNO

Die Nato erklärt sich zur Durchsetzung des vom UNO-Sicherheitsrat verhängten Flugverbots über Bosnien-Herzegowina bereit (**8.4.1993**).

Türkei

Der türkische Staatspräsident und ehemalige Regierungschef Turgut Özal stirbt im Alter von 65 Jahren (**17.4.1993**). Schon bald nach seinem Tod kursieren Gerüchte über einen Mord. Nachfolger von Özal wird der bisherige Regierungschef Süleyman Demirel (16.5.1993).

Sekten/Sektendrama

USA

Über 80 Menschen kommen im Anwesen der Davidianer-Sekte im texanischen Waco ums Leben. Nach 51 Tagen Belagerung greifen Sicherheitskräfte das Sektenzentrum an; die Häusergruppe geht in Flammen auf (**19.4.1993**). Die Behörden sprechen von mutwilliger Brandstiftung durch die Sektenmitglieder. Überlebende und Angehörige der getöteten Davidianer werfen den Behörden vor, für den Ausbruch des Feuers verantwortlich zu sein.

Brasilien

In Brasilien wird die Wiedereinführung der Monarchie in einer Volksabstimmung deutlich abgelehnt. Rund 86 Prozent votieren für die Beibehaltung der Republik (**21.4.1993**).

Äthiopien/Eritrea

Die Bevölkerung von Eritrea spricht sich nach einem 30 Jahre dauernden Unabhängigkeitskampf mit einem Ja-Stimmenanteil von 99,79 Prozent für die Loslösung von Äthiopien aus (**25.4.1993**). Einen Monat später erklärt sich Eritrea für unabhängig (24.5.1993).

Italien

Der frühere Zentralbankchef Carlo Azeglio Ciampi (parteilos) wird neuer italienischer Ministerpräsident (**28.4.1993**). Seine Regierung besteht aus Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana/DC), Sozialisten (Partito Socialista Italiano/PSI), Republikanern (Partito Repubblicano Italiano/PRI), Sozialdemokraten (Partito Socialista Democratico Italiano/PSDI) und Liberalen (Partito Liberale Italiano/PLI).

Sri Lanka

Der sri-lankische Staatspräsident Ranasinghe Premadasa fällt bei einer 1.Mai-Veranstaltung in Colombo einem Selbstmordanschlag der separatistischen Tamil Tigers (Liberation Tigers of Tamil Eelam/LTTE) zum Opfer (**1.5.1993**). Mit ihm kommen weitere 17 Menschen ums Leben.

Jugoslawienkriege/Bosnienkrieg

Bosnien-Herzegowina

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat beschliesst die Schaffung von sechs Schutzzonen in Bosnien-Herzegowina: Bihać, Gorazde, Sarejevo, Srebrenica, Tuzla und Žepa (**6.5.1993**).

Paraguay

In Paraguay finden die ersten freien Wahlen seit dem Sturz des Stroessner-Regimes im Jahr 1989 und der nachfolgenden Übergangsperiode unter Führung von General Andrés Rodríguez (*Rodriguez*) statt (**9.5.1993**). Die Hoffnung der Opposition auf einen Machtwechsel erfüllt sich nicht. Der bisher regierende Partido Colorado gewinnt die Präsidentenwahl und bleibt trotz Stimmenverlusten stärkste Kraft im Parlament. Neuer Staatschef wird Juan Carlos Wasmosy mit einem Stimmenanteil von 41,78 Prozent. Im Abgeordnetenhaus gewinnt der Partido Colorado 38 der 80 Mandate.

EG/EU

Dänemark

Im zweiten Anlauf heisst die Bevölkerung Dänemarks den „Vertrag über die Europäische Union“ – den Maastricht-Vertrag – mit 56,8 Prozent Ja-Stimmen gut (**18.5.1993**). Dänemark erhielt nach dem Nein am 2. Juni 1992 Zugeständnisse in den Bereichen Gemeinschaftswährung, Innenpolitik und Justiz.

Venezuela

Der venezolanische Staatspräsident Carlos Andrés Pérez (*Perez*) wird vom Obersten Gerichtshof wegen Veruntreuung und Korruption abgesetzt (**20.5.1993**).

Der Historiker und Jurist Ramón José Velásquez (*Velasquez*) wird ab Anfang Juni bis zur Amtseinsetzung eines neuen gewählten Staatschefs im Februar 1994 Übergangspräsident.

Indonesien/Osttimor (Timor-Leste)

Ein indonesisches Gericht verurteilt den Anführer der Forças Armadas de Libertação Nacional de Timor-Leste (Falintil), Xanana Gusmão (Gusmao), zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe (**21.5.1993**). Bei den Falintil handelt es sich um den bewaffneten Arm der Partei Frente Revolucionária de Timor-Leste Independente (Fretilin).

Kambodscha

In Kambodscha finden unter Aufsicht der UNO Parlamentswahlen statt (**23. bis 25.5.1993**). Keine Partei erreicht die absolute Mehrheit. Stärkste Kraft ist der royalistische Front uni national pour un Cambodge indépendant, neutre, pacifique et coopérat (Funcinpec) von Prinz Norodom Ranariddh mit 58 der 120 Sitze. 51 Mandate erhält die Kambodschanische Volkspartei von Regierungschef Hun Sen.

Die Roten Khmer boykottieren die Parlamentswahl. Sie haben sich vom Pariser Friedensabkommen von 1991 distanziert, brechen die Waffenstillstandsvereinbarungen und verweigern die Rückgabe der von ihnen kontrollierten Gebiete an die Zentralregierung. Die Roten Khmer kontrollieren etwa 20 Prozent des Territoriums.

Eritrea

Eritrea erklärt sich für unabhängig (**24.5.1993**). Eritrea hatte jahrzehntelang für die Loslösung von Äthiopien und die Eigenständigkeit gekämpft. Staats- und Regierungschef wird Isayas Afewerki, Vorsitzender der Eritrean People's Liberation Front (EPLF). Eritrea wird ein Einparteienstaat unter autoritärer Führung von Afewerki.

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat beschliesst die Schaffung eines Internationalen Gerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien. Dieses soll die seit 1991 begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ahnden (**25.5.1993**).

Deutschland

Rechtsextremisten verüben einen Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus in Solingen (**29.5.1993**). Dabei kommen fünf Menschen ums Leben.

Guatemala

Autogolpe (Selbstputsch) in Guatemala: Staatspräsident Jorge Serrano Elías (*Serrano Elias*) löst den Kongress und das Oberste Gericht auf und setzt Teile der Verfassung ausser Kraft (**25.5.1993**). Er begründet dies unter anderem mit dem Kampf gegen die Korruption und den Drogenhandel. Das Verfassungsgericht erklärt die Massnahmen für ungültig. Die Armee zwingt Serrano Elías zum Rücktritt (1.6.1993). Das Parlament wählt den Juristen Ramiro de León Carpio (*Leon Carpio*) zum neuen Präsidenten (5.6.2023).

Burundi

Erste freie Präsidentschaftswahl in Burundi. Mit Melchior Ndadaye gelangt erstmals ein Hutu an die Macht (**1.6.1993**).

Lettland

In Lettland findet die erste Parlamentswahl seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit statt (**5./6. und 6.6.1993**). Die liberale Partei Lettlands Weg wird stärkste Kraft. Sie gewinnt 36 der 100 Sitze. Die Nationale Unabhängigkeitsbewegung erhält 15 Mandate. An dritter Stelle folgt die prorussische Harmonie für Lettland mit 13 Mandaten. Zwölf Sitze erhält der Bauernverband.

Spanien

Zum vierten aufeinanderfolgenden Mal gehen die Sozialisten als stärkste Partei aus der Parlamentswahl in Spanien hervor, müssen aber 16 Sitzverluste in Kauf nehmen (**6.6.1993**). Der Partido Socialista Obrero Español (PSOE) von Ministerpräsident Felipe González (*Gonzalez*) gewinnt 159 der 350 Mandate des Abgeordnetenhauses. Auf der Gewinnerseite ist der konservative Partido Popular (PP) von José María Aznar. Der Partido Popular erobert 34 Sitze hinzu und entsendet 141 Volksvertreter ins Abgeordnetenhaus. Es folgen die Izquierda Unida (IU) mit 18 und die katalanische Convergència i Unió (CiU) mit 17 Mandaten. Das Centro Democrático Social (CDS) ist nicht mehr vertreten. Ministerpräsident Felipe González ist auf die Unterstützung katalanischer und baskischer Regionalparteien angewiesen.

Mongolei

In der Mongolei wird erstmals das Staatsoberhaupt vom Volk gewählt. Amtsinhaber Punsalmaagiin Ochirbat siegt mit einem Stimmenanteil von 57,8 Prozent (**6.6.1993**).

Nigeria

Der sozialdemokratische Politiker Moshood Abiola geht als Sieger aus der Präsidentschaftswahl in Nigeria hervor (**12.6.1993**). Doch der bisherige Militärmachthaber Ibrahim Babangida annulliert die Wahl. Nach massiven Protesten tritt Babangida nach wenigen Wochen zurück (27.8.1993). Neuer Machthaber wird General Sani Abacha.

Malawi

In Malawi endet das Machtmonopol der Regierungspartei Malawi Congress Party. In einem Referendum wird die Einführung einer Mehrparteiendemokratie mit rund 64 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen (**14.6.1993**). Machthaber Hastings Kamuzu Banda verliert den Titel Präsident auf Lebenszeit.

Haiti/UNO

Der UNO-Sicherheitsrat verhängt ein Öl- und Waffenembargo gegen Haiti (**16.6.1993**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger William Golding stirbt im Alter von 81 Jahren (**19.6.1993**).

Türkei

Mit Tansu Çiller (*Ciller*) steht erstmals eine Frau an der Spitze der türkischen Regierung (**25.6.1993**). Die Vorsitzende der gemässigt konservativen Partei des rechten Weges (DYP) übernimmt die Nachfolge des zum Staatsoberhaupt gewählten Süleyman Demirel.

Kanada

Mit Kim Campbell (Progressive Conservative Party) erhält Kanada erstmals eine Premierministerin (**25.6.1993**). Sie ist Nachfolgerin des zurückgetretenen Premierministers Brian Mulroney. Kim Campbell bleibt nur 132 Tage im Amt (vgl. 25.10.1993).

Italien

Der italienische Unternehmer Silvio Berlusconi gründet die Bewegung „Forza Italia! Associazione per il buon governo“ (**29.6.1993**).

Türkei

In der türkischen Stadt Sivas kommen bei einem Brandanschlag auf ein Hotel 37 Menschen ums Leben. Der Anschlag richtete sich gegen Angehörige der religiösen Minderheit der Aleviten (**2.7.1993**).

Haiti

Der Anführer des Militärregime in Haiti, General Raoul Cédras, und der von Cédras gestürzte Staatspräsident Jean-Bertrand Aristide unterzeichnen auf Governors Island (New York) ein von den USA vermitteltes Abkommen über die Wiederherstellung der Demokratie. Aristide soll Ende Oktober 1993 wieder sein Amt übernehmen und Cédras in den vorzeitigen Ruhestand treten (**3.7.1993**). Das Governors Island Agreement scheitert jedoch.

Lettland

Guntis Ulmanis wird zum ersten Staatspräsidenten Lettlands seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit gewählt (**7.7.1993**). Er kandidierte für die Bauernunion.

Kongo-Brazzaville

In Kongo-Brazzaville brechen nach umstrittenen Parlamentswahlen schwere Unruhen zwischen Milizen von Präsident Pascal Lissouba (Cocoyes), Expräsident Denis Sassou Nguesso (Cobras) und dem Oppositionspolitiker Bernard Kolélas (Ninjas) aus (**7.7.1993**). Die Auseinandersetzungen dauern bis Ende Januar 1994 und fordern zwischen 1000 und 3000 Tote.

Belgien

Mit einer Verfassungsänderung wird Belgien offiziell ein föderaler Staat, bestehend aus Gemeinschaften und Regionen (**14.7.1993**). Es gibt drei Gemeinschaften: Vlaamse Gemeenschap (flämische Gemeinschaft), Communauté française und Deutschsprachige Gemeinschaft sowie drei Regionen: Vlaames Gewest (Flämische Region), Région wallonne und Brüssel-Hauptstadt (Région de Bruxelles-Capitale). Gemeinschaften und Regionen haben eigene Volksvertretungen und Exekutiven.

Uganda/Buganda

Das ugandische Parlament (National Resistance Council) erlaubt die Wiederherstellung der 1966 aufgelösten Königreiche, jedoch ausschliesslich unter kulturellen Aspekten (**14.7.1993**). Ronald Mutebi wird feierlich in sein Amt als König (Kabaka) von Buganda eingesetzt (31.7.1993).

Japan

Wahldebakel für die seit 1955 in Japan regierende, von Skandalen erschütterte Liberaldemokratische Partei (LDP). Nach 38 Jahren muss sie in die Opposition (18.7.1993). Die Liberaldemokraten erhalten 223 (minus 52) der 511 Mandate im Unterhaus, verpassen damit die absolute Mehrheit, bleiben aber stärkste Partei. Zu den Wahlverlierern gehört auch die Sozialistische Partei, die zweitstärkste Kraft. Sie verliert 66 Mandate und entsendet noch 70 Abgeordnete. Zu den Gewinnern gehören die Erneuerungspartei mit 55, Komeito mit 51 und die Neue Japan-Partei mit 35 Mandaten. Das aus sieben Parteien bestehende Anti-LDP-Oppositionsbündnis erhält insgesamt 243 Mandate und bildet unter Führung von Hosokawa Morihiro die neue Regierung (vgl. 9.8.1993).

Italien

Die Führung der von Korruptionsskandalen erschütterten Democrazia Cristiana (DC) spricht sich für die Auflösung der Partei aus (**26.7.1993**). Die Christlichdemokratische Partei war seit 1945 die dominierende politische Kraft Italiens.

Belgien

Der belgische König Baudouin stirbt im Alter von 62 Jahren (**31.7.1993**). Nachfolger wird sein Bruder Albert (König Albert II.).

Lettland

Valdis Birkavs von der liberalen Partei Lettlands Weg wird neuer Regierungschef (**3.8.1993**).

Ruanda

UNO

Die ruandischen Bürgerkriegsparteien einigen sich in Arusha auf einen Waffenstillstand, die Demobilisierung der Armeen und die Bildung einer Übergangsregierung (**4.8.1993**). Der Bürgerkrieg war 1990 ausgebrochen. Zur Überwachung des Friedensabkommens beschliesst der UNO-Sicherheitsrat zwei Monate später (5.10.1993) die Bildung der United Nations Assistance Mission for Rwanda (Unamir). Zur Unamir gehören rund 2200 Blauhelme.

Bolivien

In Bolivien wählt das Parlament (Asemblea Legislativa Plurinacional) Gonzalo Sánchez de Lozada (Sanchez de Lozada) vom Movimiento Nacionlista Revolucionario (MNR) zum neuen Staatspräsidenten (**5.8.1993**). Es gibt keinen Gegenkandidaten. Bei der Präsidentschaftswahl (6.6.1993) hatte kein Kandidat das absolute Mehr erreicht.

Japan

Hosokawa Morihiro wird neuer japanischer Ministerpräsident (**9.8.1993**). Erstmals seit 1955 erhält Japan einen Regierungschef, der nicht der ab 1955 dominierenden Liberaldemokratischen Partei angehört. Hosokawa vertritt die Neue Japan-Partei. Er bildet eine aus sieben Parteien – Neue Japan-Partei, Erneuerungspartei, Komeito, Sozialistische Partei, Demokratische Sozialistische Partei, Neue Partei Sakigake und Sozialdemokratischer Bund – gebildete Koalitionsregierung

Bosnien-Herzegowina/Herceg-Bosna

Die Kroaten in Bosnien-Herzegowina proklamieren einen eigenen Staat: die Kroatische Republik Herceg-Bosna (28.8.1993). Präsident von Herceg Bosna ist Mate Boban.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

PLO

In einem Briefwechsel anerkennt die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) das Recht des Staates Israel auf Existenz in Frieden und Sicherheit – und Israel anerkennt die PLO als rechtmässige Vertreterin des Palästinensischen Volkes (9.9.1993).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

PLO

palästinensische Autonomiegebiete/Westjordanland/Gazastreifen

Israel und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) unterzeichnen in Washington eine „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ (13.9.1993).

Das sogenannte Oslo-I-Abkommen sieht die Übertragung von Befugnissen und Verantwortlichkeiten im besetzten Westjordanland und Gazastreifen auf die Palästinenser vor – beginnend mit einer fünfjährigen Interimsphase. Israel bleibt weiterhin für die Sicherheit entlang der internationalen Grenzen und für die Sicherheit der Israeli im Westjordanland und Gazastreifen zuständig. Verhandlungen über den dauerhaften Status (Jerusalem-Frage, Flüchtlinge, Siedlungen etc.) sollen nicht später als mit Beginn des dritten Jahres der Übergangsperiode beginnen. Unterzeichnet wird das in Geheimverhandlungen in Norwegen ausgehandelte Abkommen vom israelischen Aussenminister Shimon Peres und vom palästinensischen Unterhändler Mahmud Abbas. Der Unterzeichnungszeremonie wohnen auch US-Präsident Bill Clinton, Israels Ministerpräsident Yitzhak Rabin und PLO-Chef Yassir Arafat bei. Rabin und Arafat reichen sich die Hand.

Liechtenstein

Der liechtensteinische Regierungschef Markus Büchel fällt bei seiner eigenen Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) in Ungnade und wird nach nur knapp sieben Monaten Amtszeit durch ein Misstrauensvotum im Landtag gestürzt (14.9.1993). Fürst Hans Adam II. löst das Parlament auf. Bei der Neuwahl des Landtags (24.10.1993) wird die Vaterländische Union (VU) stärkste Kraft vor der Fortschrittlichen Bürgerpartei.

Polen

Das Bündnis der Demokratischen Linken (SLD) geht als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen in Polen hervor. Es gewinnt 171 der 460 Mandate im neuen Sejm. Die Polnische Bauernpartei (PSL) ist mit 132 Abgeordneten vertreten. Auf die liberale Demokratische Union (DU) entfallen 74 Sitze (19.9.1993). Die Regierungskoalition aus dem Bündnis der Demokratischen Linken und der Polnischen Bauernpartei unter Führung von Ministerpräsident Waldemar Pawlak (PSL) verfügt über knapp zwei Drittel der Sitze.

Zentralafrikanische Republik

In der Zentralafrikanischen Republik endet mit der Wahl von Ange-Félix Patassé zum neuen Staatspräsidenten die zwölf Jahre dauernde Herrschaft von Machthaber André Kolingba (19.9.1993). Kolingba schied bereit in der ersten Wahlrunde aus. Im Parlament erringt das Mouvement pour la Libération du Peuple Centrafricain (MLPC) die Mehrheit der Mandate.

Russland

Der Machtkampf zwischen dem russischen Präsidenten Boris Jelzin und der Staatsduma spitzt sich zu. Jelzin löst das Parlament auf und kündigt Neuwahlen an (21.9.1993). Im Gegenzug erklärt das Parlament den Staatsschef für abgesetzt und ernennt Alexander Ruzkoi zum amtierenden Präsidenten. Die Jelzin-Gegner verbarrikadieren sich im Parlamentsgebäude (Weisses Haus). Die Armee nimmt das Weisse Haus unter Beschuss und schlägt den Putschversuch gewaltsam nieder (4.10.1993). Die Revolte fordert über 180 Tote.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Schriftsteller und Historiker Niklaus Meienberg stirbt im Alter von 53 Jahren (22.9.1993).

Kambodscha

Kambodscha erhält eine neue Verfassung und wird eine konstitutionelle Monarchie. Norodom Sihanouk wird wieder als König eingesetzt (24.9.1993). Regiert wird das Land von zwei Ministerpräsidenten. Erster Premierminister ist der Königssohn Prinz Norodom Ranariddh, dessen royalistische Front uni national pour un Cambodge indépendant, neutre, pacifique et coopérat (Funcinpec) als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl im Mai hervorgegangen war. Zweiter Premierminister ist Hun Sen von der Kambodschanischen Volkspartei

Tadschikistan

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) beschliesst die Schaffung einer kollektiven Friedenstruppe für Tadschikistan (24.9.1993). Beteiligt sind Bataillone aus Usbekistan, Kasachstan, Kirgistan sowie russische Grenzschutztruppen und die russische 201. motorisierte Schützendivision. – insgesamt 25 000 Mann.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten billigen den Anschluss des bernischen Amtsbezirks Laufen an den Kanton Basel-Land mit 75,2, die Initiative „für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag“ (1. August-Initiative) mit 83,8 Prozent und die Massnahmen gegen Kostensteigerung in der Krankenversicherung mit 80,5 Prozent Ja-Stimmen (**26.9.1993**).

Georgien/Abchasien

Massaker in der abchasischen Hauptstadt Suchumi: Abchasische Milizen und mit ihnen verbündete Gruppen überfallen die georgische Zivilbevölkerung. Rund 7000 Menschen kommen dabei ums Leben (**27.9.1993**).

Indien

Katastrophen/Erdbeben

Der indische Unionsstaat Maharashtra wird von einem verheerenden Erdbeben heimgesucht. Etwa 10 000 Menschen kommen ums Leben (**30.9.1993**).

Aserbaidshan

Machtwechsel in Aserbaidshan (**3.10.1993**): Nach der Entmachtung von Präsident Abulfaz Elchibey wird Haidar Alijew, ehemaliger aserbaidshanischer KP-Chef und ehemaliges Politbüromitglied der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, mit einem Stimmenanteil von 98,8 Prozent zum neuen Staatsoberhaupt gewählt (**3.10.1993**). Elchibey stolperte wie sein Vorgänger Ajas Motalibow über den Konflikt um Berg-Karabach. Die Macht liegt fortan in der Hand der Familie Alijew.

Somalia/USA

UNO

Bei einem militärischen Einsatz von US-Truppen in der somalischen Hauptstadt Mogadiscio werden zwei Helikopter von Milizen abgeschossen. Dabei kommen 18 US-Soldaten ums Leben. Ihre Leichen werden durch die Strassen der Hauptstadt geschleift (**3./4.10.1993**). Die Bilder von den getöteten Soldaten lösen in den USA einen Stimmungsumschwung aus. Kurz darauf (7.10.1993) geben die USA den Rückzug ihrer im Rahmen der UNO-Friedensmission in Somalia (Unosom II) operierenden Streitkräfte bis Ende März 1994 bekannt.

Griechenland

In Griechenland kehrt die Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) an die Macht zurück. Die bisher regierende konservative Nea Dimokratia muss bei der Parlamentswahl schwere Verluste in Kauf nehmen (**10.10.1993**). Andreas Papandreu wird erneut Ministerpräsident. Er stand schon von Oktober 1981 bis Juli 1989 an der Spitze der Regierung.

Burundi

Nach hundert Tagen im Amt wird der burundische Staatspräsident Melchior Ndadaye ermordet (**21.10.1993**). Ndadaye war der erste Hutu an der Spitze des Landes. Ein Bürgerkrieg zwischen Hutu und Tutsi bricht aus, der erst 2005 beendet wird und schätzungsweise 300 000 Tote fordert.

Kanada

Verheerende Niederlage für die regierende Progressive Conservative Party bei der Parlamentswahl in Kanada (**25.10.1993**). Die Partei von Premierministerin Kim Campbell verliert im Vergleich zu den letzten Wahlen 167 Mandate und ist nur noch mit 2 Abgeordneten vertreten. Stärkste Kraft ist der Liberal Party von Jean Chrétien mit 177 (plus 94) Sitzen. An zweiter Stelle folgt der Bloc québécois mit 54 Mandaten. Die Reform Party erhält 52 Sitze. Die sozialdemokratische New Democratic Party entsendet nur noch 9 (minus 34) Abgeordnete. Das House of Commons hat insgesamt 295 Abgeordnete. Der Wahlsieger Jean Chrétien wird neuer Premierminister.

Peru

Peru erhält eine neue Verfassung. Das Grundgesetz wird in einer Volksabstimmung mit 52,33 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen (**31.10.1993**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der italienische Regisseur Federico Fellini stirbt im Alter von 73 Jahren (**31.10.1993**).

EU/EG

Aus der EG (Europäische Gemeinschaft) wird die EU (Europäische Union): Der am 7. Februar 1992 unterzeichnete „Vertrag über die Europäische Union“ – Maastricht-Vertrag – tritt in Kraft (**1.11.1993**).

Honduras

In Honduras kehrt der Partido Liberal zurück an die Macht. Sieger der Präsidentenwahl ist Carlos Roberto Reina mit einem Stimmenanteil von 53 Prozent. Im Parlament ist der Partido Liberal stärkste Kraft mit 71 der 128 Sitze (**27.11.1993**).

Kolumbien

Pablo Escobar, Chef des kolumbianischen Medellín-Drogenkartells, wird von Sicherheitskräften bei einem Fluchtversuch erschossen (**2.12.1993**).

Österreich

Der Wiener Bürgermeister Helmut Zilk wird bei einem Briefbombenanschlag schwer verletzt (**5.12.1993**). Urheber des Attentats ist Franz Fuchs. Er verübt zwischen Dezember 1993 und 1996 mehrere rassistisch motivierte Anschläge unter dem Pseudonym „Bajuwarische Befreiungsarmee“. Dabei kommen vier Menschen ums Leben und 13 Personen werden verletzt.

Venezuela

In Venezuela wird Rafael Caldera zum zweiten Mal zum Staatspräsidenten gewählt. Der christdemokratische Politiker war bereits zwischen 1969 und 1974 Staatsoberhaupt. Caldera, Kandidat der Convergencia Nacional, erhält knapp 30 Prozent der Stimmen (**5.12.1993**). Im Abgeordnetenhaus bleibt die sozialdemokratische Partei Acción Democrática (AD) trotz hoher Verluste mit 55 der 203 Sitze stärkste Kraft.

Côte d'Ivoire

Ende einer Ära in Côte d'Ivoire: Félix Houphouët-Boigny (Houphouet-Boigny), seit der Unabhängigkeit im Jahr 1960 Staatsoberhaupt, stirbt im Alter von 88 Jahren (**7.12.1993**). Sein Nachfolger wird Henri Konan Bédié.

Friedensnobelpreis

Südafrika

Der südafrikanische Bürgerrechtskämpfer Nelson Mandela und der südafrikanischen Staatspräsident Frederik Willem de Klerk werden mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1993**).

Literaturnobelpreis

USA

Die US-amerikanische Schriftstellerin Toni Morrison wird mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1993**).

Russland

Die Bevölkerung Russlands stimmt mit rund 58 Prozent Ja-Stimmen einer neuen Verfassung zu (**12.12.1993**). Gleichzeitig finden die ersten freien Parlamentswahlen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion statt. 225 Abgeordnete der Staatsduma werden über Parteilisten gewählt und weitere 225 über Direktmandate. Die Liberaldemokraten des Rechtspopulisten Wladimir Schirinowski liegen mit einem Stimmenanteil von 22,92 Prozent bei den Parteilisten an der Spitze. Es folgen der Kreml-nahe Block Russlands Wahl von Ex-Regierungschef Jegor Gaidar mit 15,51 Prozent und die Kommunistische Partei Russlands mit 12,40 Prozent. Nach Angaben der Interparlamentarischen Union gewinnt der Block Russlands Wahl 96 der 450 Sitze. Die Liberaldemokraten sind mit 70, die Kommunisten mit 65, die Agrarpartei mit 47 und Jabloko mit 33 Mandaten vertreten.

Chile

Der Christdemokrat Eduardo Frei wird mit einem Stimmanteil von 57,98 Prozent zum neuen chilenischen Staatsschef gewählt (**11.12.1993**).

Andorra

In Andorra finden erstmals Parlamentswahlen mit politischen Parteien statt (**12.12.1993**). Stärkste Kraft ist die Partei Agrupament Nacional Democràtic (AND). Sie gewinnt 8 der 28 Mandate im Consell General de les Valls.

Liechtenstein

Mario Frick von der Vaterländischen Union (VU) wird neuer Liechtensteiner Regierungschef (**15.12.1993**). Der 28 Jahre alte Mario Frick ist der jüngste Regierungschef Europas.

UNO/UNO-Hochkommissar für Menschenrechte

Menschenrechte

Die UNO-Vollversammlung beschliesst die Schaffung des Amtes eines Hochkommissars für Menschenrechte (**20.12.1993**). Erster UNO-Hochkommissar für Menschenrechte wird der ecuadorianische Diplomat José Ayala-Lasso.

1994

EWK/EU/Efta

Das Abkommen über die Schaffung des Europäischen Währungsraums (EWK) tritt in Kraft (**1.1.1994**). Der EWK umfasst alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) und der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) mit Ausnahme der Schweiz.

Mexiko

Im mexikanischen Bundesstaat Chiapas beginnt ein bewaffneter Aufstand der Zapatistischen Befreiungsarmee – Ejército Zapatista de Liberación Nacional/EZLN (**1.1.1994**). Der Name erinnert an den ehemaligen Revolutionsführer Emiliano Zapato. Die aufständischen Indigenen erobern mehrere Provinzstädte und erklären der Regierung den Krieg. Die Zapatisten fordern Land, Arbeit, Nahrung, Bildung, Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit. Ihr Anführer ist „Subcomandante Marcos“.

Zum Nährboden des Aufstands gehört auch das von den Campesinos heftig kritisierte Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko (North American Free Trade Agreement/Nafta), das zu Jahresbeginn in Kraft tritt.

Unter massivem Druck der Öffentlichkeit ordnet Staatspräsident Carlos Salinas de Gortari einen Waffenstillstand an (12.1.1994). Die Gefechte zwischen den Rebellen und der Armee fordert über 100 Tote.

Nato/Partnerschaft für den Frieden

Die Nato bietet den ehemaligen Ostblockstaaten sowie blockfreien und neutralen Staaten eine „Partnerschaft für den Frieden“ an (**11.1.1994**). Im Vordergrund stehen Friedenssicherung und Krisenbewältigung. Noch im gleichen Jahr treten 23 Staaten der „Partnerschaft für den Frieden“ bei. Weitere Länder, darunter auch die Schweiz, folgen später.

Ukraine/Russland/USA

Die Ukraine verpflichtet sich zur atomaren Abrüstung. US-Präsident Bill Clinton, der russische Präsident Boris Jelzin und der ukrainische Staatschef Leonid Krawtschuk unterzeichnen in Moskau eine entsprechende trilaterale Vereinbarung (**14.1.1994**).

Italien

In Italien löst sich die während Jahrzehnten dominierende Democrazia Cristiana (DC) auf und übernimmt den Namen ihrer Vorläuferpartei Partito Popolare Italiano – PPI (**18.1.1994**). Der rechte Flügel gründet eine eigene Partei: das Centro Cristiano Democratico (CCD). Vom Partito Popolare Italiano spalten sich im folgenden Jahr konservative Kräfte ab, die Cristiani democratici uniti (CDU).

Italien

Das neofaschistische Movimento Sociale Italiano (MSI) und andere Rechtsgruppierungen schliessen sich auf Initiative des MSI-Vorsitzenden Gianfranco Fini zur Alleanza Nazionale zusammen (**22.1.1994**).

Italien

Der italienische Unternehmer Silvio Berlusconi kündigt in einer „Rede an die Nation“ den Einstieg in die Politik an. Er strebt an der Spitze seiner Bewegung Forza Italia das Amt des Regierungschefs an (26.1.1994). Die Associazione Movimento Politico Forza Italia hat wenige Tage zuvor (18.1.1994) offiziell ihr Gründungsstatut hinterlegt. Forza Italia gilt als Sammlungsbewegung der nach der Auflösung der Democrazia Cristiana politisch heimatlos gewordenen bürgerlichen Kräften.

Algerien

In Algerien wird General Liamine Zéroul von Hohen Staatsrat zum Staatspräsidenten ernannt (**30.1.1994**).

Tschad/Libyen

Internationaler Gerichtshof

Der von Libyen besetzte Aouzou-Streifen gehört laut einem Urteil des Internationalen Gerichtshofs zu Tschad (**3.2.1994**). Libyen zieht sich aus dem Aouzou-Streifen zurück.

Ghana

Im Norden von Ghana brechen Unruhen aus (**3.2.1994**), die mindestens 1000 Tote fordern. Bei den Auseinandersetzungen zwischen den Ethnien der Konkomba und Nanumba geht es um Landnutzungsrechte.

Jugoslawienkriege/Bosnienkrieg

Bosnien-Herzegowina

Nato

Beim Einschlag einer Granate auf dem Marktplatz von Sarajevo kommen 68 Menschen ums Leben (**5.2.1994**). Die Nato verlangt von den Serben, die schweren Geschütze aus einem Umkreis von 20 Kilometern rund um die Hauptstadt von Bosnien-Herzegowina zurückzuverlegen und droht mit Luftschlägen.

Finnland

Der für die Sozialdemokraten kandidierende Diplomat und Krisenmanager Martti Ahtisaari geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Finnland hervor (**6.2.1994**). Er erhält 53,9 Prozent der Stimmen. Erstmals wird das Staatsoberhaupt vom Volk gewählt.

Norwegen

Olympische Spiele

In der norwegischen Stadt Lillehammer finden die XVII. Olympischen Winterspiele statt (**12.2.1994**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die Initiative „zum Schutz des Alpengebiets vor dem Transitverkehr“ mit einem Ja-Stimmenanteil von 51,9 Prozent gut (**20.2.1994**). Die Alpen-Initiative fordert unterem die Verlagerung des Gütertransitverkehrs auf die Schiene.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Hebron

Der extremistische israelische Siedler Baruch Goldstein erschießt in der Abraham-Moschee in Hebron im Westjordanland 29 betende Muslime (**25.2.1994**). Nach dem Massaker wird eine Internationale Beobachtermission in Hebron (Temporary International Presence in Hebron/TIPH) geschaffen.

Moldau

Bei den ersten Parlamentswahlen in der Republik Moldau seit der Unabhängigkeit gewinnt die prokommunistische Agrardemokratische Partei (PDAM) die Mehrheit der Mandate (**27.2.1994**).

Jugoslawienkriege/Bosnienkrieg

Bosnien-Herzegowina

Nato

Erster Kampfeinsatz der Nato wegen Verletzung des Flugverbotes über Bosnien-Herzegowina. Über Banja Luka werden vier serbische Kampfflugzeuge abgeschossen (**28.2.1994**).

Moldau/Rumänien

Die Stimmbürger der Republik Moldau sprechen sich mit über 90 Prozent Ja-Stimmen für einen unabhängigen und unteilbaren Staat aus und erteilen damit den Befürwortern eines Anschlusses an Rumänien eine Absage (**6.3.1994**).

Deutschland

Homosexualität

In Deutschland beschliesst der Bundestag die endgültige Streichung des Paragraphen 175, der Sex unter Männern unter Strafe stellt (**13.3.1994**).

Bosnien und Herzegowina/Kroatien/USA

In Washington unterzeichnen der bosnische Ministerpräsident Haris Silajdžić (*Silajdzic*) und der bosnische Kroatienführer Krešimir Zubak das durch Vermittlung der USA ausgehandelte Abkommen über die Bildung der (kroatisch-bosnischen) Föderation von Bosnien und Herzegowina (**18.3.1994**). Erster Präsident der Föderation Bosnien und Herzegowina wird Krešimir Zubak von der Kroatischen Demokratischen Union HDZ (31.5.1994). Die Föderation umfasst die kroatischen und bosnischen Landesteile. Die Kroatische Republik Herceg-Bosna wird aufgelöst und in die Föderation eingegliedert.

Gleichzeitig unterschreiben die Präsidenten von Kroatien und Bosnien-Herzegowina, Franjo Tudjman und Alija Izetbegović (*Izetbegovic*), eine Absichtserklärung über die Schaffung einer Konföderation zwischen Kroatien und Bosnien-Herzegowina

Tunesien

In Tunesien erhält die Opposition erstmals Sitze im Parlament. Dominierende Kraft bleibt das Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD) mit 144 von 163 Mandaten (**20.3.1994**).

Italien

In Italien geht der Unternehmer Silvio Berlusconi als Sieger aus den Parlamentswahlen hervor. Diese stehen im Zeichen eines Umbruchs des Parteiensystems: Die Democrazia Cristiana gibt es nicht mehr, der Partito Comunista Italiana/PCI hat sich umbenannt, Forza Italia und die Alleanza Nazionale entstehen. Ausserdem gilt ein neues Wahlrecht, eine Mischung aus Majorz und Proporz (**27. und 28.3.1994**).

- Berlusconis Mitte-rechts-Bündnisse – der Polo delle Libertà und der Polo del Buon Governo (Forza Italia/FI, Lega Nord/LN, Centro Cristiano Democratico/CCD und Alleanza Nazionale/AN) gewinnen 366 der 630 Sitze im Abgeordnetenhaus und 156 der 315 Mandate im Senat.

- Das Mitte-links-Bündnis Alleanza dei Progressisti (Partito Democratici della Sinistra/PDS, Partito della Rifondazione Comunista/PRC, Federazione dei Verdi, Partito Socialista Italiano/PSI und Alleanza Democratica/AD) gewinnt 213 Sitze im Abgeordnetenhaus und 122 im Senat.

- Das Zentrumsbündnis Patto per L'Italia (Partito popolare Italiano/PPI und Patto Segni) ist mit 46 Abgeordneten und 31 Senatoren vertreten.

● Im Abgeordnetenhaus erhält Forza Italia/FI bei den Proporzstimmen mit 21,01 Prozent den höchsten Stimmenanteil. Es folgen der Partito Democratico della Sinistra/PDS (ehemaliger Partito Comunista Italiana/PCI) mit 20,36 und die Alleanza Nazionale (ehemaliges Movimento Sociale Italiano/MSI) mit 13,47 Prozent. Die Nachfolgepartei der Democrazia Cristiana, der Partito Popolare Italiano/PPI, muss sich 11,07 Prozent Stimmenanteil begnügen. Die Lega Nord kommt auf einen Stimmanteil von 8,36 Prozent.

Ukraine

Die Kommunistische Partei geht als stärkste Gruppierung aus der ersten Parlamentswahl seit der Unabhängigkeit der Ukraine hervor (**27.3.1994**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französisch-rumänische Dramatiker Eugène Ionesco stirbt im Alter von 84 Jahren (**28.3.1994**).

Ruanda/Burundi

Das Flugzeug des ruandischen Staatschefs Juvénal Habyarimana, in dem sich auch der Präsident Burundis, Cyprien Ntaryamira, befindet, wird beim Landeanflug auf die ruandische Hauptstadt Kigali abgeschossen. Beide Präsidenten (sie sind Hutu) kommen ums Leben (**6.4.1994**). Wer das Flugzeug abgeschossen hat, ist unklar. Als mögliche Drahtzieher gelten Hutu-Hardliner, die den auf Mässigung bedachten Präsidenten Habyarimana ausschalten wollten, oder die Tutsi-Rebellen der Rwandan Patriotic Front (RPF) – Front patriotique rwandais (FPR).

Der Flugzeugabschuss löst in Ruanda einen Völkermord aus. „Tötet die Tutsi-Kakerlaken!“ fordert der ruandische Regierungssender Radio-Television Libre des Mille Collines. Innerhalb von drei Monaten ermorden Hutu schätzungsweise 800 000 Tutsi und auch gemässigte Hutu. Die UNO-Blauhelme schreiten nicht ein. Die United Nations Assistance Mission for Rwanda (Unamir) ist nur mit einem „schwachen“ Mandat ausgestattet.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsch-schweizerische Historiker Golo Mann stirbt im Alter von 85 Jahren (**7.4.1994**).

Japan

Nach nur achtmonatiger Amtszeit kündigt der japanische Ministerpräsident Hosokawa Morihiro seinen Rücktritt an (**8.4.1994**). Er war wegen eines umstrittenen Darlehens unter Druck geraten. Hosokawa vertrat die Neue Japan-Partei und war der erste Regierungschef, der nicht der ab 1955 dominierenden Liberaldemokratischen Partei angehörte.

WTO/Gatt

In Marrakesch wird die Welthandelsorganisation (WTO) gegründet (**15.4.1994**). Hauptaufgaben sind der Abbau von Handelshemmnissen und die Koordination der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten. Die WTO geht aus dem General Agreement on Tariffs and Trade – Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) – hervor. Die WTO nimmt am 1. Januar 1995 ihre Arbeit auf.

Südafrika

Erstmals findet in Südafrika eine freie Parlamentswahl statt (**26.4. bis 29.4.1994**). Sie markiert das Ende der weissen Vorherrschaft und Rassentrennung. Der African National Congress (ANC) unter Führung von Nelson Mandela geht als klarer Sieger hervor und verfehlt die Zweidrittelmehrheit nur knapp. Der ANC erhält 62,65 Prozent der Stimmen und erobert 252 der 400 Sitze. Die bisher regierende National Party erhält als zweitstärkste Kraft 82 Sitze.

Japan/China (Republik China/Taiwan)

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Absturz eines Passagierflugzeuges vom Typ Airbus der taiwanesischen Fluggesellschaft China Airlines beim Anflug auf den Flughafen der japanischen Stadt Nagoya: 264 Menschen kommen ums Leben (**26.4.1994**).

Japan

Hata Tsutomu wird neuer japanischer Ministerpräsident (**28.4.1994**). Er repräsentiert die Erneuerungspartei. Wegen des Rückzugs der Sozialisten aus dem Regierungsbündnis verliert er die notwendige Mehrheit der Stimmen im Unterhaus und tritt nach 64 Tagen zurück. Es handelt sich um die zweitkürzeste Amtszeit eines japanischen Regierungschefs in der Nachkriegszeit.

Niederlande

Die beiden Regierungsparteien in den Niederlanden, die Christdemokraten und die Sozialdemokraten, müssen bei der Parlamentswahl hohe Verluste hinnehmen (**3.5.1994**). Die Christdemokraten (Christlich-Demokratischer Appell – Christen Democratisch Appèl/CDA) verlieren 20 und die Sozialdemokraten (Partei der Arbeit – Partij van de Arbeid/PvdA) 12 Sitze. Stärkste Kraft wird die sozialdemokratische PvdA mit 37 Mandaten vor der christdemokratischen CDA mit 34 Mandaten. Zu den Wahlgewinnern gehören die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) mit 31 Mandaten (plus 9) und die sozialliberalen Democraten 66 (D66) mit 24 Mandaten (plus 12).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

PLO

palästinensische Autonomiegebiete/Gazastreifen/Westjordanland/Jericho

Israel und die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO unterzeichnen in Kairo ein Abkommen über die palästinensische Teilautonomie im Gazastreifen und im Gebiet von Jericho im Westjordanland (**4.5.1994**). Das im Rahmen des Oslo-Friedensprozesses erzielte Gaza-Jericho-Abkommen regelt die Befugnisse der Palästinensischen Autonomiebehörde (Palestinian Authority).

Eurotunnel

Grossbritannien/Frankreich

Die britische Königin Elizabeth II. und der französische Staatschef François Mitterrand weihen den Euro-Tunnel ein (**6.5.1994**). Der Eisenbahntunnel unter dem Ärmelkanal ist 50 Kilometer lang.

Panama

In Panama finden die ersten demokratischen Wahlen nach dem Sturz des Noriega-Regime statt (**8.5.1994**). Ernesto Pérez Balladares vom sozialdemokratischen Partido Revolucionario Democrático (PRD) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Panama hervor. Er erhält 33,30 Prozent der Stimmen. Im Parlament gewinnt der PRD 30 der 72 Mandate.

Südafrika

Das südafrikanische Parlament wählt den Nelson Mandela zum Staatschef (**9.5.1994**). Damit erhält Südafrika erstmals ein schwarzes Staatsoberhaupt.

Italien

Der Unternehmer Silvio Berlusconi wird neuer italienischer Ministerpräsident (**11.5.1994**). In der Regierung vertreten sind: Berlusconi Forza Italia, die Alleanza Nazionale, die Lega Nord, das Centro Cristiano Democratico/CCD und die Unione di Centro/UdC. Mit der Alleanza Nazionale sind erstmals Postfaschisten in der Regierung vertreten: mit einem stellvertretenden Regierungschef und fünf Ministern. Parteichef Gianfranco Fini verpasst der Alleanza das Image einer moderaten Rechtsbewegung.

Karabach-Konflikt

Berg-Karabach

Armenien/Aserbaidshan

Im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshan um Berg-Karabach (Nagorni Karabach) tritt ein Waffenstillstand in Kraft (**12.5.1994**).

Dominikanische Republik

Der 87-jährige Joaquín Balaguer wird zum siebten Mal Staatspräsident der Dominikanischen Republik (**16.5.1994**). Er geht mit einem Stimmenanteil von 42,29 Prozent knapp als Sieger aus der von Betrugsvorwürfen überschatteten Präsidentenwahl hervor. Sein Konkurrent vom Mitte-links orientierten Partido Revolucionario Dominicano (PRD), José Francisco Peña Gómez (Pena Gomez), erhält 41,55 Prozent der Stimmen.

Im Pacto por la democracia (10.8.1994) stimmt Balaguer einer auf zwei Jahre verkürzten Amtszeit zu. 1996 kandidiert er nicht mehr.

Im Abgeordnetenhaus ist das vom Partido Revolucionario Dominicano (PRD) geführte Bündnis stärkste Kraft mit 57 Mandaten vor Balaguers Allianz unter Führung seines Partido Reformista Social Cristiano (PRSC) mit 50 Mandaten. Der Partido Revolucionario Dominicano (PRD) bleibt bis zu den Wahlen 2006 die dominierende Kraft im Parlament.

Malawi

Machtwechsel in Malawi nach 30 Jahren: Langzeitpräsident Hastings Kamuzu Banda wird abgewählt und seine Malawi Congress Party verliert die Parlamentswahl (**17.5.1994**). Neuer Staatschef wird Bakili Muluzi von der United Democratic Front.

Arabische Republik Jemen/Demokratische Republik Jemen

Vier Jahre nach der Vereinigung von Nord- und Südjemen zur Arabischen Republik Jemen rufen südjemenitische Sezessionisten unter Führung von Ali Salim al-Beidh die Demokratische Republik Jemen aus (**21.5.1994**). Der Aufstand wird niedergeschlagen und die Demokratische Republik Jemen nach wenigen Wochen wieder aufgelöst (**7.7.1994**).

Deutschland

Roman Herzog, Vorsitzender des Bundesverfassungsgerichts, Mitglied der Christlich Demokratischen Union (CDU), wird zum neuen deutschen Bundespräsidenten gewählt (**23.5.1994**).

Marokko

Der Diplomat Abdellatif Filali wird neuer marokkanischer Premierminister (**25.5.1994**).

Ungarn

Erdrutschsieg für die exkommunistische Sozialistische Partei (MSZP) bei der Parlamentswahl in Ungarn (**8.5.1994** und **29.5.1994**). Sie gewinnt 209 (plus 176) Sitze. Das Ungarische Demokratische Forum (MDF), stärkste Kraft bei

der Parlamentswahl von 1990, verliert 127 Sitze und stellt noch 38 Abgeordnete. Zweistärkste Kraft ist der Bund freier Demokraten (SZDSZ) mit 69 Mandaten. Zu den Verlierern gehört auch die Kleinlandwirtpartei. Sie hat noch 26 Mandate (minus 18). Die Christlich-Demokratische Volkspartei (KNDP) erhält 22 und der Bund junger Demokraten (Fidesz) 20 Sitze.

EU Österreich

In einer Volksabstimmung heisst die Bevölkerung Österreichs den Beitritt zur Europäischen Union mit 66,6 Prozent Ja-Stimmen gut (**12.6.1994**).

EU/Europäisches Parlament

Die Sozialdemokratische Partei Europas wird bei der Wahl des Europäischen Parlaments mit dem Gewinn von 198 der 567 Sitze stärkste Fraktion (9. bis **12.6.1994**). Die Europäische Volkspartei (Christlichdemokraten) ist als zweitstärkste Fraktion mit 157 Abgeordneten vertreten. Die Liberalen erhalten 43, die Vereinte Europäische Linke 28, Forza Europa (Konservative) 27, die Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten (Gaullisten) 26, die Grünen 23, die Europäische Radikale Allianz (Regionalisten und Zentristen) 19 und die Europaskeptiker (Europa der Nationen) 19 Mandate. Hinzu kommen 27 Fraktionslose

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten billigen die erleichterte Einbürgerung für junge Ausländer mit 52,8 Prozent und den Kulturförderungsartikel in der Bundesverfassung mit 51 Prozent Ja-Stimmen, doch beide Vorlagen scheitern am Ständemehr. Abgelehnt wird mit 57,2 Prozent Nein-Stimmen das Bundesgesetz über den Einsatz schweizerischer Truppen für friedenserhaltende Operationen – Blauhelmgesetz (**12.6.1994**).

Korea (Nordkorea)

In angespannter Lage wegen des geheimen nordkoreanischen atomaren Aufrüstungsprogramms trifft sich der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter trifft in Pyongyang mit dem nordkoreanischen Machthaber Kim Il Sung (**17.6.1994**). Berichte, wonach Nordkorea ein oder zwei Atombomben besitzt, lösen in Washington Besorgnis aus. Die USA erwägen einen Luft- und Raketenangriff gegen die Atomanlagen von Yongbyon, lassen die Pläne jedoch wegen zu hoher Risiken (hohe Opferzahlen) fallen. Nach Carters Pyongyang-Reise nehmen die USA und Nordkorea Verhandlungen zur Beilegung der Krise auf.

Kolumbien

In Kolumbien geht Ernesto Samper vom Partido Liberal knapp als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**19.6.1994**). Er erhält 50,57 Prozent der Stimmen; sein Konkurrent Andrés Pastrana vom Partido Conservador 48,45 Prozent.

Ruanda/Frankreich

UNO

Frankreich greift in den Konflikt in Ruanda ein und errichtet mit Billigung des UNO-Sicherheitsrates eine Schutzzone für Vertriebene und Flüchtlinge im Südwesten des Landes (23.6.1994). An der zwei Monat dauernden „Operation Turquoise“ beteiligen sich rund 2500 französische Soldaten. Kritiker werfen Frankreich vor, die „Operation Turquoise“ habe nicht nur humanitären Zwecken gedient. Es seien auch die Täter des Genozids vor vorrückenden Tutsi-Rebellen geschützt worden.

Guatemala

Die Konfliktparteien des Bürgerkriegs in Guatemala beschliessen die Bildung einer Wahrheitskommission (**23.6.1994**). Diese soll die Menschenrechtsverletzungen und andere Gewalttaten untersuchen.

Japan

Nach fast 50 Jahren erhält Japan wieder einen sozialistischen Ministerpräsidenten (**30.6.1994**). Murayama Tomiichi wird Nachfolger des bereits nach 64 Tagen zurückgetretenen Regierungschefs Hata Tsutomu. Unter Führung von Murayama kehren die Liberaldemokraten wieder in die Regierung zurück. Der Drei-Parteien-Koalition gehört auch die Neue Partei Sakigake an.

Brasilien

Brasilien erhält im Rahmen eines wirtschaftlichen Sanierungsprogramms (Plan Real) eine neue Währung: Der Real ersetzt den Cruzeiro (**1.7.1994**).

Ruanda/Zaire (Kongo-Kinshasa)

In Ruanda erobert die Rebellenarmee der Tutsi die Hauptstadt Kigali (**4.7.1994**). Hunderttausende Menschen flüchten in die Kivu-Provinzen im Osten von Zaire (ehemalige Demokratische Republik Kongo). Unter den Flüchtlingen befinden sich auch Zehntausende sogenannte génocidaires, die am Völkermord an den Tutsi in Ruanda beteiligt waren, sowie deren Handlanger und Mitläufer.

Kambodscha

Das kambodschanische Parlament erklärt die Roten Khmer für illegal (**7.7.1994**). Auf die Die Ächtung folgt der innere Zerfall der Roten Khmer. Viele Kämpfer machen von Amnestieangeboten der Regierung Gebrauch.

Korea (Nordkorea)

Der nordkoreanische Machthaber Kim Il Sung stirbt im Alter von 69 Jahren (**8.7.1994**). Er geht als „ewiger Präsident“ in die Geschichte Nordkoreas ein. Die Führung des Landes übernimmt dessen Sohn Kim Jong Il.

Belarus

Alexander Lukaschenko wird mit einem Stimmenanteil von 80,6 Prozent zum Staatschef von Belarus (Weissrussland) gewählt (**10.7.1994**).

Ukraine

Leonid Kutschma wird zum neuen ukrainischen Staatspräsidenten gewählt. Er gewinnt die Stichwahl gegen den bisherigen Amtsinhaber Leonid Krawtschuk (**10.7.1994**).

Ungarn

Der sozialistische Parteivorsitzende und frühere Aussenminister Gyula Horn wird neuer ungarischer Regierungschef (**15.7.1994**).

Argentinien

Bei einem Sprengstoffanschlag auf ein jüdisches Gemeindehaus in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires kommen 85 Menschen ums Leben (**18.7.1994**).

Ruanda

Ende des Hutu-Regimes in Ruanda. Der Rwandan Patriotic Front (RPF) – Front patriotique rwandais (FPR) unter Führung von Paul Kagame ergreift die Macht (**19.7.1994**). Pasteur Bizimungu, ein Hutu, wird Staatspräsident – Paul Kagame, ein Tutsi, Vizepräsident.

EU

Luxemburg

Der luxemburgische Ministerpräsident Jacques Santer wird zum neuen EU-Kommissionspräsidenten gewählt (**21.7.1994**). Er tritt sein neues Amt am 23. Januar 1995 an.

Gambia

Militärputsch in Gambia. Neuer Machthaber und Vorsitzender der Militärjunta wird Oberst Yahya Jammeh (**22.7.1994**).

Association of Caribbean States (ACS) /Asociación de Estados de Caribe (AEC)

In Cartagena de Indias (Kolumbien) gründen 25 Staaten die Association of Caribbean States/ACS bzw. Asociación de Estados de Caribe/AEC (**24.7.1994**).

Haiti/UNO

Der UNO-Sicherheitsrat stimmt der Intervention einer von den USA geführten multinationalen Truppe in Haiti zu (**31.7.1994**).

Kuba/USA

In der kubanischen Hauptstadt Havanna protestieren Tausende Menschen gegen die schwierigen Lebensbedingungen (**5.8.1994**). Die Proteste werden als Maleconazo bezeichnet. Es handelt sich um das erste Aufbegehren der Bevölkerung seit der Revolution von 1959. Revolutionsführer Fidel Castro versichert, wer das Land verlassen wollte, könne das tun und ordnet die Aufhebung der Küstenüberwachung an (7.8.1994). Es kommt zu einem Massenexodus von Kubanern nach Florida: Über 30 000 Menschen verlassen ihr Land auf Booten und Flößen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der bulgarisch-britische Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Elias Canetti stirbt im Alter von 89 Jahren (**14.8.1994**).

Sri Lanka

Nach 17 Jahren endet die Vormachtstellung der United National Party im sri-lankischen Parlament. Das Linksbündnis People's Alliance unter Führung der Sri Lanka Freedom Party von Chandrika Kumaratunga gewinnt bei der Parlamentswahl 105 (plus 38) der 22 Sitze, die United National Party entsendet 94 (minus 31) Abgeordnete (**16.8.1994**).

Mexiko

In Mexiko gewinnt Ernesto Zedillo Ponce de León vom regierenden Partido Revolucionario Institucional (PRI) mit einem Stimmenanteil von 50,13 Prozent knapp die Präsidentenwahl. Sein Konkurrent Diego Fernández de Cevallo (*Fernando de Cevallo*) vom konservativen Partido Acción Nacional (PAN) erhält 20,69 Prozent. Im Parlament bleibt der PRI mit 300 von 500 Sitzen stärkste Kraft vor dem PAN mit 119 Mandaten (**21.8.1994**).

Niederlande

Nach zwölf Jahren endet in den Niederlanden die Ära von Regierungschef Ruud Lubbers (**22.8.1994**). Der christdemokratische Politiker war der bisher am längsten regierende Ministerpräsident. Seine Partei (Christlich-Demokratischer Appell – Christen Democratisch Appèl/CDA) hatte bei Parlamentswahl vom 3. Mai 1994 hohe

Verluste erlitten. Neuer Regierungschef wird Wim Kok von der sozialdemokratischen Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA). Seine Regierungspartner sind die beiden Wahlgewinner, die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) und die sozialliberalen Democraten 66 (D66). Die Christdemokraten (Christlich-Demokratischer Appell – Christen Democratisch Appèl/CDA) sind nicht mehr vertreten. Erstmals seit 1918 haben die Niederlande eine Regierung ohne Mitwirkung einer konfessionellen Partei.

Marokko/Algerien

Nach Anschläge in einem Hotel in Marrakesch werden die Grenzübergänge zwischen Marokko und Algerien geschlossen (**27.8.1994**).

Lettland

Wechsel an der Spitze der Regierung Lettlands: Nach einem Koalitionsstreit tritt Ministerpräsident Valdis Birkavs von der liberalen Partei Lettlands Weg zurück. Sein Parteikollege Māris Gailis übernimmt die Führung des Kabinetts (**15.9.1994**).

Schweden

Niederlage für die Regierungsparteien des Mitte-rechts-Lagers bei der Reichstagswahl in Schweden (**18.9.1994**). Die oppositionellen Sozialdemokraten setzen sich mit einem Wähleranteil von rund 45 Prozent wieder deutlich an die Spitze und sind mit 161 Abgeordneten (plus 23) vertreten. Die Moderate Sammlungspartei bleibt zweitstärkste Kraft mit 80 Sitzen (wie bisher). Die drittplatzierte Zentrumsparterie erhält 27 Mandate (minus 4). Knapp dahinter liegt die Volkspartei-Die Liberalen mit 26 Sitzen (minus 7). Die Linkspartei entsendet 22 (plus 6) Abgeordnete. Die Grünen kehren nach dreijähriger Absenz mit 18 Mandaten in den Reichstag zurück. Nicht mehr vertreten ist die rechtspopulistische Neue Demokratie.

Haiti/USA

In Übereinstimmung mit dem UNO-Sicherheitsrat intervenieren US-Truppen in Haiti, um den 1991 entmachteten Staatspräsidenten Jean-Bertrand Aristide wieder in sein Amt einzusetzen (**19.9.1994**). Es handelt sich um die zweite Militärintervention der USA in Haiti nach 1915.

Aristide kehrt Mitte Oktober in den Präsidentenpalast zurück. Er legt sein Priesteramt nieder (November 1994). Die Armee wird aufgelöst und durch Polizeikräfte (Police Nationale d'Haiti) ersetzt. General Raoul Cédras, der sich 1991 an die Macht geputscht hatte, geht ins Exil.

Die „Operation Uphold Democracy“, an der rund 20 000 US-Soldaten beteiligt sind, dauert bis Ende März 1995. Es folgt der Einsatz von rund 6000 UNO-Blauhelme im Rahmen der United Nations Mission in Haiti (UNMIH).

Angola

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In Angola entgleist bei Tolunda ein mit Hunderten Passagieren besetzter Güterzug und stürzt in eine Schlucht. Rund 300 Menschen kommen dabei ums Leben (**22.9.1994**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Schriftsteller Otto F. Walter stirbt im Alter von 60 Jahren (**24.9.1994**).

Estland

Der estnische Ministerpräsident Mart Laar von der konservativen Vaterlandsunion muss nach einem Misstrauensvotum im Parlament zurücktreten (**26.9.1994**). Der Wirtschaftsreformer soll in einen angeblichen Devisenskandal verwickelt sein. Sein Nachfolger wird der Parteilose Andres Tarand.

Estland/Finnland/Schweden

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Die Ostseefähre „Estonia“ sinkt in stürmischer Nacht nach einem Wassereinbruch südöstlich der finnischen Insel Utö (**28.9.1994**). 852 Menschen kommen bei der schwersten Schiffskatastrophe der europäischen Nachkriegsgeschichte ums Leben. Das Schiff befand sich auf der Fahrt von Tallinn nach Stockholm. Die Berichte über die Ursachen der Katastrophe sind umstritten.

Slowakei

In der Slowakei finden die ersten Parlamentswahlen seit der Unabhängigkeit am 1. Januar 1993 statt (**30.9./1.10.1994**). Die nationalistische Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) von Vladimír Mečiar (*Meciar*) geht als stärkste Partei aus den Wahlen hervor. Ein halbes Jahr zuvor war Ministerpräsident Mečiar vom Parlament abgesetzt worden. Seine Partei gewinnt 61 der 150 Sitze. Zweitstärkste Kraft ist die von der Partei der Demokratischen Linken (SDL) angeführte Gemeinsame Wahl mit 18 Sitzen. Es folgen die Ungarische Koalition und die Christlich-Demokratische Bewegung (KDH) mit je 17 Mandaten.

Palau/USA

Trust Territory of the Pacific Islands (TTPI)

Die Palau-Inseln, bisher US-Treuhandgebiet und Teil des Trust Territory of the Pacific Islands (TTPI), werden unabhängig. Die Republik Palau bleibt durch einen Assoziierungsvertrag (Compact of Free Association/CoFA) mit den USA verbunden (**1.10.1994**). Washington ist nach wie vor für die Sicherheit und Verteidigung zuständig. Als

Gegenleistung erhält die Republik Palau Wirtschafts- und Entwicklungshilfe. Mitte Dezember 1994 wird Palau UNO-Mitglied.

Brasilien

Der frühere brasilianische Finanzminister Fernando Henrique Cardoso vom Partido da Social Democracia Brasileira (PSDB) wird mit einem Stimmenanteil von 54,28 Prozent zum neuen Staatsoberhaupt gewählt (**3.10.1994**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Schauspieler Heinz Rühmann stirbt im Alter von 92 Jahren (**3.10.1994**).

Sekten/Sektendrama

Schweiz

In Cheiry (Kanton Freiburg) und Grandes-sur-Salvan (Kanton Wallis) werden in zwei ausgebrannten Häusern 48 Mitglieder des „Ordens der Sonnentempler“ tot aufgefunden (**5.10.1994**). Die Opfer wurden entweder betäubt, erschossen oder vergiftet, andere töteten sich selbst.

Schweden

Der Sozialdemokrat Ingvar Carlsson löst Carl Bildt von der bürgerlichen Moderaten Sammlungspartei an der Spitze der Regierung ab und bildet eine Minderheitsregierung (**7.10.1994**).

Österreich

In Österreich müssen die beiden Regierungsparteien die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) und die konservative Volkspartei Österreichs (ÖVP) – bei der Parlamentswahl hohe Verluste in Kauf nehmen. Sie verlieren die für Verfassungsänderungen erforderliche Zweidrittelmehrheit. Die Freiheitliche Partei (FPÖ) setzt ihren Erfolgskurs fort. Erstmals zieht das Liberale Forum ins Parlament ein – mit elf Abgeordneten (9.10.1994). Stärkste Partei bleibt die SPÖ mit 34,9 Prozent der Stimmen (minus 7,9 Prozentpunkte) und 65 Mandaten (minus 15). Die Volkspartei (ÖVP) kommt auf 27,7 Prozent der Stimmen (minus 4,4 Prozentpunkte) und 52 Sitze (minus 8). Die Freiheitliche Partei (FPÖ) kann ihren Stimmenanteil um 5,9 Prozentpunkte auf 22,5 Prozent erhöhen und ist neu mit 42 Abgeordneten (plus 9) vertreten. Die Grünen-Grüne Alternative erhalten 13 Mandate (plus 3). Das Liberale Forum kommt auf Anhieb auf 11 Mandate. Der neue Nationalrat setzt sich wie folgt zusammen: SPÖ: 65 (minus 15), ÖVP: 52 (minus 8), FPÖ: 42 (plus 9), Grüne - Grüne Alternative: 13 (plus 3). Liberales Forum (11 (plus 11).

Deutschland

In Deutschland bleibt Schwarz-Gelb an der Macht (**16.10.1994**): Bei der Bundestagswahl in Deutschland können sich die Regierungsparteien CDU/CSU (Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union) und FDP (Freie Demokraten) knapp behaupten. Der Stimmenanteil der Unionsparteien CDU/CSU liegt bei 41,4 Prozent (minus 2,4 Prozentpunkte). Die Freien Demokraten kommen auf 6,9 Prozent (minus 4,1 Prozentpunkte). Die Sozialdemokraten bauen ihren Stimmanteil um 2,9 Prozentpunkte auf 36,4 Prozent aus. Die Grünen erhalten 7,3 Prozent der Stimmen und überholen damit die Freien Demokraten. Die Partei der Demokratischen Sozialismus (PDS) kommt auf 4,4 Prozent, zieht jedoch aufgrund von vier Direktmandaten wieder in den Bundestag ein. Von 672 Sitzen entfallen 294 auf die CDU/CSU, 252 auf die Sozialdemokraten, 49 auf die Grünen, 47 auf die Freien Demokraten und 30 (ohne Fraktionsstatus) auf die PDS.

Mazedonien

In Mazedonien finden die ersten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen seit der Unabhängigkeit statt. Aus den Parlamentswahlen (**16.10 und 30.10.1994**) geht die von der Sozialdemokratischen Liga (SDSM) angeführte Allianz für Mazedonien als Siegerin hervor. Sie gewinnt 87 der 120 Sitze. Die bei den Wahlen von 1990 erfolgreiche die nationalkonservative Partei VMRO-DPMNE boykottiert die Wahlen.

Bei der ersten Volkswahl des Staatspräsidenten wird Kiro Gligorov mit 78,4 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt (16.10.1994).

EU

Finnland

Die Bevölkerung Finnlands stimmt dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) mit 56,9 Prozent Ja-Stimmen zu (**16.10.1994**).

Nato

Belgien

Der belgische Politiker Willy Claes wird neuer Nato-Generalsekretär (**17.10.1994**).

Korea (Nordkorea)

USA

Die USA und Nordkorea unterzeichnen in Genf einen Rahmenplan (agreed framework) zur Beilegung der sogenannten ersten Atomkrise. Nordkorea erklärt sich bereit, die Plutonium produzierenden Reaktoren im Austausch gegen zwei Leichtwasserreaktoren aufzugeben und im Atomsperrvertrag zu verbleiben. Außerdem soll dem Land mit Heizöllieferungen im Wert von fünf Milliarden Dollar bei der Lösung seiner akuten Energieprobleme geholfen werden. Langfristig ist eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Nordkorea und den USA vorgesehen (**21.10.1994**).

Nahost-Konflikt

Israel/Jordanien

Israel und Jordanien unterzeichnen ein Friedensabkommen (**26.10.1994**).

Afghanistan/Afghanistan-Konflikt

Taliban-Milizen – rekrutiert in Koranschulen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet – greifen in den Machtkampf in Afghanistan ein. Sie erobern die südafghanische Stadt Kandahar (**5.11.1994**) und danach in rascher Folge mehrere Provinzen im Süden des Landes.

Tadschikistan

In Tadschikistan wird Machthaber Emomali Rachmanow mit 59,9 Prozent Stimmenanteil zum Präsidenten gewählt. Die Opposition boykottiert den Wahlgang. Ausserdem wird eine neue Verfassung gutgeheissen (**6.11.1994**).

USA

Erdrutschsieg für die Republikaner bei den Kongresswahlen (Midtermwahlen) in den USA. Zum ersten Mal seit 1952 erlangen die Republikaner die Kontrolle über beide Kammern des Parlaments (**8.11.1994**). Die Demokraten verlieren im Vergleich zu den letzten Wahlen 9 Sitze im Senat und 54 im Repräsentantenhaus. Im Senat haben die Republikaner 52 (plus 9) und die Demokraten 48 Mandate (minus 9). Im Repräsentantenhaus sind die Republikaner mit 230 Abgeordneten (plus 54) und die Demokraten mit 204 (minus 54) vertreten. Hinzu kommt ein Unabhängiger.

Ruanda

UNO

Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda

Der UNO-Sicherheitsrat beschliesst wegen des Völkermords in Ruanda die Einsetzung eines Internationalen Strafgerichtshofs (**8.11.1994**).

Sri Lanka

Chandrika Kumaratunga vom Linksbündnis People's Alliance und Vorsitzende der Sri Lanka Freedom Party geht mit einem Stimmenanteil von 62,28 Prozent als Siegerin aus der Präsidentenwahl in Sri Lanka hervor (**9.11.1994**). Sie ist die erste Staatchefin Sri Lankas. Sie ernennt ihre Mutter Sirimavo Bandaranaike zur Premierministerin. Für Bandaranaike ist es die dritte Amtszeit als Regierungschefin.

Italien

Die Sozialistische Partei Italiens – Partito Socialista Italiano/PSI – löst sich auf (**12.11.1994**). Die Nachfolgepartei nennt sich „I Socialisti Italiani“. Dreizehn Jahre später (5.10.2007) gibt es wieder einen Partito Socialista. Seit dem 7. Oktober 2009 nennt sich die Partei wieder Partito Socialista Italiano.

EU

Schweden

Die Bevölkerung Schwedens stimmt dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) mit 52,3 Prozent Ja-Stimmen zu (**13.11.1994**).

Nepal

In Nepal gehen die Kommunisten – Communist Party of Nepal (Unified Marxist Leninist) – als Sieger aus den Parlamentswahlen hervor (**15.11.1994**). Sie erobern 88 der 205 Mandate. Der bisher regierende Nepali Congress erhält 83 (minus 27) Sitze. Der Kommunist Man Mohan Adhikari wird Chef einer Minderheitsregierung. Nach zehn Monaten (12.9.1995) wird er durch ein Misstrauensvotum gestürzt.

Irland

Der irische Ministerpräsident Albert Reynolds, Vorsitzender der Partei Fianna Fáil, tritt nach dem Bruch seines Regierungsbündnisses mit der Labour Party zurück (**17.11.1994**). Oppositionsführer John Bruton von der Partei Fine Gale übernimmt die Führung der Regierung (15.12.1994). Er bildet eine Koalition mit der Labour Party und der Demokratischen Linken.

Uruguay

Zum zweiten Mal nach 1984 wird Julio María Sanguinetti vom liberalen Partido Colorado zum Staatspräsidenten von Uruguay gewählt. Der Partido Colorado liegt im Abgeordnetenhaus mit 32 der 99 Sitze knapp vor dem konservativen Partido Nacional und dem linken Bündnis Encuentro Progresista-Frente Amplio mit je 31 Mandaten (**27.11.1994**).

EU

Norwegen

Norwegen lehnt in einer Volksabstimmung den Beitritt zur Europäischen Union (EU) mit 52,2 Prozent Nein-Stimmen ab (28.11.1994). Bereits 1971 hatte sich Norwegen gegen den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG) mit 53,5 Prozent Nein-Stimmen ausgesprochen.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten billigen das neue Krankenversicherungsgesetz mit 51,8 Prozent und die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (Bekämpfung von Missbräuchen) mit 72,9 Prozent Ja-Stimmen (**4.12.1994**).

USA/Russland/Grossbritannien

Ukraine/Kasachstan/Belarus

Budapester Memorandum

Als Gegenleistung für atomare Abrüstung verpflichten sich die USA, Russland und Grossbritannien in einem am Rande des KSZE-Gipfeltreffens in Budapest unterzeichneten Memorandum (Budapester Memorandum) die Souveränität und die bestehenden Grenzen der drei ehemaligen Sowjetrepubliken Ukraine, Belarus (Weissrussland) und Kasachstan sowie deren politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu achten (**5.12.1994**).

Die Ukraine, Belarus (Weissrussland) und Kasachstan verzichten – in Verbindung mit ihrem Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag – auf Atomwaffen und verpflichten sich, die in ihren Staaten gelagerten, aus sowjetischer Zeit stammenden nuklearen Waffen an Russland zu übergeben. Die Ukraine hatte das drittgrösste Atomwaffenarsenal der Welt.

Namibia

In Namibia wird der Staatschef erstmals vom Volk gewählt (4. und **5.12.1994**). Sieger ist der seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1990 amtierende Präsident Sam Nujoma. Dessen Swapo Party gewinnt auch die Parlamentswahl. Die Swapo Party erhält 53 der 72 Mandate.

KSZE/OSZE

Das Budapester Gipfeltreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) beschliesst, die Konferenz zu institutionalisieren und in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) umzubenennen. Gutgeheissen wird die Schlusserklärung „Der Weg zu echter Partnerschaft in einem neuen Zeitalter“ (**6.12.1994**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Architekt, Künstler und Designer Max Bill stirbt im Alter von 85 Jahren (**9.12.1994**).

Friedensnobelpreis

Israel/Palästinenser/PLO

Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin, der israelische Aussenminister Shimon Peres und Palästinenserführer Yassir Arafat erhalten den Friedensnobelpreis (**10.12.1994**).

Literaturnobelpreis

Japan

Der japanische Schriftsteller Kenzaburo Oe erhält den Literaturnobelpreis (**10.12.1994**).

Tschetschenien/Russland

Ausbruch des Ersten Tschetschenien-Krieges (**11.12.1994**): Russische Streitkräfte intervenieren in Tschetschenien. Das Gebiet hatte sich 1991 von Russland losgesagt und einseitig die Unabhängigkeit erklärt. Die tschetschenische Hauptstadt Grosny wird massiv unter Beschuss genommen. Bei der Belagerung kommen schätzungsweise 25 000 Menschen ums Leben. Nach zweimonatigen Kämpfen wird Grosny eingenommen. Die tschetschenischen Kämpfer gehen zum Guerillakrieg über.

Slowakei

Vladimír Mečiar (*Meciar*) wird neun Monate nach seiner Absetzung durch das Parlament erneut slowakischer Ministerpräsident (**13.12.1994**). Seiner Koalitionsregierung gehören neben der nationalistischen Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) die nationalkonservative Slowakische Nationalpartei (SNS) und die linkspopulistische Arbeiterassoziation (ZRS) an.

Bulgarien

In Bulgarien geht die von der Sozialistischen Partei angeführte Koalition für Bulgarien als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Sie erobert 125 der 240 Sitze. Die konservative Union demokratischer Kräfte verliert 41 Mandate und ist nur noch mit 69 Abgeordneten vertreten (**18.12.1994**).

Italien

Nach sieben Monaten zerbricht das vom italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi geschmiedete Regierungsbündnis (**22.12.1994**).

Moldau/Gagausien

In der Republik Moldau erhalten die Gagausen, eine turksprachige Volksgruppe, ein autonomes Gebiet (**23.12.1994**). Die „Autonome Territoriale Einheit Gagausien“ hat eine eigene Volksvertretung und einen eigenen Regierungschef (Başkan).

Flugzeugentführungen

Algerien/Frankreich

Algerische Terroristen überfallen im Flughafen Algier einen Airbus der Air France mit 232 Insassen an Bord (**24.12.1994**). Drei Passagiere werden erschossen. Die Geiselnnehmer erzwingen den Weiterflug nach Marseille. Dort stürmt eine französische Eliteeinheit die Maschine und erschiess die Luftpiraten.

1995

KSZE/OSZE

Aus der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – KSZE – wird die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: OSZE (**1.1.1995**).

EU

Österreich/Schweden/Finnland

Österreich, Schweden und Finnland werden Mitglieder der Europäischen Union (**1.1.1995**). Die EU zählt neu 15 Mitglieder.

Sri Lanka

Die sri-lankische Regierung und die Tamil Tigers (Liberation Tigers of Tamil Eelam/LTTE) handeln einen Waffenstillstand aus (**8.1.1995**), der jedoch nach drei Monaten gebrochen wird.

Italien

Der parteilose Lamberto Dini, ehemaliger Generaldirektor der Zentralbank, wird neuer italienischer Ministerpräsident (**17.1.1995**). Er bildet eine Technokratenregierung.

Japan

Katastrophen/Erdbeben

Die japanische Millionenstadt Kobe wird von einem schweren Erdbeben erschüttert. Dabei kommen über 6400 Menschen ums Leben und über 300 000 werden obdachlos (**17.1.1995**).

Luxemburg

Jean-Claude Juncker von der Christlich Sozialen Volkspartei (CSV) wird neuer luxemburgischer Ministerpräsident (**20.1.1995**). Er ist Nachfolger von Jacques Santer, dem neuen EU-Kommissionspräsidenten.

Ecuador/Peru

Zwischen Ecuador und Peru bricht ein bewaffneter Grenzkonflikt nahe des Río Cenepa aus (26.1.1995). Die kriegserischen Auseinandersetzungen dauern 34 Tage und fordern laut inoffiziellen Angaben rund 500 Tote.

Österreich

In der österreichischen Stadt Oberwart (Burgenland) kommen bei einem Rohrbombenanschlag vier Roma ums Leben (4.2.1995). Urheber des Attentats ist Franz Fuchs, der seit Dezember 1993 das Land mit rassistisch motivierten Sprengstoffattentaten in Atem hält (vgl. 5.12.1993). Fuchs wird im Oktober 1997 festgenommen und am 10. März 1990 wegen vierfachen Mordes sowie zahlreicher Mordversuche zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die US-amerikanische Schriftstellerin Patricia Highsmith stirbt im Alter von 74 Jahren (**4.2.1995**).

Algerien

In Algier werden bei einem von Sicherheitskräften verübten Massaker im Serkadji-Gefängnis mindestens 96 Häftlinge getötet (**22.2.1995**).

Estland

Die liberale Koalitionspartei und die verbündete Bauernpartei gehen als Sieger aus der Parlamentswahl in Estland hervor. Sie erringen 41 der 101 Mandate (**5.3.1995**).

Griechenland

Der Jurist und frühere griechische Innenminister Konstantinos Stefanopoulos wird zum Staatspräsidenten gewählt (**8.3.1995**).

Tadschikistan

Bei der Parlamentswahl in Tadschikistan (26.2. und **12.3.1995**) gehen 113 der 181 Mandate an Unabhängige. Stärkste Gruppe ist die Kommunistische Partei mit 60 Sitzen.

Türkei

Im Istanbuler Stadtteil Gazi kommen bei Ausschreitungen gegen Angehörige der religiösen Minderheit der Aleviten 15 Menschen ums Leben (**12.3.1995**).

Finnland

In Finnland werden die Sozialdemokraten nach vierjährigem Unterbruch bei der Parlamentswahl wieder stärkste Kraft. Sie gewinnen 63 (plus 15) der 200 Mandate. Die Zentrumspartei (KESK) von Ministerpräsident Esko Aho, Gewinnerin der Wahlen von 1991, verliert 11 Sitze und entsendet 44 Abgeordnete. An dritter Stelle liegt die konservative Nationale Sammlungspartei (KOK) mit 39 Mandaten (minus 1). Die populistische Finnische Landpartei (SMP) muss sich mit einem Mandat (minus 6) begnügen (**19.3.1995**). Neuer Ministerpräsident wird der Sozialdemokrat Paavo Lipponen.

Japan

Mitglieder der Aum-Sekte verüben einen Giftgasanschlag auf die U-Bahn in Tokio. 13 Menschen kommen ums Leben und Tausende werden verletzt (**20.3.1995**).

Schengener Abkommen/Schengen-Raum/EU

Das 1985 von Frankreich, Deutschland, Belgien, Niederlande und Luxemburg unterzeichnete Abkommen über den Abbau von Personenkontrollen an den Binnengrenzen sowie das Durchführungsübereinkommen von 1990 – gemeinsames Visasystem, Behandlung von Asylanträgen, grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung mit Hilfe des Schengener Informationssystems (SIS) – treten in Kraft (**26.3.1995**).

Dem Schengen-Raum haben sich inzwischen auch Italien (1990), Spanien, und Portugal (1991) sowie Griechenland (1992) angeschlossen. Die meisten EU-Mitgliedstaaten folgen. Auch die Nicht-EU-Länder Island, Norwegen, die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein treten bei.

Österreich

Der Wiener Erzbischof Kardinal Hans Hermann Groer wird des sexuellen Missbrauchs beschuldigt (**26.3.1995**). Die Affäre stürzt die römisch-katholische Kirche Österreichs in eine schwere Krise.

Somalia

UNO

Die UNO-Friedensmission in Somalia (Unosom II) scheitert. Die letzten Einheiten der 28 000 Mann starken UNO-Truppe verlassen das Land (**28.3.1995**).

Peru

Der peruanische Präsident Alberto Fujimori wird mit einem Stimmenanteil von 64,42 Prozent im Amt bestätigt. Der frühere UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar von der Unión por el Perú muss sich 21,81 Prozent begnügen. Im 120 Sitze zählenden Abgeordnetenhaus gewinnt Fujimoris Cambio 90-Nueva Mayoría mit 67 Mandaten die absolute Mehrheit (**9.4.1995**).

Estland

Tiit Vähi wird neuer Ministerpräsident Estlands (**17.4.1995**). Er war 1992 für kurze Zeit Übergangspräsident. Vähi ist Vorsitzender der liberalen Estnischen Koalitionspartei.

USA

Bei einem Bombenanschlag auf das Murrah Federal Building in Oklahoma City kommen 168 Menschen ums Leben. Ein Veteran des Zweiten Golfkrieges bekennt sich zum Anschlag (**19.4.1995**).

Sri Lanka

Ende des Waffenstillstandes im Bürgerkrieg in Sri Lanka. Im Hafen von Trincomalee werden zwei Kanonenboote der sri-lankischen Marine versenkt (**19.4.1995**). Der Bürgerkrieg tritt in seine dritte Phase. Die Regierung lanciert einen „Krieg für Frieden“. Ende Jahr gelingt der Armee während einer Offensive (18.11. bis 5.12.1995) die Eroberung von Jaffna, der Hochburg der Tamil Tigers. Zehntausende Menschen flüchten.

Iran/USA

US-Präsident Bill Clinton verhängt ein Handels- und Investitionsembargo gegen Iran. Er wirft Iran Anstiftung zum Terrorismus vor. Das Land versuche zielstrebig, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen (**30.4.1995**).

Jugoslawienkriege/Kroatienkrieg

Kroatien/Serbische Republik Krajina/Westslawonien

„Operation Blitz“ (Bljesak): Kroatische Truppen beginnen mit der Rückeroberung der zur Serbischen Republik Krajina gehörenden Gebiete. Erste Etappe: Westslawonien (**1.5 bis 2.5.1995**). Als Vergeltung wird die kroatische Hauptstadt Zagreb mit Raketen beschossen.

Frankreich

Jacques Chirac vom neogaullistischen Rassemblement pour la République (RPR) wird zum neuen französischen Staatspräsidenten und damit zum Nachfolger von François Mitterrand gewählt (**7.5.1995**). Der bisherige Bürgermeister von Paris und ehemalige Premierminister Chirac setzt sich mit einem Stimmenanteil von 52,6 Prozent gegen Lionel Jospin, seinen sozialistischen Herausforderer und Gewinner der ersten Wahlrunde, durch.

Philippinen

Die Partei Lakas-CMD (Christian Muslim Democrats) geht als klare Siegerin aus der Wahl des Abgeordnetenhauses der Philippinen hervor. Sie gewinnt 100 der 220 Mandate (**8.5.1995**).

Frankreich

Der neue französische Staatspräsident Jacques Chirac ernannt seinen langjährigen politischen Vertrauten Alain Juppé vom Rassemblement pour la République zum Premierminister (**19.5.1995**).

Belgien

In Belgien wird ein neues Parlament gewählt. Die Abgeordnetenkammer hat neu 150 statt 212 Sitze. Stärkste Kraft wird die Christelijke Volkspartij (CVP) mit 29 Sitzen. Es folgen die Vlaamse Liberalen en Democraten (VLD) – ehemals Partij voor Vrijheid en Vooruitgang (PVV) – und der wallonische Parti Socialiste mit je 21 Sitzen. Die flämische Socialistische Partij (SP) entsendet 20 Abgeordnete. Der Parti Réformateur Libéral (PRL) und die Fédéralistes démocrates francophones (FDF) gewinnen 18 Sitze. Der frankophone Parti Social Chrétien (PSC) ist mit 12 und der rechtspopulistische Vlaamse Blok mit 11 Abgeordneten vertreten (**21.5.1995**).

Frankreich

Der französische Staatspräsident Jacques Chirac kündigt die Wiederaufnahme von Atomtests an (**13.6.1995**). Die Tests auf dem Mururoa-Atoll lösen heftige Proteste aus und werden im Januar 1996 für beendet erklärt.

Russland/Tschetschenien

Mehr als 100 schwerbewaffnete Tschetschenen unter Führung von Schamil Bassajew stürmen ein Krankenhaus im südrussischen Budjonnowsk und nehmen mehr als 1000 Geiseln (**14.6.1995**). Bei Versuchen von Sicherheitskräften, das Krankenhaus zu stürmen, sterben 130 Menschen, rund 400 werden verletzt.

Dominica

Nach fast 15-jähriger Amtszeit tritt die Premierministerin von Dominica, Eugene Charles, zurück (**14.6.1995**). Ihr Nachfolger wird Edison James, dessen United Workers Party bei der Parlamentswahl (12.6.1995) die meisten Sitze errungen hatte.

Grenada

Auf der Karibikinsel Grenada kehrt die konservative New National Party nach fünfjährigem Unterbruch zurück an die Macht. Sie gewinnt bei der Parlamentswahl 8 der 15 Mandate (**20.6.1995**). Keith Mitchell wird neuer Premierminister. 13 Jahre – bis 2008 – dauert seine erste Amtszeit. 2013 feiert er sein Comeback, gewinnt mit seiner New National Party alle 15 Sitze und regiert weitere 9 Jahre bis 2022.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die 10. AHV-Revision mit 60,7 Prozent Ja-Stimmen gut (**25.6.1995**).

Katar

Der Emir von Katar, Scheich Khalifa bin Hamad al-Thani, wird von seinem Sohn Hamad bin Khalifa al-Thani entmachtet (**27.6.1995**). Der abgesetzte Emir war 23 Jahre an der Macht.

Korea (Südkorea)

Katastrophen

In der südkoreanischen Hauptstadt Seoul kommen beim Einsturz eines Warenhauses über 500 Menschen ums Leben. Fehlerhafte Baukonstruktion und Missachten von Bauvorschriften führten zur Katastrophe (**29.6.1995**).

Jugoslawienkriege/Bosnienkrieg

Bosnien-Herzegowina

Srebrenica-Massaker

UNO

Bosnische Serben erobern die UNO-Schutzzone Srebrenica (**11.7.1995**). Die muslimischen Bewohner (Bosniaken) der Stadt Srebrenica flüchten in das benachbarte Potočari, Standort der UNO-Blauhelme.

Trotz UNO-Präsenz werden über 8000 muslimische Männer und Knaben abgeführt und ermordet. Es handelt sich um das schwerste Kriegsverbrechen in Europa seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Als Hauptverantwortliche gelten der bosnische Serbenführer Radovan Karadžić (Karadzic) und General Ratko Mladić (Mladic).

USA/Vietnam

Die einstigen Kriegsgegner USA und Vietnam nehmen diplomatische Beziehungen auf (**11.7.1995**).

Frankreich

Bei einem Anschlag auf die Pariser RER-Station Saint-Michel kommen acht Menschen ums Leben (**25.7.1995**). Zum Attentat bekennen sich algerische Islamisten (Groupe Islamique Armé/GIA).

Jugoslawienkriege/Kroatienkrieg

Kroatien/Serbische Republik Krajina

„Operation Sturm“ (Oluja): Kroatische Truppen erobern die Krajina zurück (**4.8. bis 7.8.1995**). Damit ist der Kroatienkrieg beendet und das Ende der Serbischen Republik Krajina besiegelt. Schätzungsweise 200 000 Serben flüchten. Zehntausende vertriebene Kroaten kehren zurück.

Frankreich

Die 1958 geschaffene Communauté française (Gemeinschaft mit Überseegebieten) wird formell aufgelöst (**4.8.1995**).

Japan

In einer Rede zum 50. Jahrestag des Kriegsendes stellt der japanische Ministerpräsident Murayama Tomiichi fest, dass „Japan durch seine Kolonialherrschaft und Aggression enorme Schäden und Leiden der Menschen ... verursacht“. Er erklärt seine „herzliche Entschuldigung“ und drückt seine „Gefühle tiefer Reue“ aus (**15.8.1995**).

São Tomé und Príncipe

In São Tomé und Príncipe versucht die Armee, die Macht zu übernehmen (15.8.1995), zieht sich aber nach einer Woche wieder zurück.

Bermuda/Grossbritannien

Die Bevölkerung des britischen Überseegebiets Bermuda lehnt mit 74,12 Prozent Nein-Stimmen die Unabhängigkeit ab (**16.8.1995**).

Indien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In Firozabad, im indischen Unionsstaat Uttar Pradesh, kollidieren zwei stark besetzte Züge. 350 Reisende kommen ums Leben (**20.8.1995**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Schriftsteller Michael Ende stirbt im Alter von 65 Jahren (**28.8.1995**).

Kasachstan

Kasachstan erhält eine neue Hauptstadt: Akmola (**15.9.1995**). Die Verlegung von Regierung und Parlament von Almaty (früher Alma-Ata) nach Akmola erfolgt im Dezember 1997. Im folgenden Jahr (6.5.1998) wird Akmola in Astana umbenannt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Verleger Gerd Bucerius, Gründer der Wochenzeitung «Die Zeit», stirbt im Alter von 89 Jahren (**26.9.1995**).

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den sozialdemokratischen Zürcher Regierungsrat Moritz Leuenberger zum Bundesrat. Er ist Nachfolger von Bundesrat Otto Stich (**27.9.1995**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

PLO

palästinensische Autonomiegebiete/Westjordanland

Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin und der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat unterzeichnen in Washington ein in Taba (Ägypten) ausgehandeltes Abkommen über die Ausweitung der palästinensischen Selbstverwaltung (**28.9.1995**). Der sogenannte Oslo-II-Vertrag unterteilt das Westjordanland in drei Zonen. Die Zone A ist vollständig unter palästinensischer Autonomie und umfasst die städtischen Ballungszentren Hebron, Bethlehem, Ramallah, Nablus, Jericho, Tulkarem, Jenin und Kalkilya (3 Prozent des Territoriums und 29 Prozent der Bevölkerung). In der Zone B mit den übrigen palästinensischen Kleinstädten und Dörfern (25 Prozent des Territoriums und 67 Prozent der Bevölkerung) erhalten die Palästinenser alle zivilen Kompetenzen, doch für Sicherheitsfragen bleibt Israel verantwortlich. Die Zone C (72 Prozent des Territoriums) bleibt unter israelischer Militärverwaltung.

Portugal

Die Sozialisten (Partido Socialista/PS) gehen als Sieger aus der Parlamentswahl in Portugal hervor und verdrängen die seit 1985 regierende liberal-konservative Sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata/PSD) von Ministerpräsident Aníbal Cavaco Silva in die Opposition (**1.10.1995**). Die Sozialistische Partei gewinnt 112 (plus 40) der 230 Sitze und verpasst damit nur knapp die absolute Mehrheit. Die Sozialdemokratische Partei verliert 47 Sitze und hat noch 88 Mandate. Je 15 Sitze gewinnen das konservative Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP) und das Coligação Democrática Unitária (CDU), ein Bündnis aus der kommunistischen Partei (Partido Comunista Português/PCP) und den Grünen (Partido Ecologista Os Verdes/PEV).

Lettland

Bei der Parlamentswahl in Lettland (30.9. und **1.10.1995**) verliert die bisher führende liberale Partei Lettlands Weg 19 Sitze und rutscht mit 17 Mandaten auf den zweiten Platz ab. Stärkste Kraft wird die Demokratische Partei

Saimnieks, die auf Anhieb 18 Sitze erhält. An dritter Stelle folgt die Volksbewegung für Lettland. Sie ist ebenfalls erstmals im Parlament vertreten und gewinnt 16 Mandate.

Schweiz

Bei den Nationalratswahlen in der Schweiz können die Sozialdemokraten (SP) stark zulegen und sind dank 13 Sitzgewinnen mit 54 Mandaten stärkste Kraft in der Grossen Kammer. Es folgen die Freisinnigen (FDP) mit 45 Sitzen (plus 1), die Christdemokraten (Christlichdemokratische Volkspartei/CVP) mit 34 (minus 1) und die Schweizerische Volkspartei (SVP) mit 29 Sitzen (plus 4). Sechs Mandate verlieren die Grünen und haben noch 8 Sitze. Die Freiheitspartei (die Autopartei beschliesst 1994 die Umbenennung in Freiheitspartei) erhält 7 Mandate (minus 1). Die Liberalen (LPS) müssen sich mit 7 Mandaten begnügen (minus 3). Auf die anderen Parteien entfallen 16 Sitze (**22.10.1995**).

Im Ständerat verteilen sich die 46 Mandate wie folgt: Freisinnige 17 (minus 1), Christdemokraten (CVP): 16 (unv.), Schweizerische Volkspartei (SVP): 5 (plus 1), Sozialdemokraten (SP): 5 (plus 2), Liberale Partei (LPS): 2 (minus 1), LDU: 1 (unv.). Die Lega dei Ticinesi verliert ihr Mandat.

Portugal

Nach zehn Jahren erhält Portugal mit António Guterres wieder einen sozialistischen Ministerpräsidenten (**28.10.1995**). Er bildet mit seiner Sozialistischen Partei (Partido Socialista/PS) eine Minderheitsregierung.

Aserbaidshan

Katastrophen/U-Bahn-Katastrophen

Bei einer Brandkatastrophe in der U-Bahn der aserbaidshanischen Hauptstadt Baku kommen 289 Menschen ums Leben (**28.10.1995**).

Kanada/Quebec

Die Bevölkerung von Quebec spricht sich knapp – mit einem Stimmenanteil von 50,58 Prozent – gegen die Souveränität ihrer Provinz aus (**30.10.1995**). Die Abstimmungsfrage lautet: „Stimmen sie zu, dass Quebec souverän wird nach einem formellen Angebot an Kanada für eine neue wirtschaftliche und politische Partnerschaft“. Es handelt sich um die zweite Souveränitätsabstimmung nach 1980.

Kolumbien

Álvaro Gómez Hurtado (*Gomez Hurtado*), einer der einflussreichsten konservativen Politiker Kolumbiens, Gründer des Movimiento de Salvación Nacional und dreimaliger Präsidentschaftskandidat, wird ermordet (**2.11.1995**).

Israel

Israel unter Schock: Ministerpräsident Yitzhak Rabin (Arbeitspartei) wird von einem jüdischen Extremisten während einer Friedenskundgebung in Tel Aviv ermordet (**4.11.1995**). Shimon Peres wird sein Nachfolger an. Peres wird damit zum zweiten Mal nach 1984/1986 Regierungschef.

Georgien

Eduard Schewardnadse geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Georgien hervor. Er erhält 77 Prozent der Stimmen (**5.11.1995**).

Kroatien

Slatko Matesa (*Matesa*) wird neuer kroatischer Ministerpräsident (**7.11.1995**). Wie sein Vorgänger Nikica Valentić (*Valentic*) gehört er der nationalkonservativen Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) an.

Nigeria

Der nigerianische Bürgerrechtler, Umweltaktivist und Schriftsteller Ken Saro-Wiwa, Gründer der Movement for the Survival of the Ogoni People (Mosop), wird trotz internationaler Proteste mit acht Mitstreitern hingerichtet (**10.11.1995**). Sie waren von einem Sondertribunal wegen angeblicher Anstiftung zum Mord zum Tode verurteilt worden. Die neun Angeklagten hatten für grössere Selbstbestimmung der Ethnie der Ogoni und gegen die Ausbeutung des Niger-Deltas durch Erdölkonzerne protestiert. Der Erdölkonzern Shell erklärt sich im Juni 2009 bereit, den Familien von Ken Saro-Wiwa und weiteren hingerichteten Stammesmitgliedern der Ogoni insgesamt 15,5 Millionen Dollar zu zahlen.

Kroatien/Serbische Republik Krajina/Ostslawonien/Barania/Westsirmien

UNO

Mit dem Abkommen von Erdut (**12.11.1995**) erhalten Ostslawonien, Baranja und Westsirmien – Gebiete die zur Serbischen Republik Krajina gehörten – eine UNO-Übergangsverwaltung. Dies bis zur vollständigen Wiedereingliederung in kroatisches Staatsgebiet (15.1.1998).

Algerien

In Algerien geht der bisherige Machthaber Liamine Zéroul als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Er erhält 61,3 Prozent der Stimmen (**16.11.1995**).

Polen

Der sozialdemokratische Politiker Aleksander Kwaśniewski (*Kwasniewski*) wird zum neuen polnischen Staatspräsidenten gewählt. In der Stichwahl setzt er sich mit 51,72 Prozent der Stimmen knapp gegen den bisherigen Präsidenten Lech Wałęsa (*Walesa*) durch (**19.11.1995**).

Jugoslawienkriege/Bosnienkrieg

Bosnien-Herzegowina

Dayton-Abkommen/USA

Unter Vermittlung der USA vereinbaren die Präsidenten von Serbien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina – Slobodan Milošević (*Milosevic*), Franjo Tuđman und Alija Izetbegović (*Izetbegovic*) – in Dayton (USA) ein Friedensabkommen für Bosnien-Herzegowina. Als Architekt des Dayton-Abkommens gilt der US-Diplomat Richard Holbrooke (**21.11.1995**).

- Fortan besteht der Gesamtstaat Bosnien und Herzegowina aus zwei Entitäten: der (bosniakisch-kroatischen) Föderation von Bosnien und Herzegowina mit 50 sowie der Serbischen Republik (Republika Srpska) mit 49 Prozent des Territoriums.
- Die Kroaten müssen auf ihre 1993 proklamierte Kroatische Republik Herceg-Bosna verzichten.
- Noch nicht entschieden wird über den Bezirk Brčko (*Brcko*). Brčko wird später ein Sonderverwaltungsgebiet.
- Jeder Landesteil hat seine eigene Exekutive und Legislative. Dem Staatspräsidium des Gesamtstaates gehört je ein Bosniake, Kroatie und Serbe an.
- Im militärischen Teil vereinbaren die Konfliktparteien, keine Gewalt mehr anzuwenden.
- Für die Durchsetzung ist die unter Nato-Kommando stehende Implementation Force (IFOR) und ab 1996 die Nato-Schutztruppe Sfor (Stabilisation Force) zuständig. Die USA stellen über 8000 Armeeangehörige.
- Ein Hoher Repräsentant überwacht die politischen Abmachungen des Dayton-Vertrags. Erster Hoher Repräsentant wird der frühere schwedische Außenminister Carl Bildt.

Frankreich

Eine über dreiwöchige Streikwelle (**24.11.95 bis 15.12.1995**) lähmt die öffentlichen Dienste in Frankreich. Betroffen sind vor allem die Eisenbahnen. Der Protest richtet sich gegen Sanierungspläne der Regierung im Bereich Sozial- und Krankenversicherungen.

Irland

In Irland wird das Verbot der Ehescheidung aufgehoben. Die Bevölkerung stimmt in einem Referendum mit 50,28 Prozent Ja-Stimmen der Aufhebung des in der Verfassung verankerten Verbots der Ehescheidung zu (**24.11.1995**).

Tansania

In Tansania finden erstmals Wahlen mit mehreren Parteien und Präsidentschaftskandidaten statt (29.10.1995 und **29.11.1995**). Sieger der Präsidentschaftswahl ist mit fast 62,5 Prozent Stimmenanteil Benjamin Mkapa von der Regierungspartei Chama Cha Mapinduzi (CCM), die auch im Parlament mit 186 von 232 Sitzen dominierende Kraft bleibt.

Nato/Belgien/Spanien

Der spanische Außenminister Javier Solana wird neuer Nato-Generalsekretär (**5.12.1995**). Er ersetzt den wegen einer Korruptionsaffäre zurückgetretenen Belgier Willy Claes.

Claes ist in die sogenannte Agusta-Affäre verwickelt. Dabei geht es um Schmiergeldzahlungen bei der Beschaffung von Kampfhelikoptern des italienischen Herstellers Agusta. Mehrere Politiker mussten wegen der Affäre zurücktreten.

Friedensnobelpreis

Polen/Pugwash Conferences

Der polnische Atomphysiker Józef Rotblat und die von ihm geleiteten Pugwash Conferences werden mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Die 1957 erstmals organisierten Pugwash Conferences on Science and World Affairs setzen sich für Friedensförderung und atomare Abrüstung ein (**10.12.1995**).

Literturnobelpreis

Irland

Der irische Schriftsteller Seamus Heaney wird mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.1995**).

Jugoslawienkriege/Bosnienkrieg

Bosnien und Herzegowina

Dayton-Abkommen

In Paris unterzeichnen die Präsidenten von Serbien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina – Slobodan Milošević (*Milosevic*), Franjo Tuđman und Alija Izetbegović (*Izetbegovic*) – das Dayton Friedensabkommen für Bosnien und Herzegowina (**14.12.1995**). Damit wird der seit über drei Jahren dauernde Krieg in Bosnien-Herzegowina beendet (vgl. 21.11.1995). Der Krieg forderte mehr als 250 000 Tote. Etwa 2,2 Millionen Menschen fielen ethnischen Säuberungen zum Opfer.

Mauritius

In Mauritius wird Navin Ramgoolam von der Labour Party neuer Premierminister (**15.12.1995**). Auch 2005 und 2024 wird er Regierungschef.

Russland

Die Kommunistische Partei geht mit einem Stimmenanteil von 22,73 Prozent (Stimmenanteil Parteilisten) als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Russland hervor und erringt 157 der 450 Sitze (**17.12.1995**). Zweitstärkste Kraft ist die Kreml-nahe Partei „Unser Haus Russland“ mit 10,33 Prozent Stimmenanteil und 55 Sitzen. Es folgen die nationalistisch-populistischen Liberaldemokraten mit 11,40 Prozent und 51 Sitzen und die sozial-liberale Jabloko mit 7,02 Prozent und 45 Sitzen. Unabhängige Kandidaten gewinnen 77 Mandate (Angaben der Interparlamentarischen Union).

Österreich

Bei der Parlamentswahl in Österreich (**17.12.1995**) gewinnt die Sozialdemokratische Partei bei einem Stimmenanteil von 38,1 Prozent (plus 3,2 Prozentpunkte) sechs Mandate hinzu und entsendet neu 71 Abgeordnete in den Nationalrat. Die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) erhält einen Stimmenanteil von 28,3 Prozent (plus 0,6 Prozentpunkte) und wie bisher 52 Mandate. Auf die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) entfallen 21,9 Prozent der Stimmen (minus 0,6 Prozentpunkte). Sitzverluste verzeichnen das Liberale Forum und die Grünen. Der neue Nationalrat setzt sich wie folgt zusammen: SPÖ: 71 (plus 6), ÖVP: 52 (unv.), FPÖ: 41 (minus 1), Liberales Forum: 10 (minus 1), Grüne: 9 (minus 4).

Haiti

René Préval geht mit einem Stimmenanteil von 88 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Haiti hervor (**17.12.1995**). Der ehemalige Premierminister ist der zweite demokratische gewählte Präsident des Landes. Sein Vorgänger Jean-Bertrand Aristide durfte wegen Amtszeitbeschränkung nicht zur Wahlantreten (zwei aufeinanderfolgende Amtsperioden sind unzulässig). Prévals Partei Fanmi Lavalas sichert sich mit 67 von insgesamt 83 Sitzen auch die Mehrheit im Parlament.

Lettland

Der parteilose Unternehmer Andris Šķēle (*Skele*) wird neuer Regierungschef Lettlands (**21.12.1995**).

Türkei

Erstmals geht in der Türkei eine islamistische Partei – die Wohlfahrtspartei (RP) von Necmettin Erbakan – als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor (**24.12.1995**). Sie gewinnt 158 (plus 96) der 550 Sitze. Die bisher regierende gemässigt konservative Partei des rechten Weges (DYP) muss sich 135 Sitzen (minus 43) begnügen. Drittstärkste Kraft ist die liberal-konservative Mutterlandspartei (Anap) mit 132 Sitzen. Zu den Siegern gehört auch die Demokratische Linkspartei (DSP) mit 76 Sitzen (plus 69).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schauspieler und Sänger Dean Martin stirbt im Alter von 78 Jahren (**25.12.1995**).

1996

OSZE/Schweiz

Die Schweiz übernimmt für das Jahr 1996 den Vorsitz über die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Amtierender Vorsitzender ist Bundesrat Flavio Cotti (**1.1.1996**).

Guatemala

In Guatemala geht Álvaro Arzú Iriguyen (*Arzu Iriguyen*) vom konservativen Partido de Avanzada National (PAN) mit einem Stimmenanteil von 51,22 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**7.1.1996**). Im Parlament ist seine Partei führende Kraft mit 43 der 80 Mandate.

Zaire (Kongo-Kinshasa)/Russland

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Ein russisches Frachtflugzeug vom Typ Antonow rast nach misslungenem Start im Flughafen von Kinshasa (Zaire) in einen nahegelegenen Markt und kollidiert mit mehreren Marktständen und Fahrzeugen. Das Rote Kreuz berichtet von über 260 Toten (**8.1.1996**).

Russland/Tschetschenien

Tschetschenische Rebellen überfallen in Dagestan die Stadt Kisljar, nehmen über 2000 Geiseln und fordern den Rückzug der russischen Armee aus Tschetschenien (**9.1.1996**). Mit einem Teil der Geiseln flüchten die Rebellen in das Grenzdorf Perwomaiskoje. Bei der Befreiungsaktion kommen 78 Menschen ums Leben.

Japan

Nach rund zweieinhalbjährigem Unterbruch wird Japan wieder von einem Ministerpräsidenten der Liberaldemokratischen Partei regiert. Nach dem Rücktritt des sozialistischen Ministerpräsidenten Murayama Tomiichi infolge schlechten Abschneidens bei der Oberhauswahl übernimmt Hashimoto Ryutaro von der Liberaldemokratischen Partei die Führung der Regierung (**11.1.1996**).

Portugal

Der Sozialist Jorge Sampaio geht mit einem Stimmenanteil von 53,8 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Portugal hervor (**14.1.1996**). Er ist Nachfolger von Mário Soares.

Griechenland

Der schwer erkrankte griechische Ministerpräsident Andreas Papandreu tritt zurück (**16.1.1996**). Andreas Papandreu war Griechenlands erster sozialistischer Ministerpräsident. Sein Nachfolger wird Kostantinos Simitis, ebenfalls von der sozialistischen Partei Pasok.

Deutschland

Bei einem Brandanschlag auf ein Haus für Asylbewerber in Lübeck kommen drei Erwachsene und sieben Kinder ums Leben (**18.1.1996**).

Palästinensische Autonomiegebiete/Westjordanland/Gazastreifen

Die Bevölkerung der autonomen palästinensischen Gebiete (Westjordanland, Gazastreifen) wählt Yassir Arafat zum Vorsitzenden der Palästinensischen Autonomiebehörde (**20.1.1996**). Er erhält 89,82 Prozent der Stimmen. Arafats Fatah-Partei erringt 51 der 88 Sitze im Legislativrat.

Niger

Mahamane Ousmane, der erste demokratisch gewählte Staatspräsident von Niger, wird von der Armee entmachtet (**27.1.1996**). Sein Nachfolger wird Ibrahim Baré Maïnassara.

Frankreich

Staatspräsident Jacques Chirac verkündet das Ende der französischen Kernwaffenversuche (**29.1.1996**).

Sri Lanka

Bei einem Bombenanschlag von Tamil Tigers auf die Central Bank in der sri-lankischen Hauptstadt Colombo werden über 80 Menschen getötet und Hunderte verletzt (**31.1.1996**).

Nepal

In Nepal beginnt ein bewaffneter Aufstand der Communist Party of Nepal –Maoist (**13.2.1996**). Die maoistischen Rebellen wollen die Monarchie stürzen und eine Volksrepublik schaffen. Sie bringen weite Teile des Landes unter ihre Kontrolle. Der Krieg endet nach zehn Jahren und fordert schätzungsweise 17 000 Tote.

Mexiko

Vertreter der mexikanischen Regierung und der Zapatistischen Befreiungsarmee – Ejército Zapatista de Liberación Nacional/EZLN – einigen sich in San Andrés Larráinzar auf ein Abkommen über Selbstbestimmungsrechte der indigenen Bevölkerung im Bundesstaat Chiapas (**16.2.1996**). Die Kommission für Frieden und Versöhnung

(Comisión para la Concordia y Pacificación/Cocopa) legt einen entsprechenden Gesetzesentwurf, der jedoch von Staatspräsident Ernesto Zedillo Ponce de León vom regierenden Partido Revolucionario Institucional (PRI) abgelehnt wird. Das Abkommen wird nicht umgesetzt.

Die Zapatisten setzen in den von ihnen kontrollierten Gebieten den Aufbau autonomer Strukturen – consejos autónomos, Caracoles, Juntas de Buen Gobierno etc – fort.

Sierra Leone

In Sierra Leone finden nach der Entmachtung von Staatschef Valentine Strasser (17.1.1996) erstmals seit 1977 Parlamentswahlen mit Beteiligung mehrerer Parteien statt (**26.2.1996**). Die Sierra Leone People's Party geht als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor und verdrängt den All People's Congress, der von 1968 bis 1992 an der Macht war, in die Opposition. Sieger der Präsidentenwahl wird in der zweiten Runde (15.3.1996) Ahmad Tejan Kabbah von der Sierra Leone People's Party. Kabbah wird im Jahr darauf (25.5.1997) von der Armee abgesetzt, kehrt jedoch im Februar 1998 an die Macht zurück.

Europarat

Russland

Russland wird Mitglied des Europarates (**28.2.1996**).

Australien

Machtwechsel nach 13 Jahren: Die Liberal-National-Coalition gewinnt 94 (plus 29) der 148 Sitze im Repräsentantenhaus und verdrängt die bisher regierende Labor Party, die noch 49 Mandate hat, in die Opposition (**2.3.1996**).

Spanien

Nach 14 Jahren verlieren Spaniens Sozialisten die Mehrheit im Parlament (**3.3.1996**). Der Wahlniederlage des Partido Socialista Obrero Español (PSOE) von Ministerpräsident Felipe González (*Gonzalez*) gehen politische Affären und die Aufkündigung der Unterstützung durch die katalanische Convergència i Unió (CiU) voraus. Stärkste Kraft im 350 Sitze zählenden Abgeordnetenhaus wird der konservative Partido Popular (PP) von José María Aznar. Der Partido Popular gewinnt 156 Sitze (plus 14). Die Sozialisten verlieren 18 Mandate und entsenden noch 141 Abgeordnete. Es folgen die Izquierda Unida (IU) mit 21 und die katalanische Convergència i Unió (CiU) mit 16 Mandaten.

Australien

John Howard, Vorsitzender der Liberal Party, wird neuer australischer Premierminister (**11.3.1996**).

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Grossbritannien

In der schottischen Kleinstadt Dunblane erschiesst ein 43-jähriger Arbeitsloser 16 Erstklässler und deren Lehrerin. Nach der Tat richtet er sich selbst (**13.3.1996**).

Benin

Matthieu Kérékou, dem langjährigen ehemaligen Machthaber in Benin, gelingt das Comeback. Er geht als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Der bisherige Staatchef Nicéphore Soglo wird abgewählt (**18.3.1996**).

Schweden

Wechsel an der Spitze der schwedischen Regierung: Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Ingvar Carlsson übernimmt Göran Persson die Führung der Sozialdemokraten (15.3.1996) und das Amt des Ministerpräsidenten (**21.3.1996**).

China (Republik China/Taiwan)

Erstmals wird in Taiwan der Präsident direkt vom Volk gewählt. Amtsinhaber Lee Teng-hui geht mit einem Stimmenanteil von 54 Prozent als Sieger aus der Wahl hervor (**23.3.1996**).

Krankheiten/Seuchen/Epidemien/

Rinderseuche BSE

Grossbritannien

Die Europäische Kommission verhängt wegen der Rinderseuche BSE ein totales Exportverbot für Rindfleischprodukte aus Grossbritannien. Alle in Grossbritannien lebenden Rinder, die älter als 30 Monate sind, sollen geschlachtet werden (**27.3.1996**).

Russland/Belarus

Die Präsidenten von Russland und Belarus (Weissrussland), Boris Jelzin und Alexander Lukaschenko, beschliessen die Schaffung einer „Gemeinschaft souveräner Republiken“. Innerhalb von zwei Jahren sollen die beiden Länder eine Währungsunion und einen gemeinsamen Markt bilden (**2.4.1996**).

Italien

Das Bündnis Polo per le Libertà von Ministerpräsident Silvio Berlusconi verliert die Parlamentswahlen in Italien (**21.4.1996**). Wahlsiegerin ist das Mitte-links-Bündnis „L'Ulivo“ unter Führung von Romano Prodi.

Zum Bündnis L'Ulivo gehören u.a. der Partito Democratico della Sinistra/PDS, der christlichdemokratische Partito Popolare Italiano/PPI, die Federazione dei Verdi und die Lista Dini. Mit Unterstützung des Partito della Rifondazione Comunista/PRC kommt L'Ulivo auf 322 der 630 Sitze im Abgeordnetenhaus und damit auf eine knappe Mehrheit. Der Polo per le Libertà (Forza Italia/FI, Alleanze Nazionali/AN, Centro Cristiano Democratico – Cristiani democratici Uniti) ist mit 246 Abgeordneten und die Lega Nord mit 59 Abgeordneten vertreten. Auch im Senat liegt das Bündnis L'Ulivo mit 169 von 315 Sitzen vor dem Rechtsbündnis Polo per le Libertà mit 116 und der Lega Nord mit 27 Mandaten. Als stärkste Partei (Proporzstimmen) geht der Partito Democratico della Sinistra/PDS mit einem Stimmenanteil von 21,06 Prozent aus den Wahlen hervor. Es folgen Forza Italia/FI mit 20,57, die Alleanza Nazionale/AN mit 15,66, die Lega Nord mit 10,07 und der Partito della Rifondazione Comunista/PRC mit 8,57 Prozent.

Paraguay

Machtkampf in Paraguay: Staatspräsident Juan Carlos Wasmosy fordert den Oberkommandierenden der Armee, General Lino Oviedo, zum Rücktritt auf (**22.4.1996**). Zunächst weigert er sich, der Forderung nachzukommen, gibt schliesslich doch nach. Ihm werden Putschabsichten vorgeworfen. Im März 1998 wird Oviedo von einem Militärgericht zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Seine politischen Karrierepläne – er wollte für die Präsidentschaftswahl kandidieren – scheitern.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

PLO

Der Palästinensische Nationalrat, das oberste Organ der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), streicht den Passus über den bewaffneten Kampf gegen Israel aus der Nationalcharta (**24.4.1996**).

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Australien

Ein 28-jähriger Mann erschiess auf der australischen Insel Tasmanien 35 Menschen. 19 weitere Personen werden verletzt (**28.4.1996**).

Schweiz

Internationale jüdische Organisationen und die Schweizerische Bankiervereinigung beschliessen die Schaffung einer Kommission – Independent Committee of Eminent Persons –, die mit der Abklärung nachrichtenloser Vermögen von Naziopfern bei Banken in der Schweiz betraut wird (**2.5.1996**). Die Kommission wird vom früheren US-Notenbankpräsidenten Paul Volcker geleitet. Auch die Schweizer Landesregierung setzt eine Expertenkommission ein, die den Umfang und das Schicksal der nachrichtlosen Vermögen, der Raubgüter und der Fluchtgelder abklären soll (16.9.1996).

Spanien

Machtwechsel in Spanien (**4.5.1996**): José María Aznar vom konservativen Partido Popular (PP) wird neuer Regierungschef anstelle des Sozialisten Felipe González (*Gonzalez*). Aznar ist auf die parlamentarische Unterstützung durch Regionalparteien angewiesen.

Indien

In Indien muss die Kongresspartei (Indian National Congress/INC) unter Führung von Premierminister Narasimha Rao bei den Parlamentswahlen (27.4. bis **7.5.1996**) schwere Verluste hinnehmen. Sie verliert 105 Sitze und wird von der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) überholt, die 161 der 545 Sitze gewinnt. Keine Partei erhält die absolute Mehrheit.

Premierminister Narasimha Rao tritt zurück (16.5.1996). Der BJP-Vorsitzende Atal Bihari Vajpayee wird Nachfolger von Rao, tritt aber schon zwei Wochen später (1.6.1996) mangels parlamentarischer Unterstützung zurück. Die United Front mit der Partei Janata Dal als stärkste Kraft übernimmt die Macht. Premierminister wird zunächst Deve Gowda und ab Ende April 1997 Inder Kumar Gujral.

Italien

Romano Prodi vom Mitte-links-Bündnis L'Ulivo wird neuer italienischer Ministerpräsident (17.5.1996). In seiner Regierung sind neben dem Ulivo folgende Parteien vertreten: der Partito Democratico della Sinistra/PDS, der christlichdemokratische Partito Popolare Italiano/PPI, die Lista Dini- Rinnovamento Italiano/RI, die Federazione dei Verdi und die Unione Democratica/UD. Parlamentarische Unterstützung erhält die Regierung Prodi vom Partito della Rifondazione Comunista/PRC.

Tansania

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Eine tansanische Fähre kentert auf dem Victoriasee. Die Katastrophe fordert laut Schätzungen rund 800 Tote (**21.5.1996**).

Israel

Erstmals wird in Israel der Ministerpräsident direkt vom Volk gewählt. Benjamin Netanyahu, Vorsitzender des konservativen Likud-Blocks, besiegt mit einem Stimmenanteil von 50,5 Prozent den amtierenden Regierungschef Shimon Peres von der Arbeitspartei (**29.5.1996**). Gleichzeitig wird ein neues Parlament gewählt. Die Arbeitspartei

bleibt mit 34 Mandaten stärkste Kraft. Die Allianz von Likud, Gesher und Tzomet erhält 32 Sitze. An dritter Stelle folgt die orthodoxe Partei Shas mit 10 Sitzen.

Tschechien

In Tschechien findet die erste Parlamentswahl seit der Unabhängigkeit Anfang 1993 statt (**31.5./1.6.1996**). Stärkste Kraft ist die konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) von Ministerpräsident Václav Klaus. Sie gewinnt 68 der 250 Mandate des Abgeordnetenhauses. An zweiter Stelle folgt die Sozialdemokratische Partei (ČSSD) mit 61 Mandaten. Es folgen die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) mit 22, die Christliche und Demokratische Union (KDU-ČSL) und die Republikanische Partei (SPR-RSČ) mit je 18 Sitzen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die US-amerikanische Jazzsängerin Ella Fitzgerald stirbt im Alter von 79 Jahren (**15.6.1996**).

Bangladesh

Machtwechsel in Bangladesh: Nach dem Sieg der Bangladesh Awami League bei der Parlamentswahl übernimmt Sheikh Hasina Wazed, die Tochter des Staatsgründers Sheikh Mujibur Rahman, das Amt der Premierministerin (**23.6.1996**).

Türkei

Necmettin Erbakan, Vorsitzender der islamistischen Wohlfahrtspartei, wird neuer türkischer Regierungschef (**28.6.1996**).

Libyen

Massaker in einem Gefängnis in der libyschen Hauptstadt Tripolis: Bis zu 1200 politische Häftlinge – die meisten stammen aus Benghasi – werden im Gefängnis von Abu Salim ermordet (**29.6.1996**). Erst im Jahr 2001 dringen Berichte über das Massaker in die Aussenwelt. Im September 2011 wird ein Massengrab entdeckt.

Island

Ólafur Ragnar Grímsson (*Olafur Ragnar Grimsson*) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Island hervor (**29.6.1996**).

Mongolei

Machtwechsel in der Mongolei: Das oppositionelle Wahlbündnis Demokratische Union gewinnt 50 der 76 Sitze im Parlament (Grosser Staats-Chural). Die bisher herrschende Mongolische Revolutionäre Volkspartei muss sich mit 25 Mandaten (minus 45) begnügen (**30.6.1996**).

Dominikanische Republik

In der Dominikanischen Republik geht Leonel Fernández (*Fernandez*) vom Partido de la Liberación Dominicana (PLD) mit einem Stimmenanteil von 51,25 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**30.6.1996**). Der langjährige Machthaber Joaquín Balaguer, der fast 24 Jahre lang das Land regierte, kandidierte nicht mehr. Im Jahr 2000 steigt er nochmals ins Rennen um die Präsidentschaft.

Russland

Aus der Präsidentenwahl in Russland geht Amtsinhaber Boris Jelzin als Sieger hervor. Er schlägt in der Stichwahl mit 53,82 Prozent den Kommunisten Gennadi Sjuganow (**3.7.1996**).

Tschad

In Tschad findet erstmals eine Präsidentenwahl mit mehreren Kandidaten statt. Machthaber Idriss Déby gewinnt die Stichwahl mit einem Stimmenanteil von rund 69 Prozent (**3.7.1996**).

Klonen

In Schottland wird das erste geklonte Säugetier, das Schaf Dolly, geboren (**5.7.1996**). Von einem erwachsenen Schaf wird ein genetisch identisches Double gezüchtet.

Ecuador

In Ecuador geht Abalá Bucaram vom Mitte-links orientierten populistischen Partido Roldosista Ecuatoriano als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor. Er erhält 54,47 Prozent der Stimmen (**7.7.1996**). Im Parlament (Congreso Nacional), das am 19. Mai 1992 gewählt wurde, ist der Partido Social Cristiano mit 28 Mandaten stärkste Kraft vor dem Partido Roldosista Ecuatoriano mit 19 Mandaten.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Historiker und Schriftsteller Jean Rudolf von Salis stirbt im Alter von 95 Jahren (**14.7.1996**).

USA

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Ein Jumbojet der US-Fluggesellschaft TWA stürzt nach dem Start in New York vor Long Island in den Atlantik. 230 Menschen kommen dabei ums Leben. Absturzursache ist eine Tankexplosion (**17.7.1996**).

Bosnien und Herzegowina/Republika Srpska

Der wegen Kriegsverbrechen unter Druck geratene Präsident der Republika Srpska (Entität des Gesamtstaates Bosnien und Herzegowina), Radovan Karadžić (Karadzic), gibt sein Amt ab (**19.7.1996**). An seine Stelle tritt Biljana Plavšić (*Plavsic*). Wie ihr Vorgänger vertritt auch Plavšić die Serbische Demokratische Partei (SDS).

USA

Olympische Spiele

In Atlanta, im US-Staat Georgia, finden die XXVI. Olympischen Sommerspiele statt (**19.7.1996**).

USA

Anschlag Olympische Spiele

Bei einem Bombenanschlag während der Olympischen Sommerspiele in Atlanta wird eine Frau getötet und mehr als hundert Menschen werden verletzt (27.7.1996). Erst neun Jahre später erklärt sich ein US-Bürger schuldig.

Indien

Die indische Wirtschaftsmetropole Bombay wird in Mumbai umbenannt (**12.8.1996**).

Belgien

Dutroux-Affäre

In Belgien verhaftet die Polizei nach einer Serie unaufgeklärter Kinderentführungen den 39-jährigen Marc Dutroux und dessen Frau und Komplizin Michelle Martin (**13.8.1996**). Sechs Mädchen entführte Marc Dutroux, folterte und vergewaltigte sie, vier starben. Bereits 1989 war Dutroux wegen Entführung und Vergewaltigung von jungen Frauen zu dreizehneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden, kam aber 1992 wieder auf freien Fuss. Die Dutroux-Affäre löst Schock und Empörung aus. Die Behörden stehen wegen Schlampereien und Ungereimtheiten bei den Ermittlungen unter Druck. Am „Weissen Marsch“ in Brüssel (20.10.1996) solidarisieren sich schätzungsweise 300 000 Menschen mit den Eltern der entführten Kinder.

Liberia

Hoffnung auf ein Ende des Bürgerkriegs in Liberia: Nach zahlreichen gescheiterten Friedens- und Waffenstillstandsabkommen einigen sich die Konfliktparteien in Ergänzung zum Abuja-Vertrag vom 19.8.1995 auf einen sofortigen Waffenstillstand, auf die Entwaffnung aller Kämpfer sowie auf die Durchführung von Wahlen (**17.8.1996**). Der Ende 1989 ausgebrochene Bürgerkrieg hat über 200 000 Tote gefordert.

Korea (Südkorea)

Der frühere südkoreanische Staatspräsident Chun Doo Hwan wird wegen des Militärputsches von 1979 und wegen der Niederschlagung der Demokratiebewegung von Gwangju (Massaker von Gwangju im Mai 1980) zum Tode verurteilt. Chuns Nachfolger im Präsidentenamt und enger Verbündeter Roh Tae Woo erhält eine Freiheitsstrafe von 22 Jahren (**26.8.1996**). Die Todesstrafe wird in lebenslängliche Freiheitsstrafe umgewandelt und die Freiheitsstrafe auf 17 Jahre verkürzt. Im folgenden Jahr werden beide Expräsidenten begnadigt.

Russland/Tschetschenien

Der Tschetschenien-Krieg wird für beendet erklärt. Der russische Sicherheitsbeauftragte Aleksandr Lebed und der Tschetschenienführer Aslan Maschadow unterzeichnen ein Friedensabkommen (**30.8.1996**). Über den künftigen Status Tschetscheniens soll verhandelt werden.

Philippinen

Die philippinische Regierung und die Moro National Liberation Front (MNLF) unter Führung von Nur Misuari unterzeichnen in Manila ein in Jakarta ausgehandeltes endgültiges Friedensabkommen (**2.9.1996**). Das Jakarta Peace Agreement sieht die Umsetzung des Autonomieabkommens von Tripolis aus dem Jahr 1976 vor. Nur Misuari wird Gouverneur der Autonomous Region in Muslim Mindanao (ARMM). Die MNLF hatte 1988 die Rebellion gegen die Regierung wieder aufgenommen. 1993 wurde ein Waffenstillstand vereinbart. Die muslimische Rebellengruppe Moro Islamic Liberation Front (MILF) setzt ihren Kampf fort.

Suriname

Jules Wijdenbosch von der National Democratic Party wird zum neuen Staatspräsidenten von Suriname gewählt (**5.9.1996**).

Bosnien und Herzegowina/Föderation Bosnien und Herzegowina/Republika Srpska

Erstmals seit dem Dayton-Friedensabkommen finden Wahlen in Bosnien und Herzegowina sowie in den beiden Entitäten, der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska statt (**14.9.1996**).

- Ins Staatspräsidium des Gesamtstaates gewählt werden: der Bosniake Alija Izetbegović (*Izetbegovic*) von der Partei der Demokratischen Aktion (SDA), der Kroat Krešimir Zubak von der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) und der Serbe Momčilo Krajišnik (*Krajisnik*) der Serbischen Demokratischen Partei (SDS). Dem Staatspräsidium gehören je ein Bosniake, Kroat und Serbe an. Seit 1998 wechselt der Vorsitz alle acht Monate.

- Stärkste Partei im 42 Mandate zählenden Parlament des Gesamtstaates ist die bosniakische Partei der Demokratischen Aktion (SDA) mit 16 Sitzen vor der Serbischen Demokratischen Partei (SDS) mit 9 und der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) mit 8 Mandaten.

- Wahlen finden auch in den beiden Entitäten des Gesamtstaates – der Föderation Bosnien und Herzegowina sowie der Serbischen Republik (Republika Srpska) – statt. In der Republika Srpska wird die bisherige Präsidentin Biljana Plavšić (*Plavsic*) im Amt bestätigt.

Italien

Lega-Führer Umberto Bossi proklamiert die Unabhängigkeit von „Padania“ (**15.9.1996**).

Arktischer Rat (Arctic Council)

Zur Förderung des Klimaschutzes und der Sicherheit gründen Kanada, Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Russland, Schweden und die USA in Ottawa den Arktischen Rat (**19.9.1996**).

Abrüstung/Rüstungskontrolle/Atomteststopp-Abkommen

Nach langwierigen Verhandlungen im Rahmen der UNO wird der Vertrag über ein umfassendes Verbot von Nuklearversuchen – Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty/CTBT – zur Unterzeichnung aufgelegt (**24.9.1996**). Zum Kreis der ersten Signatäre des Atomteststoppabkommens gehören 65 Staaten. Die Ratifikation zieht sich über Jahre hinweg.

Afghanistan/Afghanistan-Konflikt

Die Taliban erobern Kabul und proklamieren das Islamische Emirat Afghanistan (**27.9.1996**). Präsident Burhanuddin Rabbani flüchtet. Taliban-Chef Mullah Mohamad Omar setzt eine sechsköpfige Übergangsregierung ein. Der frühere Präsident Mohammad Najibullah wird öffentlich gehängt. Die neuen Machthaber setzen rigoros ihre radikal-islamischen Vorstellungen um.

Gambia

Nach Verabschiedung einer neuen Verfassung wird der bisherige militärische Machthaber von Gambia, Yahya Jammeh, mit einem Stimmenanteil von 55,77 Prozent zum Staatspräsidenten gewählt (**29.9.1996**).

Neuseeland

Erstmals wird in Neuseeland das Parlament nach einem Proporzsystem gewählt (**12.10.1996**). Dadurch schaffen auch kleinere Parteien den Sprung ins Parlament. Stärkste Partei bleibt trotz des Verlusts ihrer Mehrheit die regierende National Party von Premierminister Jim Bolger. Sie gewinnt 44 der 120 Sitze. Die Labour Party erhält 37, die populistische New Zealand First 17, die linke Alliance 13 und die Partei ACT New Zealand 8 Mandate. Premierminister Jim Bolger muss einen Koalitionspartner suchen. Er bildet ein Regierungsbündnis mit der Partei New Zealand First.

Zaire (Kongo-Kinshasa)/Ruanda/Uganda

Kongokriege

In Zaire gründen Regimegegner die Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo – AFDL (**18.10.1996**). Ihr Anführer ist Laurent-Désiré Kabila. Bewaffneten Widerstand leisten auch die Banyamulenge-Tutsi, die ruandastämmigen Tutsi. Das Regime von Machthaber Mobutu Sese Seko hatte versucht, die Banyamulenge nach Ruanda zu vertreiben. Sie verbünden sich deshalb mit den Rebellen der AFDL.

Der Erste Kongokrieg beginnt. Unterstützung erhalten die Aufständischen von Ruanda und Uganda. Ruanda interveniert mit Tausenden Soldaten. Flüchtlingslager der Hutu werden angegriffen; es kommt zu Massakern gegen Angehörige der Hutu. Hunderttausende Lagerinsassen flüchten. Die Hauptstädte der zairischen Provinzen Südkivu und Nordkivu, Bukavu und Goma, befinden sich Anfang November unter Kontrolle der Rebellen.

Die Ursachen des Konflikts liegen in den Folgen des Völkermords in Ruanda. Hunderttausende Hutu, unter ihnen auch sogenannte génocidaires, flohen nach der Machtübernahme durch die Tutsi in die benachbarten Kivu-Provinzen im Osten von Zaire und führten von dort aus den Kampf gegen die neuen Machthaber in Ruanda weiter. Die Flüchtlingscamps wurden zu wichtigen Rekrutierungszentren der Hutu-Milizen.

Japan

Die Liberaldemokratische Partei geht als stärkste Partei aus der Parlamentswahl in Japan hervor, bleibt aber unter der absoluten Mehrheit. Sie gewinnt 230 der 500 Mandate. Zweistärkste Kraft ist die 1994 gegründete Neue Fortschrittspartei mit 156 Mandaten (Anmerkung: Die Neue Fortschrittspartei löst sich 1997 wieder auf). An dritter Stelle folgt die 1996 gegründete Demokratische Partei mit 52 Sitzen. Schwere Verluste erleiden die in Sozialdemokraten umbenannten Sozialisten. Im Vergleich zu den Wahlen von 1993 verlieren sie 55 Sitze und sind nur noch mit 15 Abgeordneten vertreten (**20.10.1996**). Ministerpräsident Hashimoto Ryutaro bildet eine liberaldemokratische Minderheitsregierung.

Nicaragua

Arnaldo Alemán (*Aleman*) von der Alianza Liberal wird mit einem Stimmenanteil von 50,99 Prozent zum neuen Präsidenten Nicaraguas gewählt. Der frühere Machthaber Daniel Ortega vom Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) erhält 37,83 Prozent. Im Parlament verfügt die Alianza Liberal über 42 und der FSLN über 36 der 93 Mandate (**20.10.1996**). Die vor sechs Jahren erfolgreiche Unión Nacional Opositora (UNO) hat sich aufgelöst.

Norwegen

Die norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland tritt zurück (**23.10.1996**). Ihr Nachfolger wird Thorbjørn Jagland. Wie Brundtland steht auch er an der Spitze einer Regierung der Arbeiterpartei.

Malta

In Malta wird Alfred Sant von der Labour Party (Partit Laburista) neuer Regierungschef (**28.10.1996**). Er löst Eddie Fenech Adami von der konservativen Nationalist Party (Partit Nazzjonalista) ab.

Bulgarien

Petar Stojanow von der konservativen der Union demokratischer Kräfte wird zum neuen bulgarischen Staatschef gewählt (**2.11.1996**).

Rumänien

Machtwechsel in Rumänien: Das bürgerliches Oppositionsbündnis Demokratische Konvention geht als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Die bisher regierende postkommunistische Partei der Sozialen Demokratie muss in die Opposition gehen. Zum ersten Mal seit 1937 wird eine amtierende Regierung durch Wahlen abgelöst (**3.11.1996**). Die Partei der Sozialen Demokratie ist eine Nachfolgerin der Front der Nationalen Rettung, die sich 1992 spaltete. Neuer Regierungschef wird der bisherige Bukarester Bürgermeister Victor Ciorbea (12.12.1996).

USA

US-Präsident Bill Clinton wird in seinem Amt bestätigt (**5.11.1996**). Er erhält 379 Elektorenstimmen und 49,2 Prozent der Wählerstimmen. Auf seinen republikanischen Herausforderer Bob Dole entfallen 159 Elektorenstimmen und 40,7 Prozent der Wählerstimmen. Ross Perot, Kandidat der Reform Party, erhält 8,4 Prozent der Wählerstimmen, aber keine Elektorenstimmen. Al Gore bleibt Vizepräsident.

Bei den Kongresswahlen verteidigen die Republikaner in beiden Kammern ihre Mehrheit. Im Senat haben die Republikaner 55 (plus 3) und die Demokraten 45 Mandate (minus 3). Im Repräsentantenhaus sind die Republikaner mit 227 Abgeordneten (minus 3) und die Demokraten mit 206 (plus 2) vertreten. Hinzu kommen zwei Unabhängige (plus 1).

Litauen

Bei der Parlamentswahl in Litauen gewinnt der 1993 gegründete konservative Vaterlandsbund auf Anhieb 70 der 141 Sitze. Die bei der letzten Parlamentswahl von 1992 siegreiche Demokratische Arbeitspartei verliert 61 Sitze (20.10 und **10.11.1996**). Neuer Regierungschef wird Gediminas Vagnorius vom Vaterlandsbund. Vagnorius wird damit zum zweiten Mal Regierungschef nach eineinhalbjähriger Amtsperiode vom Januar 1991 bis Juli 1992.

Indien/Saudiarabien/Kasachstan

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Eine Boeing 747 der Saudi-Arabian-Airlines und eine Iljuschin der Kazakhstan Airlines kollidieren in Nähe von Delhi in der Luft. Dabei kommen 349 Menschen ums Leben (**12.11.1996**).

Zaire (Kongo-Kinshasa)/Ruanda

Kongokriege

Flüchtlingsdrama im Osten von Zaire: Nach dem Vormarsch zairischer Rebellen (Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo/AFDL) und ruandischer Einheiten auf das Flüchtlingslager Muganga bei Goma beginnt eine Massenrückkehr von Hutu-Flüchtlingen nach Ruanda (**Mitte November 1996**). Hunderttausende Menschen verlassen innert weniger Tage das Lager. Der UNO-Sicherheitsrat spricht sich für den Einsatz einer multinationalen Truppe zum Schutz der Flüchtlinge aus (15.11.1996). Die geplante multinationale Truppe kommt wegen der raschen Massenrückkehr der Flüchtlinge nicht zum Einsatz.

Rumänien

Rumänien erhält einen neuen Staatspräsidenten. Der Kandidat der Demokratischen Konvention, Emil Constantinescu, geht mit einem Stimmenanteil von 54,41 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor. Der bisherige Präsident Ion Iliescu von der postkommunistischen Partei der Sozialen Demokratie hat mit 45,59 Prozent das Nachsehen (**17.11.1996**).

Thailand

In Thailand geht die New Aspiration Party als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor (**17.11.1996**). Sie gewinnt 125 (plus 68) der 393 Mandate. Knapp dahinter mit 123 Sitzen liegt die Democrat Party. Der Gründer der New Aspiration Party, der frühere Armeeeoberbefehlshaber Chavalit Yongchaiyudh, wird neuer Ministerpräsident. Unter seiner Führung erhält Thailand eine neue Verfassung, die bisher demokratischste und die 16. seit dem Übergang von der absoluten zur konstitutionellen Monarchie im Jahr 1932 (11.10.1997).

Moldau

Der moldauische Staatspräsident Mircea Snegur wird abgewählt. Sieger der Präsidentenwahl ist der frühere kommunistische Parteisekretär Petru Lucinschi mit einem Stimmenanteil von 54,02 Prozent (**1.12.1996**).

Guatemala

Die Konfliktparteien im Bürgerkrieg in Guatemala einigen sich in Oslo auf ein Waffenstillstandsabkommen (4.12.1996).

Friedensnobelpreis

Osttimor (Timor-Leste)

Der Diplomat José Ramos-Horta und der römisch-katholische Bischof Carlos Felipe Ximenes Belo werden für ihr Engagement für eine friedliche Lösung des Osttimor-Konflikts mit dem Friedensnobelpreis geehrt (10.12.1996). José Ramos-Horta ist Sprecher des osttimoresischen Widerstandsrates (Conselho Nacional de Resistência) und war 1975 nach dem Rückzug Portugals aus Osttimor und bis zum Einmarsch indonesischer Truppen Aussenminister der Demokratischen Republik Osttimor (Timor-Leste).

Literaturnobelpreis

Polen

Die polnische Lyrikerin Wisława Szymborska wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (10.12.1996).

UNO

Ghana

Die UNO-Vollversammlung wählt Kofi Annan zum neuen Generalsekretär der Vereinten Nationen. Der aus Ghana stammende Diplomat ist Nachfolger von Boutros Boutros-Ghali (17.12.1996).

Peru/Japan

Geiseldrama in Peru: Ein Kommando des linksradikalen Movimiento Revolucionario Túpac Amaru (MRTA) überfällt die Residenz der japanischen Botschaft in Lima, wo über 700 Gäste an einem Empfang anlässlich des Geburtstages von Kaiser Akihito teilnehmen (17.12.1996). Gefordert wird die Freilassung der rund 500 inhaftierten Mitglieder von Túpac Amaru. Die 14 Besetzer der Botschaftsresidenz, angeführt von Nestor Cerpa, lassen in mehreren Etappen einen Grossteil der Geiseln frei. Die Regierung geht auf die Forderungen nicht ein – das Geiseldrama endet erst nach 126 Tagen. Am 22. April 1997 stürmen Elitesoldaten das Gebäude. Die 14 Besetzer werden getötet. Die noch verbliebenen 71 Geiseln werden befreit. Eine Geisel stirbt beim Militäreinsatz.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der italienische Schauspieler Marcello Mastroianni stirbt im Alter von 72 Jahren (19.12.1996).

Guatemala

Das Parlament Guatemalas verabschiedet zwei Tage vor Ende des Bürgerkrieges ein Versöhnungsgesetz –Ley de reconciliación nacional (27.12.1996). Das Versöhnungsgesetz enthält eine Amnestieklausel, die aber nicht auf Genozid, Folter und Verschwindenlassen anwendbar ist.

Guatemala

UNO

In Guatemala unterzeichnen die Regierung und die Widerstandsbewegung Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca (URNG) ein Friedensabkommen unter der Schirmherrschaft von UNO-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali (29.12.1996).

Damit endet der 36 Jahre dauernde Bürgerkrieg, der schätzungsweise 200 000 Tote forderte.

Das feste und dauerhafte Friedensabkommen – Acuerdo de Paz firme y duradera – umfasst alle seit 1994 getroffenen Vereinbarungen (Einhaltung der Menschenrechte, Förderung der Rechte der indigenen Bevölkerung, Wiedereingliederung der Vertriebenen, Bildung einer Wahrheitskommission, Wiedereingliederung der Guerillas in die Zivilgesellschaft, politische Reformen). Überwacht wird die Umsetzung des Abkommens durch eine UNO-Mission – Misión de Verificación de las Naciones Unidas en Guatemala – Minugua.

1997

Schweiz

Der Nachtwächter Christoph Meili entwendet aus dem Schredderraum der Schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich Dokumente (**8.1./9.1.1997**). Er vermutet, dass es sich um Belege über Bankbeziehungen mit jüdischen Holocaust-Opfern handelt und übergibt die zum Schreddern bestimmten Akten der Israelischen Cultusgemeinde. Der Fall Meili sorgt weltweit für grosses Aufsehen.

Österreich

Nach fast elfjähriger Amtszeit gibt der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky (Sozialdemokratische Partei/SPÖ) seinen Rücktritt bekannt (**18.1.1997**). Sein Nachfolger wird Finanzminister Viktor Klima (28.1.1997). Er setzt das Regierungsbündnis mit der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) fort.

USA

Mit Madeleine Albright steht erstmals eine Frau an der Spitze des US-Aussenministeriums (**23.1.1997**).

Albanien

In Albanien löst der Zusammenbruch mafiaartiger Kapitalanlagegesellschaften, die mit dubiosen Pyramidensparmodellen weite Teile der Bevölkerung um ihre Ersparnisse brachten, Massenproteste aus (**5.2.1997**). Von der südalbanischen Stadt Vlora weiten sich die gewalttätigen Proteste auf andere Städte aus. Das Land versinkt in Chaos, Anarchie und Gewalt.

Ecuador

Nach halbjähriger Amtszeit wird der ecuadorianische Staatspräsident Abdalá Bucaram vom Parlament wegen „Unzurechnungsfähigkeit“ abgesetzt (**6.2.1997**). Massive Proteste der Bevölkerung wegen des drastischen Anstiegs der Lebenshaltungskosten gaben den Ausschlag. Auch die Unternehmer stellen sich gegen Bucarams ultraliberales Wirtschaftsprogramm. Bucaram flüchtet nach Panama. Interimspräsident wird Fabián Alarcón Rivera (*Alarcon*). Ecuador erlebt bis 2007 häufige Wechsel an der Spitze des Staates. Keiner der drei vom Volk gewählten Präsidenten schafft eine volle Amtszeit.

China

Der langjährige chinesische Spitzenpolitiker Deng Xiaoping, Wegbereiter radikaler wirtschaftlicher Reformen, stirbt im Alter von 92 Jahren (**19.2.1997**).

Tschad

In Tschad findet die erste Mehrparteien-Parlamentswahl seit der Unabhängigkeit statt. Stärkste Kraft wird das Mouvement Patriotique du Salut (MPS) von Machthaber Idriss Déby (5.1. und **23.2.1997**).

Estland

Wechsel an der Spitze der Regierung Estlands. Ministerpräsident Tiit Vähi tritt unter massivem Druck seiner eigenen Koalitionspartei zurück (**25.2.1997**) und wird von Mart Siimann abgelöst.

Türkei

Die türkische Armeeführung fordert Ministerpräsident Necmettin Erbakan von der islamistischen Wohlfahrtspartei ultimativ auf, Massnahmen gegen islamistische Umtriebe zu ergreifen: Durchsetzung des Kopftuchverbots und Eindämmung religiöser Einflüsse im Bildungssystem (28.2.1997). Unter diesem Druck tritt Erbakan Ende Juni 1997 zurück.

Albanien

Das albanische Parlament verhängt über das ganze Land den Ausnahmezustand (**2.3.1997**). Der Regierung und den Ordnungskräften gelingt es nicht, die gewalttätigen Proteste geprellter Sparer (vgl. 5.2.1997) zu stoppen. Aufständische plündern Kasernen und Waffendepots. Ausländische Staatsangehörige werden evakuiert. Tausende Albaner flüchten über die Adria nach Italien.

Pakistan

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In der pakistanischen Provinz Punjab, im Bahnhof von Mirshah, stösst ein Schnellzug mit einem dort stehenden Personenzug zusammen. 125 Menschen kommen ums Leben (**3.3.1997**).

Schweiz

Der Bundesrat plant eine Stiftung für Solidarität für Bedürftige im In- und Ausland im Umfang von 7 Milliarden Franken, um das durch Kollaborationsvorwürfe im 2. Weltkrieg beschädigte Ansehen des Landes wieder aufzubessern. Für die Stiftung solidarische Schweiz sollen Goldreserven der Nationalbank genutzt werden (**5.3.1997**).

Guyana

Nach dem Tod von Cheddi Jagan wird sein Stellvertreter und Premierminister Sam Hinds vorübergehend neuer Staatspräsident von Guyana (6.3.1997). Janet Jagan, die Witwe von Cheddi Jagan, übernimmt das Amt der Premierministerin.

Albanien/UNO/Italien

Der UNO-Sicherheitsrat stimmt der Entsendung einer internationalen Schutztruppe nach Albanien unter Führung Italiens zu (**28.3.1997**). Die Schutztruppe soll vor allem die Verteilung von Hilfsgütern überwachen. Die „Operation Alba“ beginnt Mitte April und dauert vier Monate. Rund 7000 Soldaten aus acht Staaten sind daran beteiligt.

Russland/Belarus

Die Präsidenten von Russland und Belarus (Weissrussland), Boris Jelzin und Alexander Lukaschenko, unterzeichnen einen Unionsvertrag. Ziel ist die Festigung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Es wird kein neuer Staat gegründet. Beide Staaten behalten ihre Souveränität und Unabhängigkeit (**2.4.1997**).

Liechtenstein

Im Fürstentum Liechtenstein wird die seit 1938 bestehende Regierungskoalition aus Fortschrittlicher Bürgerpartei (FBP) und Vaterländischer Union (VU) erstmals durch eine Alleinregierung abgelöst. Nach erfolgreichem Abschneiden bei der Landtagswahl (2.2.1997) bildet der bisherige Regierungschef Mario Frick ein Kabinett, dem nur Mitglieder seiner Vaterländischen Union angehören (**14.4.1997**).

Saudiarabien

Katastrophen/Brandkatastrophen

Bei einer Brandkatastrophe in einer Pilgerzeltstadt von Mekka kommen über 340 Menschen ums Leben (**15.4.1997**).

Kolumbien

In Kolumbien schliessen sich mehrere rechtsextreme paramilitärische Gruppen unter Führung von Carlos Castaño (*Castano*) zur Bürgerwehrorganisation Autodefensas Unidas de Colombia (AUC) zusammen (**18.4.1997**). Ihre Angriffe richten sich gegen die linke Guerilla und Oppositionelle. Unterstützt werden die Autodefensas Unidas, die eng mit dem Drogenhandel verbunden sind, von Politikern, Militärs und Unternehmern, auch von ausländischen. Abertausende Menschen fallen dem Terror der Rechtsextremisten zum Opfer.

Bulgarien

Die konservative Union demokratischer Kräfte gewinnt die Parlamentswahl in Bulgarien und kehrt damit wieder an die Macht zurück (**19.4.1997**). Sie entsendet 137 Abgeordnete (plus 68) ins 240 Mitglieder zählende Parlament. Die von der Sozialistischen Partei angeführte Koalition für Bulgarien verliert 67 Sitze und ist noch mit 58 Mandaten vertreten. Iwan Kostow von der Union demokratischer Kräfte wird neuer Regierungschef (21.5.1997).

Peru/Japan

Nach vier Monaten endet die Besetzung der japanischen Botschaftsresidenz in der peruanischen Hauptstadt Lima (**22.4.1997**). Bei der Erstürmung des Gebäudes werden die 14 Besetzer vom linksradikalen Movimiento Revolucionario Túpac Amaru (MRTA) getötet. Die verbliebenen 71 Geiseln kommen frei (vgl. 17.12.1996).

Grossbritannien

Die Labour Party erringt bei der Unterhauswahl in Grossbritannien einen Erdrutschsieg. Sie erobert 147 Sitze hinzu. 418 der 659 Sitze im Unterhaus gehen an Labour. Die Konservativen (Conservative Party) verlieren mehr als die Hälfte ihrer bisherigen Mandate und müssen sich mit 165 Sitzen (minus 171) begnügen. Die Liberal Democrats gewinnen 46 Sitze (plus 26). Die übrigen Parteien sind mit 30 Abgeordneten vertreten. Nach 18-jähriger Regierungszeit müssen die Tories in die Opposition (**1.5.1997**).

Grossbritannien

Tony Blair, Vorsitzender der Labour Party, wird neuer britischer Premierminister (**2.5.1997**).

Schweiz

Die Schweiz wird in einem Bericht der US-Regierung (Eizenstat-Bericht) über die Goldgeschäfte mit Nazi-Deutschland scharf kritisiert (**7.5.1997**). Durch ihr Verhalten habe die Schweiz dazu beigetragen, das Nazi-Regime am Leben zu erhalten und den Krieg zu verlängern. Die Schweizer seien die wichtigsten Bankiers für die Nazis gewesen.

Zaire/Kongo-Kinshasa

Kongokriege

In Zaire (Kongo-Kinshasa) geht nach über 30 Jahren die Ära Mobutu zu Ende. Die Rebellen der Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo (AFDL) haben das Land weitgehend unter ihre Kontrolle gebracht und rücken kampflos in Kinshasa ein (**17.5.1997**). Der bisherige Machthaber Mobutu Sese Seko flüchtet nach Marokko ins Exil, wo er wenige Monate später (7.9.1997) stirbt.

Rebellenführer Laurent-Désiré Kabila ernennt sich zum Staatschef und verfügt die Rückbenennung des Landes in République démocratique du Congo.

Ende Mai endet mit Eroberung von Matadi im Westen des Landes der Erste Kongokrieg.

Mongolei

Der mongolische Staatspräsident Punsalmaagiin Ochirbat wird abgewählt. Sieger der Präsidentenwahl ist Natsagiin Bagabandi von der Mongolischen Revolutionären Volkspartei mit einem Stimmenanteil von rund 62 Prozent (**18.5.1997**).

Iran

Mohammed Khatami, Hoffnungsträger moderater und reformorientierter Kräfte, geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in der Islamischen Republik Iran hervor (**23.5.1997**).

Russland/Nato

Die Nato und Russland unterzeichnen in Paris eine Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Sicherheit und Zusammenarbeit. Die Nato und Russland betrachten einander nicht als Gegner. Sie wollen die Spuren der früheren Konfrontation und Konkurrenz beseitigen und das gegenseitige Vertrauen und die Zusammenarbeit stärken. Beide Seiten bekennen sich einem ungeteilten und freien Europa. Zur Umsetzung der Ziele wird ein Ständiger Gemeinsamer Nato-Russland-Rat geschaffen (**27.5.1997**).

Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat /Nato/Partnerschaft für den Frieden

Gründung des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates (EAPC) – ein Forum für Dialog und Konsultationen zwischen der Nato und den an der Partnerschaft für den Frieden (PfP) beteiligten Staaten (**30.5.1997**).

Frankreich

In Frankreich geht die Linke als Siegerin aus der vorgezogenen Parlamentswahl hervor (25.5. und **1.6.1997**). Sie gewinnt 320 der 577 Sitze. Davon entfallen 255 Mandate auf den Parti socialiste. Das bürgerliche Lager – das neogaullistische Rassemblement pour la République (RPR), die giscardistische Union pour la démocratie française (UDF) sowie Divers droite – entsendet 253 Abgeordnete. Das RPR gewinnt 139 und die UDF 112 Sitze. Der extrem rechte Front national muss sich mit einem Mandat begnügen. Es kommt zu einer Rechts-Links-Cohabitation: Bürgerlicher Staatschef (Jacques Chirac) und sozialistischer Regierungschef. Neuer Premier wird Lionel Jospin.

Kanada

In Kanada verteidigt die Liberal Party von Premierminister Jean Chrétien ihre absolute Mehrheit im Parlament. Sie erhält 155 (minus 22) der 301 Mandate. Die Reform Party wird zweitstärkste Kraft mit 60 (plus 8) Sitzen. Der Bloc québécois erhält 44 (minus 10) Mandate. Die sozialdemokratische New Democratic Party entsendet 21 (plus 12) und die Progressive Conservative Party 20 (plus 18) Abgeordnete (**2.6.1997**).

Algerien

Erstmals seit dem Armeeputsch von 1992 finden in Algerien Parlamentswahlen statt (**5.6.1997**). Stärkste Kraft ist das Rassemblement nationale démocratique (RND). Die neue Partei, eine Abspaltung des Front de libération nationale (FLN), gewinnt auf Anhieb 156 der 380 Mandate.

Kongo-Brazzaville/Angola

In Kongo-Brazzaville (République du Congo) bricht ein Bürgerkrieg zwischen den Milizen von Staatschef Pascal Lissouba und von Expräsident Denis Sassou Nguesso, den Cobras und den Cocoyes aus (**5.6.1997**). Angolanische Truppen unterstützen Sassou Nguesso.

EU

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative „EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk“ mit 74,1 Prozent Nein-Stimmen ab (**8.6.1997**). Die Volksinitiative verlangt, dass allfällige Verhandlungen über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union nur mit Zustimmung von Volk und Ständen aufgenommen werden dürfen. Ebenfalls abgelehnt – mit 77,5 Prozent Nein-Stimmen – wird die Volksinitiative „für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr“.

EU/Euro

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) beschliessen auf ihrem Gipfeltreffen in Amsterdam einen Stabilitäts- und Wachstumspakt (**17.6.1997**). Der Stabilitätspakt soll für eine stabile Gemeinschaftswährung (Euro) sorgen. Basis des Pakts sind die sogenannten Maastricht-Kriterien: Ein Staatsdefizit von maximal drei Prozent der Bruttoinlandsprodukts (BIP) und ein Schuldenstand von höchstens 60 Prozent des BIP. Die Mitgliedstaaten müssen jedes Jahr ihre Reformanstrengungen für tragfähige öffentliche Finanzen darlegen. Ein Frühwarnsystem bei Abweichungen sowie ein abgestufter Sanktionskatalog mit Geldstrafen bei Defizitverstößen soll die Haushaltsdisziplin sicherstellen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Meeresforscher, Tiefseetaucher und Filmproduzent Jacques Yves Cousteau stirbt im Alter von 87 Jahren (**25.6.1997**).

Tadschikistan/Russland/Iran

Friedensabkommen für Tadschikistan nach fünf Jahren Bürgerkrieg (**27.6.1997**). In Moskau unterzeichnen Machthaber Emomali Rachmanow und Said Abdullo Nori von der United Tajik Opposition/UTO ein „Allgemeines Abkommen über die Herbeiführung des Friedens und der nationalen Eintracht“. Das Abkommen sieht die politische Integration der Opposition ins politische Leben auf der Basis eines Quotensystems vor. Die Partei der Islamischen Wiedergeburt wird damit die erste legale islamische Partei in Zentralasien. Vermittler des Abkommens waren die UNO, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Russland und Iran. Der Bürgerkrieg hat zwischen 30 000 und 60 000 Tote gefordert und über eine Million Menschen in die Flucht getrieben. Auch nach dem Friedensschluss halten die Spannungen an.

Albanien

In Albanien geht die Sozialistische Partei, Nachfolgerin der jahrzehntlang herrschenden kommunistischen Partei der Arbeit, als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Die bisher regierende Demokratische Partei muss in die Opposition. Gleichzeitig lehnt die Bevölkerung die Wiedereinführung der Monarchie mit 66,7 Prozent Nein-Stimmen ab (**29.6.1997**).

Türkei

Der türkische Ministerpräsident Necmettin Erbakan von der islamistischen Wohlfahrtspartei (RP) tritt unter massivem Druck der Armeeführung zurück (**30.6.1997**). Sein Nachfolger wird Mesut Yilmaz von der liberal-konservativen Mutterlandspartei (Anap).

Hongkong/China:

Nach 156-jähriger britischer Verwaltung ist Hongkong wieder ein Teil Chinas (**1.7.1997**).

Asienkrise

Finanzkrisen/Währungskrisen/Wirtschaftskrisen

Thailand/Malaysia/Indonesien/Korea (Südkorea)/Philippinen

Die thailändische Regierung muss den Wechselkurs der an den US-Dollar gekoppelten Landeswährung freigeben (**2.7.1997**). Der Baht stürzt um 18 Prozent ab und löst eine Kapitalflucht aus, die eine ganze Region mit in den Strudel reißt. Die Währungs-, Finanz- und Wirtschaftskrise greift auch auf andere „Tigerstaaten“ – Südkorea, Indonesien, Malaysia, die Philippinen – über. Die Asienkrise löst eine starke Rezession aus.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schauspieler James Stewart stirbt im Alter von 89 Jahren (**2.7.1997**).

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt/Mars

USA

Die US-Sonde Pathfinder landet auf dem Mars (**4.7.1997**). Ein Roboterfahrzeug – Sojourner – untersucht Sand und Gesteine.

Samoa/Westsamoa/American Samoa

Westsamoa ändert seinen Staatsnamen: Aus Westsamoa wird Samoa (**4.7.1997**).

American Samoa ist weiterhin ein Aussengebiet der USA.

Mexiko

Die fast 70-jährige Alleinherrschaft des Partido Revolucionario Institucional (PRI) geht zu Ende. Bei der Parlamentswahl verliert der PRI die absolute Mehrheit (**6.7.1997**). In der Cámara de diputados kommt er auf 239 (minus 61) Sitze. Zweistärkste Kraft ist der sozialdemokratische Partido de la Revolución Democrática (PRD) mit 125 (plus 54) Sitzen. Knapp dahinter mit 121 Sitzen folgt der konservative Partido Acción Nacional (PAN) mit 121 Mandaten.

Kambodscha

Putsch in Kambodscha: Der Erste Premierminister Prinz Norodom Ranariddh wird von seinem Co-Premierminister Hun Sen entmachtet (**6.7.1997**). Prinz Norodom Ranariddh flüchtet nach Frankreich ins Exil, kehrt aber im folgenden Jahr nach Kambodscha zurück und wird Vorsitzender des Parlaments.

Polen/Tschechien/Deutschland

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Weite Teile Polens, Tschechiens und Deutschlands entlang der Oder werden von einer Jahrhundert-Überschwemmung heimgesucht (**Juli 1997**).

Indien

Mit Kocheril Raman Narayanan wird erstmals ein Dalit, ein Angehöriger der Unberührbarenkaste, zum indischen Staatspräsidenten gewählt (**14.7.1997**).

Jugoslawien

Das Bundesparlament in Belgrad wählt Slobodan Milošević (*Milosevic*) zum Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Jugoslawien (**15.7.1997**). Milošević war seit Mai 1989 Präsident der Teilrepublik Serbien.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der 50 Jahre alte italienische Modedesigner Gianni Versace wird vor seiner Villa in Miami Beach erschossen (15.7.1997).

Liberia

Der Warlord Charles Taylor geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Liberia hervor (19.7.1997).

Albanien

Der albanische Staatspräsident Sali Berisha tritt zurück (23.7.1997). Sein Nachfolger wird der Sozialist Rexhep Meidani.

Komoren/Anjouan/Mohéli/Frankreich

Die Komoren werden von Sezessionsbestrebungen erschüttert. Die Inseln Anjouan (3.8.1997) und Mohéli (11.8.1997) wollen sich wieder der früheren Kolonialmacht Frankreich anschliessen. Paris lehnt ab.

Bolivien

Der frühere bolivianische Militärdiktator Hugo Banzer kehrt als demokratisch gewähltes Staatsoberhaupt an die Macht zurück (3.8.1997). Da bei den Präsidentschaftswahlen (1.6.1997) kein Kandidat das absolute Mehr erreichte, bestimmt das Parlament (Asamblea Legislativa Plurinacional) Hugo Banzer von der Rechtspartei Acción Democrática Nacionalista (ADN) zum neuen Staatspräsidenten. Banzers Partei ist im Abgeordnetenhaus mit 32 von 130 Sitzen die stärkste Kraft.

Guam/Korea (Südkorea)

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Eine Boeing 747 der südkoreanischen Fluggesellschaft Korean Air stürzt beim Landeanflug auf Guam (US-Aussengebiet in Mikronesien) ab. 228 Menschen kommen ums Leben (6.8.1997).

Lettland

Wechsel an der Spitze der Regierung Lettlands: Nach dem Rücktritt des parteilosen Ministerpräsidenten Andris Šķēle (*Skele*) übernimmt Guntars Krasts von der rechtspopulistischen Partei Für Vaterland und Freiheit die Führung des Regierung (7.8.1997).

Grossbritannien

Diana, die Prinzessin von Wales, kommt bei einem Autounfall in Paris ums Leben. Die 36-jährige Diana, auch „Königin der Herzen“ genannt, war die erste Ehefrau des britischen Thronfolgers Charles (31.8.1997). Ihr Tod löst weltweit Trauer und Betroffenheit aus. Mehr als zwei Milliarden Menschen verfolgen am Fernsehen die Trauerfeier am 6. September in der Westminster Abbey.

Verbrechen/Schweiz

Jahrhundert-Postraub in Zürich. Die Täter erbeuten in der Fraumünsterpost Geldkisten mit 53 Millionen Franken (1.9.1997).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die in Skopje geborene, in Indien tätige katholische Ordensschwester und Friedensnobelpreisträgerin Mutter Teresa stirbt im Alter von 87 Jahren (5.9.1997). Sie wurde als «Engel der Armen» bezeichnet und 2016 heiliggesprochen.

Grossbritannien/Schottland/Wales

Schottland und Wales erhalten eigene Parlamente.

- Die Bevölkerung Schottlands heisst mit 74,3 Prozent Ja-Stimmen die Schaffung eines Regionalparlaments gut. Die Befugnisse zur Steuerhebung werden mit 63,3 Prozent-Ja-Stimmen gutgeheissen (11.9.1997).
- Eine Woche danach (18.9.1997) wird in Wales die Schaffung eines eigenen Parlaments nur knapp mit 50,3 Prozent Ja-Stimmen angenommen.

Mit dem Scotland Act und dem Government of Wales Act schafft das britische Unterhaus 1998 die gesetzlichen Grundlagen für die beiden Regionalparlamente. Die Schaffung von Regionalparlamenten in Schottland und Wales im Rahmen des Devolution-Programms (Übertragung von Kompetenzen an die Regionen) gehörte zu den Wahlversprechen der Labour Party, des Siegers der Unterhauswahlen vom 1. Mai 1997).

Norwegen

Bei der Parlamentswahl in Norwegen wird die rechtspopulistische Fortschrittspartei mit 25 Mandaten (plus 15) zweitstärkste Kraft hinter der Arbeiterpartei mit 65 Sitzen (minus 2). An dritter Stelle liegt die Christliche Volkspartei, die ebenfalls 25 Mandate (plus 12) gewinnt (15.9.1997). Die Arbeiterpartei verfehlt ihr selbst gestecktes Wahlziel (Stimmenanteil von 36,9 Prozent) und geht wie angekündigt in die Opposition. Neuer Regierungschef wird Kjell Magne Bondevik von der Christlichen Volkspartei (17.10.1997).

Indonesien

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen/

Ein Airbus der indonesischen Fluggesellschaft Garuda stürzt beim Landeanflug auf Medan auf der Insel Sumatra ab. 236 Menschen kommen ums Leben (26.9.1997).

Polen

Die konservative Wahlaktion Solidarność (Solidarnosc) gewinnt bei der Parlamentswahl in Polen auf Anhieb 201 der 460 Mandate im Sejm (**25.9.1997**). Das Bündnis der Demokratischen Linken (SLD), Siegerin der Wahlen von 1993, wird zweitstärkste Kraft mit 164 Mandaten. Die liberale Freiheitsunion (UW), Nachfolgerin der Demokratischen Union, erhält ebenfalls auf Anhieb 60 Sitze. Die Bauernpartei (PSL) erlebt einen drastischen Absturz und verliert 105 Sitze. Sie ist nur noch mit 27 Abgeordneten vertreten. Die Wahlaktion Solidarność und die Freiheitsunion bilden ein Regierungsbündnis unter Führung von Jerzy Buzek (31.10.1997).

EU

Die Aussenminister der 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) unterzeichnen den Vertrag von Amsterdam, ein Reformpaket zur Revision des Vertrags über die Europäische Union und anderer Abkommen (**2.10.1997**). Der Vertrag von Amsterdam tritt am 1. Mai 1999 in Kraft. Schwerpunkte sind:

- Die Rechte des Europäischen Parlaments werden erheblich erweitert.
- Für eine verbesserte Zusammenarbeit im Bereich der Aussen- und Sicherheitspolitik wird das Amt des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik geschaffen.
- Das Schengener Abkommen wird in das EU-Recht integriert.
- Das Ziel eines „hohen Beschäftigungsniveaus“ wird eines der Hauptanliegen der EU.

Kongo-Brazzaville/Angola

In der République du Congo (Kongo-Brazzaville) erobern nach über vier Monate dauernden schweren Kämpfen die Milizen von Expräsident Denis Sassou Nguesso mit Unterstützung angolanischer Truppen die Hauptstadt Brazzaville (**15.10.1997**). Staatspräsident Pascal Lissouba flüchtet. Sassou Nguesso erklärt sich zum Präsidenten (25.10.1997). Der Krieg fordert Tausende von Toten. Hunderttausende Menschen befinden sich auf der Flucht. In Brazzaville richtet der Krieg schwere Schäden an. Die Spannungen halten an.

Irland

Mary McAleese, Professorin für Strafrecht und Kriminologie, geht als Siegerin aus der Präsidentenwahl in Irland hervor (**30.10.1997**). Die gebürtige Nordirin kandidierte für die Partei Fianna Fáil und übernimmt die Nachfolge von Mary Robinson, die zur UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte ernannt wurde.

Thailand

Der wegen der Finanzkrise (vgl. 2.7.1997) unter Druck geratene thailändische Ministerpräsident Chavalit Yongchaiyudh legt sein Amt nieder (**9.11.1997**). Sein Nachfolger wird der frühere Regierungschef Chuan Leekpai.

Marokko

Die Union socialiste des forces populaires (USFP) geht als stärkste Partei aus der Parlamentswahl in Marokko hervor (14.11.1997). Die Linkspartei gewinnt 57 der 325 Mandate. Zweitstärkste Kraft ist die royalistisch-konservative, wirtschaftsliberale Union constitutionnelle, Siegerin der Wahlen von 1993 und 1984. mit 50 Sitzen.

Myanmar (Burma)

In Myanmar wird der 1988 vom Militärregime eingesetzte State Law and Order Restoration Council (SLORC) aufgelöst und durch den State Peace and Development Council (SPDC) ersetzt (**15.11.1997**). An der Spitze des neuen Gremiums steht Machthaber General Than Shwe.

Ägypten/Schweiz

Massaker von Luxor

58 ausländische Touristen kommen in Luxor bei einem von islamischen Extremisten verübten Massaker ums Leben. Unter den Toten befinden sich 35 Schweizer (**17.11.1997**).

Honduras

In Honduras gewinnt Carlos Roberto Flores vom Partido Liberal die Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 52,65 Prozent. Der Partido Liberal bleibt stärkste Partei im Parlament (**30.11.1997**).

Unter Präsident Flores wird die Macht der Armee eingeschränkt. Zu seinen Hauptproblemen gehören die Bandenkriminalität der sogenannten Maras und die Todesschwadronen, die Strassenkinder verfolgen und ermorden. Nach Schätzungen der Kinderhilfsorganisation Casa Alianza werden in Honduras zwischen 1998 und 2002 mehr als 1500 Kinder und Jugendliche umgebracht.

Antipersonenminen/Ottawa-Konvention

Über 120 Staaten unterzeichnen in Ottawa das Abkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, Herstellung und Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung, die sogenannte Ottawa-Konvention (**4.12.1997**).

Schweiz/Banken

Die Schweizerische Bankgesellschaft und der Schweizerische Bankverein fusionieren zur United Bank of Switzerland (UBS). 13 000 Stellen werden gestrichen. Die UBS gehört zu den grössten Banken der Welt (**8.12.1997**).

Neuseeland

Der neuseeländische Premierminister Jim Bolger tritt nach siebenjähriger Amtszeit zurück (**8.12.1997**). Er war unter Druck seiner eigenen National Party geraten. Seine Nachfolge übernimmt Jenny Shipley. Sie ist die erste Regierungschefin Neuseelands.

Friedensnobelpreis

Internationale Kampagne für das Verbot von Landminen

Die Internationale Kampagne für das Verbot von Landminen (International Campaign to ban landmines/ICBL) und ihre Mitbegründerin, die US-amerikanische Menschenrechtsaktivisten Jody Williams, werden mit dem Friedensnobelpreis geehrt (**10.12.1997**).

Literaturnobelpreis

Italien

Der italienische Dramatiker Dario Fo erhält den Literaturnobelpreis (**10.12.1997**).

Umwelt/Klima

Kyoto-Protokoll

UNO-Klimakonferenzen (COP)

An der UNO-Klimakonferenz in Kyoto (COP 3) werden in einem Abkommen (Kyoto-Protokoll) erstmals verbindliche Zielwerte für den Ausstoss von Treibhausgasen festgelegt. Bis 2012 sollen die Emissionen um mindestens fünf Prozent unter das Niveau von 1990 gesenkt werden (**11.12.1997**).

Korea (Südkorea)

Der jahrelang verfolgte und inhaftierte Oppositionspolitiker Kim Dae Jung, Symbolfigur der Demokratiebewegung, geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Südkorea hervor (**18.12.1997**). Damit endet eine 36 Jahre dauernde konservative Vorherrschaft. Der Kandidat des National Congress for New Politics erhält 40,3 Prozent der Stimmen. Kim Dae Jung bemüht sich um eine Annäherung an Nordkorea (Sonnenscheinpolitik).

Guyana

In Guyana wird mit Janet Jagan erstmals eine Frau Staatspräsidentin (**19.12.1997**). Nach dem Tod ihres Mannes Cheddi Jagan war sie Premierministerin. Ihre Partei, die linke People's Progressive Party/Civic, hatte sich bei der Parlamentswahl (15.12.1997) als stärkste Kraft behauptet.

Mexiko

Im mexikanischen Bundesstaat Chiapas überfallen Paramilitärs die Gemeinde Acteal und ermorden 45 zu einem Gottesdienst versammelte indigene Dorfbewohner (**11.12.1997**).

1998

Korea (Nordkorea)

Hungersnot/

Katastrophen/Unwetter/Dürre

In Nordkorea hat eine Hungersnot Hunderttausende von Toten gefordert. Überschwemmungen und Dürreperioden sorgten seit 1994 für dramatische Ernteaussfälle. Nach unterschiedlichen Schätzungen verhungerten in den Jahren 1994 bis **1998** bis zu 3,5 Millionen Menschen oder starben an Krankheiten infolge von Unterernährung.

Litauen

Valdas Adamkus geht mit einem Stimmenanteil von 49,96 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Amt des litauischen Staatspräsidenten hervor (**4.1.1998**). Der parteilose Valdas Adamkus, dessen Familie 1949 in die USA emigrierte, war für die US Umweltbehörde EPA tätig.

Türkei

Das türkische Verfassungsgericht verbietet die islamistische Wohlfahrtspartei (RP) wegen Aktivitäten zum Sturz der laizistischen Staatsordnung (**16.1.1998**). Die Abgeordneten der Wohlfahrtspartei treten der im Dezember 1997 gegründeten islamistischen Tugendpartei bei.

USA

US-Präsident Bill Clinton gerät wegen einer Sexaffäre mit einer Praktikantin im Weissen Haus – Monica Lewinsky – in die Schlagzeilen (**ab 20. 1.1998**). Clinton streitet zunächst ab, gibt aber später (17.8.1998) vor einer Grand Jury eine „unangebrachte Beziehung“ zu.

Kuba/Vatikan

Mit Papst Johannes Paul II. besucht erstmals ein Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche Kuba (**21.1.1998**).

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt

International Space Station (ISS)

In Washington unterzeichnen Vertreter von 15 Staaten – die USA, Russland, Japan und Kanada sowie elf Mitglieder der Europäischen Weltraumorganisation ESA (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz, Spanien) – ein Abkommen über den gemeinsamen Bau und Betrieb einer internationalen Raumstation – International Space Station/ ISS (**29.1.1998**). Am 20. November 1998 startet eine russische Trägerrakete mit dem ersten ISS-Modul Zarya.

Armenien

Der armenische Staatspräsident Levon Ter-Petrosjan tritt wegen des Konflikts um Berg-Karabach zurück (**3.2.1998**). Ihm wird zu grosse Kompromissbereitschaft vorgeworfen.

Italien

Katastrophen/Seilbahnkatastrophen

Ein US-Kampfflugzeug durchtrennt im Tiefflug das Tragseil einer Seilbahn in Cavalese, in den italienischen Dolomiten. Beim Absturz einer Gondel kommen alle 20 Insassen ums Leben (**4.2.1998**).

Japan

Olympische Spiele

In der japanischen Stadt Nagano finden die XVIII. Olympischen Winterspiele statt (**7.2.1998**).

Italien

Der Partito democratico della Sinistra/PDS fusioniert mit anderen Linksparteien zu den Democratici di Sinistra/DS mit Massimo D'Alema an der Spitze (**13.2.1998**).

Marokko

Mit Abderrahman Youssoufi wird in Marokko erstmals ein Oppositioneller und ehemaliger politischer Häftling Ministerpräsident (**14.2.1998**). Seine Partei, die Union socialiste des forces populaires (USFP), war als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen vor drei Monaten (14.11.1997) hervorgegangen.

Kamerun

Katastrophen/Explosionskatastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In einem Vorort der kamerunischen Hauptstadt Yaoundé explodieren nach einer Zugkollision zwei Treibstoffgüterwagen. Über 100 Menschen kommen dabei ums Leben (14.2.1998).

China (Republik/China/Taiwan)

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Ein Airbus der taiwanesischen Fluggesellschaft China Airlines stürzt beim Landeanflug auf Taipeh ab. 203 Menschen kommen ums Leben (**16.2.1998**).

Bolivien

Der bolivianische Präsident Hugo Banzer verfügt mit dem „Plan por la Dignidad“ die Ausrottung illegaler Kokapflanzungen (20.2.1998). Die Vernichtung von Kokafeldern löst in der Landbevölkerung heftige Proteste aus.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Sänger und Showmaster Vico Torriani stirbt im Alter von 77 Jahren (**26.2.1998**).

Jugoslawienkriege/Kosovokrieg

Jugoslawien/Kosovo/Serbien

In der serbischen Provinz Kosovo eskalieren die Auseinandersetzungen zwischen Ordnungskräften und der Kosovo-Befreiungsarmee UÇK zu einem offenen Krieg (**Ende Februar 1998**). In den folgenden Wochen erobern die Rebellen grössere Gebiete entlang der Grenze zu Albanien und im zentralen Kosovo. Die jugoslawisch-serbischen Sicherheitskräfte intensivieren ihre Operationen gegen die UÇK-Rebellen. Die Kämpfe lösen eine Fluchtwelle aus; Zehntausende Menschen fliehen. Die für die Unabhängigkeit Kosovos kämpfende UÇK hatte 1996 mit Anschlägen und Überfällen den bewaffneten Aufstand gegen das serbische Regime aufgenommen.

Indien

In Indien finden nach dem Rücktritt von Premierminister Inder Kumar Gujral vorgezogene Parlamentswahlen statt (26.2. 1998 bis **28.2.1998**). Keine Partei erhält die absolute Mehrheit. Stärkste Kraft wird die hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) unter Führung von Atal Bihari Vajpayee. Sie gewinnt 182 der 545 Mandate. Die Kongresspartei (Indian National Congress/INC) erhält 141 Mandate.

Chile

Augusto Pinochet tritt nach 25 Jahren als Oberkommandierendes des chilenischen Heeres zurück (**10.3.1998**). Als Expräsident ist er Senator auf Lebenszeit.

Dänemark

Bei der Parlamentswahl in Dänemark gelingt der 1995 gegründeten rechtspopulistischen Volkspartei der Einzug in den Folketing mit 13 Mandaten. Mit 63 Sitzen bleiben die Sozialdemokraten stärkste Kraft vor der liberalen Venstre mit 42 Mandaten. Die konservative Volkspartei verliert 11 Sitze. Als drittstärkste Kraft entsendet sie 16 Abgeordnete (**11.3.1998**).

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den freisinnigen Walliser Nationalrat Pascal Couchepin, Fraktionspräsident der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP), zum neuen Bundesrat. Er ist Nachfolger von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz (**11.3.1998**).

China

Wechsel an der Spitze der chinesischen Regierung: Zhu Rongji wird neuer Ministerpräsident und damit Nachfolger von Li Peng (**17.3.1998**).

Indien

Atal Bihari Vajpayee von der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) wird neuer indischer Premierminister (**19.3.1998**). Die BJP war als stärkste Partei aus den vorgezogenen Parlamentswahlen (16.2 bis 28.2.1998) hervorgegangen. Vajpayee war bereits nach den Wahlen von 1996 Premierminister, allerdings nur für Zeit für kurze Zeit (16. bis 31. Mai 1996).

Russland

Der russische Präsident Boris Jelzin entlässt Ministerpräsident Wiktor Tschernomyrdin und ernennt den 35-jährigen Energieminister Sergei Kirijenko zu dessen Nachfolger (**23.3.1998**).

Zentralafrikanische Republik

UNO

Nach Meutereien und schweren Unruhen in der Zentralafrikanischen Republik beschliesst der UNO-Sicherheitsrat den Einsatz einer Friedensmission: Mission des Nations Unies en République Centrafricaine – Minurca (**27.3.1998**).

Armenien

Robert Kotscharjan geht knapp als Sieger aus der Präsidentenwahl in Armenien hervor (29.3.1998). Der bisherige Ministerpräsident erreicht in der Stichwahl 50,7 Prozent.

Jugoslawienkriege/Kosovokrieg

Jugoslawien/Kosovo/Serbien

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat verhängt wegen des Kosovokonflikts ein Waffenembargo gegen Jugoslawien. Die jugoslawische Regierung wird aufgefordert, eine politische Lösung des Konflikts herbeizuführen. An die Führung der Kosovo-Albaner ergeht der Aufruf, terroristische Handlungen zu verurteilen und ihre Ziele mit friedlichen Mittel zu verfolgen (**31.3.1998**).

Botswana

Nach fast 18-jähriger Amtszeit tritt der botswanische Staatschef Quett Masire zurück (**31.3.1998**). Sein Nachfolger wird Festus Mogae.

Grossbritannien/Irland/Nordirland

Nordirland-Konflikt

Karfreitagsabkommen

Die Regierungen Grossbritanniens und Irlands sowie probritische Unionisten und proirische Nationalisten einigen sich nach zwei Jahre dauernden Verhandlungen auf ein Abkommen, das den Weg für ein friedliches Zusammenleben der beiden Bevölkerungsgruppen in Nordirland ebnen soll (**10.4.1998**). Der seit drei Jahrzehnten mit Terror und Gewalt ausgetragene Nordirland-Konflikt forderte bisher über 3600 Tote.

- Das sogenannte Karfreitagsabkommen sieht für Nordirland ein eigenes Parlament (Northern Ireland Assembly) und eine eigene Regierung und damit das Ende der 1972 verfügten Direktverwaltung (direct Rule) durch London vor.
- Ein Nord-Süd-Ministerrat soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern.
- Irland streicht seinen Anspruch auf Nordirland aus der Verfassung.
- Das Abkommen unterstreicht das Recht der nordirischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung.
- Die paramilitärischen Verbände wie die Irish Republican Army/IRA und die protestantisch-unionistischen Ulster Defence Association (UDA) und Ulster Volunteer Force (UVF) sollen entwaffnet werden.

Die Vereinbarungen werden am 22. Mai 1998 in Volksabstimmungen gutgeheissen: In Nordirland mit 71 und in der Republik Irland mit 94 Prozent Ja-Stimmen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Krimiautor Francis Durbridge stirbt im Alter von 85 Jahren (**10.4.1998**).

Kambodscha

Der ehemalige kambodschanische Machthaber Pol Pot ist tot (**15.4.1998**). Der Anführer der Roten Khmer mit dem Titel „Bruder Nummer Eins“ war von seinen auf der Flucht befindlichen Gefolgsleuten nahe der thailändischen Grenze unter Hausarrest gestellt worden.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der mexikanische Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Octavio Paz stirbt im Alter von 84 Jahren (**20.4.1998**).

Jugoslawienkriege/Kosovokrieg

Jugoslawien/Kosovo/Serbien

Die serbische Bevölkerung lehnt in einem Referendum mit rund 95 Prozent Nein-Stimmen eine internationale Vermittlung im Kosovo-Konflikt ab (**24.4.1998**).

Guatemala

In der Hauptstadt von Guatemala wird Weihbischof Juan Gerardi Conedera ermordet (**26.4.1998**). Zwei Tage zuvor hatte er eine Dokumentation über Kriegsverbrechen während der 36 Jahre dauernden Bürgerkrieges veröffentlicht.

Papua-Neuguinea/Bougainville

Die Regierung von Papua-Neuguinea und die Aufständischen auf der Insel Bougainville einigen sich auf einen Waffenstillstand unter internationaler Überwachung und auf die Einleitung eines Friedensprozesses (**30.4.1998**). Der im November 1988 ausgebrochene bewaffnete Konflikt forderte Tausende Tote. Schätzungsweise 15 000 Menschen starben wegen der durch eine Seeblockade verursachten mangelnden medizinischen Versorgung.

EU/Euro

Die EU- Staats- und Regierungschefs besiegeln in Brüssel die Europäische Währungsunion – Gemeinschaftswährung Euro – mit elf Teilnehmerländern: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien (**3.5.1998**).

Niederlande

Sieger der Parlamentswahl in den Niederlanden sind die regierenden Sozialdemokraten und Rechtsliberalen (**6.5.1998**). Die sozialdemokratische Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA) gewinnt 45 Sitze (plus 8) und die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) als zweitstärkste Kraft 38 (plus 7) Mandate. Es folgen die Christdemokraten (Christlich-Demokratische Appell – Christen Democratisch Appèl/CDA) mit 29 (minus 5) Mandaten. Die sozialliberalen Democraten 66 (D66) gehören zu den Verlierern und haben noch 14 Sitze (minus 10).

Vatikan/Schweiz

Der Kommandant der Schweizergarde im Vatikan, Alois Estermann, und dessen Frau werden von einem Gardisten erschossen (**4.5.1998**).

Paraguay

In Paraguay gewinnt der Kandidat des regierenden Partido Colorado, Raúl Cubas, die Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 55,35 Prozent. Der Oppositionskandidat Domingo Laíno (*Laino*) erhält 43,88 Prozent. Im Abgeordnetenhaus bleibt der Partido Colorado stärkste Kraft mit 45 von 80 Sitzen (**10.5.1998**).

Indien

Erstmals seit 24 Jahren führt Indien Atomversuche durch. Die Atomtests rufen weltweit Empörung hervor. Gegen Indien werden Sanktionen verhängt (**11.5.1998**).

Philippinen

Der bisherige philippinische Vizepräsident Joseph (Erap) Estrada geht als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Der Kandidat der Partei LMMP (Laban ng Makabayang Masang Pilipino) erhält einen Stimmenanteil von 39,86 Prozent (**11.5.1998**).

Äthiopien/Eritrea

Zwischen Äthiopien und Eritrea bricht ein Grenzkrieg aus. Eritreische Truppen besetzen das Grenzgebiet im Yirga-Dreieck um die Städte Badme und Shirao (**12.5.1998**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Sänger und Entertainer Frank Sinatra stirbt im Alter von 82 Jahren (**14.5.1998**).

Indonesien

In Indonesien schlagen die Spannungen wegen der Asiatischen Finanzkrise in Gewalt um: Nach drastischen Preiserhöhungen kommt es in der Hauptstadt Jakarta und anderen Städten des Landes zu schweren Unruhen. Geschäfte werden geplündert und niedergebrannt. Im Visier sind vor allem Angehörige der chinesischen Minderheit. Die Unruhen fordern Hunderte von Toten (**Mitte Mai 1998**).

G-7/G-8

Russland wird bei einem Gipfeltreffen in Birmingham in die Gruppe der führenden Industriestaaten aufgenommen. Aus G-7 mit Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Kanada und USA wird G-8 (**15.5.1998**).

Indonesien

Der indonesische Staatspräsident Suharto, seit über 30 Jahren an der Macht, tritt nach schweren Unruhen und unter massivem Druck sowohl der Opposition als auch eigener Gefolgsleute zurück (**21.5.1998**). Nachfolger wird der bisherige Vizepräsident Yusuf Habibie.

Ungarn

Der nationalkonservative Partei Fidesz-Ungarische Bürgerpartei (Fidesz-MPP) geht als stärkste Partei aus der Parlamentswahl in Ungarn hervor und überholt knapp die Sozialistische Partei (MSZP). Fidesz erhöht den Anteil an Sitzen von 20 auf 148. Die Sozialisten (MSZP) sind mit 134 Abgeordneten (minus 75) vertreten. Drittstärkste Kraft ist die Kleinlandwirtpartei mit 48 Sitzen (plus 22). Der Bund freier Demokraten (SZDSZ) hat noch 24 Mandate (minus 45) und das Ungarische Demokratische Forum (MDF) noch 17 (minus 21). Die rechtsradikale Ungarische Wahrheits- und Lebenspartei (MIEP) des Schriftstellers István Csurka zieht mit 14 Abgeordneten ins Parlament ein. Die Christlich-Demokratische Volkspartei (KNDP) ist nicht mehr vertreten (10.5. und **24.5.1998**).

Dänemark/EU

Die Bevölkerung Dänemarks stimmt in einem Referendum dem Vertrag von Amsterdam, dem EU-Reformpaket, mit 55,1 Prozent Ja-Stimmen zu (**28.5.1998**).

Pakistan

Pakistan führt erstmals unterirdische Atomwaffentests durch und steigt damit zur ersten islamischen Atommacht auf (**28.5.1998**).

EU/Europäische Zentralbank/Euro

Gründung der Europäischen Zentralbank mit Sitz in Frankfurt (**1.6.1998**). Sie ist mit der Geldpolitik der Gemeinschaftswährung (Euro) betraut und für die Wahrung der Preisstabilität im Euroraum zuständig. Erster Präsident der Europäischen Zentralbank wird der Niederländer Wim Duisenberg.

Deutschland

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Auf der Bahnstrecke Hamburg-Hannover, in der niedersächsischen Gemeinde Eschede, entgleist ein ICE. Dabei kommen 101 Menschen ums Leben und 88 werden schwer verletzt. Es handelt sich um die schwerste Eisenbahnkatastrophe der deutschen Nachkriegsgeschichte (**3.6.1998**).

Guinea-Bissau/Senegal/Guinea

In Guinea-Bissau löst der Putschversuch von Generalstabschef Asumane Mané gegen Staatspräsident João Vieira (**7.6.1998**) einen blutigen Machtkampf aus. Truppen aus Senegal und Guinea intervenieren zugunsten von Vieira. Hunderttausende Menschen werden zu Flüchtlingen.

Nigeria

In Nigeria zeichnet sich ein Ende des Militärregimes ab. Nach dem Tod von General Sani Abacha (**8.6.1998**) beschliesst sein Nachfolger Abdulsalami Abubakar, ein Demokratisierungsprogramm aufzulegen.

Portugal

Das portugiesische Volk lehnt in einem Referendum die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs mit 50,91 Prozent Nein-Stimmen knapp ab (**28.6.1998**). Es handelt sich um die erste Volksabstimmung in der Geschichte Portugals.

Dänemark

Die dänische Königin Margrethe weiht die Grosse Belt-Brücke ein (**14.6.1998**). Das 18 Kilometer lange Bauwerk besteht aus zwei Brücken und einem Tunnel und verbindet die Inseln Seeland und Fünen.

Jugoslawienkriege/Kosovokrieg

Jugoslawien/Kosovo/Serbien

Nato

Die Nato führt über Mazedonien und Albanien Luftmanöver durch. Mit der Operation „Determined Falcon“ will die Nato ihre Entschlossenheit demonstrieren, Jugoslawien im Kosovokonflikt notfalls militärisch zum Einlenken zu bewegen. 13 Länder beteiligen sich an den Manövern (**15.6.1998**).

Tschechien

In Tschechien finden nach dem Bruch des Regierungsbündnisses von Ministerpräsident Václav Klaus vorgezogene Parlamentswahlen statt (**19.6./20.6.1998**). Die Sozialdemokratische Partei (ČSSD) löst die konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) als stärkste Kraft im Abgeordnetenhaus ab. Die Sozialdemokratische Partei von Miloš Zeman gewinnt 74 Mandate (plus 13). Auf die Demokratische Bürgerpartei entfallen 63 Mandate (minus 5). Es folgen die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) mit 24 und die Christliche und Demokratische Union (KDU-ČSL) mit 20 Sitzen. Neu im Parlament vertreten ist die Freiheitsunion mit 19 Abgeordneten. Miloš Zeman wird neuer Ministerpräsident (17.7.1998).

Kolumbien

In Kolumbien gewinnt der konservative Politiker Andrés Pastrana, Kandidat des Bündnisses Gran Alianza por el cambio, die Stichwahl um das Präsidentenamt mit einem Stimmenanteil von 50,34 Prozent (**21.6.1998**). In der ersten Wahlrunde lag Horacio Serpa vom Partido Liberal knapp in Führung.

Grossbritannien/Nordirland

In Nordirland wird erstmals seit 16 Jahren – auf der Grundlage des Karfreitagsabkommens vom 10. April 1998 – ein Parlament gewählt. Stärkste Partei in der 108 Sitze zählenden Northern Ireland Assembly ist die protestantische Ulster Unionist Party von David Trimble mit 25 Mandaten. Es folgen die republikanische Social Democratic and Labour Party (SDLP) von John Hume mit 24, die unionistische Democratic Unionist Party von Ian Paisley mit 20 und die republikanisch-katholische Sinn Féin von Gerry Adams mit 18 Sitzen (**25.6.1998**). Das Parlament wählt David Trimble zum First Minister (1.7.1998). Formell endet die Direktverwaltung durch London (direct rule) am 1. Dezember 1999.

Ungarn

Viktor Orbán (*Orban*), Vorsitzender der nationalkonservativen Partei Fidesz-Ungarische Bürgerpartei (Fidesz-MPP), wird neuer ungarischer Regierungschef (**6.7.1998**).

Ecuador

In Ecuador geht Jamil Mahuad Witt von der Partei Democracia Popular-Unión Demócrata Cristiana mit einem Stimmenanteil von 51,17 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**12.7.1998**). Im Parlament (Congreso Nacional), das am 31. Mai 1992 gewählt wurde, ist seine Partei mit 36 (plus 24) der 121 Sitze stärkste Kraft vor dem Partido Social Cristiano mit 27 Mandaten.

Internationaler Strafgerichtshof

An einer Staatenkonferenz in Rom wird die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs beschlossen (**18.7.1998**). In die Zuständigkeit des Gerichts fallen Völkermord, schwere Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Zudem ist er nur dann zuständig, wenn Staaten diese Delikte auf nationaler Ebene nicht verfolgen können oder wollen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Opern- und Liedsänger Hermann Prey stirbt im Alter von 69 Jahren (**22.7.1998**).

Kambodscha

In Kambodscha geht die Volkspartei von Ministerpräsident Hun Sen als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor und verdrängt den royalistischen Front uni national pour un Cambodge indépendant, neutre, pacifique et coopératif (Funcinpec) von Prinz Norodom Ranariddh auf den zweiten Platz. Die Volkspartei gewinnt 64 der 122 Mandate, Funcinpec 43 (**26.7.1998**).

Japan

Der japanische Ministerpräsident Hashimoto Ryutaro überlässt nach Verlusten seiner Liberaldemokratischen Partei bei den Oberhauswahlen seine Ämter als Vorsitzender der Liberaldemokraten und als Regierungschef dem bisherigen Aussenminister Obuchi Keizo (**30.7.1998**). Obuchi regiert zunächst allein mit der Liberaldemokratischen Partei, ergänzt später sein Team mit Vertretern der Liberalen Partei und der Komeito (Gerechtigkeitspartei).

China

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Verheerende Überschwemmungen am Jangtse, dem längsten Fluss Chinas, fordern über 3700 Tote. 15 Millionen Menschen werden obdachlos (**August 1998**).

Deutsche Sprache

Inkraftsetzung von Neuregelungen der deutschen Rechtschreibung (**1.8.1998**).

Kongo-Kinshasa/Ruanda

Kongokriege

Simbabwe/Angola/Namibia/Uganda/Burundi

In den Kivu-Provinzen im Osten von Kongo-Kinshasa bricht eine Armeerebellion aus, die sich gegen das autoritäre Regime von Machthaber Laurent-Désiré Kabila richtet (**2.8.1998**). Die Rebellen werden von Ruanda unterstützt. Wenige Tage zuvor war es zum Bruch zwischen der kongolesischen Regierung und Ruanda gekommen. Kabila forderte alle noch im Lande befindlichen ruandischen Truppen zum Rückzug auf.

Mit der Rebellion in den Kivu-Provinzen beginnt der Zweite Kongokrieg.

- Die Kämpfe weiten sich rasch aus. Die Aufständischen schliessen sich unter Führung von Ernest Wamba dia Wamba zur Rassemblement Congolais pour la Démocratie (RCD) zusammen.
- Da die Rebellen immer weiter Richtung Kinshasa vorrücken, sucht der kongolesische Staatspräsident Laurent-Désiré Kabila Unterstützung im Ausland und verspricht als Gegenleistung Zugang zu den Bodenschätzen des Landes. Simbabwe, Angola und Namibia sind die wichtigsten militärischen Verbündeten von Kabila.
- Ruanda, Uganda und Burundi engagieren sich auf der Seite der RCD-Rebellen.
- Neben dem von Ruanda dominierten RCD greift eine weitere Rebellenorganisation in den Machtkampf ein, das von Jean-Pierre Bemba gegründete und von Uganda unterstützte Mouvement de Libération Congolais (MLC).
- Wegen der Beteiligung vieler afrikanischer Staaten wird der Zweite Kongokrieg auch als „Erster Afrikanischer Weltkrieg“ bezeichnet.

Kenia/Tansania/USA

Afghanistan/Sudan

Bei zwei Sprengstoffanschlägen gegen die US-Botschaften in Nairobi (Kenia) und Dar es Salaam (Tansania) kommen über 250 Menschen ums Leben (**7.8.1998**). Kurz darauf attackieren die USA mit Cruise Missiles vermutete terroristische Einrichtungen in Afghanistan und im Sudan.

Saint Kitts und Nevis

Unabhängigkeitsreferendum auf der Karibikinsel Nevis (**10.8.1998**). Die Bevölkerung stimmt mit 61,83 Ja-Stimmen für die Abspaltung von der Föderation Saint Kitts und Nevis, doch scheitert das Vorhaben an der erforderlichen Zweidrittelmehrheit.

Schweiz

Lösung im Streit zwischen der Schweiz und jüdischen Organisationen um nachrichtenlose Vermögen auf Konten von Holocaust-Opfern: Die Grossbanken UBS und Credit Suisse schliessen einen Vergleich mit dem World Jewish Congress in Höhe von 1,25 Milliarden Dollar. Der Vergleich schliesst weitere Forderungen an den Schweizer Staat und die Nationalbank aus (**12.8.1998**).

Nordirland-Konflikt

Grossbritannien/Nordirland

Bei einem Sprengstoffanschlag in der nordirischen Stadt Omagh kommen 29 Menschen ums Leben. Der Tat verdächtigt wird die Untergrundorganisation Real IRA, eine Splittergruppe der Irish Republican Army (IRA) (**15.8.1998**).

Russland

Schuldenkrisen/Währungskrisen/Rubel/Börsenturbulenzen

Währungskrise in Russland: Der Rubel gerät durch Kapitalabfluss und hohe Staatsverschuldung unter massiven Druck. Nach Börsenturbulenzen wird der Rubel zur Abwertung freigegeben (**17.8.1998**). In kurzer Zeit erleidet er einen Wertverlust von rund 60 Prozent. Der Staat wird zahlungsunfähig. Viele Sparer verlieren ihr Geld.

Russland

In Russland kommt es wegen der Währungskrise zu einem Wechsel an der Spitze der Regierung: Nach nur fünf Monaten wird der russische Ministerpräsident Sergei Kirijenko abgesetzt (**23.8.1998**). Sein Nachfolger wird Jewgeni Primakow.

Belize

Massiver Vertrauensverluste für die regierende United Democratic Party in Belize (**27.8.1998**). Die Partei von Premierminister Manuel Esquivel ist nur noch mit 3 Sitzen (minus 12) im Parlament vertreten. Wahlsieger ist die Mitte-links orientierte People's United Party mit 26 Mandaten (plus 13). Neuer Premierminister wird Said Musa. Er bleibt bis 2008 an der Macht.

Korea (Nordkorea)

Nordkorea testet eine dreistufige Mittelstreckenrakete vom Typ Taepo Dong, die über Japan fliegt (**31.8.1998**).

Schweiz/Kanada

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Beim Absturz eines Swissair-Flugzeuges vom Typ MD-11 vor der kanadischen Küste kommen alle 229 Insassen ums Leben. Es handelt sich um die schwerste Flugzeugkatastrophe in der Geschichte der schweizerischen Luftfahrtgesellschaft (**2.9.1998**).

Malaysia

Der malaysische Premierminister Mahathir Mohamad entmachtet seinen Stellvertreter und politischen Rivalen Anwar Ibrahim (**2.9.1998**). Anwar Ibrahim wird wenige Wochen später (20.9.1998) festgenommen

USA

Google

Die beiden US-Informatiker Larry Page und Sergey Brin gründen in Kalifornien das Unternehmen Google (**4.9.1998**). Google wird die weltweit am meisten genutzte. Internetsuchmaschine.

Malta

Nach zweijährigem Unterbruch kehren in Malta die konservative Nationalist Party (Partit Nazzjonista) und mit ihr der frühere Ministerpräsident Eddie Fenech Adami an die Macht zurück (**6.9.1998**). Die Nationalist Party war als Siegerin aus der Parlamentswahl hervorgegangen (5.9.1998).

Algerien

Der algerische Staatspräsident Liamine Zéroual kündigt seinen vorzeitigen Rücktritt und Präsidentschaftswahlen für das kommende Jahr an (**11.9.1998**).

Bosnien und Herzegowina/Föderation Bosnien und Herzegowina/Republika Srpska

Wahlen in Bosnien und Herzegowina sowie in den beiden Entitäten, der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska (**12. und 13.9.1998**).

- Der Bosniake Alija Izetbegović (*Izetbegovic*) von der Partei der Demokratischen Aktion (SDA) wird als Mitglied des Staatspräsidiums des Gesamtstaates bestätigt. Neue Mitglieder sind der Kroat Ante Jelavić (*Jelavic*) von der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) und der Serbe Živko Radišić (*Radisic*) von der Allianz Sloga.
- Stärkste Kraft im 42 Mandate zählenden Parlament des Gesamtstaates ist die von der bosniakischen Partei der Demokratischen Aktion (SDA) angeführte Koalition für Einheit und Demokratie mit 17 Mandaten vor der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) mit 6 Mandaten. Je vier Sitze erhalten die Serbische Demokratische Partei (SDS), die bosniakische Sozialdemokratische Partei und die serbische Allianz Sloga.
- Wahlen finden auch in den beiden Entitäten des Gesamtstaates – der Föderation Bosnien und Herzegowina sowie der Serbischen Republik (Republika Srpska) – statt. In der Republika Srpska wird die bisherige Präsidentin Biljana Plavšić (*Plavsic*) abgewählt. Wahlsieger ist Nikola Poplašen (*Poplasen*).

Schweden

Bei der Reichstagswahl in Schweden (**20.9.1998**) müssen die Sozialdemokraten hohe Verluste in Kauf nehmen. Sie verlieren 30 Sitze, bleiben aber stärkste Kraft mit 131 Mandaten. Die zweitplatzierte Moderate Sammlungspartei erhält 82 Sitze (plus 2). Die Linkspartei wird drittstärkste Kraft mit 43 Mandaten (plus 21). Knapp dahinter liegen die Christdemokraten mit 42 Mandaten (plus 27). Zu den Verlierern gehören mit je 9 Sitzverlusten die Zentrumspartei und die Volkspartei sowie die Grünen, die 2 Mandate einbüßen. Die Zentrumspartei hat 18 und die Volkspartei 17 Sitze. Die Grünen entsenden 16 Abgeordnete.

Jugoslawienkriege/Kosovokrieg

Jugoslawien/Kosovo/Serbien

UNO/Nato

Der UNO-Sicherheitsrat fordert von allen Konfliktparteien in Kosovo die Einstellung der Feindseligkeiten, die Einhaltung einer Waffenruhe, den Abzug der serbischen und jugoslawischen Sicherheitseinheiten, eine sichere Rückkehr der Flüchtlinge und Vertrieben in ihre Heimat (über 200 000 Kosovo-Albaner befinden sich auf der Flucht) sowie einen Dialog der Konfliktparteien über eine friedliche Lösung des Kosovokonflikts (**23.9.1998**). Ein von westlichen Staaten gefordertes militärisches Vorgehen stößt im UNO-Sicherheitsrat auf Ablehnung. Die Nato setzt auf eine Drohkulisse und erlässt am Tag nach der Verabschiedung der UNO-Resolution 1199 eine Aktivierungswarnung für eventuelle Luftschläge gegen Jugoslawien.

Slowakei

Abfuhr für den autoritär regierenden slowakischen Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar (*Meciar*) bei der Parlamentswahl: Seine nationalistische Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) verliert 15 Sitze. Mit 43 der 150 Mandate bleibt die HZDS zwar die stärkste Kraft, doch für eine regierungsfähige Mehrheit reicht es nicht. Vier Oppositionsparteien gewinnen mit zusammen 93 Mandaten eine für Verfassungsänderungen notwendige Dreifünftelmehrheit. Zweistärkste Kraft ist die neu gegründete konservativ--liberale Slowakische Demokratische Koalition (SDK), die auf Anhieb 42 Sitze gewinnt. Es folgt die Partei der Demokratischen Linken (SDL) mit 23 Mandaten. Die neue Partei der bürgerlichen Verständigung (SOP) zieht mit 13 Abgeordneten ins Parlament ein (25.9./26.9.1998).

Deutschland

Nach 16 Jahren endet in Deutschland die Ära Helmut Kohl (27.9.1998). Erstmals wird eine amtierende Regierung durch Wählerentscheid abgewählt. Die Sozialdemokraten – mit Kanzlerkandidat Gerhard Schröder – gehen mit einem Stimmenanteil von 40,9 Prozent (plus 4,5 Prozentpunkte) als stärkste Partei aus der Bundestagswahl hervor und stellen erstmals seit 1972 wieder die stärkste Bundestagsfraktion. Hohe Stimmenverluste erleiden die Unionsparteien CDU/CSU (Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union) mit minus 6,3 Prozentpunkten. Ihr Stimmenanteil liegt bei 35,1 Prozent. Die Grünen kommen auf 6,7, die Freien Demokraten (FDP) auf 6,2 und die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) auf 5,1 Prozent Stimmenanteil. Von den 669 Sitzen im Bundestag gewinnen die Sozialdemokraten 298, die CDU/CSU 245, die Grünen 47, die Freien Demokraten 43 und die PDS 36.

Helmut Kohl erklärt noch am Wahlabend seinen Rücktritt als CDU-Vorsitzender. Sein Nachfolger wird Wolfgang Schäuble (7.11.1998).

Lettland

Bei der Parlamentswahl in Lettland (3.10.1998) gewinnt die von Expräsident Andris Šķēle (*Skele*) gegründete konservative Volkspartei auf Anhieb 24 der 100 Sitze und ist damit stärkste Kraft. Die Demokratische Partei Saimnieks – Siegerin der Wahlen von 1995 – und die Volksbewegung für Lettland sind nicht mehr vertreten. Die liberale Partei Lettlands Weg wird zweitstärkste Kraft mit 21 Sitzen. Es folgen die rechtspopulistische Partei Vaterland und Freiheit mit 17 und die prorussische Partei der Volksharmonie mit 16 Mandaten. Neuer Ministerpräsident wird Vilis Krištopans (*Kristopans*) von der liberalen Partei Lettlands Weg.

Italien

Nach verlorener Vertrauensabstimmung im Parlament tritt der italienische Ministerpräsident Romano Prodi zurück (9.10.1998). Grund der Demission: Der Partito della Rifondazione Comunista (PRC) hat seine Unterstützung für die Regierung Prodi zurückgezogen. Es kommt zu einer Parteispaltung im Lager der Kommunisten. Unter Führung von Armando Cossutta entsteht eine neue Partei: der Partito dei Comunisti Italiani/PdCI.

Jugoslawienkriege/Kosovokrieg

Jugoslawien/Kosovo/Serbien

UNO/OSZE/USA

Der jugoslawische Staatchef Slobodan Milošević (*Milosevic*) verständigt sich mit dem US-Vermittler Richard Holbrooke auf Massnahmen zur Entschärfung des Kosovokonflikts auf der Grundlage der drei Wochen zuvor (23. September 1998) vom UNO-Sicherheitsrat verabschiedete Kosovo-Resolution (12.10.1998). Eine unmissverständliche Drohung der Nato mit Luftschlägen bewegt Milošević zum Einlenken.

- Die Kosovo-Resolution des UNO-Sicherheitsrates fordert die Einstellung der Feindseligkeiten, die Einhaltung einer Waffenruhe, den Teilabzug serbischer Sicherheitskräfte und einen politischen Dialog zur Lösung des Kosovokonflikts.
- Milošević stimmt dem Einsatz einer 2000 Mann starken „Verifizierungsmission“ der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zu. Die „Kosovo Verification Mission“ der OSZE, die durch ein Luftüberwachungssystem ergänzt wird, soll die Einhaltung des Waffenstillstandes überwachen. Entsprechende Abkommen werden am 15. und 16. Oktober geschlossen.
- Zum Schutz der OSZE-Mission bildet die Nato eine über 2000 Mann starke „Extraction Force“ (Operation Determined Guarantor), die im Mazedonien stationiert wird.
- Serbien ist zu einem Teilrückzug seiner Sicherheitskräfte aus Kosovo bereit und stimmt einem Rahmenplan zu, der eine politische Lösung des Konflikts bringen soll. Der Elfpunkteplan sieht u.a. Parlaments- und Kommunalwahlen innerhalb von neun Monaten, die Wiedereinführung der Autonomie, die Garantie von Minderheitenrechten und die Untersuchung von Kriegsverbrechen vor.
- Die Kosovo-Befreiungsarmee UÇK lehnt die angekündigten Vereinbarungen und Massnahmen ab und beharrt weiterhin auf der Unabhängigkeit Kosovos. Die bewaffneten Auseinandersetzungen nehmen in den folgenden Wochen wieder zu.

Chile/Grossbritannien/Spanien

Der frühere chilenische Machthaber Augusto Pinochet wird auf der Grundlage eines Ermittlungsverfahrens des spanischen Untersuchungsrichters Baltasar Garzón (Garzon) in London festgenommen und unter Hausarrest gestellt (16.10.1998). Spanien und andere Länder fordern die Auslieferung Pinochets wegen Menschenrechtsverletzungen.

Mazedonien

Machtwechsel in Mazedonien: Die nationalkonservative Partei VMRO-DPMNE geht als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor (**18.10. und 1.11.1998**). Zusammen mit der verbündeten Demokratischen Alternative (DA) gewinnt sie mit 62 Sitzen knapp die Hälfte der 120 Mandate. Die bisher regierende Sozialdemokratische Liga (SDSM) muss sich mit 27 Mandaten begnügen.

Italien

Massimo D'Alema, Mitbegründer des aus der Kommunistischen Partei (Partito Comunista Italiano/PCI) hervorgegangenen Partito Democratico della Sinistra und Vorsitzender der Democratici di Sinistra/DS, wird nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Romano Prodi neuer italienischer Ministerpräsident (**21.10.1998**). Seiner Mitte-links-Regierung gehören neben den Democratici di Sinistra/DS, der christlichdemokratische Partito Popolare Italiano/PPI, die Unione Democratica per la Repubblica/UDR, der Partito dei Comunisti Italiani/PdCI, der Rinnovamento Italiano/RI, die Federazione dei Verdi und die Socialisti Democratici Italiani/SDI an.

Honduras/Nicaragua

Katastrophen/Unwetter

Der Wirbelsturm „Mitch“ verwüstet weite Gebiete in Mittelamerika (**ab 22.10. bis Anfang November 1998**). Etwa 11 000 Menschen kommen ums Leben. Hunderttausende werden obdachlos. Am meisten betroffen sind Honduras und Nicaragua.

Ecuador/Peru

Peru und Ecuador legen ihre Streitigkeiten über den Grenzverlauf bei (**26.10.1998**). Unterzeichnet wird das Abkommen in Brasilia von den Staatspräsidenten Alberto Fujimori (Peru) und Jamil Mahuad (Ecuador).

Deutschland

Der Sozialdemokrat Gerhard Schröder, bisher niedersächsischer Ministerpräsident, wird neuer deutscher Bundeskanzler (**27.10.1998**). Er steht an der Spitze einer Koalition aus Sozialdemokraten und Grünen. Vizekanzler und Außenminister wird der Grünen-Politiker Joschka Fischer. Erstmals seit 1969 sind die Freien Demokraten (FDP) nicht in der Regierung vertreten.

Schweden

Katastrophen/Brandkatastrophen

Bei einem Brand in einer Diskothek in der schwedischen Stadt Göteborg kommen 67 Menschen ums Leben (**29.10./30.10.1998**). Ursache ist Brandstiftung. Rund zwei Jahre später (8.6.2000) werden vier Jugendliche zu Haftstrafen zwischen sechs und acht Jahren verurteilt

Slowakei

Machtwechsel in der Slowakei (**30.10.1998**): Nach dem erfolgreichen Abschneiden der Opposition bei den Parlamentswahlen (vgl. 25.9.1998) muss der für seinen autoritären Führungsstil heftig kritisierte bisherige Ministerpräsident Vladimír Mečiar (*Meciar*) von der nationalistischen Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) sein Amt abtreten. Neuer Regierungschef wird Mikuláš Dzurinda, Vorsitzender der konservativ-liberalen Slowakischen Demokratischen Koalition (SDK). Dzurinda bildet eine Koalitionsregierung mit der Partei der Demokratischen Linken (SDL), der Partei der bürgerlichen Verständigung (SOP) und der Partei der ungarischen Gemeinschaft (SMK-MKP).

USA

Bei den Kongresswahlen in den USA (Midtermwahlen) verteidigen die Republikaner in beiden Kammern ihre Mehrheit (**3.11.1998**). Im Senat bleibt die Sitzverteilung gleich wie vor zwei Jahren: 55 Republikaner und 45 Demokraten. Im Repräsentantenhaus sind die Republikaner mit 223 Abgeordneten (minus 4) und die Demokraten mit 211 (plus 5) vertreten. Hinzu kommt ein Unabhängiger (1 Sitzverlust für die Unabhängigen).

Venezuela

Bei den Parlamentswahlen in Venezuela (**8.11.1998**) erzielt die sozialdemokratische Partei Acción Democrática mit 61 die meisten von insgesamt 207 Mandaten des Abgeordnetenhauses. Zweistärkste Kraft ist das von Hugo Chávez (*Chavez*) gegründete sozialistische Movimiento Quinta República (MVR) mit 35 Mandaten. Zusammen mit anderen linken Parteien gewinnt das vom MVR geleitete Bündnis Polo Patriótico 75 Mandate.

Grossbritannien/Nordirland

Mit dem Northern Ireland Act werden die neuen Verfassungsstrukturen Nordirlands auf der Grundlage des Karfreitagsabkommens (vgl. 10.4.1998) festgelegt (**19.11.1998**).

Libanon

Emile Lahoud wird neuer libanesischer Staatspräsident (**24.11.1998**). Lahoud war seit 1989 Oberkommandierender der Streitkräfte. Auch an der Spitze der Regierung kommt es zu einem Wechsel: Premierminister Rafik Hariri tritt zurück. Sein Nachfolger wird Selim Hoss.

Türkei

Die türkische Regierung von Ministerpräsident Mesut Yılmaz wird durch ein Misstrauensvotum des Parlaments gestürzt (**25.11.1998**). Yılmaz stand wegen eines Korruptionsskandals unter massivem Druck.

Indien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Im indischen Unionsstaat Punjab, in der Nähe von Ludhiana, fordert eine Zugkollision über 200 Tote (**26.11.1998**).

Mazedonien

Ljubčo Georgievski von der nationalkonservativen Partei VMRO-DPMNE wird neuer mazedonischer Regierungschef (**30.11.1998**). In seiner Koalitionsregierung sind auch die Demokratische Partei der Albaner (DPA) und die Demokratische Alternative (DA) vertreten.

Venezuela

Machtwechsel in Venezuela: Der ehemalige Putschist Hugo Chávez (*Chavez*), Kandidat des von ihm gegründeten sozialistischen Movimiento Quinta República (MVR), wird mit einem Stimmenanteil von 56,20 Prozent zum neuen Staatspräsidenten gewählt (**6.12.1998**). Das Movimiento Quinta República ist eine Nachfolgeorganisation des Movimiento Bolivariano Revolucionario – MBR-200.

Unmittelbar nach seiner Amtseinführung beruft Hugo Chávez eine Verfassungsgebende Versammlung ein und lanciert im Rahmen der linksnationalistischen Bolivarischen Revolution zahlreiche Sozialprogramme zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit und für bessere Bildung und medizinische Versorgung.

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt Bundesrätin Ruth Dreifuss zur Bundespräsidentin für das Jahr 1999 (**9.12.1998**). Damit erhält die Schweiz erstmals eine Bundespräsidentin.

Friedensnobelpreis

Nordirland-Konflikt

Nordirland

Die beiden nordirischen Politiker John Hume, Vorsitzender der Social Democratic and Labour Party (SDLP) und David Trimble, Chef der Ulster Union Party (UUP), erhalten für ihre Bemühungen für eine friedliche Beilegung des Nordirland-Konflikts den Friedensnobelpreis (**10.12.1998**).

Literaturnobelpreis

Portugal

Der portugiesische Romancier und Lyriker José Saramago wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.1998**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

PLO

Im Beisein von US-Präsident Bill Clinton bekräftigt der Palästinensische Nationalrat die Annullierung der Israelfeindlichen Passagen der Palästinensischen Nationalcharta (**14.12.1998**).

USA

Als zweiter Präsident in der Geschichte der Vereinigten Staaten muss sich Bill Clinton einem Amtsenthebungsverfahren (impeachment) stellen. Das Repräsentantenhaus klagt Clinton im Zusammenhang mit der Lewinsky-Affäre des Meineids und der Justizbehinderung an (**19.12.1998**).

Salomonen

Australien/Neuseeland

Ethische Unruhen auf den Salomonen. Die seit September anhaltenden Spannungen zwischen der Bevölkerung der Hauptinsel Guadalcanal und den Einwanderern der Insel Malaita entladen sich in Gewalt und Vertreibungen (**ab Dezember 1998**). Mitglieder der Guadalcanal Revolutionary Army (spätere Umbenennung in Isatabu Freedom Movement) vertreiben Tausende Einwanderer. Die Malaita Eagle Force wehrt sich gegen die Übergriffe. Der Generalgouverneur verhängt am 15. Juni 1999 den Ausnahmezustand. Die bis 2003 andauernden Unruhen fordern rund 200 Tote. Australien, Neuseeland und andere Pazifikstaaten greifen 2003 militärisch ein, um Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen. Im Rahmen der Regional Assistance Mission to the Solomon Islands (Ramsi) werden rund 2200 Soldaten und Polizisten eingesetzt. 2013 ziehen sich die Truppen zurück und 2017 endet die Regional Assistance Mission.

1999

EU/Euro

Elf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich Portugal und Spanien – führen den Euro als gemeinsames Buchungsgeld ein (**1.1.1999**). Das Bargeld wird 2002 eingeführt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Komponist Rolf Liebermann stirbt im Alter von 88 Jahren (**2.1.1999**).

Türkei

Nach zwei Jahrzehnten kehrt der frühere türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit an die Schalthebel der Macht zurück. Der Vorsitzende der Demokratischen Linkspartei wird Nachfolger des Ende November 1998 durch ein parlamentarisches Misstrauensvotum gestürzten Regierungschefs Mesut Yilmaz (**11.1.1999**).

Brasilien

In Brasilien scheitert der Versuch, den Kurs der Landeswährung durch Zentralbankankäufe hoch zu halten. Der Notenbankchef tritt zurück (**12.1.1999**). Der Real verliert innerhalb weniger Wochen fast die Hälfte seines ursprünglichen Wertes.

Indonesien/Molukken/Molukker

Nach einer Auseinandersetzung zwischen einem christlichen Buschauffeur und einem muslimischen Passagier in Ambon, auf der gleichnamigen indonesischen Insel, bricht ein bewaffneter Konflikt zwischen beiden Religionsgruppen aus (**19.1.1999**), der erst drei Jahre später durch ein Friedensabkommen beendet wird. Der Konflikt fordert Tausende von Toten Hunderttausende Menschen werden in die Flucht getrieben.

Jugoslawien/Kosovo/Serbien

Kosovo-Friedenskonferenz

Im Schloss Rambouillet bei Paris beginnt unter der Leitung der Balkan-Kontaktgruppe eine Kosovo-Friedenskonferenz (**6.2.1999**). Teilnehmer sind eine jugoslawisch-serbische Delegation und Vertreter der Kosovo-Albaner. Der Balkan-Kontaktgruppe gehören Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Russland und die USA an. Die Verhandlungen stehen unter keinem guten Stern. In Kosovo werden durch die im Dezember 1998 erneut ausgebrochenen Auseinandersetzungen zwischen serbischen Sicherheitskräften und der Kosovo-Befreiungsarmee UÇK Zehntausende Menschen in die Flucht getrieben.

Jordanien

König Hussein von Jordanien stirbt im Alter von 63 Jahren (**7.2.1999**). Neuer Monarch wird sein Sohn Abdullah.

USA

US-Präsident Bill Clinton bleibt im Amt. Der Senat beendet das Impeachment-Verfahren wegen der Lewinsky-Affäre und spricht Clinton in beiden Anklagepunkten – Meineid und Justizbehinderung – frei (**12.2.1999**).

Türkei

Kurden

Kurdenführer Abdullah Öcalan – in der Türkei als gefährlicher Staatsfeind betrachtet – wird nach einer wochenlangen Odyssee durch Europa in Kenia festgenommen und in die Türkei übergeführt (**16.2.1999**).

Schweiz

Katastrophen/Lawinen

Eine Lawinenkatastrophe in der Walliser Gemeinde Evolène fordert 12 Tote (**21.2.1999**).

Österreich

Katastrophen/Lawinen

Bei einem Lawinenniedergang in der Tiroler Gemeinde Galtür kommen 31 Menschen ums Leben (**23.2.1999**).

Guatemala

Die guatemalteckische Wahrheitskommission (Comisión de Esclarecimiento Histórico/CEH) legt ihren Schlussbericht (Memoria del Silencio) über die Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten während des Bürgerkrieges vor (**25.2.1999**). Die Kommission schätzt die Zahl der zwischen 1962 und 1996 Ermordeten und Verschwundenen auf rund 200 000. Für 93 Prozent der Menschenrechtsverletzungen seien die Armee und paramilitärische Gruppen verantwortlich und 83 Prozent der Opfer seien Angehörige der indigenen Bevölkerung (vor allem Maya) gewesen. Erwähnt werden 626 Massaker.

Die Kommission durfte keine Namen nennen. Ausserdem darf der Bericht nicht als Grundlage für strafrechtliche Verfolgung verwendet werden.

Bosnien und Herzegowina/Republika Srpska

Der Präsident der Serbischen Republik (Republika Srpska), Nikola Poplašen (*Poplasen*), wird vom Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina abgesetzt (**5.3.1999**). Nachfolger wird sein Stellvertreter Mirko Šarović (*Sarovic*). Die Republika Srpska ist eine Entität des Gesamtstaates Bosnien und Herzegowina.

Bahrain

Der Emir von Bahrain, Scheich Isa bin Salman al Khalifa, stirbt 67-jährig (**6.3.1999**). Er war das erste Staatsoberhaupt nach der Unabhängigkeit Bahrains im Jahr 1971. Nachfolger wird sein Sohn Hamad bin Isa al-Khalifa.

Estland

Die Mitte-links orientierte Zentrumspartei geht als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Estland hervor (**7.3.1999**). Sie erringt 28 der 101 Sitze. Je 18 Mandate gewinnen die konservative Vaterlandsunion und die liberale Reformpartei. Knapp dahinter mit 17 Mandaten liegen die Sozialdemokraten (Moderaten).

Frankreich/Libyen/Niger

Flugzeugattentate

Ein Gericht in Paris verurteilt im Abwesenheitsverfahren sechs Libyer, unter ihnen ein Schwager von Machthaber Muammar al-Ghadhafi, im Abwesenheitsverfahren wegen des Sprengstoffanschlags auf eine DC-10 der französischen Fluggesellschaft UTA zu lebenslangen Haftstrafen (**10.3.1999**). Die Maschine stürzte während des Flugs von Bazzaville nach Paris über der Ténéré-Wüste in Niger ab, wobei alle 170 Insassen ums Leben kamen (vgl. 19.9.1989). Libyen bestreitet die Beteiligung an dem Attentat, schafft aber einen Entschädigungsfonds für die Opfer

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt Ruth Metzler-Arnold von der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP), Mitglied der Standeskommission des Kantons Appenzell Innerhoden, zur Bundesrätin. Sie ist Nachfolgerin von Bundesrat Arnold Koller. Zum Nachfolger von Bundesrat Flavio Cotti wird der christdemokratische Freiburger Nationalrat Joseph Deiss gewählt (**11.3.1999**).

Nato

Ungarn/Polen/Tschechien

Ungarn, Polen und Tschechien werden in die Nato aufgenommen (**12.3.1999**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Geigenvirtuose Yehudi Menuhin stirbt im Alter 82 Jahren (**12.3.1999**). Menuhin war von Geburt US-Amerikaner, dann Schweizer und Brite.

EU

Die EU-Kommission tritt nach Vorwürfen des Missmanagements und Vetternwirtschaft geschlossen zurück (**16.3.1999**). Der frühere italienische Ministerpräsident Romano Prodi wird neuer Präsident der Europäischen Kommission (24.3.1999).

Jugoslawien/Kosovo/Serbien

Kosovo-Friedenskonferenz

OSZE/Nato

Die am 6. Februar 1999 im Schloss Rambouillet bei Paris eröffnete Kosovo-Friedenskonferenz scheitert an der Weigerung Jugoslawiens, einem Abkommen zuzustimmen, das die Stationierung von Nato-Truppen in Kosovo vorsieht (**19.3.1999**). Die kosovarische Delegation hatte das von der Balkan-Kontaktgruppe ausgearbeitete Kosovo-Abkommen am Vortag unterzeichnet. Da die Nato für den Fall der Nichtannahme des Kosovo-Abkommens mit einem Luftkrieg gegen Jugoslawien gedroht hatte, stehen die Zeichen auf Krieg. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zieht ihre Beobachter aus Kosovo ab.

Ballonfahrt

Erste Nonstop-Weltumrundung per Ballon mit dem Schweizer Bertrand Piccard und dem Briten Brian Jones (**20.3.1999**).

Finnland

Parlamentswahl in Finnland (**21.3.1999**): Trotz 12 Sitzverlusten bleiben die Sozialdemokraten mit 51 Mandaten stärkste Kraft. Die Zentrumspartei (KESK) gewinnt 48 Sitze (plus 4) und die konservative Nationale Sammlungspartei (KOK) 46 Mandate (plus 7).

Paraguay

Marzo paraguayayo – Krise in Paraguay: Der paraguayische Vizepräsident Luis María Argaña (Argana) wird erschossen (**23.3.1999**). Als Drahtzieher des Attentats gelten Staatspräsident Raúl Cubas und Exgeneral Lino Oviedo genannt. Oviedo war 1998 zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden (vgl. 22.4.1996), jedoch nach Amtsantritt des neuen Präsidenten auf freien Fuss gesetzt worden. Die Ermordung des Vizepräsidenten löst schwere Unruhen aus. Unter massivem Druck tritt Raúl Cubas zurück (**28.3.1999**). Sein Nachfolger wird Senatspräsident Luis Ángel González Macchi (Gonzalez Macchi).

Jugoslawienkriege/Kosovokrieg

Luftkrieg gegen Jugoslawien

Nato/USA

Kosovo/Albanien/Mazedonien

Nach dem Scheitern der Bemühungen zur Lösung des Kosovo-Konflikts beginnt die Nato mit massiven Luftangriffen gegen Jugoslawien (**24.3.1999**).

- An den Luftschlägen beteiligen sich die USA, Grossbritannien, Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Kanada, Italien und Spanien. Die Operation „Allied Force“ erfolgt ohne UNO-Mandat.
- US-Präsident Bill Clinton erklärt: „Unsere Luftschläge haben drei Ziele. Erstens, die Ernsthaftigkeit des Widerstands der Nato gegen Aggression und ihre Unterstützung des Friedens zu zeigen. Zweitens, Präsident Milošević davon abzuschrecken, seine Angriffe gegen hilflose Zivilisten fortzusetzen und auszuweiten, indem diese Angriffe bestraft werden. Und drittens, wenn nötig, Serbiens künftige Fähigkeit, in den Krieg zu ziehen, zu schaden, indem dessen militärisches Leistungsvermögen ernstlich vermindert werden.“
- Der russische Präsident Boris Jelzin äussert sich „zutiefst empört“.
- Zu den attackierten Zielen gehören zunächst Luftabwehrstellungen, Radar- und Fernmeldeanlagen, danach auch Brücken, Raffinerien und Fabriken.
- Der Luftkrieg löst eine Massenflucht von Kosovo-Albanern nach Albanien und Mazedonien aus. Von ethnischen Säuberungen und systematischen Vertreibungen ist die Rede. Zu Hunderttausenden flüchten die Menschen. In Albanien werden Anfang Mai etwa 400 000, in Mazedonien rund 200 000 Kosovo-Flüchtlinge gezählt.
- Der Luftkrieg endet nach 79 Tagen am 10. Juni 1999.

Frankreich

Katastrophen/Tunnelkatastrophen

Eine Brandkatastrophe im Mont-Blanc-Tunnel fordert 39 Tote (**24.3.1999**).

Estland

Der frühere estnische Ministerpräsident Mart Laar wird erneut Regierungschef (25.3.1999). Seine konservative Vaterlandsunion bildet ein Regierungsbündnis mit der Reformpartei und den Sozialdemokraten (Moderaten).

Kanada/Nunavut

Nunavut wird ein eigenständiges kanadisches Territorium (**1.4.1999**). Nunavut gehörte bisher zu den Northwest Territories. Die meisten Bewohner sind Inuit.

Djibouti

Führungswechsel in Djibouti (**9.4.1999**): Ismail Omar Guelleh vom Rassemblement Populaire pour le Progrès (RPP) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Er tritt die Nachfolge von Hassan Gouled Aptidon an, der fast 22 Jahre an der Macht war und nicht mehr kandidierte.

Niger

Der Staatspräsident von Niger, Ibrahim Baré Maïnassara (Mainassara), wird von Angehörigen der Präsidentengarde erschossen (**9.4.1999**). Die Armeeführung kündigt noch für das laufende Jahr die Rückkehr zu Demokratie an.

Malaysia

Der frühere malaysische stellvertretende Ministerpräsident Anwar Ibrahim wird wegen Korruption zu sechs Jahren Haft verurteilt (**14.4.1999**). Im folgenden Jahr (8.8.2000) folgt eine zweite Verurteilung zu neun Jahren Haft wegen angeblicher Homosexualität. Kritiker werfen Premierminister Mahathir Mohamad vor, er habe sich mit der Kampagne gegen Anwar Ibrahim seines politischen Rivalen entledigen wollen.

Algerien

In Algerien geht Abdelaziz Bouteflika als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Er erhält 73,5 Prozent der Stimmen (**15.4.1999**). Bouteflika strebt eine nationale Versöhnung an.

Türkei

Die Demokratische Linkspartei von Ministerpräsident Bülent Ecevit geht als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in der Türkei hervor (**18.4.1999**). Sie gewinnt 136 (plus 60) der 550 Sitze. Die rechtsradikale Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) von Devlet Bahçeli (*Bahçeli*) sichert sich 129 Sitze. Drittstärkste Kraft ist die islamistische Tugendpartei (FP) mit 111 Mandaten vor der liberal-konservativen Mutterlandspartei (Anap) und der gemässigt konservativen Partei des rechten Weges (DYP) mit 86 (minus 46) bzw. 85 (minus 50) Mandaten. Die Republikanische Volkspartei (CHP) verliert ihre 49 Sitze.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die neue Bundesverfassung mit 59,2 Prozent Ja-Stimmen gut. Nein-Mehrheiten gibt es in zwölf Kantonen (**18.4.1999**).

USA

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Zwei Schüler der Columbine High School nahe Littleton im US-Staat Colorado erschliessen zwölf Mitschüler und einen Lehrer. 24 weitere Menschen wurden verletzt. Nach dem Amoklauf nehmen sie sich das Leben (**20.4.1999**).

Liberia

In Liberia bricht erneut ein Bürgerkrieg aus (**21.4.1999**). Im zweiten liberianischen Bürgerkrieg stehen sich die Regierungsarmee sowie die Rebellengruppen Liberians United for Reconciliation and Democracy (Lurd) und Movement for Democracy in Liberia (Model) gegenüber.

Indien/Pakistan

Kaschmir//Kaschmir-Konflikt

Vierter indisch-pakistanischer Krieg (Kargil-Krieg)

Im indisch-pakistanischen Streit um Kaschmir kommt es erneut zu militärischen Auseinandersetzungen. Muslimische Freischärler besetzen mit pakistanischer Unterstützung Stellungen in den Regionen Kargil und Drass im indischen Unionsstaat Jammu und Kaschmir (**3. 5.1999**). Indische Streitkräfte schlagen die Eindringlinge zurück. Der „Kargil-Krieg“ wird nach rund zwei Monaten beendet (14.7.1999).

Grossbritannien/Schottland/Wales

In Schottland und Wales werden erstmals Regionalparlamente gewählt (**6.5.1999**).

- Scottish Labour gewinnt 56 der 129 Mandate und geht damit als stärkste Kraft aus der Wahl in Schottland hervor. An zweiter Stelle liegt die Scottish National Party (SNP) mit 35 Sitzen. Erster First Minister wird der Labour-Politiker Donald Dewar.
- Welsh Labour gewinnt 28 der 60 Sitze und ist damit stärkste Kraft im Regionalparlament von Wales vor Plaid Cymru mit 17 Sitzen. Erster First Minister wird der Labour-Politiker Alun Michael.

Jugoslawienkriege/Kosovokrieg

Luftkrieg gegen Jugoslawien

Nato

China

Während eines Luftangriffs der Nato gegen militärische Einrichtungen in der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad wird auch die chinesische Botschaft bombardiert. Drei Menschen kommen dabei ums Leben (**7.5.1999**). Die Nato spricht von einem Irrtum und entschuldigt sich.

Guinea-Bissau

Armeeputsch in Guinea-Bissau (**7.5.1999**). Staatschef João Vieira wird von seinem Widersacher General Asumane Mané gestürzt. Damit endet der im Juni 1998 ausgebrochene Bürgerkrieg. Vieira war seit November 1980 an der Macht. Neuer Staatchef wird Malam Bacai Sanhá. In den folgenden Jahren gab es viele Wechsel an der Spitze des Staates. 2005 gelangt João Vieira wieder an die Macht. Und 2009, nach der Ermordung von Vieira, kehrt Malam Bacai Sanhá nach dem Sieg bei der Präsidentenwahl an die Spitze des Staates zurück.

Panama

Panama erhält die erste Staatspräsidentin. Mireya Moscoso vom nationalistischen Partido Arnulfista erhält 44,81 Prozent der Stimmen (**2.5.1999**). Im Parlament bleibt der sozialdemokratische Partido Revolucionario Democrático (PRD) stärkste Kraft mit 34 der 71 Mandate.

Russland

Der russische Ministerpräsident Jewgeni Primakow wird nach achtmonatiger Amtszeit entlassen (**12.5.1999**). Sein Nachfolger wird Sergei Stepaschin.

Italien

Der ehemalige Zentralbankchef und frühere parteilose Ministerpräsident Carlo Azeglio Ciampi wird zum neuen italienischen Staatsoberhaupt gewählt (**13.5.1999**).

Israel

Ehud Barak, Vorsitzender der Arbeitspartei und ehemaliger Generalstabschef, wird vom Volk mit einem Stimmenanteil von 56,1 Prozent zum Regierungschef gewählt. Das Nachsehen hat der amtierende Ministerpräsident Benjamin Netanyahu mit 43,9 Prozent. Es handelt sich um die zweite Direktwahl des Regierungschefs (**17.5.1999**). Bei der Parlamentswahl gewinnt das Wahlbündnis Ein Israel (Arbeitspartei, Gesher und Meimod) als stärkste Fraktion 26 der 120 Sitze der Knesset. Der konservative Likud erobert 19 Sitze. Drittstärkste Kraft wird die religiös-orthodoxe Shas-Partei.

Fidschi

Nach dem überraschend deutlichen Sieg der Fiji Labour Party bei der Parlamentswahl wird Mahendra Chaudhry neuer Premierminister des Inselstaates Fidschi. Chaudhry ist der erste indischstämmige Regierungschef des Landes (**19.5.1999**).

Italien

In Italien gründet der christlichdemokratische Politiker Clemente Mastella die Unione Democratici per L'Europa/Udeur (**23.5.1999**).

Deutschland

Der frühere langjährige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (Sozialdemokratische Partei/SPD), wird zum neuen deutschen Bundespräsidenten gewählt (**23.5.1999**).

Jugoslawien

Internationaler Strafgerichtshof

Der jugoslawische Staatspräsident Slobodan Milošević (*Milosevic*) wird vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Mord und Deportationen in Kosovo angeklagt (**27.5.1999**).

Nigeria

Nach 29 Jahren Militärherrschaft (1966-1979 und 1983-1999) kehrt Nigeria zur Demokratie zurück. Nigeria erhält mit Olusegun Obasanjo wieder einen demokratisch gewählten Staatspräsidenten (**29.5.1999**). Obasanjo war schon in den Jahren 1976 bis 1979 Staatschef.

Slowakei

Rudolf Schuster wird in einer Volkswahl zum Staatspräsidenten der Slowakei gewählt. Der Karpatendeutsche, Gründer der Partei der bürgerlichen Verständigung und bisher Bürgermeister von Košice, erhält in der Stichwahl 57,18 Prozent der Stimmen. Sein Gegenkandidat, der ehemalige Ministerpräsident Vladimír Mečiar (Meciar) muss sich mit 42,81 Prozent begnügen (**29.5.1999**).

Südafrika

Bei der Parlamentswahl in Südafrika baut der African National Congress (ANC) seine Vormachtstellung aus und gewinnt 266 der 400 Mandate. Zweistärkste Kraft ist die Democratic Party mit 38 Sitzen. Die New National Party, Nachfolgerin der ehemaligen Regierungspartei, muss sich mit 28 Mandaten begnügen (**2.6.1999**).

Jugoslawienkriege/Kosovokrieg

Kosovo/Serbien/Jugoslawien

Der jugoslawische Staatspräsident Slobodan Milošević (*Milosevic*) und das serbische Parlament stimmen einem Friedensplan für Kosovo zu, den der finnische Staatschef Martti Ahtisaari und der russische Kosovo-Beauftragte und frühere Ministerpräsident Wiktor Tschernomyrdin auf der Grundlage eines Friedensplanes der G-8-Staaten (Gruppe der sieben führenden westlichen Industriestaaten und Russland) vermittelt hatten. Der Friedensplan sieht die sofortige Einstellung aller Gewalt und den zügigen Abzug aller serbischen und jugoslawischen Einheiten aus Kosovo sowie die Stationierung einer Friedenstruppe mit UNO-Mandat in Kosovo vor (**3.6.1999**).

Indonesien

In Indonesien finden die ersten freien Parlamentswahlen seit 1955 statt (**7.6.1999**). Die 462 Mandate der Beratenden Volksversammlung verteilen sich auf 21 Parteien. Stärkste Kraft ist die Indonesian Democratic Party mit 153 Mandaten. An zweiter Stelle mit 153 Sitzen folgt Golkar, von 1971 bis 1999 die dominierende politische Bewegung.

EU/Europäisches Parlament

Die Christlichdemokraten lösen die Sozialdemokraten als stärkste Fraktion im Europäischen Parlament ab. Die Europäische Volkspartei (EVP) und die konservativen Europäischen Demokraten gewinnen bei den Wahlen 233 der 626 Mandate (**10.6. bis 13.6.1999**). Die Sozialdemokratische Partei Europas ist als zweitstärkste Fraktion mit 180 Abgeordneten vertreten. Die Liberalen erhalten 50, die Grünen 48, die Vereinte Europäische Linke 42, die europaskeptische Union für ein Europa der Nationen 30, die Unabhängigen 18 und die Fraktion Europa der Demokratien und Unterschiede 16 Mandate. Hinzu kommen 9 Fraktionslose

Jugoslawienkriege/Kosovokrieg

Kosovo/Jugoslawien/Serbien

Luftkrieg gegen Jugoslawien

Nato/UNO/Kfor/Schweiz

Nach 78 Tagen stellt die Nato die Luftangriffe gegen Jugoslawien ein (**10.6.1999**). Am Vortag (9.6.1999) hatten sich die Nato und Jugoslawien in Kumanovo (Mazedonien) vertraglich auf die Einstellung der Feindseligkeiten und auf den Rückzug der jugoslawischen und serbischen Sicherheitskräfte aus Kosovo geeinigt. Die Operation „Allied Force“ wird am 20. 6.1999 von der Nato offiziell für beendet erklärt.

- Der UNO-Sicherheitsrat beschliesst mit der Resolution 1244 eine UNO-Übergangsverwaltung für Kosovo (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo/Unmik) und den Einsatz einer multinationalen Friedenstruppe unter Leitung der Nato (Kosovo Force/Kfor).

- Die Resolution 1244 verlangt, dass Jugoslawien die Gewalt und Unterdrückung in Kosovo unverzüglich einstellt und den stufenweisen Abzug der jugoslawischen und serbischen Sicherheitskräfte (Militär, Polizei) einleitet. Gefordert wird auch die Entwaffnung der Kosovo-Befreiungsarmee UÇK

- Der Kfor gehören anfänglich 50 000 Armeeingehörige an – auch aus Staaten, die nicht Mitglieder der Nato sind. Auch die Schweiz nimmt an der Kfor-Mission teil (Swisscoy).

- Die Kfor soll den Abzug der jugoslawischen Streitkräfte und die Entmilitarisierung Kosovos überwachen sowie ein sicheres Umfeld für die Rückkehr der schätzungsweise 900 000 geflüchteten Kosovo-Albaner schaffen. Nach Angaben des UNO-Flüchtlingshochkommissariats kehren bis Ende Juli 737 000 Flüchtlinge zurück. Parallel zur

Rückkehr der Kosovo-Albaner fliehen Zehntausende Serben aus Angst vor Gewalttaten und Vergeltungsmassnahmen der albanischen Bevölkerung

Kosovo/Jugoslawien/Serbien Kfor/Russland

In Kosovo beginnt der Einsatz der multinationalen Friedenstruppe Kfor (**12.6.1999**). Einige Stunden vor den Nato-Truppen besetzen russische Fallschirmtruppen, die der Schutztruppe Sfor (Stabilisation Force) in Bosnien und Herzegowina angehören, den Flughafen bei Prishtina. Ein drohender Konflikt kann vermieden werden. Russland beteiligt sich an der Kfor, bekommt aber keinen eigenen Sektor.

Belgien

Wahlsieg der Liberalen bei der Parlamentswahl in Belgien (**13.6.1999**). Als stärkste Kraft erobern die Vlaamse Liberalen en Democraten (VLD) 23 (plus 2) Sitze der Abgeordnetenversammlung und überholen die Christelijke Volkspartij (CVP), die 22 (minus 7) Mandate erhält. Auslöser der Niederlage der Christdemokraten ist die Dioxin-Affäre (Skandal um dioxinverseuchte Futtermittel). Zu den Wahlverlierern gehören auch die Socialistische Partij (SP) und der wallonische Parti Socialiste (PS) mit 6 bzw. 2 Sitzverlusten. Der Parti Socialiste erhält 19 (minus 2) Sitze. Der Parti Réformateur Libéral (PRL) und die Fédéralistes démocrates francophones (FDF) verteidigen ihre 18 Mandate. Der Vlaamse Blok ist neu mit 15 Abgeordneten (plus 4) vertreten. Die flämische Socialistische Partij (SP) entsendet 14 (minus 6) Abgeordnete. Die Umweltpartei Ecolo hat neu 11 (plus 5) und der frankophone Parti Social Chrétien (PSC) 10 (minus 2) Abgeordnete.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen das neue Asylgesetz mit 70,6 Prozent Ja-Stimmen gut, verwerfen jedoch das Bundesgesetz über Mutterschaftsversicherung mit 61 Prozent Nein-Stimmen (**13.6.1999**).

Südafrika

Der bisherige südafrikanische Vizepräsident Thabo Mbeki wird vom Parlament zum Nachfolger des scheidenden Staatsoberhauptes Nelson Mandela gewählt (**14.6.1999**).

Lettland

Die parteilose Psychologieprofessorin Vaira Vīķe-Freiberga (*Vike-Freiberga*) wird zur neuen Staatspräsidentin Lettlands gewählt (**20.6.1999**). Sie ist die erste Frau an der Spitze des Staates.

EU

Schweiz

Die Europäische Union (EU) und die Schweiz unterzeichnen sieben Abkommen („Bilaterale I“) in den Bereichen Personenfreizügigkeit, technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, Landwirtschaft, Landverkehr, Luftverkehr und Forschung (**21.6.1999**).

Mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen erhalten Staatsangehörige der Schweiz und der EU-Mitgliedsstaaten das Recht, Arbeitsplatz und Wohnsitz innerhalb der Staatsgebiete der Vertragsparteien frei zu wählen.

Lettland

Wegen Streitigkeiten innerhalb der Regierungskoalition stellt Lettlands Ministerpräsident Vilis Krištopans (*Kristopans*) sein Amt zur Verfügung (**5.7.1999**). Sein Nachfolger wird der frühere Regierungschef Andris Šķēle (*Skele*). Der zunächst parteilose Šķēle gründete 1998 die konservativen Volkspartei.

Kongo-Kinshasa

Kongokriege

UNO

Die wichtigsten Konfliktparteien im Kongokrieg einigen sich in Lusaka auf ein von der UNO überwachtetes Waffenstillstandsabkommen (**7.7.1999**). Die Vereinbarung sieht auch den Abzug aller fremden Truppen vor.

Belgien

Belgien erhält erstmals seit 1938 eine von einem liberalen Parteipolitiker geführte Regierung (**12.7.1999**). Guy Verhofstadt von den Vlaamse Liberalen en Democraten (VLD) wird neuer Regierungschef anstelle von Jean-Luc Dehaene, der sieben Jahre lang regierte. Dessen Christelijke Volkspartij (CVP) hatte einen Monat zuvor (13.6.1999) bei der Parlamentswahl hohe Verluste erlitten. Erstmals seit 1958 sind die Christdemokraten nicht in der Regierung vertreten. Im ersten Regierungsbündnis von Guy Verhofstadt sind neben den Liberalen und Sozialisten auch Umweltparteien vertreten.

Suriname/Niederlande

Desiré „Desi“ Bouterse, der „starke Mann“ von Suriname, wird in den Niederlanden in Abwesenheit wegen Drogenhandels zu elf Jahren Gefängnis verurteilt (**16.7.1999**).

Marokko

König Hassan II. von Marokko stirbt im Alter von 70 Jahren. Nachfolger wird sein ältester Sohn Mohammed VI. (**23.7.1999**).

Schweiz

Katastrophen/Canyoning

Eine Gruppe von Canyoning-Touristen wird im Saxetbach im Kanton Bern von einer Sturzflut überrascht. 21 Menschen kommen dabei ums Leben (**27.7.1999**).

Stabilitätspakt für Südosteuropa

Staats- und Regierungschefs von 25 Ländern lancieren an einer Gipfelkonferenz in Sarajevo den Stabilitätspakt für Südosteuropa (**30.7.1999**). Der Stabilitätspakt hat zum Ziel, die „Staaten in Südosteuropa bei ihren Bemühungen um die Förderung des Friedens, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte sowie des wirtschaftlichen Wohlstands zu stärken, um Stabilität in der gesamten Region zu erreichen.“ Folgende Staaten Südosteuropas sind vertreten: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Slowenien, Mazedonien und Ungarn. Jugoslawien tritt im Oktober 2000 dem Stabilitätspakt bei

Indien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Eine Zugkollision im Bahnhof von Gaisal im indischen Unionsstaat Westbengalen fordert über 280 Tote (**2.8.1999**).

Russland

Der russische Präsident Boris Jelzin entlässt Ministerpräsident Sergei Stepaschin nach knapp drei Monaten Regierungszeit (**9.8.1999**). Neuer Regierungschef wird Wladimir Putin, Leiter des Inland-Geheimdienstes.

Guyana

Die Staatspräsidentin von Guyana, Janet Jagan, tritt aus gesundheitlichen Gründen zurück (**8.8.1999**). Ihr Nachfolger wird Bharrat Jagdeo. Er bleibt zwölf Jahre, bis Dezember 2011, mit seiner linken People's Progressive Party/Civic an der Macht.

Türkei

Katastrophen/Erdbeben

Die Türkei wird von einem schweren Erdbeben heimgesucht. Weit über 15 000 Menschen kommen dabei ums Leben (**17.8.1999**).

Osttimor (Timor-Leste)/Indonesien

UNO

Die Bevölkerung von Osttimor (Timor-Leste) will von Indonesien unabhängig werden (**30.8.1999**). Die Ja-Mehrheit liegt bei 78,5 Prozent. Ermöglicht wurde die Abstimmung durch den Machtwechsel in Indonesien nach dem Rücktritt von Landzeitherrscher Suharto im Jahr zuvor. .

- Der Ausgang der von der UNO organisierten und von einer Sondermission (United Nations Mission in East Timor/Unmit) überwachten Unabhängigkeitsabstimmung hat für die Bevölkerung verheerende Folgen. Indonesische Truppen und proindonesische Milizen üben Vergeltung. Zehntausende Menschen werden nach Westtimor zwangsdeportiert. Häuser und wichtige Infrastruktureinrichtungen werden zerstört. Mindestens 1500 Menschen kommen ums Leben. Bereits vor der Volksabstimmung hatte es massive Einschüchterungsversuche gegeben.
- Der UNO-Sicherheitsrat beschliesst wegen der dramatischen Lage in Osttimor die Entsendung einer internationalen Schutztruppe – International Force East Timor/Interfet (15.9.1999).

Russland

Bei einem Sprengstoffanschlag auf ein Wohnhaus im Südosten Moskaus kommen 94 Menschen ums Leben (**8.9.1999**). Einige Tage später (13.9.1999) sterben bei einem weiteren Anschlag auf ein Wohnhaus in Moskau 130 Menschen. Als Urheber werden tschetschenische Rebellen vermutet.

Algerien

Die Bevölkerung Algeriens stimmt dem Gesetz zur nationalen Eintracht (Concorde Civile) mit einem Ja-Stimmenanteil von 98 Prozent zu (**16.9.1999**). Der Concorde Civile sieht Straffreiheit für bewaffnete Islamisten vor, die ihre Waffen abgaben.

China /Republik China/Taiwan)

Katastrophen/Erdbeben

Taiwan wird von einem schweren Erdbeben heimgesucht. Betroffen ist vor allem das Gebiet der Gemeinde Jiji im Zentrum der Insel. Das Beben von der Stärke von 7,6 auf der Richterskala fordert rund 2500 Tote und über 11 000 Verletzte. Zehntausende Gebäude stürzen ein (**21.9.1999**).

Kolumbien/USA

Der kolumbianische Staatspräsident Andrés Pastrana stellt einen Plan zur Überwindung der Krise in seinem Land vor (23.9.1999). Zu den Kernanliegen des „Plan Colombia“ gehören die Bekämpfung der Guerilla und des Drogenhandels. Für die Finanzierung sind innert drei Jahren 7,5 Milliarden Dollar vorgesehen, davon 3,5 Milliarden Dollar von der internationalen Gemeinschaft.

Der US-Kongress billigt Ende Juni 2000 1,3 Milliarden Dollar für Kolumbien. Der grösste Teil ist für militärische Unterstützung (Lieferung von Helikoptern, Entsendung von Militärausbildern) vorgesehen.

Türkei

Kurden

Das türkische Staatssicherheitsgericht verurteilt den Chef der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK), Abdullah Öcalan, wegen Hochverrats und tausendfachen Mordes zum Tod (**26.9.1999**). Das Urteil wird nicht vollstreckt und 2002 in lebenslange Haft umgewandelt.

Russland/Tschetschenien

Nach mehreren Sprengstoffanschlägen in russischen Städten – als Urheber werden tschetschenische Rebellen vermutet – startet die russische Armee eine Bodenoffensive in Tschetschenien.

Der zweite Tschetschenienkrieg beginnt (**1.10.1999**). Moskau anerkennt Aslan Maschadow nicht mehr als Präsidenten Tschetscheniens. Er war am 27. Januar 1997 als Sieger aus der Präsidentenwahl hervorgegangen. Maschadow ruft den „Heiligen Krieg“ aus und geht in den Untergrund.

Weltbevölkerung

Die Weltbevölkerung überschreitet die Sechs-Milliarden-Grenze (**Oktober 1999**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Schriftsteller Heinz Günther Konsalik stirbt im Alter von 78 Jahren (**2.10.1999**).

Österreich

Rechtsruck bei der Parlamentswahl in Österreich (**3.10.1999**): Die rechtspopulistische Freiheitliche Partei (FPÖ) von Jörg Haider geht mit einem Stimmenanteil von 26,91 Prozent (plus 5,02 Prozentpunkte) knapp mit einem Vorsprung von 415 Stimmen – vor der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) als zweitstärkste politische Kraft aus der Parlamentswahl in Österreich hervor. Beide Parteien sind mit je 52 Abgeordneten vertreten. Die Freiheitlichen gewinnen 11 Sitze hinzu. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) bleibt mit einem Stimmenanteil von 33,15 Prozent (minus 4,91 Prozentpunkte) und 65 Sitzen stärkste Kraft. Zu den Gewinnern (plus 5 Sitze) gehören auch die Grünen. Das Liberale Forum ist nicht mehr im Parlament vertreten. Der neue Nationalrat setzt sich wie folgt zusammen: SPÖ: 65 (minus 6), FPÖ: 52 (plus 11), ÖVP: 52 (unv.), Grüne: 14 (plus 5).

Indien

Nach nur rund eineinhalb Jahren finden in Indien erneut Parlamentswahlen statt (**5.9. bis 3.10.1999**). Die von der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) und verbündeten Parteien gebildete National Democratic Alliance gewinnt 269 der 545 Sitze und sichert sich mit Unterstützung der Telugu Desam Party die Mehrheit der Mandate. Die Kongresspartei (Indian National Congress/INC) unter Führung von Sonia Gandhi erhält 114 Sitze. Atal Bihari Vajpayee von der BJP bleibt Premierminister.

Grossbritannien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Im Londoner Stadtteil Ladbroke Grove kommen bei einer Zugkollision 31 Menschen ums Leben (**5.10.1999**).

Portugal

Die Sozialisten (Partido Socialista/PS) bleiben stärkste Kraft im Parlament. Sie gewinnen 115 der 230 Sitze. Die liberal-konservative Sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata/PSD) erhält 81 Mandate. Das Coligação Democrática Unitária (CDU), ein Bündnis aus der Kommunistischen Partei (Partido Comunista Português/PCP) und den Grünen (Partido Ecologista Os Verdes/PEV), gewinnt 17, das konservative Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP) 15 Sitze (**10.10.1999**).

Pakistan

Militärputsch in Pakistan. General Pervez Musharraf übernimmt die Macht (**12.10.1999**). Zum dritten Mal nach 1958 und 1977 herrscht in Pakistan die Armee.

Nato

Grossbritannien

Der frühere britische Verteidigungsminister George Robertson wird neuer Nato-Generalsekretär (**14.10.1999**).

EU

Der frühere Nato-Generalsekretär Javier Solana erhält ein Spitzenamt in der Europäischen Union (EU). Er wird Hoher Vertreter für die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik (**18.10.1999**).

Indonesien

Das indonesische Parlament, die Beratende Volksversammlung, wählt Adurrahman Wahid zum neuen Staatspräsidenten. Sein Amtsvorgänger Jusuf Habibie, als Vizepräsident Nachfolger des zurückgetretenen Staatschefs Suharto, hatte auf eine Kandidatur verzichtet (**20.10.1999**).

Sierra Leone

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat beschliesst den Einsatz einer Friedenstruppe in Sierra Leone – United Nations Mission in Sierra Leone (Unamisil) –, um die Einhaltung des von den Rebellen der Revolutionary United Front (RUF) und der

Regierung geschlossene Friedensabkommens von Lomé (7.7.1990) zu überwachen (**22.10.1999**). Der Bürgerkrieg geht jedoch weiter. Auch UNO-Soldaten geraten ins Visier der Rebellen.

Schweiz

Die Nationalratswahlen in der Schweiz stehen im Zeichen eines Erdrutschsieges der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Sie steigert ihren Stimmenanteil um 7,7 Prozentpunkte auf 22,54 Prozent und erzielt damit den höchsten Stimmenanteil vor den Sozialdemokraten mit 22,48 Prozent. Dank 15 zusätzlichen Sitzgewinnen ist die SVP mit 44 Abgeordneten in der Grossen Kammer des Parlaments vertreten. Die Sozialdemokraten (SP) bilden die stärkste Fraktion mit 51 Sitzen (minus 3). Die Freisinnigen (FDP) gewinnen 43 Sitze (minus 2), die Christdemokraten (Christlichdemokratische Volkspartei/CVP) 35 Sitze (plus 1) und die Grünen 9 (plus 1). Die Liberalen (LPS) verlieren ein weiteres Mandat und erhalten noch sechs Sitze. Die in Freiheitliche Partei der Schweiz (FPS) umbenannte frühere Autopartei verliert alle sieben Mandate. Der Landesring der Unabhängigen (LdU) gewinnt mit einer Liste der Unabhängigen nur noch einen Sitz und löst sich auf. Auf die übrigen Parteien entfallen elf Mandate (**24.10.1999**).

Im Ständerat verteilen sich die 46 Mandate wie folgt: Freisinnige 18 (plus 1), Christdemokraten (CVP): 15 (minus 1), Schweizerische Volkspartei (SVP): 7 (plus 2), Sozialdemokraten (SP): 6 (plus 1). Die Liberale Partei (LPS) und der Landesring der Unabhängigen (LdU) sind nicht mehr vertreten.

Argentinien

Neuer Staatspräsident in Argentinien (**24.10.1999**): Fernando de la Rúa (*Fernando de la Rúa*) von der sozial-liberalen Unión Cívica Radical (UCR) geht mit einem Stimmenanteil von 48,37 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Im Abgeordnetenhaus ist die Alianza para el Trabajo, la Justicia y la Educación (UCR und andere Parteien) mit 131 der 257 Mandate stärkste Kraft vor der peronistischen Allianz Concertación Justicialista mit 103 Sitzen.

Osttimor (Timor-Leste)/UNO/Indonesien

Der UNO-Sicherheitsrat beschliesst die Schaffung einer Übergangsverwaltung in Osttimor durch die Vereinten Nationen – United Nations Transitional Administration in East Timor/UNTAET (**25.10.1999**). Ende Monat verlassen die letzten indonesischen Soldaten Osttimor (Timor-Leste). Die Übergangsverwaltung der UNO endet am 20. Mai 2002.

Armenien

Bei einem Überfall auf das armenische Parlament werden Ministerpräsident Wasgen Sargsjan, der Parlamentsvorsitzende Karen Demirtschjan, ein Minister und fünf Abgeordnete erschossen (**27.10.1999**). Drahtzieher des Attentats sollen nationalistische Gruppierungen gewesen sein.

Uruguay

Linksrutsch bei der Parlamentswahl in Uruguay (**31.10.1999**): Erstmals seit dem Ersten Weltkrieg werden weder der liberale Partido Colorado noch der konservative Partido Nacional stärkste Kraft im Parlament. Sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat gewinnt das linke Bündnis Encuentro Progressista-Frente Amplio die meisten Sitze. Im Abgeordnetenhaus sind es 40 (plus 9) der 99 Mandate. Der Partidfo Colorado ist mit 33 und der Partido Nacional mit 22 Abgeordneten vertreten.

USA/Ägypten

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Eine Boeing 767 der Egypt Air stürzt eine halbe Stunde nach dem Start in New York im US-Staat Massachusetts ab. 217 Menschen kommen ums Leben (**31.10.1999**).

Argentinien/Spanien

Der spanische Untersuchungsrichter Baltasar Garzón (*Garzon*) erlässt internationalen Haftbefehl gegen 98 Verantwortliche der argentinischen Militärdiktatur von 1976 bis 1983 (**2.11.1999**).

Deutschland

Parteispendenaffäre in Deutschland: Das Amtsgericht Augsburg wirft Walther Leisler Kiep, dem ehemaligen Schatzmeister der Christlich Demokratischen Union (CDU) vor, im Jahre 1991 vom Waffenhändler Karlheinz Schreiber eine Million Mark als Spende für die Parteikasse der CDU erhalten und nicht versteuert zu haben – und erlässt Haftbefehl gegen ihn (**4.11.1999**). Walther Leisler Kiep stellt sich (**5.11.1999**). Der Haftbefehl bringt eine Parteispendenaffäre ins Rollen, die mehrere Spitzenpolitiker in Bedrängnis bringt, unter ihnen Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl und CDU-Parteichef Wolfgang Schäuble. Nach den Worten des früheren CDU-Generalsekretärs Heiner Geissler hat seine Partei ein System „schwarzer Konten“ geführt. Helmut Kohl übernimmt die für die „schwarzen Kassen“ die politische Verantwortung und entschuldigt sich (**28.11.1999**). Der Bundestag setzt einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein (**2.12.1999**).

Australien

Die Mehrheit der australischen Bevölkerung hält nichts von einem Übergang von der Monarchie zur Republik. Mit 54,7 Prozent Nein-Stimmen werden die Einführung der Republik und die Wahl eines Staatspräsidenten durch das Parlament abgelehnt (**6.11.1999**). Damit bleibt Queen Elizabeth II. Staatsoberhaupt Australiens.

Mazedonien

Boris Trajkovski von der nationalkonservativen Partei VMRO-DPMNE wird zum neuen mazedonischen Staatspräsidenten gewählt (**14.11.1999**). Er gewinnt die Stichwahl mit rund 53 Prozent der Stimmen.

China/USA/WTO

China und die USA einigen sich auf ein Handelsabkommen, das den Weg für den Beitritt China zur Welthandelsorganisation (WTO) ebnet (**15.11.1999**). Die Vereinbarung zwischen China und den USA sieht den Abbau von Handelshemmnissen und Zollsenkungen vor.

Niger

Mamadou Tandja geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Niger hervor (**24.11.1999**).

Neuseeland

Die seit Ende 1990 in Neuseeland regierende National Party verliert die Parlamentswahl (**27.11.1999**). Stärkste Partei wird die Labour Party. Sie gewinnt 49 (plus 12) der 120 Mandate. Die National Party erhält 39 Sitze (minus 5). Drittstärkste Kraft ist die linke Alliance mit 10 Mandaten.

Uruguay

In Uruguay geht Jorge Battle vom liberalen Partido Colorado mit einem Stimmenanteil von 54,13 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor. Sein linker Konkurrent Tabaré Vázquez (*Vazquez*) erhält 45,87 Prozent (**28.11.1999**).

Kongo-Kinshasa

Kongokriege

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat beschliesst, die Bemühungen zur Beendigung des Zweiten Kongokrieges mit einer Friedensmission zu unterstützen (**30.11.1999**). Die Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo (Monuc) soll das am 7. Juli 1999 in Lusaka von den Konfliktparteien vereinbarte Waffenstillstandsabkommen überwachen. Das Lusaka-Abkommen erweist sich jedoch als brüchig. Der Monuc gehören zunächst 500 militärische Beobachter an. Das Mandat wird im Februar 2000 ausgeweitet und die Truppenstärke der zusätzlich eingesetzten Blauhelme schrittweise erhöht. Ende Mai 2010 erfolgt die Umbenennung in Mission de l'Organisation des Nations Unies pour la stabilisation en République démocratique du Congo (Monusco).

East African Community (EAC)

Kenia, Tansania und Uganda beschliessen die Schaffung der East African Community/EAC (**30.11.1999**). 2007 schliessen sich auch Ruanda und Burundi und 2016 der Südsudan der Organisation an. Die Ostafrikanische Gemeinschaft will die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit fördern.

Neuseeland

Helen Elizabeth Clark wird neue neuseeländische Premierministerin (5.12.1999). Ihre Labour Party bildet eine Koalition mit der linken Alliance.

Russland/Belarus

Die Präsidenten von Russland und Belarus (Weissrussland), Boris Jelzin und Alexander Lukaschenko, unterzeichnen nach 1997 einen zweiten Unionsvertrag (**8.12.1999**). Der Vertrag über die Gründung eines Unionsstaates sieht unter anderem eine gemeinsame Verfassung und die Einführung einer gemeinsamen Währung vor.

Friedensnobelpreis

Médecins sans Frontières

Die Organisation Médecins sans Frontières (Ärzte ohne Grenzen) wird mit dem Friedensnobelpreis geehrt (**10.12.1999**).

Literaturnobelpreis

Der deutsche Schriftsteller Günter Grass erhält den Literaturnobelpreis (**10.12.1999**).

Kroatien

Ende der Ära Tudjman: Der kroatische Präsident Franjo Tudjman stirbt im Alter von 77 Jahren (**10.12.1999**).

Frankreich

Katastrophen/Schiffskatastrophen/Umweltkatastrophen

Vor der Bretagne bricht bei schwerer See der in Malta registrierte Tanker „Erika“ auseinander (**12.12.1999**). Etwa 17 000 Tonnen Heizöl verschmutzen die Küste auf einer Länge von fast 500 Kilometern. Bis zu 300 000 Seevögel verenden.

G-20

In Berlin findet das Gründungstreffen der Gruppe der Zwanzig (G-20) statt (**15.12.1999**). Der Gruppe führender Industriestaaten und Schwellenländer gehören Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich,

Grossbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudiarabien, Südafrika, Südkorea, die Türkei und die USA sowie die Europäische Union an.

Venezuela

Mit 71,7 Prozent Ja-Stimmen heisst die Bevölkerung Venezuelas eine neue Verfassung gut (**15.12.1999**). Das Land wird in República Bolivariana de Venezuela umbenannt. Ausserdem sieht die neue Verfassung die Einführung eines Einkammerparlaments und die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten von fünf auf sechs Jahre vor.

Venezuela

Katastrophen/Unwetter

Venezuela wird von katastrophalen Unwettern heimgesucht. Zahlreiche Dörfer im Bundesstaat Vargas werden von Erdrutschen und Schlammlawinen verschüttet. „La tragedia“ fordert zwischen 10 000 und 30 000 Tote (**14.12. bis 16.12.1999**).

Deutschland

In Deutschland weitet sich die CDU-Parteispendenaffäre aus (**16.12.1999**): Der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl gesteht in einem Fernsehinterview, von 1993 bis 1998 bis zu zwei Millionen Mark Spenden illegal angenommen zu haben. Die Namen der Spender will er nicht nennen. Kohl beruft sich auf ein sogenanntes Ehrenwort. „Ich habe Spenden entgegengenommen, die nicht angegeben wurden, weil die Spender ausdrücklich darum gebeten haben, und ich habe nicht die Absicht, deren Namen zu nennen, weil ich mein Wort gegeben habe.“ CDU-Generalsekretärin Angela Merkel geht als erste aus der Parteispitze auf Distanz zu Kohl (21.12.1999).

Irak/UNO

Der UNO-Sicherheitsrat ersetzt die 1991 nach dem Krieg im Irak gebildete UNO-Sonderkommission (Unscm) durch die Überwachungs-, Verifikations- und Inspektionskommission – Unmovic (**17.12.1999**). Die Inspektoren sollen sicherstellen, dass der Irak über keine Massenvernichtungswaffen verfügt. Geleitet wird die Unmovic vom Schweden Hans Blix, dem früheren Direktor der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA).

Russland

Aus der Parlamentswahl in Russland gehen erneut die Kommunisten als stärkste Partei hervor – mit einem Stimmenanteil von 24,29 Prozent (Stimmenanteil Parteilisten). Sie erobern 113 Mandate der 450 Mandate. Es folgen das Kreml-nahe Wahlbündnis Einheit mit 23,32 Prozent und 72 Sitzen, das Wahlbündnis Bewegung „Vaterland – Ganz Russland des Moskauer Bürgermeisters Juri Luschkow mit 13,33 Prozent und 67 Sitzen, die Union der rechten Kräfte mit 8,56 Prozent und 29 Sitzen und Jabloko mit 5,98 Prozent und 21 Mandaten. 106 Sitze gehen an Unabhängige (**19.12.1999**).

Macau/China/Portugal

Nach 445 Jahren unter portugiesischer Herrschaft fällt Macao an China zurück (**20.12.1999**).

Ukraine

Wiktor Juschtschenko wird neuer ukrainischer Ministerpräsident (**22.12.1999**). Bisher stand er an der Spitze der Nationalbank der Ukraine.

Côte d’Ivoire

In Côte d’Ivoire übernimmt die Armee unter Führung von General Robert Guéi die Macht (**24.12.1999**).

Frankreich/Schweiz/Deutschland

Katastrophen/Unwetter

Der Orkan „Lothar“ fegt am zweiten Weihnachtsfeiertag (26.12.1999) mit Spitzenböen von über 200 km/h über Frankreich, die Schweiz und Südwestdeutschland hinweg. Über 100 Menschen kommen ums Leben. Versicherungen schätzen die volkswirtschaftlichen Schäden europaweit auf mehr als elf Milliarden Euro. In der Schweiz kommen 14 Menschen ums Leben, mindestens 15 sterben bei nachträglichen Räumungsarbeiten. Die Schäden in der Schweiz werden auf 1,8 Milliarden Franken geschätzt.

Kongo-Brazzaville

Die Konfliktparteien in Kongo-Brazzaville unterzeichnen ein Friedensabkommen, das neben der Einstellung der Kampfhandlungen einen nationalen Dialog in die Wege leiten soll (**29.12.1999**).

Turkmenistan

Der turkmenische Präsident Saparmurad Nijasow, der sich selbst Turkmenbashi (Vater aller Turkmenen) nennt, lässt sich vom Parlament zum Staatsoberhaupt auf Lebenszeit ausrufen (**28.12.1999**).

Panama/USA

Die USA übergeben die Panamakanalzone an Panama (**31.12.1999**). Für die Verwaltung und den Betrieb des Panamakanals ist die Autoridad del Canal de Panamá (ACP) zuständig.

Russland

Der russische Präsident Boris Jelzin tritt überraschend vorzeitig zurück (**31.12.1999**). Zu seinem vorläufigen Nachfolger ernannt er Ministerpräsident Wladimir Putin.